

# Entwicklungspolitisches Glossar<sup>1</sup>

## STICHWÖRTER ZUR ENTWICKLUNGS- UND EINE WELT- POLITIK

Uwe Holtz<sup>2</sup>

URL: [www.uni-bonn.de/~uholtz/virt\\_apparat/EP\\_Glossar.pdf](http://www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf)

(31.5.2009: vollständige Überarbeitung und Erweiterung der Version von 2006)  
(letzte Aktualisierung am 29.8.10)

### INHALT

<b>Glossar</b>	2
<b>Anhang</b>	
1. Millennium-Entwicklungsziele und Zielvorgaben	168
2. Öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder / ODA-Nettovolumen in 2009 und 2008	170
3. ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder 2007 und 2010 (Simulation)	171
4. ODA-Empfänger	
a) Geschichte der ODA-Empfängerliste	173
b) DAC-Liste der ODA-Empfänger 2008-2010	174
c) DAC-Liste der ODA- und OA-Empfänger 1996	175
5. Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2008	177
6. Deutsche ODA im Schaubild 2007/08	178

---

<sup>1</sup> Dieses Glossar will Klärungsbausteine für die entwicklungspolitische Welt zur Verfügung stellen. Es ist oft ein an Begriffen abgearbeitetes entwicklungspolitisches Erfahrungs- und Tagebuch, entstanden im Laufe von fast zwei Jahrzehnten, und schließt auch Lese- und Denkfrüchte ein, deren exakte Quellen nicht mehr zu benennen sind. Es konkurriert also nicht mit anderen wissenschaftlichen Lexika.

Die einzelnen Stichwörter wurden aus unterschiedlichen Quellen zusammengestellt, d. h. z. T. auch wörtlich zitiert oder paraphrasiert, sowie aufgrund eigener Recherche, Forschung und Erfahrung selbst formuliert. Auch wenn die Nennung aller Quellen nicht möglich ist, so seien insbesondere genannt: OECD/DAC: Development Co-operation Report 2009, Paris 2009; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ (Hg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2008/2009, Bonn/Berlin 2008; BMZ (Hg.): Auf dem Weg in die Eine Welt. Weißbuch zur Entwicklungspolitik (13. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung), Berlin 2008; World Bank: World Development Report 2009, Washington 2008; U. Holtz (ed.): MDGs on the Road – Europe's Role (Kommunikation Global/Communicate Worldwide, Nr. 74, hg. v. IPS Europa), Berlin, 2006; Franz Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 5., vollständig überarb. u. aktualisierte Neuauflage, Bonn 2004; Dieter Nohlen (Hg.): Lexikon Dritte Welt, vollst. überarb. Aufl., Reinbek 2002; U. Holtz (Hg.): Probleme der Entwicklungspolitik, Bonn 1997. Sehr ergiebige Quellen im Internet waren v. a. [www.bmz.de](http://www.bmz.de) und [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de) (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) sowie die jeweiligen Internetauftritte der entwicklungspolitischen Institutionen und Organisationen.

Die ersten Versionen dieses Glossars erschienen Anfang der 1990er Jahre in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Detlev Karsten (Emeritus seit 2001); neuere Überarbeitungen stützen sich auch auf Anregungen und Hinweise von Dr. Monika Sticht und Negar Tayyar. Ihnen sei herzlich gedankt.

Das nun vorliegende Glossar liefert rd. 700 Stichwörter mit 2.400 Pfeilverweisen.

<sup>2</sup> Prof. Dr. phil., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn; Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung) des Deutschen Bundestages, 1974-1994.

## GLOSSAR

**Abhängigkeit:** Zustand, in dem die Fähigkeit und Macht nationaler Institutionen (Staaten, Unternehmen usw.), selbstständig zu handeln und Entscheidungen zu treffen, durch frühere und/oder heutige Einflüsse von außen eingeschränkt sind. Problematisch ist dabei weniger die gegenseitige, gleichgewichtige Abhängigkeit als vielmehr die asymmetrische Abhängigkeit, bei der ein Partner oder eine Ländergruppe dominiert. Es deutet sich an, dass aufstrebende globale staatliche Akteure von Gewicht (wie Brasilien, China, Indien und Russland) dabei sind, ein Gegengewicht zur OECD-Welt und den von ihr maßgeblich beeinflussten internationalen Organisationen, wie > IWF und > Weltbank, zu bilden. > Dependenztheorien > Entwicklung > Interdependenz > OECD > Partnerschaft

**Abkoppelung(sstrategie):** Die aus der > Dependenztheorie abgeleitete Empfehlung, die – vor allem wirtschaftlichen – Beziehungen eines Entwicklungslandes zu den Industrieländern abubrechen oder zumindest stark einzuschränken, um so eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. > Dissoziation.

**Abrüstungsdividende (Friedensdividende):** Mit dem Begriff Abrüstungsdividende verbindet sich die bislang nur z. T. realisierte Hoffnung, aus Abrüstung frei werdende Mittel in zivile Sektoren umzuleiten. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts soll das Augenmerk auf den gesellschaftlichen Wohlstand und die soziale Sicherheit gerichtet werden. Außerdem wird gefordert, mehr Geld für die Überwindung von Armut und Verschuldung sowie die Abwehr globaler Umweltkatastrophen einzusetzen. Die erforderlichen Strukturänderungen sind in vielen Fällen mit erheblichen Umstellungsschwierigkeiten verbunden. > Konversion

**Abschöpfungen:** Im Rahmen der EG/EU-Marktordnungen wird bei der Einfuhr vieler landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Drittländern eine in der Höhe variable Abschöpfung erhoben, durch die der Vorteil des Importeurs, der in der Differenz zwischen dem (niedrigeren) Weltmarktpreis und dem EU-Preis liegt, abgeschöpft wird.

**Absorptionsfähigkeit:** Allgemein bezeichnet Absorptionsfähigkeit die Aufnahme-, Verarbeitungs- und Umsetzungsfähigkeit eines Entwicklungslandes für bereitgestellte Ressourcen. Die Absorptionsfähigkeit eines Landes für finanzielle Auslandshilfen bezieht sich auf jenes Investitionsvolumen, das in einem vorgegebenen Zeitraum volkswirtschaftlich effizient und entwicklungspolitisch sinnvoll eingesetzt werden kann.

**Abwehrrzoll:** Zoll, den ein Land zum Schutz der inländischen Produktion erhebt, wenn das Ausland die Inlandspreise bewusst unterbietet. Es werden zwei Formen unterschieden: der Antidumpingzoll (richtet sich gegen die Unterbietung der Güterpreise) und der Antivalutazoll (richtet sich gegen die ausländische Währungsabwertung).

**Abwertung:** Senkung des Außenwertes einer Währung (des Wechselkurses), d. h. die ausländische Währung wird - gemessen in Inlandswährung - teurer. Nach einer Abwertung steigen die Exportaussichten des Inlandes (weil das Ausland weniger Devisen für Inlandsprodukte ausgeben muss), und die Importaussichten des Inlandes sinken (weil das Inland mehr Devisen für Auslandsprodukte ausgeben muss). Ziel der Abwertung ist im Allgemeinen der Ausgleich einer defizitären Zahlungsbilanz. Allerdings werden bei Abwertung auch alle importierten Vorleistungen teurer, wodurch sich der Preisvorteil beim Export verringert. > Aufwertung

**Accra-Konferenz:** Vom 2.-4. September 2008 fand in Accra/Ghana das dritte hochrangige Forum zur > Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit statt. Auf der dreitägigen inter-

nationalen Konferenz, an der über tausend Vertreterinnen und Vertreter<sup>3</sup> von Geber- und Entwicklungsländern sowie der Zivilgesellschaft teilnahmen, sollte die Umsetzung der > Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der EZ aus dem Jahr 2005 überprüft werden. In der „Accra Agenda for Action“ (AAA) verpflichteten sich die anwesenden Regierungsvertreter, schnelle und effektive Schritte für mehr Transparenz und Vorhersagbarkeit in der Entwicklungshilfe sowie eine bessere Rechenschaftspflicht der Regierungen einzuleiten, um die Eigentümerschaft (> Ownership) der Entwicklungsländer zu stärken. Außerdem wurden Maßnahmen und zeitgebundene Selbstverpflichtungen zur besseren Vorhersagbarkeit der Entwicklungshilfe festgeschrieben. Politische > Konditionalitäten, gegen die sich einige Teilnehmer – auch zivilgesellschaftliche Organisationen – ausgesprochen hatten, wurden in der Agenda zwar eingeschränkt, aber nicht aufgegeben. Der Aktionsplan von Accra erkennt ausdrücklich an, dass EZ-Leistungen nur ein Aspekt der Entwicklungsthematik und Querschnittsfragen für das Erreichen der Ziele der Paris-Erklärung von entscheidender Bedeutung sind: „Gleichstellung der Geschlechter, Achtung der Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit sind Schlüsselemente zur Erzielung dauerhafter Wirkungen.“

**Adaptation** > Anpassung an den > Klimawandel

**ADLAF/Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung:** Die 1965 gegründete ADLAF ist ein fachübergreifender Zusammenschluss von 25 Forschungsinstituten und mehr als 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich schwerpunktmäßig mit Lateinamerika befassen. [www.adlaf.de](http://www.adlaf.de)

**Advocacy-Arbeit:** Die anwaltschaftliche Vertretung der Interessen der Partner im Süden auch und gerade durch zivilgesellschaftliche Organisationen im Norden im Hinblick auf die Veränderung der internationalen politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen für Entwicklung. > Lobby-Arbeit

**Afrika-Initiative:** „Partnerschaft mit Afrika“ ist eine Initiative des Bundespräsidenten Horst Köhler in Zusammenarbeit mit der ZEIT-Stiftung und unter Beteiligung der Bundesregierung, um mit reformorientierten afrikanischen Staats- und Regierungschefs sowie unabhängigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus Afrika und Deutschland über das Verhältnis zwischen den Ländern Afrikas und den Industriestaaten zu diskutieren. Die Konferenzen finden alternierend in Deutschland und in einem afrikanischen Land unter wechselnden thematischen Schwerpunkten statt; zum ersten Mal traf man sich im November 2005 auf dem Petersberg in Bonn. [www.partnerschaft-mit-afrika.de](http://www.partnerschaft-mit-afrika.de)

**Afrikanische Entwicklungsbank - African Development Bank/AfDB:** Die 1964 mit Sitz in Abidjan/Côte d’Ivoire gegründete AfDB ist eine regionale, multilaterale Entwicklungsförderungsinstitution. Ziel ist die Beschaffung und Bereitstellung von Finanzmitteln für Investitionsprojekte und -programme zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afrikas, die Gewährung von technischer Hilfe bei Überprüfung, Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Abstimmung nationaler Entwicklungsstrategien. Ihr gehören 53 afrikanische Länder und 25 nicht-regionale Mitglieder, darunter Deutschland, an. Durch seine Einzahlungen auf das Grundkapital (insgesamt 22 Mrd. SZR – etwa 34 Mrd. US-\$) verfügt Deutschland, vertreten durch das BMZ, über vier Prozent der Stimmrechte. Die AfDB vergibt i. d. R. Kredite zu marktnahen Bedingungen (2007 rd. 1,3 Mrd. US-\$). Zur AfDB-Bankengruppe gehören neben der Afrikanischen Entwicklungsbank auch der > Afrikanische Entwicklungsfonds und der > Nigerianische Entwicklungsfonds. Auf Grund der schwierigen Situation im Sitzstaat, die sich im September 2002 entwickelt hatte,

---

<sup>3</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit werden im Folgenden nicht mehr die weibliche und männliche Sprachform nebeneinander aufgeführt. Aber selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.

ist die Bankgruppe vorübergehend nach Tunis, umgezogen. > Regionale Entwicklungsbanken  
> Sonderziehungsrechte/SZR [www.afdb.org](http://www.afdb.org)

**Afrikanische Union/AU:** Die Gründung der AU wurde 1999 von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der > OAU beschlossen, um die wirtschaftliche und politische > Integration auf dem Kontinent zu beschleunigen (2001 in Kraft getreten). Ihre Organisation mit den zz. 53 Mitgliedstaaten ist an die Organisationsstruktur der EU angelehnt. Oberstes Beschlussorgan der AU ist die jährliche Versammlung der Staats- und Regierungschefs. Ihre Beschlüsse setzt der Exekutivrat der Außenminister um. Das Pan-Afrikanische Parlament, das beratende Funktion besitzt, konstituierte sich im März 2004. Im Mai 2004 wurde der Friedens- und Sicherheitsrat als herausragende Institution afrikanischer Sicherheitspolitik gegründet. Außerdem hat die AU ein Sekretariat (Kommission) mit sektoral zuständigen Kommissaren. Weitere Organe sind vorgesehen, darunter ein afrikanischer Gerichtshof, ein Wirtschafts- und Sozialrat sowie eine afrikanische Zentralbank. [www.africa-union.org](http://www.africa-union.org) ; [www.pan-africanparliament.org](http://www.pan-africanparliament.org)

**Afrikanischer Entwicklungsfonds - African Development Fund/ADF):** Der 1973 geschaffene ADF mit Deutschland als Gründungsmitglied vergibt sehr zinsgünstige Kredite und Zuschüsse (2007 insgesamt 725 Mio. SZR - etwa 1,1 Mrd. US-\$) hauptsächlich an afrikanische Niedrigeinkommensländer. Hauptziel ist es, zur Armutsbekämpfung beizutragen. An der elften Wiederauffüllung des ADF ist Deutschland mit 321,59 Mio. US-\$ (11 Prozent) beteiligt. Der ADF gehört zur Afrikanischen Entwicklungsbank-Gruppe. > Afrikanische Entwicklungsbank > Sonderziehungsrechte/SZR [www.afdb.org/en/about-us/profile/who-we-are/african-development-fund-adf](http://www.afdb.org/en/about-us/profile/who-we-are/african-development-fund-adf)

**AFTA/ASEAN Free Trade Area:** Die Freihandelszone der > ASEAN-Staaten wurde 1967 zur Förderung der regionaler Kooperation gegründet. Gründungsmitglieder: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand. Weitere Mitglieder: Brunei (seit 1984), Vietnam (1995), Laos (1997), Myanmar (Birma - 1997), Kambodscha (1999). Ziele sind die Förderung der regionalen Zusammenarbeit sowie die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung, die Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region. [www.aseansec.org](http://www.aseansec.org)

**Agenda 21:** Eigtl. das, was im 21. Jh. getan werden soll und auf der „Tagesordnung“ zu stehen hat (lateinisch: agendum „das in Gang zu Setzende“, „das zu Tuende“). Die Agenda 21 steht für das auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992 verabschiedete umwelt- und entwicklungspolitische Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. In ihren 40 Kapiteln spricht die Agenda 21 alle wesentlichen Politikbereiche einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung an. Das rechtlich nicht verbindliche Aktionsprogramm gilt sowohl für Industrieländer als auch für Entwicklungsländer. Es enthält wichtige Festlegungen und Ziele, u. a. zur Armutsbekämpfung, zu Handel und Umwelt, zur Klima- und Energiepolitik sowie zur Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen und Organisationen (wie Frauen und Kinder, indigene Bevölkerungsgruppen und Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Wissenschaft). Die Agenda 21 fordert „eine neue globale Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist“. Die Politik nachhaltiger Entwicklung verknüpft die Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Oft wird in Wissenschaft und Politik verkürzt vom Rio-Dreieck einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen, wobei neben der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension die politische ausgespart wird. Dabei betont die Agenda 21: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass nachhaltige Entwicklung die Verpflichtung zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und Unternehmensführung, zu einer effizienten und berechenbaren öffentlichen Verwaltung, zur Einbeziehung von Umweltbelangen in den Entschei-

dungsprozess und zur verstärkten Hinwendung zu einer demokratischen Regierungsform unter Berücksichtigung der im jeweiligen Land vorliegenden Gegebenheiten voraussetzt, wodurch eine umfassende Einbeziehung aller beteiligten Kräfte ermöglicht wird.“ Die Bundesregierung will sich bei ihrer bi- und multilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit an der Agenda 21 und den auf ihr beruhenden internationalen Vereinbarungen orientieren.

Auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung vom 23.-27. Juni 1997 in New York bekräftigten die Staaten das in Rio beschlossene Aktionsprogramm und verpflichteten sich, bis zum Jahr 2002 nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung aufzustellen. Auch auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in > Johannesburg im September 2002 (Rio + 10) wurde die Umsetzung der Agenda 21 bekräftigt. > nachhaltige Entwicklung > Rio-Gipfel [www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf)

**Agrarexporte:** Viele Entwicklungsländer könnten noch mehr agrarische Rohstoffe und v. a. landwirtschaftliche Produkte in Industrieländern und auf dem Weltmarkt verkaufen, wenn sie einen fairen Zugang zu deren Märkten erhielten, ungerechtfertigte Handelsbarrieren und sog. Hochzölle abgebaut würden und Agrarexporte von Industrieländern – so auch aus der EU – nicht durch Exportbeihilfen künstlich verbilligt würden. > Agrarpolitik > Agrarsubventionen

**Agrarforschung:** Der Beitrag der Agrarforschung besteht darin, Bauern, politischen Entscheidungsträgern und Beratungsdiensten angepasste Strategien und Technologien zur nachhaltigen Sicherung des Lebensunterhalts in ländlichen Räumen zur Verfügung zu stellen. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei der „Consultative Group on International Agricultural Research“ (CGIAR) zu. Die Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung ist ein strategisches Bündnis von Staaten, internationalen und regionalen Organisationen und privaten Stiftungen. Dieses Bündnis unterstützt 15 internationale Agrarforschungszentren, welche eng mit nationalen Agrarforschungseinrichtungen, dem privaten Sektor und nichtstaatlichen Organisationen kooperieren. CGIAR nutzt neueste Erkenntnisse der Agrarwissenschaft, um > Armut zu reduzieren, die > Ernährung und > Gesundheit der Menschen dauerhaft zu verbessern, landwirtschaftliches > Wachstum zu fördern und zum > Umweltschutz beizutragen. Die Ergebnisse der an den Instituten geleisteten Forschung sind allgemein zugänglich und dürfen nicht patentiert werden. > Ernährung > Hunger [www.cgiar.org](http://www.cgiar.org)

**Agrarpolitik:** Die > Millennium-Entwicklungsziele erfordern eine Agrarpolitik in den Entwicklungsländern, die auf eine nachhaltige ländliche Entwicklung setzt und dabei die vielfältigen Ursachen für Armut und Hunger berücksichtigt. Der Weltentwicklungsbericht 2008 der > Weltbank geht davon aus, dass der Entwicklungseffekt durch die Förderung des Agrarsektors viermal höher ist als durch die Unterstützung anderer Wirtschaftszweige. In den 1990er-Jahren ist dieses Potenzial vielerorts verkannt worden, so dass öffentliche und private Investitionen in die ländliche Entwicklung stark zurückgingen. Viele Regierungen in den Entwicklungsländern vernachlässigten die ländlichen Räume, was sich auch in einem niedrigen Anteil der von der > ODA geförderten Maßnahmen niederschlug. Die Entwicklung ländlicher Räume ist auch auf geeignete Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene angewiesen, insbesondere auf eine faire Ausgestaltung der Agrar-, Fischerei-, Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer. Die Industrieländer müssen die durch Agrarprotektionismus und Agrarsubventionen hervorgerufenen Preisverzerrungen auf den Weltagrarmärkten abbauen, den Handelspartnern aus den Entwicklungsländern faire Handelschancen einräumen und ihnen dabei helfen, steigende Qualitätsanforderungen und Standards auf den Weltmärkten erfüllen zu können. > Agrarsubventionen > Agrartreibstoffe > Entwicklungspolitik > Hunger > Klimawandel

**Agrarreform** > Landreform

**Agrarsubventionen:** Die USA, europäische Staaten und Japan subventionieren ihre Landwirtschaft mit jährlich rund 350 Milliarden - oft zum Schaden der Entwicklungsländer. Produzenten in den Entwicklungsländern können auf dem Weltmarkt nicht mit den subventionierten Dumpingpreisen mithalten, weil diese häufig weit unter den Produktionskosten liegen. Die > Doha-Entwicklungsrunde hat es sich zum Ziel gesetzt zu erreichen, dass die Agrarexportsubventionen aller Industrieländer bis zum Jahr 2013 vollständig auslaufen sollen. > Cairns-Gruppe > GATT > Protektionismus > WTO

**Agrartreibstoffe:** Als Agrar- oder Biotreibstoff werden Kraftstoffe für Verbrennungsmotoren oder Heizungen bezeichnet, die aus Biomasse hergestellt werden. Für die Entwicklungsländer liegen hierin Chancen und Risiken. Einerseits Staatliche können Mehreinnahmen zur Bekämpfung von Armut und für die ländliche Entwicklung eingesetzt werden. Andererseits kann der besonders aus Industrieländern forcierte Anbau von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern auch die Armut und die Nahrungsmittelkrisen verschärfen sowie den > Klimawandel beschleunigen. > Agrarpolitik > Armutsbekämpfung > Ländliche Entwicklung

**Agro-industrieller Komplex:** Industrielle Gewinnung agrarischer Rohstoffe - oft im Rahmen von Plantagenwirtschaften und unter Beteiligung multinational operierender Unternehmen bei Förderung durch den jeweiligen Staat (s. z. B. den malaysischen Palmöl-Industriellen Komplex).

**AidData:** Das größte Online-Verzeichnis über ODA-Aktivitäten. Hier kann man sich einen Überblick über tausende von > Projekten und > Programmen der wichtigsten Geber sowohl nach Land als auch nach Sektoren geordnet verschaffen. Ein Großteil der Informationen stammt von der > OECD. [www.aiddata.org](http://www.aiddata.org) ; [www.developmentgateway.org](http://www.developmentgateway.org)

**AIDS** > HIV/AIDS

**Akkulturation:** Anpassung an eine fremde Kultur meint häufig die Angleichung an eine oftmals so genannte „überlegene Kultur“ oder die Übernahme verschiedener Elemente. Diese kann sowohl freiwillig (Übernahme von Technologien, > Werten usw.) als auch unfreiwillig (> Kolonialismus, Eroberungen im Zuge von Kriegen) erfolgen. Die komplette Übernahme einer fremden Kultur wird als Assimilation bezeichnet. > Kultur

**AKP-Abkommen bzw. -Staaten:** Das zwischen der EU und Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifischen Raum im Jahre 2000 abgeschlossene und 2003 in Kraft getretene Cotonou-Partnerschaftsabkommen hat eine Laufzeit von zwanzig Jahren. Mittlerweile gehören alle 27 EU-Mitgliedstaaten dem Abkommen an. Zur AKP-Seite zählen 79 Mitgliedstaaten (48 afrikanische und jeweils 15 karibische und pazifische); Kuba – seit Dezember 2000 zur AKP-Gruppe zugelassen – ist allerdings kein Unterzeichnerstaat des Abkommens. Überprüfungen mit möglichen Revisionen finden alle fünf Jahre statt (erstmalig 2005). Das Finanzprotokoll gilt für jeweils fünf Jahre. Das Besondere an dem auf Partnerschaft angelegten Abkommen ist die Verbindung von > Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit mit Handels- und Wirtschaftsfragen sowie die politische Dimension. Als zentrales Ziel der EU-AKP-Zusammenarbeit wurde die Eindämmung und schließlich Beseitigung der > Armut, eine > nachhaltige Entwicklung und die schrittweise Eingliederung der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft vereinbart. Zudem wurden in dem völkerrechtlich bindenden Vertrag verankert: die Stärkung des politischen Dialogs (Fragen von Demokratie und Menschenrechten, Friedens- und Stabilitätspolitik sowie die großen Probleme mit weltweiten Auswirkungen wie Rüstungsausgaben und Umweltfragen); > Good Governance als fundamentaler Bestandteil des Abkommens (bei Verstößen gegen die Menschenrechte, demokratische Grundsätze oder die > Rechtsstaatlichkeit und in Fällen schwerer Korruption besteht die Möglichkeit, die Zusammenarbeit auszusetzen); Migrationsfragen (Stärkung von Rechten und Pflichten von

AKP-Staatsangehörige, die sich rechtmäßig in EU-Mitgliedstaaten aufhalten – ansonsten Rückübernahmeklauseln); Handelsregelungen (WTO-Konformität, regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen - Economic Partnership Agreements/EPAs, die stärker als die bisherigen einseitigen Präferenzen der EU eine Steigerung der AKP-Exporte bewirken, die regionale > Integration zwischen den AKP-Staaten voranbringen und die graduelle Integration der AKP-Staaten in den Weltmarkt fördern sollen. Begleitet wird dieser Prozess durch handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit, „Aid for Trade“, der EU und ihrer Mitgliedstaaten).

Mit dem neuen System zur Programmierung der von der Gemeinschaft bereitgestellten Hilfe wird die Partnerschaft flexibler gestaltet und den AKP-Staaten eine weit größere Verantwortung übertragen; dies wird vor allem durch die Einführung der gleitenden Programmierung erreicht. Die AKP-Staaten besitzen nun eine größere Eigenverantwortung sowohl für die Festlegung der Ziele, Strategien und Maßnahmen als auch für die Verwaltung und Auswahl der Programme. Der Programmierungsprozess ist ergebnisorientiert. Auf eine Finanzhilfe in Höhe eines festen Betrages besteht kein automatischer Anspruch mehr. Die nichtrückzahlbaren Zuschüsse werden auf der Grundlage einer Bewertung des Bedarfs und der jeweiligen Leistung anhand von Kriterien gewährt, die zwischen den AKP-Staaten und der Gemeinschaft ausgehandelt wurden (> Performance-based allocation framework).

Früher sog. Lomé-Abkommen: Das 1. Lomé-Abkommen war 1975 zwischen der EG und den AKP-Staaten geschlossen worden; das bis Februar 2000 laufende, revidierte Lomé IV-Abkommen wurde im Juni 2000 durch das EU-AKP-Partnerschaftsabkommen von Cotonou/Benin ersetzt (am 1.4.03 in Kraft getreten). In den Lomé-Abkommen wird den AKP-Staaten der freie Zugang für nahezu alle ihre Erzeugnisse auf dem Gemeinschaftsmarkt garantiert (trifft für den Agrarbereich nur bedingt zu), die Entwicklungszusammenarbeit geregelt, ein System zur Stabilisierung von Ausfuhrerlösen bei landwirtschaftlichen Grundstoffen (> Stabex) eingeführt und die Unterstützung der AKP-Staaten durch die EG/EU bei Exporterlösausfällen und Produktionsschwierigkeiten für einige mineralische Rohstoffe zugesichert (> Sysmin).

Der partnerschaftliche Aspekt des Abkommens kommt auch in gemeinsamen Institutionen zum Ausdruck (Ministerrat, Paritätische Parlamentarische Versammlung, Botschafterausschuss). Besonders im Cotonou-Abkommen wird die Bedeutung von > Demokratie, > Good Governance, > Rechtsstaatlichkeit und > Menschenrechten für Entwicklung unterstrichen; als Hauptziel der EZ gilt die Armutsbekämpfung im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung; über eine verstärkte Kooperation im Wirtschafts- und Handelsbereich soll die sozioökonomische Entwicklung der Partnerländer gefördert und zugleich eine gemeinsame Antwort auf die Globalisierung gefunden werden; Stabex und Sysmin laufen aus. Assoziierung > EPAs/Economic Partnership Agreements–Wirtschaftspartnerschaftsabkommen > Europäische Union > Europäischer Entwicklungsfonds > Kultur  
[http://ec.europa.eu/development/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/development/index_en.cfm) ; [www.acp-eu-trade.org](http://www.acp-eu-trade.org) ;  
[www.europarl.europa.eu/intcoop/acp/default.htm](http://www.europarl.europa.eu/intcoop/acp/default.htm)

**Akteure:** Auf die Entwicklung bzw. den Entwicklungsprozess eines Landes wirken viele interne und externe Akteure und Faktoren ein. Im Vergleich etwa zu den Eigenanstrengungen, zu den positiven internen Rahmenbedingungen (v. a. > Eliten, die sich vom Gesamtwohl ihres Landes leiten lassen) oder Hemmfaktoren und den internationalen Handels-, Finanz- und Austauschbedingungen ist die „Öffentliche Entwicklungshilfe“ (> ODA) bzw. die > Entwicklungszusammenarbeit/EZ oft nur ein Leichtgewicht. Sie ist meist schon vom Volumen her von nachrangiger Bedeutung und ihre Rolle wird häufig überschätzt; beeinträchtigt wird ihre Arbeit zudem in einigen Ländern durch > nicht-staatliche Gewaltakteure.

Akteure der > bilateralen staatlichen ODA bzw. EZ sind vor allem die Regierungen und Parlamente der > Geberländer, und zwar der „traditionellen“ westlichen Industrieländer, aber auch der > neuen Geber wie China und Indien. In Deutschland sind dies v. a. das > BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die > Durch-

führungsorganisationen, wie die > Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die > Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der > Deutsche Entwicklungsdienst) sowie die > Bundesländer und > Kommunen. Zu den > multilateralen Akteuren zählen internationale Organisationen und Institutionen, wie bspw. die > Internationale Entwicklungsorganisation/IDA der Weltbankgruppe oder das > Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/UNDP. Eine besondere Bedeutung kommt auch der EZ der > Europäischen Union zu.

Neben den staatlichen Akteuren spielen nicht-staatliche Akteure, > Nichtregierungsorganisationen, eine wichtige Rolle. Sie umfassen eine Vielzahl von Organisationen unterschiedlicher Größe und Wirkweite, wie die Deutsche Welthungerhilfe, den Evangelischen Entwicklungsdienst oder das Hilfswerk der katholischen Kirche „Misereor“. In der letzten Zeit gewinnen öffentlich-private Partnerschaften (> Public Private Partnerships/PPP) an Bedeutung, in denen private Unternehmen und Stiftungen, wie die Bill und Melinda Gates-Stiftung, zusammenarbeiten, bspw. in der > Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung.

**Aktionsgruppen, entwicklungspolitische:** In Deutschland gibt es einige Tausend entwicklungspolitische Aktionsgruppen: z. B. Fair-Trade-Gruppen und Dritte-Welt-/Eine-Welt-Gruppen/Läden; Gruppen, die sich in und für lokale Entwicklungsprojekte oder Schul- und Städtepartnerschaften engagieren; Herausgeber von Informationsmaterial; Ortsgruppen von internationalen Organisationen, wie „amnesty international“ und Greenpeace. Diese Aktionsgruppen verfolgen unterschiedliche Ziele, so bspw. der „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (> BUKO) oder der Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg. Allen geht es jedoch darum, > Solidarität zu zeigen sowie sich für > Gerechtigkeit im globalem Maßstab und für ein menschenwürdiges Leben in Entwicklungsländern einzusetzen. > Nichtregierungsorganisationen

**Aktionsprogramm 2015:** Zur Unterstützung der > Millennium-Entwicklungsziele und als „Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“ hat das Bundeskabinett am 4. April 2001 das „Aktionsprogramm 2015“ (AP 2015) beschlossen. Die zehn vorrangigen Ansatzpunkte und Handlungsfelder lauten: (1) Wirtschaftliche Dynamik und aktive Teilhabe der Armen erhöhen, (2) Das Recht auf Nahrung verwirklichen - Agrarreformen durchführen, (3) Faire Handelschancen für die Entwicklungsländer schaffen, (4) Verschuldung abbauen – Entwicklung finanzieren, (5) Soziale Grunddienste gewährleisten – soziale Sicherung stärken, (6) Zugang zu den lebensnotwendigen Ressourcen sichern – Eine intakte Umwelt fördern, (7) Menschenrechte verwirklichen – Kernarbeitsnormen respektieren, (8) Gleichberechtigung der Geschlechter fördern, (9) Beteiligung der Armen sichern – Verantwortungsvolle Regierungsführung stärken, (10) Konflikte friedlich austragen – Menschliche Sicherheit und Abrüstung fördern. Auf drei Ebenen setzt die Bundesregierung an: Bei den internationalen Strukturen und Regelwerken, in den Partnerländern sowie in Deutschland, Europa und den anderen Industrieländern. Das AP 2015 bildet den ressortübergreifenden strategischen Rahmen für alle deutschen Beiträge zur Bekämpfung der weltweiten extremen Armut. [www.bmz.de/de/ziele/deutsche\\_politik/aktion\\_2015/index.html](http://www.bmz.de/de/ziele/deutsche_politik/aktion_2015/index.html) ; [www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/ap2015\\_kurz.pdf](http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/ap2015_kurz.pdf)

**ALADI/Asociación Latinoamericana de Integración - Lateinamerikanische Integrationsvereinigung:** 1980 als Rechtsnachfolgerin der Lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC gegründete Organisation von zwölf lateinamerikanischen Staaten (von Argentinien über Kuba bis Venezuela) mit Sitz in Montevideo. Sie dient der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes. > UNASUR [www.aladi.org](http://www.aladi.org)

**ALBA/Alianza Bolivariana (para los Pueblos de Nuestra) América:** Die von Venezuela gestartete, anti-neoliberale Initiative „Bolivarische Alternative für Amerika“, Ende 2004 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba entstanden, vereint mittlerweile (Stand: Mitte 2009) auch Bolivien, Nicaragua, Dominica, Honduras, Ecuador, Antigua und Barbuda, St.

Vincent und die Grenadinen. Sie versteht sich als ein Gegenmodell zu der von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA/FTAA. [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)  
**Alignment:** Partnerausrichtung, bei der gemäß der > Paris-Erklärung die > Geber(länder) ihre Unterstützung im Einklang mit den von den > Empfängern gesetzten Zielen erbringen und die lokalen Systeme nutzen.

### **Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen > GATT > WTO**

**Allgemeine Zollpräferenzen:** Einseitige Zollsenkungen der Industrieländer für Halb- und Fertigwarenimporte beziehungsweise einige landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern. 1971 führte die EG allgemeine Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren aus Entwicklungsländern ein. > WTO > Zölle

**Alphabetisierung:** Alphabetisierung bedeutet einen planmäßigen Prozess der Vermittlung der Lese- und Schreibfähigkeit, der zur Verringerung und letztlich zur Ausmerzung des Analphabetismus führt. Die > UNESCO versteht unter funktionaler Alphabetisierung zugleich eine pädagogische, soziale und ökonomische Aktion. Alphabetisierung bedeutet insofern nicht nur Aneignung von Lesen und Schreiben, sondern soll auch einen Beitrag zur sozio-ökonomischen Emanzipation und Partizipation leisten. Lesen und Schreiben heißt also auch die Wirklichkeit erkennen und gestalten können. > Bildung

### **Am wenigsten entwickelte Länder > Least Developed Countries**

**Andengemeinschaft - Comunidad Andina de Naciones/CAN:** 1996 unterzeichneten die vier Mitgliedstaaten des Andenpaktes (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru) ein Reformprotokoll zum Cartagena-Abkommen. Damit wandelten sie den Andenpakt in die Andengemeinschaft um. Ziele sind die Förderung einer ausgewogenen und harmonischen Entwicklung der Mitgliedstaaten unter gleichen Bedingungen, die Erhöhung des Wirtschaftswachstums durch wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, die Verstärkung des regionalen Integrationsprozesses im Hinblick auf die schrittweise Vollendung eines Gemeinsamen Marktes in Lateinamerika sowie das Bestreben nach einer kontinuierlichen Verbesserung des Lebensstandards der Menschen der Andengemeinschaft. > UNASUR [www.comunidadandina.org](http://www.comunidadandina.org)

**Andenpakt:** 1969 geschlossenes Abkommen der Staaten Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru mit der Zielsetzung der Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft. Chile trat 1976 aus. > Andengemeinschaft

**Angepasste Entwicklung:** Bei der angepassten Entwicklung handelt es sich um ein Konzept, dass aus der kritischen Einwendung gegen die pauschalen Übertragung der Modernisierungsstrategie auf alle Entwicklungsländer entstanden ist. Die angepasste Entwicklung steht für die Abkehr von allgemein gültigen globalen Entwicklungskonzepten hin zur Berücksichtigung der jeweils lokal vorhandenen Gegebenheiten. > Entwicklung

**Angepasste Technologie:** Die Mobilisierung technischer Erkenntnisse zur Lösung eines im Entwicklungsland aufgetretenen technischen Problems mit einheimischen und fremden Mitteln, die sich an den wirtschaftlichen, sozio-ökonomischen und ökologischen Bedingungen des Entwicklungslandes orientieren; sie sind deswegen zumeist arbeitsintensiver als die kapitalintensiveren Technologien der Industrieländer. Sie nutzen vor allem örtlich verfügbare Ressourcen und gestatten zumeist kleine Produktionskapazitäten. Es kann sich dabei um weiterentwickelte traditionelle oder um – für die besonderen Bedingungen spezifisch entwickelte – moderne Technologien handeln.

**Ankerländer:** Sie sind keine „klassischen“ Entwicklungsländer mehr, und doch gibt es dort weit verbreitete Armut und zu wenig institutionelles Know-how, um die bereits vorhandene eigene Kraft auch zum Nutzen aller Menschen, für ein nachhaltiges Wirtschaften und die Erreichung der > Millennium-Entwicklungsziele einzusetzen – im eigenen Land und darüber hinaus. Gemeint sind gemäß einem Positionspapier des > BMZ (2004) nicht nur große Länder wie China, Indien oder Brasilien, sondern auch Indonesien, Pakistan, Thailand, Ägypten, Nigeria, Südafrika, Mexiko und die Türkei. Ihnen allen, die keine formale neue Länderkategorie bilden, ist gemeinsam, dass sie in ihrer Region eine Schlüsselrolle inne haben; wirtschaftlich können diese Länder eine Lokomotivfunktion und politisch eine Leitfunktion ausüben. Das bezieht sich v. a. auf die wirtschaftliche und politische Stabilität in ihren Regionen, aber ebenso auf den weltweiten Klima- und Ressourcenschutz sowie die Gestaltung von > Global Governance und einer nachhaltigen, gerechten und friedlichen Entwicklung. Ankerländer haben eine positive Ausstrahlung auf ihre Nachbarländer, wenn sie selbst zu Frieden, Stabilität und Wachstum beitragen; aber wenn in Ankerländern gewaltsame Konflikte ausgeglichen werden, die Wirtschaft schrumpft und keine Entwicklung stattfindet, hat dies negative Auswirkungen in der gesamten Region. Im Dialog mit ihren Kooperationspartnern will die Bundesregierung die bilaterale Zusammenarbeit mit Ankerländern gezielt zu strategischen Partnerschaften fortentwickeln und thematisch so fokussieren, dass sie einerseits der veränderten wirtschaftlichen und politischen Rolle dieser Länder im regionalen und internationalen Kontext gerecht wird, andererseits soweit wie möglich ihrem Gestaltungsinteresse in der globalen Strukturpolitik entspricht. Dazu gehören der Klimaschutz, globale Umweltgüter, Fragen von Stabilität, sozialer Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, die Durchsetzung von Sozialstandards und Kernarbeitsnormen, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. Das Konzept beruht auf drei Säulen: (1) Anpassung und Weiterentwicklung der EZ (so sind im Bereich der Armutsbekämpfung Dialog und Beratung wichtiger als direkte Mittel); (2) Ausbau von Dialogprogrammen (bspw. zu globalen öffentlichen Gütern); (3) Globale Politik (z. B. das „Managing Global Governance“-Fortbildungsprogramm für Fach- und Führungskräfte aus den Ankerländern). > Länderkonzentration

**Annex-I-Land** > Mechanismus für umweltverträgliche (saubere) Entwicklung/CDM

**Anpassung an den Klimawandel - Adaptation:** Anpassung hat zum Ziel, sich mit bereits erfolgten Klimaänderungen zu arrangieren und auf zu erwartende Änderungen so einzustellen, dass zukünftige Schäden vermieden werden können. Anpassung kann also entweder reaktiv oder proaktiv (vorsorgend) erfolgen und betrifft soziale wie auch natürliche Systeme. Anpassung und > Minderung bilden zusammen mit Finanzierung und Technologie-Kooperation die zentralen Themen der internationalen > Klimaschutzverhandlungen. > Klimawandel

**Anpassungsfonds** > Mechanismus für umweltverträgliche (saubere) Entwicklung - Clean Development Mechanism/CDM

**APEC/Asia-Pacific Economic Cooperation - Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit:** 1989 gegründeter Zusammenschluss der 21 Mitgliedsökonomien der Pazifik-Anrainer USA, China, Hongkong, Taiwan, Japan, Thailand, Peru, Chile, Mexiko, Kanada, Australien, Neuseeland, Russland, Malaysia, Papua Neuguinea, Indonesien, Vietnam, Brunei, Philippinen, Singapur und Südkorea. Das Ziel dieses Forums ist die Abstimmung in Wirtschafts- und Handelsfragen und langfristig die Errichtung einer Freihandelszone. > ASEM [www.apec.org](http://www.apec.org)

**AP 2015** > Aktionsprogramm 2015

**APRM/African Peer Review Mechanism:** Der Afrikanische Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung ist das auf einzelne Länder bezogene Selbstbewertungsverfahren der Reforminitiative > NEPAD.

**Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste e.V./AGdD:** Der in Bonn angesiedelte Dachverband der nach dem > Entwicklungshelfer-Gesetz anerkannten Entwicklungsdienste. Die Entwicklungsdienste setzen die in diesem Gesetz festgeschriebene Unterstützung und Förderung der Entsendung von berufserfahrenen Fachkräften in der Praxis um: Zusammen vermitteln sie jährlich mehr als 1.500 Entwicklungshelfer in verschiedenste Partnerprojekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und in die Reformländer Osteuropas. Die Mitglieder der AGdD sind vom > BMZ als „Träger des Entwicklungsdienstes“ anerkannt. Die zurückkehrenden Entwicklungshelfer können sich bei ihrer Wiedereingliederung in das hiesige Berufsleben durch das Förderungswerk für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste bei der AGdD beraten lassen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine finanzielle Unterstützung für berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen möglich > Entwicklungshelfer > Nichtregierungsorganisationen [www.agdd.de](http://www.agdd.de)

**arbeitsintensiv:** Als arbeitsintensiv bezeichnet man Produktionsverfahren, bei denen ein hoher Anteil an - meist ungelernter Arbeitskraft - mit einem relativ geringen Kapitaleinsatz (Maschinen) kombiniert ist. Gegensatz: > kapitalintensiv

**Arbeitsteilung, internationale:** Theoretisch und idealiter die Aufteilung der Weltproduktion auf die Länder mit den jeweils günstigsten Voraussetzungen der Produktion. Nach Befreiung des internationalen Handels von allen Handelshemmnissen können die Produktionsfaktoren weltwirtschaftlich an den Ort ihrer höchsten Effizienz wandern, wodurch ein absolutes Produktionsmaximum erreicht wird. Die nationale Faktormobilität weitet sich zur internationalen Faktormobilität aus. Im Rahmen der bisher verwirklichten Arbeitsteilung haben viele EL immer noch die Rolle des Lieferanten billiger Rohstoffe.

**Armut:** Absolute Armut beginnt, wo das physische Existenzminimum nicht mehr gesichert ist. Relative Armut wird hingegen in Bezug auf das Wohlstandsgefälle einer Gesellschaft definiert. Laut Definition der Weltbank leben Menschen unterhalb der internationalen absoluten Armutsgrenze, wenn ihnen weniger als 1 US-Dollar pro Tag an Kaufkraft zur Verfügung steht (erstmalig so definiert auf der Grundlage von 1985 kalkulierten internationalen Preisen unter Bezug auf lokale Währungen unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten; seit der Neuberechnung von 2008 liegt die Grenze bei 1,25 \$). Armut bedeutet aber nicht nur geringes Einkommen, sondern auch geringe Beteiligungsmöglichkeiten am wirtschaftlichen und politischen Leben, Gefährdung durch Risiken, Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie fehlender Zugang zu Ressourcen.> Hunger > Millennium-Entwicklungsziele > MPI > Reichtums-Armutsschere

**Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist mittlerweile zu einem die gesamte Entwicklungspolitik überwölbenden Ziel avanciert und zu einer entwicklungspolitischen Kernaufgabe geworden – national wie international, staatlich wie nichtstaatlich. In der entwicklungspolitischen Diskussion und in entwicklungsrelevanten Dokumenten wird bei der Armutsbekämpfung oft zwischen Reduzierung bzw. Minderung („reduction“ bzw. alleviation“) und der Ausmerzung, Ausrottung oder Beseitigung („eradication“ oder „elimination“) unterschieden, wobei zunächst ein eher pragmatisches und dann ein eher visionäres Ziel beschrieben wird. So heißt es im > AKP-Abkommen von Cotonou (2000): „The partnership shall be centered on the objective of reducing and eventually eradicating poverty...“ (Die Partnerschaft ist auf das Ziel ausgerichtet, die Armut zu reduzieren und schließlich auszumerzen – in der offiziellen Übersetzung heißt es „...einzudämmen und schließlich zu besiegen“).

Die Vereinten Nationen haben sich in der > Millenniumserklärung, in der von „poverty reduction“ und „eradication“ die Rede ist, zum Ziel gesetzt, weltweit den Anteil der Menschen, die im Jahr 1990 in extremer > Armut lebten, bis 2015 zu halbieren (zugleich > Millennium-Entwicklungsziel 1). Deutschland bekennt sich zu diesem Ziel. Die deutsche > Entwicklungspolitik berücksichtigt dabei die Einsicht, dass Menschen eine echte Chance erhalten müssen, sich selbst aus der Armut zu befreien. Dafür müssen sich Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ändern. Um das zu unterstützen, verfolgen Deutschland und viele andere Geber eine Politik des „Pro-Poor-Growth“, des Wachstums für die Armen. Armut lässt sich ohne Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht dauerhaft verringern. Wirtschaftswachstum muss auch so gelenkt werden, dass es breitenwirksam wird, dass es armen Frauen, Männern und Jugendlichen zugute kommt und sie selber dazu beitragen können. Umweltschutz muss von Anfang an Teil dieser Politik sein. Wirtschaftspolitik, die zu Lasten der Natur geht, zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen und verschlechtert somit die Aussichten späterer Generationen. Eine solche Politik können nur die Akteure vor Ort einleiten. Leitgedanke ist die Eigentümerschaft (> Ownership) der Partnerländer, an deren Strategien und Programme die Bundesregierung bei der Armutsbekämpfung anknüpft; sie fördert zudem die Beteiligung von Zivilgesellschaft und Parlamenten an der Gestaltung dieser Strategien.

Doch nicht nur die Strukturen und die > Eliten vor Ort, sondern auch ungerechtfertigte Handelshemmnisse können die Entwicklung behindern und Ursache für Armut sein. Die Industrieländer tragen hier eine große Verantwortung, ihre eigene Politik so zu gestalten, dass alle am Reichtum der Welt teilhaben können.

1980 lebten 2 Milliarden Menschen in extremer Armut – das entsprach damals fast der Hälfte der Weltbevölkerung. Laut Schätzungen der Weltbank lebten 2005 „nur noch“ etwa 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut, d. h. von weniger als 1,25 US-\$ am Tag. Dies entspricht ungefähr einem Viertel der Weltbevölkerung. Insgesamt gab es also durchaus Fortschritte im Kampf gegen die Armut. > Agrartreibstoffe > Aktionsprogramm 2015 > Armut > BMZ > Brandt-Bericht > Doha > Entwicklungspolitik > Millennium-Entwicklungsziele > Paris-Erklärung > PRSP > Querschnittsthemen > Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung

**Artenvielfalt** > Biodiversität

**AsDB** > Asiatische Entwicklungsbank

**ASEAN/Association of Southeast Asian Nations -Verband Südostasiatischer Nationen:** ASEAN, mit Sitz in Jakarta wurde 1967 als loser politischer Verband ohne völkerrechtliche Vertragsbasis von Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur gegründet. Weitere, dazu gekommene Mitglieder: Brunei (1984), Vietnam (1995), Myanmar und Laos (1997) sowie Kambodscha (1999). Papua-Neuguinea hat seit 1984 den Status eines Beobachters. Osttimor, ebenfalls mit Beobachterstatus, hat 2006 einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Ziele: Die Förderung von Frieden und Sicherheit, des wirtschaftlichen Aufschwungs, des sozialen Fortschritts und der politischen Stabilität. Erfolge der wirtschaftlichen Öffnungspolitik zeigten sich bald und so zählen die Mitgliedsländer heute z. T. zu den sogenannten Tigerstaaten. Die ASEAN-Charta von 2007 verleiht ASEAN den Status einer juristischen Person und schafft Verbindlichkeiten bei der zwischenstaatlichen Kooperation. Sie enthält die Verpflichtung zu Demokratie und zum Schutz der Menschenrechte. Die Grundprinzipien des „ASEAN way“ einschließlich Konsensentscheid und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bleiben unangetastet. [www.aseansec.org](http://www.aseansec.org)

**ASEM - Asia Europe Meeting:** ASEM ist ein informelles Dialogforum auf politischer Ebene und zugleich Kooperationsrahmen der Fachebenen, das Partnerländer aus Europa und Asien zu „Treffen“ zusammenführt. Teilnehmer sind die EU-Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission, die > ASEAN-Staaten sowie China, Japan und Südkorea. > APEC

**Asiatische Entwicklungsbank - Asian Development Bank/AsDB:** Deutschland ist Gründungsmitglied sowohl der 1966 in Manila (Philippinen) errichteten Bank als auch des 1973 geschaffenen Asiatischen Entwicklungsfonds/AsDF. Das gezeichnete Grundkapital der AsDB belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 56 Mrd. US-\$. Davon sind rund 3,94 Mrd. US-\$ eingezahlt; der Rest ist Haftungskapital. Deutschland ist mit einem Anteil von 4,32 Prozent beteiligt. Angesichts der schnell wachsenden Ökonomien in Asien stellen sich der Bank neue Herausforderungen, denen mit einer neuen Langfriststrategie Rechnung getragen werden soll. Mit der im April 2008 verabschiedeten „Strategy 2020“ hat die Bank (einschließlich Fonds) die Armutsreduzierung als oberstes Ziel bestätigt. Die strategische Agenda stellt die Förderung eines inklusiven und ökologisch nachhaltigen Wachstums und der Förderung von regionaler Integration und Kooperation in den Vordergrund. > Kredite > Regionale Entwicklungsbanken [www.adb.org](http://www.adb.org) ; [www.adb.org/adf](http://www.adb.org/adf)

**Assoziierung:** Assoziierung bezeichnet eine besondere Form der Anbindung und der Zusammenarbeit von Staaten(gruppen) und Gebieten. Sie ist auch ein Instrument der Außen- und Entwicklungspolitik. So wurden durch Assoziierungsabkommen besondere Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (der späteren EG/EU) und ihren ehemaligen Kolonien aufgebaut; das Jaunde-Assoziierungsabkommen von 1963 zwischen den sechs EWG-Staaten und achtzehn afrikanischen Ländern gilt als ein Vorläuferabkommen der > AKP-Abkommen Wie schon der EWG-Vertrag von Rom (1957) enthält auch der EG-Vertrag von Nizza (2000) besondere Bestimmungen über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete.

**Attac/Association pour la Taxation des Transactions financières pour l’Aide aux Citoyennes et citoyens:** Die „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger“ ist ein weit verzweigtes globalisierungskritisches Netzwerk, dessen Mitglieder zum Widerstand gegen weltweiten > Neoliberalismus aufrufen. Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so hat sich Attac mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler > Globalisierung angenommen – unter dem Motto „Globalisierung ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich“. 90.000 Mitglieder in 50 Ländern haben sich Attac angeschlossen. In Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von den Gewerkschaften Verdi und GEW über den Umweltverband BUND oder die katholische Friedensorganisation Pax Christi bis hin zu kapitalismuskritischen Gruppen reicht. [www.attac.org](http://www.attac.org) ; [www.attac.de](http://www.attac.de)

**AU** > Afrikanische Union

**Aufwertung:** Steigerung des Außenwertes einer Währung im Verhältnis zu einer anderen Währung im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr. Sie hat zur Folge, dass die Kaufkraft der inländischen Währung im Ausland zunimmt und Exporte aus dem entsprechenden Land für das Ausland teurer, dagegen Importe in das jeweilige Land günstiger werden. > Abwertung > Holländische Krankheit

**Außenhandelspolitik:** Die Außenhandelspolitik steht für die Bündelung aller Maßnahmen, die der Regierung eines Landes zur Verfügung stehen, um die Auswirkungen und den Grad der Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung zu beeinflussen (sowohl durch eigene Maßnahmen als auch durch Maßnahmen der Handelspartner). Dies zielt auf die gewünschte Lenkung der Importe und Exporte mittels verschiedener Instrumente, wie z. B. bi- und multilaterale Abkommen, Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse. Entscheidend für ihre Anwendung sind entsprechendes Know-how und entsprechende Marktmacht, über die viele Entwicklungsländer, insbesondere die ärmeren, nicht oder nicht hinreichend verfügen. > Handel

**Ausfuhrbeschränkung(en):** Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um die Ausfuhr zu verringern; kann erfolgen durch Aufwertung, Abbau von Subventionen für die Exportgüterindustrie, Verteuerung der Produktionskosten, Ausfuhrzölle und -kontingente; bei Kulturgütern auch Exportverbot. Ziel ist, einen hohen Ausfuhrüberschuss zu verhindern bzw. abzubauen, oder, im Falle der Kulturgüter, der Wunsch, diese im Lande zu behalten.

**Ausfuhrförderung:** Wirtschaftspolitische Maßnahme(n), um die Ausfuhr zu erhöhen (vor allem über die Senkung von Preisen oder Produktionskosten der Ausfuhrgüter oder auch durch andere Marketing-Maßnahmen); wird vorgenommen, um eine defizitäre Zahlungsbilanz auszugleichen oder um im Inland die Beschäftigung zu steigern (analog wirkt die > Abwertung).

**Ausfuhrgarantie:** Staatliche Maßnahme zur Erleichterung der Ausfuhrfinanzierung für private Exporteure (meist in Form von Bürgschaften). > Exportkreditgarantien

**Auslandsinvestitionen** > Direktinvestitionen

**Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages:** In der 14. Legislaturperiode ab 1998 wurde der Ausschuss von einem Unterausschuss zu einem vollwertigen Ausschuss aufgewertet. Verstärkt beschäftigt er sich mit Menschenrechtsfragen in Entwicklungsländern. > Menschenrechte [www.bundestag.de/ausschuesse](http://www.bundestag.de/ausschuesse)

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages/AwZ** (bis 1994 ohne den Zusatz „und Entwicklung“): Der AwZ wurde als parlamentarischer Pendant zum > BMZ im Jahre 1961 geschaffen. Die meisten der vom Bundestag verabschiedeten entwicklungspolitisch relevanten Entscheidungen beruhen auf Beschlussempfehlungen des AwZ, der die Entwicklungspolitik entsprechend seinen politischen Funktionen mitgestaltet. Sie liegen neben einer indirekten Einflussmöglichkeit auf den Haushalt (hier ist der Haushaltsausschuss federführend und der AwZ nur zu gutachterlichen Stellungnahmen befugt) vor allem in der Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive, der Diskussionsfunktion (über Konzepte und Programme), der Anregungsfunktion (für eine bessere Entwicklungspolitik) und der entscheidungsvorbereitenden Funktion (Beschlussempfehlungen für das Plenum). Bei den Entschlüssen werden Problemanalysen, politische Bewertungen und Willensbekundungen bzw. Erwartungen an die Bundesregierung eingehend beraten und in einer Reihe von Fällen einvernehmliche, parteiübergreifende Positionen erarbeitet und beschlossen. Im Plenum des Bundestages werden anschließend die Positionen der Parteien in der Öffentlichkeit dokumentiert.

Auf Empfehlung des AwZ fasste der Deutsche Bundestag am 5. März 1982 einen wegweisenden, heute noch aktuellen, entwicklungspolitischen Beschluss, und zwar im Rahmen einer vierzehn Punkte umfassenden Grundsatzklärung zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der erste Punkt lautet: „Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland sollte die Verwirklichung der Menschenrechte ein wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung sein. Die Bundesregierung sollte daher bei Entscheidungen über entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch auf die Verwirklichung der Menschenrechte sowie auf die Verwirklichung des sozialen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit insbesondere durch die Einhaltung sozialer Mindestnormen und Gewährung gewerkschaftlicher Freiheiten in den Entwicklungsländern achten. Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sollten jene Länder bevorzugt unterstützt werden, die sich um den Aufbau demokratischer Strukturen bemühen.“ Dieser entwicklungspolitische Grundsatzbeschluss, für den sich besonders die beiden Berichterstatter Rudolf Bindig für die SPD-Fraktion und Heinz Günther Hüscher für die CDU/CSU-Fraktion und Uwe Holtz als AwZ-

Vorsitzender eingesetzt haben, wurde in den beiden dann folgenden Legislaturperioden jeweils unverändert und einstimmig vom Deutschen Bundestag bekräftigt.

AwZ-Vorsitzende: Robert Margulies (FDP) 1.2.-20.6.1962, Karl Atzenroth (FDP) 1962-1965, Walter Leisler Kiep (CDU) 1965-1969, Alwin Brück (SPD) 1969-1974, Uwe Holtz (SPD) 1974-1994, Manfred Lischewski (CDU) 1994-98, Rudolf Kraus (CSU) 1998-2005, Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) 2005-2009, ab 2009 Dagmar Wöhrl (CSU).  
[www.bundestag.de/ausschuesse](http://www.bundestag.de/ausschuesse)

**Außenbeitrag:** Er ergibt sich als Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen.

**Außenhandelstheorie:** Diese Theorie dient zur Erklärung des Umfang, der Struktur, der Entwicklung und Richtung des Güterausstauschs, der Preise von Import- und Exportgütern (> Terms of Trade) und der Verteilung der aus Import und Export stammenden Gewinne.

**Auszahlung:** Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern und Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne jede Auszahlung („disbursement“) – i. d. R. aufgrund einer zuvor eingegangenen Verpflichtung/Zusage. > Zusage

**Autarkie:** Die Selbstversorgung eines Volkes mit allen notwendigen Gütern und Dienstleistungen. Der positive Effekt einer Auslandsunabhängigkeit wird erkauft mit dem negativen Effekt eines Verzichts auf die Wachstumschancen bei einer internationalen Arbeitsteilung. Anlass, eine Autarkie anzustreben, kann aktuell (Kriegszeiten) oder prinzipiell (Zentralverwaltungswirtschaft) sein. Um die Autarkie zu erreichen, sind nach außen und nach innen in der Regel dirigistische Maßnahmen erforderlich.

**Autozentrierte Entwicklung:** Das Konzept der autozentrierten (eigenständigen) Entwicklung war ursprünglich innerhalb der > Dependenztheorie angesiedelt und ist weitgehend mit dem entwicklungstheoretischen Modell der > Dissoziation (> Abkoppelung) identisch. Es umfasst die Forcierung einer binnenmarktorientierten Entwicklung nach innen und Abbruch oder zumindest Veränderung der weltmarktorientierten „Entwicklung nach außen“; Aufbau einer lebensfähigen Ökonomie, gestützt auf die lokal verfügbaren materiellen und menschlichen Ressourcen und gekennzeichnet durch Vernetzung von Produktionssektoren mit dem Ziel, die eigenen Bedürfnisse der peripheren Gesellschaften vor allem mit eigenen Produkten zu befriedigen.

**AwZ** > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages

**BACKUP-Initiative:** "Building Alliances – Creating Knowledge – Updating Partners" (Bündnisse bilden – Wissen schaffen – Partner auf den neusten Stand bringen). Die BACKUP-Initiative der > GTZ ist der deutsche Beitrag zur besseren Nutzung internationaler Finanzmittel im Gesundheitssektor. Den Partnerländern wird durch diese Initiative der Zugang zu globalen Finanzmitteln erleichtert. Außerdem werden sie bei der Qualitätssicherung im Gesundheitswesen und bei der Durchführung erfolgreicher Maßnahmen gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria unterstützt. > Gesundheit

**Backward linkages** > Verkettungseffekt

**Bad Performers** > Good Performers

**Baker-Plan:** Benannt nach dem ehemaligen US-amerikanischen Finanzminister James Baker, der im Herbst 1985 auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Seoul anregte, 20

Milliarden US-\$ neuer Bankkredite plus 9 Milliarden US-\$ von westlichen Regierungen und internationalen Institutionen mit einer Laufzeit von 3 Jahren für die 15 (später 17) höchstverschuldeten Länder bereitzustellen. Bedingung für die Inanspruchnahme dieses Geldes war die Bereitschaft zu Reformen im Sinn des IWF: Privatisierung von Staatsunternehmen, Ermunterung ausländischer Investitionen sowie Handelsliberalisierung und Austeritätsprogramme (Sparprogramme). > Washington-Konsensus

**Balanced growth** > Big push

**Bandung-Konferenz:** Im April 1955 haben sich 23 asiatische und 6 afrikanische Staaten in der Stadt Bandung auf der indonesischen Insel Java versammelt. Die Konferenz stellte den ersten Versuch seitens der blockfreien Staaten dar, das weltpolitische Gewicht der Staaten der sog. > Dritten Welt zu erhöhen und ihren wirtschaftlichen Status zu verbessern. Im Schlusskommunique wurden folgende Ziele festgehalten: Beendigung der Kolonialherrschaft in allen Gebieten, die sich noch in europäischer Abhängigkeit befanden, Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Gleichberechtigung der Rassen und Völker, atomare Abrüstung und friedliche internationale Zusammenarbeit. > Blockfreie

**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ - Bank for International Settlements/BIS:** Die BIZ wurde 1930 als Aktiengesellschaft mit Sitz: in Basel gegründet und ist damit die älteste internationale Finanzorganisation. Die BIZ wurde ursprünglich als Treuhänderin der Reparationsgläubiger des Deutschen Reiches gegründet, doch nach Einstellung der Reparationszahlungen (1931) wurde ihr Zweck erweitert auf die Förderung der Zusammenarbeit der Zentralbanken, die Abwicklung von internationalen Zahlungsgeschäften von Zentralbanken und die Einräumung von Kreditfazilitäten unter Mitwirkung der Zentralbanken. Sie ist heute die Dachorganisation der Notenbanken. Sie gilt als Zentralbank der beteiligten Zentralbanken. Zu ihren Aufgaben gehören auch die Verrechnung und der Zahlungsausgleich im Europäischen Währungssystem. Die BIZ veröffentlicht regelmäßig Statistiken über das internationale Bankgeschäft (Euromarkt). Zu den mehr als 50 Mitgliedern zählen alle westeuropäischen Staaten, mehrere osteuropäische Länder einschl. Russlands und die Europäische Zentralbank; außereuropäische Mitglieder sind u. a. die Vereinigten Staaten, Japan, Kanada und Australien sowie China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. Unter „Basel II“ wird die „Neue Basler Eigenkapitalvereinbarung für Banken“ verstanden, die vom „Basler Ausschuss für Bankenaufsicht“ der BIZ erarbeitet wird. Hauptziel ist, dass Banken für jeden Kredit an Unternehmen und Staaten eine genormte Risikobeurteilung vornehmen müssen. In Abhängigkeit von dem Ergebnis dieser Risikoprüfung (vergleichbar mit dem Rating) hat die Bank einen risikospezifischen Prozentsatz der Kreditsumme als Eigenkapital vorzuhalten. [www.bis.org](http://www.bis.org)

**BASIC:** Eine seit Ende 2009 sich entwickelnde, geopolitische Allianz vier großer Entwicklungsländer (Brasilien, Südafrika, Indien und China), die anlässlich des Kopenhagener (gescheiterten) Klimagipfels im Dezember 2009 gebildet wurde.

**Basic needs** > Grundbedürfnisse

**Basket Funding:** Im Falle der Zahlung mehrerer Geber in einen gemeinsamen „Korb“, der einer bestimmten Verwaltungseinheit im Empfängerland zur eigenständigen Verwendung überlassen wird, spricht man vom Basket-Funding. Hierbei gilt der Vertrauensbeweis der Bergemeinschaft.

**„Beggar-thy-neighbor policy“ (auch „St. Florians –Politik“: Heiliger St. Florian, schon’ unser Haus, zünd’ and’re an):** Eine Politik, die versucht, die Arbeitslosigkeit eines Landes dadurch zu „exportieren“, dass sie Zölle oder Handelskontingente einführt, um die Nachfrage

nach inländischen Gütern zu Lasten importierter Waren zu erhöhen und gleichzeitig durch (häufig durch eine unterbewertete Währung geförderten) Exportabsatz die Beschäftigung im eigenen Land steigern will. Diese Politik geht zu Lasten der Handelspartner, die entsprechende Importüberschüsse - und damit Nachteile für die eigene Beschäftigungslage - hinnehmen müssen.

**Bertelsmann Transformation Index/BTI:** Ein Demokratisierungs- und Transformationsindex, der im Mai 2004 erstmals veröffentlicht wurde. Der BTI bietet vor dem normativen Hintergrund von rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft Reformakteuren in aller Welt die Möglichkeit, sich umfassend über erfolgreiche politische Gestaltungsprozesse auszutauschen. 125 Entwicklungs- und Transformationsländer mit mehr als zwei Millionen Einwohnern, die zu Beginn des Untersuchungszeitraumes noch keine vollständig konsolidierten marktwirtschaftlichen Demokratien waren, werden detailliert untersucht und innerhalb des BTI in zwei Ranglisten eingeordnet: Der Status-Index misst den Stand von demokratischer und marktwirtschaftlicher Transformation; der Management-Index ermittelt die Qualität der Steuerungsleistungen der politischen Entscheidungsträger und Transformationsakteure. Darüber hinaus bietet der BTI zu allen untersuchten Ländern Ländergutachten, die über den politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungsstand, Problemlagen und Steuerungsleistungen informieren. [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de)

**Bevölkerung:** Die Weltbevölkerung wuchs im 20. Jh. - besonders in den ärmeren Ländern – so stark, dass von einer Bevölkerungsexplosion gesprochen wird. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts weniger als zwei Mrd. Menschen den Globus bevölkerten, waren es 1974 vier und 1999 sechs Milliarden. 2009, so die Schätzungen, belief sich die Weltbevölkerung auf 6,81 Mrd. Menschen, davon lebten 5,6 Mrd. in den Entwicklungsländern und 1,2 Mrd. in den Industrieländern. Auf die Kontinente verteilt ergibt sich folgendes Bild: Afrika 999 Mio., Amerika 921 Mio. (Lateinamerika und Karibik 580 Mio., Nordamerika 341 Mio.), Asien 4,12 Mrd., Australien und Ozeanien 36 Mio., Europa 738 Mio.

Für 2050 wird eine Weltbevölkerung von über 9 Mrd. Menschen prognostiziert. Die UNO erwartet bis zu diesem Jahr einen weltweiten Zuwachs bei den Über-60-Jährigen von jetzt gut 10 Prozent auf dann knapp 22 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang des Bevölkerungsanteils der Kinder bis 15 Jahre von jetzt knapp 30 auf knapp 20 Prozent. Die mit der Alterung von Gesellschaften zusammenhängenden Probleme erreichen in zunehmendem Maß auch Entwicklungsländer.

Bereits die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994 machte deutlich, dass Bevölkerungswachstum kein isolierter Vorgang ist, sondern dass das generative Verhalten der Menschen von vielen Faktoren abhängt: Armutsbeseitigung, Bildung und Gleichberechtigung der Geschlechter, die soziale Entwicklung von Frauen und Männern und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen in Familie, Politik und Gesellschaft (> empowerment), die Senkung der Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit, die eigenverantwortliche Entscheidung über die Geburt der Kinder und der Zugang zu Diensten für Familienplanung und sexuelle Gesundheit. Gemäß dem in Kairo verabschiedeten Aktionsprogramm soll allen Menschen bis zum Jahr 2015 der Zugang zu Aufklärung und Familienplanung sowie zu Gesundheitsfürsorge rund um Schwangerschaft und Geburt ermöglicht werden. Seither wurde zwar viel erreicht, dennoch fällt die Bilanz 15 Jahre nach Kairo gemischt aus. > Demographischer Übergang > Malthusianismus > Reproduktive Gesundheit > Urbanisierung [www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de)

**BICC/Bonn International Center for Conversion:** Das Internationale Konversionszentrum in der > UNO-Stadt Bonn ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation, deren Ziel es ist, zur Förderung und Erleichterung von > Frieden und > Entwicklung beizutragen. BICC arbeitet an der Schnittstelle zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik einerseits sowie anwendungsorientierter Friedens- und Konversionsforschung andererseits. Es gehört zu den

fünf Instituten für Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland, die das „Friedensgutachten“ als Jahrbuch publizieren. > Konversion [www.bicc.de](http://www.bicc.de)

**Big push:** Schlüsselbegriff einer Entwicklungsstrategie, die durch massive Investitionen in allen Wirtschaftssektoren gleichzeitig innerhalb sehr kurzer Zeit eine neue, ausgewogene Wirtschaftsstruktur auf höherem Niveau (balanced growth) erreichen wollte. Man übersah dabei vor allem, dass das Problem der Entwicklung nicht allein durch Kapitalzufuhr lösbar ist. > Sektoren

**Bilaterale Zusammenarbeit:** Zusammenarbeit von Staat zu Staat. Öffentliche Entwicklungsleistungen (> ODA), die ein Staat einem Entwicklungsland (oder einer Gruppe von Entwicklungsländern) direkt, das heißt nicht über multilaterale Organisationen, gewährt. Die Partner werden dabei oft als Geberland und Empfängerland bezeichnet. Die wichtigsten Instrumente der bilateralen EZ sind die > Technische Zusammenarbeit (TZ), die > Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und die > Personelle Zusammenarbeit (PZ); in den 1990er Jahren haben die Waren- und Strukturhilfe, die Förderung der Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft mit den Entwicklungsländern sowie die Not- und Katastrophenhilfe an Bedeutung zugenommen. Im Hinblick auf die Zielsetzungen der deutschen > Entwicklungspolitik bedingen und ergänzen bilaterale, europäische und multilaterale Entwicklungspolitik einander. Einerseits hängt der Erfolg der bilateralen EZ von der Hebelwirkung der verbesserten Rahmenbedingungen ab, die multilateral bzw. im Zusammenwirken der Gebergemeinschaft herbeigeführt, beeinflusst oder ausgehandelt werden. Andererseits werden die Erkenntnisse, Erfahrungen und auch das Gewicht der bilateralen EZ in die Gestaltung der multilateralen Politik eingebracht. > Multilateral

**Bildung(shilfe):** Bildung ist ein Schlüsselfaktor für die persönliche wie auch die soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung. Außer dem Vorhandensein natürlicher Ressourcen und dem Zugang zu Kapital gilt deshalb die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Menschen und Arbeitskräften sowie qualifiziertem Personal als ein wesentlicher Faktor der Entwicklung. Deshalb sollte die Qualifizierung einheimischen Personals außer in speziellen Projekten der Bildungsförderung auch in allen anderen Maßnahmen der EZ berücksichtigt werden. Während des Weltbildungsforums in Dakar im April 2000 haben 164 Länder (darunter auch Deutschland) bestätigt, dass die Weltgemeinschaft verpflichtet ist, zur Erreichung der Ziele von „Bildung für Alle“ (Education for All) bis 2015 beizutragen. Die > G8-Staats- und Regierungschefs bekräftigten in > Heiligendamm das Ziel „Bildung für alle“, dem sich die „Fast-Track-Initiative“ verschrieben hat. Die deutsche EZ fördert drei Säulen der Bildung: Schule, berufliche (Aus-)Bildung und Hochschule. Analphabetentum (noch kann jeder fünfte Erwachsene auf der Welt nicht lesen und schreiben) und unzureichende Bildung sind schwerwiegende Entwicklungshemmnisse; folgerichtig fordern die > Millennium-Entwicklungsziele auch die Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung und die Beseitigung des Geschlechtergefälles in der Primar- und Sekundarschulbildung. Die Förderung der Grundbildung und die gendersensible Ausgestaltung der Bildung sind seit mehr als einer Dekade Schwerpunkte in der deutschen bi- und multilateralen EZ. > Alphabetisierung > Capacity Building [www.unesco.org/education/efa](http://www.unesco.org/education/efa)

**Bildung für nachhaltige Entwicklung:** Im Dezember 2002 beschloss die Vollversammlung der VN, die Jahre von 2005 bis 2014 als Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (Decade of Education for Sustainable Development/DESD) auszurufen – mit der > UNESCO als „Lead Agency“. Die VN-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, in diesem Zeitraum besonders intensive Anstrengungen zu unternehmen, um den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung weltweit in allen Bereichen der Bildung zu verankern. In Deutschland wird die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von der Deutschen UNESCO-Kommission auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen

Bundestages und im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung koordiniert.  
 > Nachhaltige Entwicklung [www.unesco.org/education/desd](http://www.unesco.org/education/desd) ; [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

**Binnenländer:** Die Land-umschlossenen Entwicklungsländer (Landlocked Developing Countries/LLDCs), also Länder ohne Meereszugang, bezeichnen einen von den VN definierten sozialökonomischen Status, den 31 abseits der Meere gelegene Länder in der Welt aufweisen. Gemeinsam mit den > LDCs und den > „Small Island Developing States“ werden die LLDCs seit 2001 von einem Hohen Vertreter des OHRLLS (Office of the High Representative for Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States) repräsentiert. Aufgrund einer Resolution der UN-Vollversammlung wurde sein Büro am Sitz der Weltorganisation in New York eingerichtet, um bei den verschiedenen Aktionsprogrammen für diese Ländergruppen koordinierend zu helfen. Innerhalb des > Millennium-Entwicklungsziels 8 „Aufbau einer weltweiten Partnerschaft“ fordert eine spezifische Zielvorgabe, den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Insel-Entwicklungsländer Rechnung zu tragen. > Partnerschaft [www.unohrlls.org](http://www.unohrlls.org)

**Binnenmarktorientierte Entwicklung(sstrategie):** Anders als bei der > exportorientierten Entwicklungsstrategie sollen Produktivität, Einkommen und Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung direkt gesteigert werden, wobei das Ziel eine sich gegenseitig stützende Entwicklung der verschiedenen > Sektoren und Regionen ist.

**Biodiversität:** Biologische Biodiversität steht für die Vielfalt des Lebens auf der Erde – von der genetischen Vielfalt über die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten bis hin zur Vielfalt der Ökosysteme. 1992 wurde in Rio im Sinne des Nachhaltigkeitskonzepts die Biodiversitätskonvention (Übereinkommen über Biologische Vielfalt - Convention on Biological Diversity/CBD) verabschiedet. Ziel ist es, die biologische Vielfalt zu schützen, ihre Bestandteile nachhaltig zu nutzen und die Gewinne, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen, gerecht zu verteilen, wobei es auch um den Vorteilsausgleich geht (dieser spielt insbesondere für indigene Völker eine Rolle, weil Unternehmen wiederholt Patente auf von Indigenen vermitteltes Wissen ohne deren Zustimmung und Gewinnbeteiligung angemeldet haben). > GEF > Nachhaltige Entwicklung > Rio-Konventionen [www.cbd.int](http://www.cbd.int)

**Bioenergie** > Agrartreibstoffe

**Biotechnologie:** Bei der Biotechnologie handelt es sich um die Wissenschaft von den Methoden und Verfahren, die zur technischen Nutzbarmachung biologischer Prozesse und bei der Umwandlung von Naturprodukten angewendet werden. Gegenstand der Biotechnologie ist die Erarbeitung der Grundlagen für die Verwendung lebender Organismen in technischen Prozessabläufen.

**BIP** > Bruttoinlandsprodukt

**BIZ** > Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

**Blockfreie:** In der Blockfreienbewegung (Non-Aligned Movement/NAM) hatten sich Entwicklungsländer und auch einige europäische Länder in den fünfziger Jahren zu einer im Ost-West-Konflikt der Machtblöcke weitgehend neutralen Gruppierung zusammengeschlossen, die aber zunehmend zu einer relativ fest organisierten Interessengruppe im Nord-Süd-Konflikt wurde. Die Blockfreienbewegung, offiziell 1961 zu Zeiten des Kalten Krieges gegründet, veranstaltet alle drei Jahre Gipfeltreffen. Sie verfügt über kein ständiges Sekretariat. Aber immerhin weist die Bewegung nach dem Gipfel von Havanna im Jahre 2006 118 Mitgliedstaaten auf – drei Fünftel der UN-Mitglieder. 53 Mitgliedstaaten der Blockfreienbewegung liegen auf dem afrikanischen Kontinent, 38 in Asien, 26 in Lateinamerika und der

Karibik; der einzige europäische Mitgliedstaat ist Weißrussland. Kuba, das von 2006 bis 2009 den Vorsitz innehat, vertritt die Auffassung, die Blockfreien seien wichtiger denn je und müssten sich zu einer „pro-aktiven Bewegung“ von globalem Gewicht entwickeln. Auf dem Havanna-Gipfel wurde beschlossen, das NAM-Koordinierungsbüro in New York zu stärken; dem Büro gehören alle Mitgliedstaaten an; es soll dazu beitragen, die Aktionen der Blockfreienstaaten innerhalb der VN besser zu koordinieren. > Bandung-Konferenz <http://canada.cubanoal.cu/index.html>

**BMZ:** Abkürzung für „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (bis Januar 1993 ohne den Zusatz „und Entwicklung“). Kurzform: Entwicklungs(hilfe)ministerium. Das 1961 geschaffene Ministerium ist für die deutsche > Entwicklungspolitik verantwortlich.

Auch nach dem 1999 erfolgten Umzug von Teilen der Bundesregierung nach Berlin befindet sich der 1. Dienstsitz des BMZ in Bonn, wo das Ministerium über 467 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt; am 2. Dienstsitz in Berlin sind 130 beschäftigt (Stand: 10.3.2009, jeweils ohne Beurlaubte). Das BMZ plant und steuert die Entwicklungspolitik der Bundesregierung und ist gleichzeitig für deren Umsetzung zuständig. Vier Arbeitsgrundlagen brauchte und braucht das BMZ: (institutionelle) Kompetenzen, Sachverstand, Konzepte und Geld (Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen). Hinter der Gründung des BMZ stand der politische Wille, diesen Bereich der äußeren Politik deutlich hervorzuheben und gleichzeitig eine Zersplitterung der Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung zu vermeiden. Gemäß dem Bundeskanzlererlass von 1962 oblag dem BMZ im Wesentlichen die Koordinierung der Entwicklungspolitik des Bundes. Der Bundeskanzlererlass von 1964 verbriefte zum ersten Mal die Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik; dem BMZ wurden die Zuständigkeit für die Grundsätze und Programme der Entwicklungspolitik sowie die Planung und Durchführung der Technischen Hilfe/Zusammenarbeit übertragen. Gemäß dem Organisationserlass des Bundeskanzlers vom Dezember 1972 erhielt das BMZ auch die bis dahin dem Wirtschaftsministerium zugeordnete Zuständigkeit für die bi- und multilaterale Finanzielle Hilfe/Zusammenarbeit. Allerdings ressortieren immer noch Bereiche von entwicklungspolitischer Relevanz in anderen Ministerien (so z. B. die humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt). Mit der Ablösung der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung Kohl durch die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragene Regierung Schröder bekam das BMZ im Oktober 1998 mehr Kompetenzen. So ist das BMZ gemäß einem neuen Organisationserlass im Bundessicherheitsrat der Bundesregierung vertreten; es besitzt die Federführung für Angelegenheiten des EU-Abkommens mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern und die fachliche Zuständigkeit für Beratung und Technische Hilfe/Zusammenarbeit zugunsten Osteuropas und der Neuen Unabhängigen Staaten; außerdem wurden ihm von anderen Ministerien die Aufgabenbereiche Weltsozialgipfel und Habitat übertragen. Die Aufwertung der Entwicklungspolitik wird auch in der stärkeren Mitgestaltung von relevanten Themen auf nationaler und internationaler Ebene augenfällig. Von besonderer Bedeutung für das BMZ und auch alle anderen Ressorts ist das „Aktionsprogramm 2015 - Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“ vom April 2001.

Für das BMZ besteht das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik darin, menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern schaffen und insbesondere die Armut bekämpfen zu helfen. Wenn die Menschen in diesen Ländern die Chance erhielten, ihre Lebenssituation zu verbessern, so trage dies auch zur Zukunftssicherung bei uns bei. Um dieses Ziel zu erreichen, folge die Entwicklungspolitik einem ganzheitlichen Ansatz: dem Leitbild der > nachhaltigen Entwicklung. Denn die verschiedenen Bereiche oder Dimensionen entwicklungspolitischen Handelns seien eng miteinander verzahnt. In einem Bereich allein ließen sich keine Erfolge erzielen, wenn man die Wechselwirkungen mit anderen Bereichen außer Acht lasse. Die deutsche Entwicklungspolitik verknüpfe daher eng die vier Dimensionen ihres Handelns: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und politische Stabilität.

Im Hinblick auf die Zielsetzungen der deutschen Entwicklungspolitik bedingen und ergänzen bilaterale, europäische und multilaterale Entwicklungspolitik einander. Einerseits hängt der Erfolg der bilateralen EZ von der Hebelwirkung der verbesserten Rahmenbedingungen ab, die multilateral bzw. im Zusammenwirken der Gebergemeinschaft herbeigeführt, beeinflusst oder ausgehandelt werden. Andererseits werden die Erkenntnisse, Erfahrungen und auch das Gewicht der bilateralen EZ in die Gestaltung der multilateralen Politik eingebracht.

Während der 16. Legislaturperiode (2005-2009) wollte das BMZ einen zentralen Beitrag leisten, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. Auf dem Wege dahin hatte sich die deutsche Entwicklungspolitik Folgendes vorgenommen:

- Das BMZ wirkt auf kohärente Politiken innerhalb der Bundesregierung und der Europäischen Union hin, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Globale Öffentliche Güter.
- Das BMZ legt die Grundlagen für eine nachhaltige Stärkung der Entwicklungsfinanzierung, die einen zentralen Baustein zur Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele, insbesondere der Millenniumsagenda, darstellt.
- Qualität und Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit sowie das entwicklungspolitische Profil des BMZ werden durch thematische, regionale und instrumentelle Konzentration erhöht. Die entwicklungspolitische Präsenz in Partnerländern und multilateralen Organisationen wird ausgebaut. Struktur und Steuerung der Durchführungsorganisationen werden so gestaltet, dass sie eine effizientere „Entwicklungspolitik aus einem Guss“ ermöglichen. Hierzu gehört die weitere organisatorische Straffung des Vorfeldes.
- Die Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Führungskräfte des BMZ richten ihre Zusammenarbeit an diesen strategisch politischen Zielen des BMZ aus. Sie arbeiten ziel-, leistungs- und teamorientiert. Die fachlich-konzeptionellen und Management-Fähigkeiten werden mit dem Ziel gestärkt, Reformprozesse in Partnerländern und auf internationaler Ebene aktiver mitgestalten und die entwicklungspolitische Durchführungsstruktur effektiver steuern zu können.

Im > Haushalt des BMZ, und zwar im Einzelplan 23 des Bundeshaushaltes, wird vom Gesetzgeber die jeweilige finanzielle Ausstattung einschl. der > Verpflichtungsermächtigungen festgelegt. In den letzten Jahren ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen – so von 3,86 Mrd. im Jahre 2005 auf 5,81 Mrd. Euro in 2009. Das BMZ beauftragt > Durchführungsorganisationen mit der konkreten Umsetzung der entwicklungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung. Zu den Aufgaben dieser Organisationen gehören u. a. die Durchführung von Projekten der > Finanziellen Zusammenarbeit und der > Technischen Zusammenarbeit, die Vorbereitung und Entsendung von deutschen Fachkräften und Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern sowie die berufliche Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus den Partnerländern. Verantwortliche Organisation für die Finanzielle Zusammenarbeit ist die > KfW Entwicklungsbank. Die > Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist für die Technische Zusammenarbeit mit den Partnerländern zuständig. Der > Deutsche Entwicklungsdienst (DED) hat sich auf die Vorbereitung und Entsendung von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern spezialisiert. Für Personalentwicklung und Weiterbildung ist vor allem die > Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH (InWEnt) und für die Vermittlung von integrierten Fachkräften das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (> CIM) zuständig. Daneben gibt es weitere, auf einzelne Aufgaben spezialisierte Durchführungsorganisationen, wie z. B. die > Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) oder die > Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB). Parlamentarisches Pendant des BMZ im Deutschen Bundestag ist der > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ); von besonderer Bedeutung für Budgetfragen ist der Haushaltsausschuss.

Immer wieder wird diskutiert, ob das BMZ in das Auswärtige Amt integriert werden sollte. Dagegen und für die Eigenständigkeit des BMZ sprechen folgende Gründe: Im AA spielte die Entwicklungspolitik nur die zweite oder dritte Geige. Ein eigenständiges Ministerium

kann sich mit voller Kraft der Armutsbekämpfung, den vielen, vermeintlich nicht ganz so wichtigen Entwicklungsländern, der Weltbank und einem fairen Interessenausgleich widmen. Die im Laufe seiner Geschichte durch Kompetenzerweiterungen erfolgte Aufwertung des BMZ ist aus guten Gründen von unterschiedlichen Regierungskoalitionen betrieben worden; eine Auflösung des BMZ wäre eine Konterkarierung dieser Bemühungen und Erfolge. Alle auswärtigen Beziehungen in einer Hand bündeln zu wollen, entspräche zudem mehr einem Wunschenken als der Realpolitik, weil fast jedes Bundesministerium heute Außenbeziehungen und eine internationale Dimension aufweist. Ein eigenständiges Ministerium hat zudem einen korrespondierenden Ausschuss im Parlament, eine entwicklungspolitische Lobby nach innen und außen; eine Integration in das AA würde zu einem Verlust an demokratischer Kontrolle und Mitwirkung führen – die Bildung eines entwicklungspolitischen „Unterausschusses“ des Auswärtigen Ausschusses würde den Bedeutungsverlust des Themenbereichs im Parlament nur noch augenfälliger machen.

Entwicklungsminister ist seit Oktober 2009 Dirk Niebel (FDP). Vorgänger/innen: Walter Scheel/FDP (11.1961-10.1966), Werner Dollinger/CSU (10.1966-12.1966), Hans-Jürgen Wischnewski/SPD (12.1966-10.1968), Erhard Eppler/SPD (10.1968-7.1974), Egon Bahr/SPD (7.1974-12.1976), Marie Schlei/SPD (12.1976-2.1978), Rainer Offergeld/SPD (2.1978-10.1982), Jürgen Warnke/CSU (10.1982-3.1987), Klein/CSU (3.1987-4.1989), Jürgen Warnke/CSU (4.1989-1.1991), Carl-Dieter Spranger/CSU (1.1991-10.1998), Heidemarie Wieczorek-Zeul/SPD (10.1998-10.2009). > Interessen > Länderkonzentration > Millennium-Entwicklungsziele > 0,7-Prozent-Ziel > Partnerländer [www.bmz.de](http://www.bmz.de)

**BNE** > Bruttonationaleinkommen

**Bodenerosion:** Die Abtragung des Bodens durch Wasser, Eis, Schnee, Wind und Schwerkraft, z. T. auch anthropogen verursacht. > Desertifikation

**Bodenreform** > Landreform

**Bonn** > Nord-Süd-Zentrum Bonn > UNO in Deutschland > Zentrum für Entwicklungsforschung

**BPI/Bribe Payers Index:** Beim BPI handelt es sich um einen Index von > Transparency International. Dieser listet die Länder mit den höchsten geleisteten Korruptionszahlungen auf. [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

**Brady-Plan:** Plan zur Lösung der Schuldenkrise, den US-Finanzminister Nicholas Brady 1989 vorlegte. Der Brady-Plan zum > Schuldenerlass und der Wirtschaftsaufschwung in den sogenannten „Brady-15-Ländern“ halfen einer Reihe von notleidenden Schuldern mit mittlerem Einkommen, die Finanzstabilität zurückzugewinnen. Die meisten armen Länder profitierten jedoch nicht vom Brady-Plan, da der größte Teil ihrer Schulden gegenüber den Gläubigerländern des > Pariser Clubs und gegenüber multilateralen Kreditgebern bestand.

**Brain drain:** Abwanderung von qualifizierten, gut ausgebildeten Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer. Diese Abwanderung wurde in der Vergangenheit überwiegend als nachteilig angesehen; da aber viele individuelle Wanderungen nicht mehr endgültig sind, wird diese Migration mittlerweile unter bestimmten Bedingungen durchaus als positiv für die Entwicklungsländer bewertet. Dazu hat auch beigetragen, dass die > Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten aus den Industriestaaten in die Heimatländer inzwischen große wirtschaftliche Bedeutung haben. > Migration > zirkuläre Migration

**Brain gain:** Hierunter fällt die Rückkehr von Arbeitsmigranten (Fachkräften) in das Heimatland. Dies wirkt sich positiv auf die jeweiligen Länder aus, da diese um das erworbene Wis-

sen und die jeweils vorhandenen wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Kontakte bereichert werden.

**Brandt-Bericht:** Der 1980 vorgelegte Bericht der sog. Nord-Süd-Kommission (18 Mitglieder) unter Willy Brandts Vorsitz mit dem Titel „Das Überleben sichern - Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ („North-South: A Programme for Survival“). Er ruft dazu auf, die gemeinsamen Interessen (etwa an Frieden, Umwelt oder Arbeitsplätzen und generell am Überleben) zu erkennen und die gegenseitigen Abhängigkeiten zu begreifen. Er qualifiziert die Nord-Süd-Beziehungen als „die große soziale Herausforderung unserer Zeit“ und enthält Analysen und Empfehlungen zu zwölf zentralen Themen des Nord-Süd-Dialogs (von der Beendigung des Massenhungers und den Umwelterstörungen über Bevölkerungs-, Handels- und Finanzfragen bis hin zur Entwicklungspolitik und den Aufgaben des Südens). Nach Ansicht der Kommission sind weitreichende Vorschläge zur Reform und Umgestaltung der internationalen Beziehungen notwendig, um ein Chaos zu verhindern; zugleich lägen sie im Interesse von Nord und Süd gleichermaßen. Der direkte Einfluss des Berichts auf die aktive Politik war zunächst gering; unbestritten ist aber sein epochaler Beitrag zur entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung. Er beförderte außerdem Erkenntnisse, die Eingang in die Praxis gefunden haben, wie das Diktum Willy Brandts, das einen Zusammenhang zwischen > Armutsbekämpfung und > Frieden herstellte: „Wo Hunger herrscht, kann Frieden nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“ > EINE Welt > Frieden

**Bretton-Woods-Institutionen/BWI:** 1944 wurden in Bretton-Woods im US-Staat New Hampshire im Rahmen einer UN-Währungs- und Finanzkonferenz, bestehend aus 44 Teilnehmerstaaten, der > Internationale Währungsfonds (IWF) und die > Weltbank als Kernorgane einer neuen Wirtschaftsordnung gegründet. Beide Institutionen haben ihren Sitz in Washington, D.C. Bei den BWI handelt es sich um die UN-Spezialorganisationen. Sie werden von den Regierungen ihrer inzwischen nahezu alle Staaten der Welt umfassenden Mitgliedsländer verwaltet und sind ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig. Gemeinsames Ziel ist es, zur Erhöhung des Lebensstandards in den Mitgliedsländern beizutragen. Sehr umstritten sind ihre entwicklungspolitischen Vorstellungen, wie sie im > Washington-Konsensus zum Ausdruck kamen. Kritiker fordern eine umfassende Reform der BWI.

**BRIC:** Mit diesem Akronym werden folgende (Schwellen-)Länder bezeichnet: Brasilien, Russland, Indien und China (und Südafrika = BRICS). > BASIC

**Brundtland-Bericht:** Die UN-Vollversammlung bildete 1983 die „World Commission on Environment and Development“ unter dem Vorsitz der Norwegerin Gro Harlem Brundtland. Im Zentrum des Berichts „Our Common Future“ (1987) steht der Begriff „sustainable development“ (nachhaltige Entwicklung), einer Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Bericht trug maßgeblich zur Erarbeitung und Popularisierung des Konzepts der > nachhaltigen Entwicklung bei, das besonders seit der > Rio-Konferenz von 1992 zum neuen Leitbild von Entwicklung und damit auch der Entwicklungszusammenarbeit avancierte.

**Bruttoinlandsprodukt/BIP:** Das Bruttoinlandsprodukt, ein Begriff aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, misst die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum (i. d. R. in einem Jahr). Es erfasst die gesamte Erzeugung von Sachgütern und Dienstleistungen im Inland, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden (zumeist ohne Berücksichtigung der statistisch schwer erfassbaren Subsistenz- bzw. Eigenproduktion – z. B. der unbezahlten Arbeit im privaten Haushalt). Die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP dient als Messgröße

für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Ausgehend vom > Bruttosozialprodukt ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt nach Abzug von Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Inländer im Ausland und Addition der entsprechenden Einkommen der Ausländer im Inland (maßgeblich ist im Allgemeinen der ständige Wohnsitz). Bereits in den 1990er Jahren wurde damit begonnen, in (internationalen) Statistiken vom BIP bzw. > BSP auf das > Bruttonationaleinkommen (BNE) umzustellen.

**Bruttonationaleinkommen/BNE:** Gemäß den internationalen Resolutionen und Vereinbarungen soll das Volumen der öffentlichen/staatlichen EZ (> ODA) der Industrieländer einen Anteil von mindestens 0,7 Prozent an deren BNE erreichen. Das BNE stellt eine Größe dar, die wirtschaftliche Vorgänge der Inländer erfasst. Als Inländer gelten in diesem Zusammenhang alle Gebietsansässigen eines Wirtschaftsgebietes unabhängig von der Staatsangehörigkeit und der Rechtsform. Der Unterschied zwischen dem > BIP und dem BNE besteht in Einkommenstransaktionen mit der übrigen Welt. So leisten beispielsweise deutsche Auspendler einen Beitrag zum BIP eines anderen Landes; beim Übergang auf das BNE ist dieser Beitrag von dessen BIP abzuziehen und dem deutschen BIP hinzuzufügen (und umgekehrt im Falle von Einpendlern nach Deutschland). Das BNE (zu Marktpreisen) ist gleich dem von den inländischen Einheiten per saldo empfangenen Primäreinkommen: Empfangene Arbeitnehmerentgelte, Produktions- und Importabgaben abzüglich der Subventionen, per saldo empfangene Vermögenseinkommen (empfangene abzüglich geleistete), die Bruttobetriebsüberschüsse und die Bruttoselbständigeneinkommen. I. d. R. sind die Unterschiede zwischen BIP und BNE nicht signifikant; so belief sich 1995 das BIP in Deutschland auf 3.523 Mrd. DM und das BNE auf 3.504 Mrd. DM. Im Jahr 2003 betrug das BIP 2.130 Mrd. Euro, das BNE 2.115 Mrd. Euro.

Nach Berechnungen der Weltbank belief sich das Welt-BNE im Jahre 2008 auf 57,6 Billionen US-\$ (in > Kaukraftparitäten/KKP auf 69,3,1 Bio. \$), wovon auf die Hocheinkommensländer (> HICs) 42 Bio. \$ (in KKP: 39,7 Bio.) und den „Rest“ der Welt 15,6 Bio. (in KKP: 29,6 Bio.) entfielen. > Bevölkerung > BSP > ODA > Reichtums-Armutsschere

**Bruttosozialprodukt/BSP:** Das BSP ist die Summe aller statistisch erfassten zu Marktpreisen produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Berechnungszeitraum (meistens ein Jahr), vermehrt um die vom Staat erbrachten Leistungen, die mangels Marktpreisen in Höhe der den Staatsbediensteten gezahlten Einkommen berücksichtigt werden. In die Berechnung des BSP gehen nur in Geldgrößen bewertbare Leistungen ein; es werden also alle nicht über den Marktprozess erfassten Leistungen ausgeschlossen. Die Höhe bzw. die Änderung des BSP gilt als Gradmesser für das wirtschaftliche Wachstum und den Lebensstandard der Bewohner eines Landes. Die gerade in Entwicklungsländern weit verbreitete Eigenproduktion (> Subsistenzwirtschaft) ist nur schwer statistisch zu erfassen, wird aber teilweise auf der Basis von Schätzungen einbezogen. Außerdem berücksichtigt das BSP weder Umweltschäden noch den Abbau von Rohstoffvorkommen; es werden nur die Abnutzungen des Kapitalbestandes einer Volkswirtschaft, also die Abschreibungen auf Maschinen, Anlagen und Gebäude, die im laufenden Produktionsprozess verschlissen werden, einbezogen. Die volkswirtschaftliche Produktionsleistung (Wertschöpfung) entspricht den bei der Produktion entstehenden Einkommen; das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten ist gleich dem Volkseinkommen. Bereits in den 1990er Jahren wurde damit begonnen, in (internationalen) Statistiken vom > Bruttoinlandsprodukt bzw. BSP auf das > Bruttonationaleinkommen umzustellen. Das Volumen der öffentlichen/staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (> ODA) der Industrieländer soll einen Anteil von mindestens 0,7 Prozent am BSP bzw. BNE erreichen. > Sozialindikatoren

**BTI** > Bertelsmann Transformation Index

**Budgethilfe:** Die Budgethilfe ersetzt die frühere Zahlungsbilanzhilfe, die zuvor punktuell Ländern gewährt worden war, die sich mit unerwarteten und großen Außenbilanzdefiziten konfrontiert sahen; durch die Finanzierung von Importen sollte eine rasche makroökonomische Stabilisierung erreicht werden. Die allgemeine Budgethilfe ist langfristiger ausgerichtet und legt ein besonderes Augenmerk auf die Armutsbekämpfung sowie die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Deutschland und andere > Geber leisten seit einigen Jahren eine direkte Unterstützung für das Budget einzelner Entwicklungsländer – auch > Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung genannt, und zwar auf dem Hintergrund einer guten Zusammenarbeit, einer überzeugenden Entwicklungsorientierung der Empfängerregierung und von > Good Governance (wenn diese Bedingungen völlig unzureichend erfüllt sind, ist auf BH zu verzichten). Bei ihr leisten die Geber nach einem ausführlichen Dialog über Ziele und Maßnahmen der Reformstrategie einen direkten Beitrag in den Haushalt des Partnerlandes. Bei der sektoralen Budgethilfe müssen die Beiträge, die in den Haushalt gezahlt werden, für vorher vereinbarte Sektorprogramme verwendet werden, beispielsweise für die Bereiche Wasser oder Grundbildung. Die Budgethilfe bietet die Chance, den Dialog mit der entsprechenden Regierung zu verbessern, die Kapazitäten und Mitwirkungsprozesse der nationalen Institutionen einschl. der Parlamente zu stärken und auch zu einer besseren Abstimmung der verschiedenen Geber beizutragen („Multi-Donor-Budget-Support“). Budgethilfen, > Projekt- und Programmhilfen sind nicht sich ausschließende EZ-Instrumente. Sie ergänzen sich gegenseitig; offensichtlich kommt es auf den richtigen Mix an. > Accra-Konferenz > CPA > Holländische Krankheit > Korbfinanzierung > Moral Hazard > Paris-Erklärung > Weltbank

**Buffer-Stock:** Ausgleichslager, das bei bestimmten Mindest- und Höchstpreisen den betreffenden Rohstoff kauft bzw. verkauft, um auf diese Weise Preisschwankungen zu dämpfen. Der Buffer-Stock ist mit finanziellen Mitteln, die er zum Kauf des Rohstoffs benötigt, und mit einem Rohstofflager, das er zum Verkauf des Rohstoffs braucht, ausgestattet.

**BUKO:** Bundeskoordination Internationalismus, ein unabhängiger Dachverband, dem über 120 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische > Nichtregierungsorganisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Gegründet wurde BUKO als „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ im Jahr 1977. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Sie versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei BUKO-Kampagnen und Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer Mobilisierung und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Die BUKO sucht den offenen Dialog mit anderen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. [www.buko.info](http://www.buko.info)

**Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe/BGR:** Die BGR, eine Fachbehörde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Beratung der Bundesregierung in allen georelevanten Fragestellungen, leistet auch im Rahmen der > Technischen Zusammenarbeit Unterstützung. Im Auftrag des BMZ ist sie eine > Durchführungsorganisation, die in den Entwicklungsländern bei georelevanten Aufgaben durch institutionelle Beratung (Trägerförderung) und Know-how-Transfer zum Einsatz kommt. [www.bgr.bund.de](http://www.bgr.bund.de)

**Bundesländer:** Für das > BMZ sind Länder und > Kommunen wichtige Akteure der deutschen Entwicklungspolitik. Sie sind Rahmengerber für Partnerschaften ihrer Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen oder Schulen in Entwicklungsländern, fördern eigene Projekte, bilden Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern fort und leisten durch ihre entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit wichtige Beiträge, Akzeptanz und Verständnis für die Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Die ODA-Leistungen der Bundesländer beliefen sich im Jahre 2007 auf insgesamt 746 Mio. Euro, wobei die Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern in Deutschland über 90 Prozent und damit fast 10 Prozent der gesamten deutschen > ODA ausmachten. Für

die eigentlichen Projekte und Maßnahmen in Entwicklungsländern brachten die Bundesländer 2007 lediglich 45 Mio. Euro auf, wobei mehr als die Hälfte auf NRW (17,8 Mio.) und Baden Württemberg (5,3 Mio.) entfielen.

In sechs Beschlüssen (1962, 1977, 1988, 1994, 1998 und 2008) haben sich die Ministerpräsidenten der Länder zu Fragen der EZ der Bundesländer geäußert. Ohne die grundsätzliche Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik infrage zu stellen, unterstreichen die Ministerpräsidenten ihre Bereitschaft, trotz angespannter Haushalte auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen. Sie nennen sieben Handlungsfelder, auf denen die Bundesländer ihre Kompetenz verstärkt einbringen wollen: Klimaschutz und Energie; Migration und Entwicklung; wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit; nachhaltige Wirtschaftsentwicklung; Good Governance und Dezentralisierung; Kultur und Entwicklung; entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Sie sehen eine wichtige Aufgabe darin, als Träger und Rahmengerber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren; Partnerschaften mit Städten und Regionen im Süden müssten ausgebaut werden.

Es bestehen bereits viele Städtepartnerschaften und auch Partnerschaften zwischen Ländern und Partnerstaaten im Süden, so zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda (seit 1982) und zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana (seit 2007).

### **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > BMZ**

**Bundestag, Deutscher Bundestag** > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe > Parlamente  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

**Cairns-Gruppe:** Vor Beginn der Uruguay-Runde zur Öffnung des Welthandels formierte sich 1986 die Cairns-Gruppe als Lobby der Agrarstaaten, benannt nach ihrem ersten Tagungsort in Australien. Ihr Ziel ist es, die großen Handelsnationen und Handelsblöcke Amerika, Europa und Japan zur weiteren Öffnung ihrer Märkte für landwirtschaftliche Produkte zu bringen. Der Cairns-Gruppe gehören Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Guatemala, Indonesien, Kanada, Kolumbien, Malaysia, Neuseeland, Pakistan, Paraguay, die Philippinen, Südafrika, Thailand und Uruguay an. > Agrarsubventionen > Do-ha

**CAN** > Andengemeinschaft

**Capacity Development/Building - Entwicklung/Aufbau von Fähigkeiten:** Capacity Development („Institutional Development“ ist ein Teilbereich) geht davon aus, dass die Entwicklung eines Landes besonders von den Fähigkeiten seiner Bevölkerung und > Institutionen abhängt, und meint die Schaffung und Stärkung personeller und organisatorischer Fähigkeiten und Problemlösungskapazitäten bei der Übernahme gestaltender Funktionen im Entwicklungsprozess. Dies bedeutet auch, dass > Geber im Rahmen der EZ eher ausbildend, unterstützend und beratend tätig sind, als selbst die im betreffenden Land existierende Probleme zu lösen. > Bildung > Entwicklung

**CARE/ursprünglich Cooperative for American Remittances to Europe; heute Cooperative for Assistance and Relief Everywhere:** CARE wurde von 22 US-amerikanischen Wohlfahrtsverbänden am 27.11.1945 als Zusammenschluss ins Leben gerufen, dem es um die Koordinierung der Hilfsaktionen nach dem Zweiten Weltkrieg für Europa ging. Im Rahmen von CARE wurden mehr als 100 Mio. CARE-Pakete in europäische Staaten (z. B. Deutschland oder Österreich) verschickt. 1949 wurde das Programm von CARE auf die Entwicklungsländer ausgeweitet, in denen unter dem Primat der Selbsthilfe kraft der Zusammenarbeit mit den jeweiligen einheimischen Partnern Projekte gefördert werden. CARE Deutschland wurde

1981 als dritte Landesorganisation nach den USA und Kanada gegründet (heute CARE Deutschland-Luxemburg). 1982 erfolgte der Zusammenschluss der unabhängig voneinander arbeitenden nationalen CARE-Organisationen zu CARE International. Das Generalsekretariat mit Sitz in Brüssel und dient als Koordinationsstelle der insgesamt 12 Mitgliedsorganisationen. [www.care.de](http://www.care.de)

**CARICOM/Caribbean Community - Karibischen Gemeinschaft:** CARICOM, 1973 als internationale Organisation ins Leben gerufen, stellt eine Freihandelszone in Anlehnung an die EG dar, die über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit (z. B. Liberalisierung des Handels, wirtschaftliche > Integration der Mitgliedstaaten) hinausgeht (z. B. Koordinierung der Außenpolitik, Kooperation im Gesundheitssektor). Zur wirtschaftlichen Integration erfolgte die Gründung des Karibischen Gemeinsamen Markts (Caribbean Common Market/CCM). [www.caricom.org](http://www.caricom.org)

**Carl Duisberg Gesellschaft/CDG:** Die CDG, 1949 gegründet, war eine von Bund, Ländern und der deutschen Wirtschaft geförderte gemeinnützige Organisation für internationale Weiterbildung und Personalentwicklung. 2002 fusionierten die CDG und die > Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung zu > InWEnt/Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH. [www.InWEnt.org](http://www.InWEnt.org)

**Cash crops:** Landwirtschaftliche Produkte, die - häufig auf Plantagen - vor allem für den Export angebaut werden („Geld-Früchte“, „Ernten für Bares“). Für cash crops genutzte Flächen stehen nicht zum Anbau von Nahrungsmitteln für die örtliche Bevölkerung (> food crops) zur Verfügung.

**CDF** > Comprehensive Development Framework

**CDG** > Carl Duisberg Gesellschaft

**CDI** > Index für Entwicklungsengagement

**CDM/Clean Development Mechanism** > Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung

**CEDAW/Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women - Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau:** Als internationale „Bill of Rights“ für > Frauen gilt dieses Übereinkommen von 1979. Es definiert > Diskriminierung der Frau als „jede mit dem Geschlecht begründete Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zur Folge oder zum Ziel hat, dass die auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Frau – ungeachtet ihres Familienstands – im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird“ (Art. 1). Mit dem Übereinkommen verurteilen die Vertragsstaaten jede Form von Diskriminierung der Frau und verpflichten sich, „mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen“ (Art. 2). Mehr als 90 Prozent der UN-Mitgliedstaaten haben das Übereinkommen ratifiziert, aber längst noch nicht in allen seinen Forderungen umgesetzt. [www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/text/econvention.htm](http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/text/econvention.htm)

**Centre for International Cooperation Bonn** > Zentrum für Internationale Zusammenarbeit Bonn

**CEPAL/Comisión Económica para América Latina** > ECLAC

**Cepalismo:** Beim Cepalismo handelt es sich um eine Hauptströmung des lateinamerikanischen Entwicklungsdenkens, die ihren Niederschlag auch in den > Dependenztheorien gefunden hat. Er ist mit den Arbeiten von Raúl Prebisch verknüpft. Prebischs Zentrum-Peripherie-Konzept, wonach die Entwicklung von Industriestaaten und den hauptsächlich Rohstoff exportierenden Entwicklungsländern nicht zum gleichen Zeitpunkt verfolgt, bildet die Grundlage. Die Lösung zur Überwindung der > Unterentwicklung lateinamerikanischer Entwicklungsländer wurde in der autonomen Entwicklung mittels rascher Industrialisierung gesehen. Der Ansatz führte zur importsubstituierenden Industrialisierung (ISI), die später auch den Kern der CEPAL-Strategie bildete. Die Entwicklung der nationalen Industrie sollte kraft staatlicher Unterstützung und einer protektionistischen Handelspolitik erfolgen. Dies äußert sich mit der Stärkung der staatlichen Befugnisse und Kontrollen. Dieser Ansatz stieß bei der orthodoxen liberalen Schule auf heftige Kritik. Ab den 1980er Jahren erwies sich die ISI angesichts der Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Region als unangebracht. Der > Neoliberalismus rückte in den Fokus. > Bretton-Woods > CEPAL > ECLAC > IWF > Strukturanpassung

**CGAP/Consultative Group to Assist the Poor:** Die Beratungsgruppe zur Unterstützung der Armen wurde 1995 von neun Institutionen der EZ als ein bei der Weltbank angesiedelter Trustfund zur Entwicklung von gemeinsamen Standards und zur Verbesserung der Geberharmonisierung im Bereich der > Mikrofinanzförderung ins Leben gerufen. [www.cgap.org](http://www.cgap.org)

**CGIAR/Consultative Group on International Agricultural Research** > Agrarforschung.

**Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten:** Ergänzungsdokument zur „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, wurde 1974 seitens der UN-Vollversammlung verabschiedet. Ausgehend von der wirtschaftlichen Souveränität der Nationen und einer internationalen „Sozialverpflichtung“ wirtschaftlichen Handelns enthält die Charta grundlegende Forderungen der Entwicklungsländer für die Ausgestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. > Menschenrechte

**c.i.f.:** Abkürzung für cost, insurance, freight (Kosten, Versicherung, Fracht). Im Außenhandel werden die Importe eines Landes mit allen Kosten bis zur Anlieferung im Bestimmungsland bewertet; zum Kaufpreis kommen deshalb noch Fracht- und Versicherungskosten hinzu. Exporte werden demgegenüber f.o.b. (free on board/frei an Bord) bewertet.

**CIM - Centrum für internationale Migration und Entwicklung:** CIM vermittelt erfahrene deutsche und europäische > Fachkräfte in die Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Mittel- und Osteuropas. CIM ist eine Arbeitsgemeinschaft der > GTZ und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. > Durchführungsorganisationen [www.cimonline.de](http://www.cimonline.de)

**Circulus vitiosus:** Teufelskreis, der aber eigentlich ein fehlerhafter Kreis ist; Ursachenkonstellation, die nach dem Prinzip der zirkulären Verursachung wirkt. Zirkuläre Verursachung bedeutet, dass bestimmte Größen sich in wechselseitiger Abhängigkeit derart beeinflussen, dass das Ergebnis der Verursachung auf die Ursachen zurückwirkt (Rückkopplung). Bestimmte Theorien führen die > Unterentwicklung der Dritten Welt auf „circuli vitiosi“ zurück. > Teufelskreis der Armut

**Clean Development Mechanism** > Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung

**Club of Rome:** Bei dem 1968 gegründeten Club of Rome handelt es sich um eine globale Vereinigung von über 100 Vertretern verschiedener Bereiche (Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik) mit Sitz in Winterthur. 1972 erschien der erste folgenreiche Bericht zur Lage

der Welt mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ von Dennis Meadows et al.. Neben den bisher über 30 Berichten dienen Konferenzen und ein Netzwerk aus Verbindungen zu internationalen Institutionen und Gremien als wichtigste Instrumente des Club of Rome. Derzeit existieren weltweit mehr als 25 nationale Gesellschaften, darunter die Deutsche Gesellschaft Club of Rome (DGCoR). [www.clubofrome.org](http://www.clubofrome.org) ; [www.clubofrome.de](http://www.clubofrome.de)

**Cocoyoc-Erklärung:** Die Erklärung gründet auf einem wissenschaftlichen Symposium eines -Gremiums in Cocoyoc/Mexiko im Oktober 1974. Die Erklärung, die einen Zusammenhang zwischen Entwicklung und Umweltschutz herstellte, formulierte auch Grundsätze einer alternativen Entwicklung. Sie wird als wichtiger Beitrag zur Neuorientierung der Entwicklungspolitik, hin zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, betrachtet.

**Code of Conduct** > Verhaltenskodex

**Co-Finanzierung:** Gemeinsame Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen durch mehrere Geber (Länder und Organisationen), häufig auch mit Beteiligung des Entwicklungslandes. Bezieht sich oft auf ODA; bisweilen auch auf öffentlich/private Mischfinanzierung.

**Collective Self-reliance/Kollektive Eigenständigkeit:** Überträgt das Konzept der > Self-reliance (d. h. des Selbstvertrauen, des Auf-eigenen-Füßen-Stehens) auf die Nord-Süd-Beziehungen und fordert eine stärkere Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern, den Aufbau von Gegen- und Verhandlungsmacht gegenüber den Industrieländern und den > Multinationalen Unternehmen sowie eine selektive oder gar kollektive Dissoziation vom Weltmarkt. > Süd-Süd-Kooperation

**Commodity Terms of Trade:** Verhältnis aus dem Index der Exportgüterpreise und dem Index der Importgüterpreise eines Landes oder einer Ländergruppe.

**Commonwealth of Nations:** Bis 1947 British Commonwealth of Nations. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Staaten größtenteils bestehend aus ehemaligen Kolonien des britischen Kolonialreichs (Empire). Das Commonwealth of Nations umfasst über 50 unabhängige Staaten. [www.thecommonwealth.org](http://www.thecommonwealth.org)

**Community Development/Gemeinde-Entwicklung:** Nach einer UN-Definition ist Community Development ein Prozess, durch den die Eigenbemühungen der Bevölkerung verbunden werden mit denen von Regierungsbehörden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Gemeinden zu verbessern, diese in das Leben der Nation zu integrieren und sie in den Stand zu versetzen, voll zum nationalen Fortschritt beizutragen. Community Development in der EZ setzt auf die Selbsthilfemobilisierung für die Planung und Durchführung von sozi-ökonomischen Verbesserungen auf unterer Ebene (Dorf/Bezirk) unter Anleitung von besonders ausgebildeten Entwicklungsexperten, jedoch unter intensiver Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung. > Hilfe zur Selbsthilfe

**Comprehensive Development Framework/CDF:** Strategie und Konzept der > Weltbank. Der seit 1999 entwickelte „Umfassende Entwicklungsrahmen“ hebt die Interdependenz von sozialer, struktureller, menschlicher, ökonomischer und ökologischer Entwicklung hervor. Er postuliert damit die Anwendung eines holistischen Ansatzes zur Förderung der Entwicklung und greift die Erfahrungen mit den vorausgegangenen primär ökonomischen Entwicklungsansätzen auf. Grundsätzlich geht es um die Erzielung einer höheren Wirksamkeit von Entwicklungsanstrengungen und besonders der Armutsbekämpfung, für die folgende – mittlerweile in die internationale Entwicklungsagenda eingebetteten – Leitlinien gelten: (1) Selbstbestimmung der Entwicklungsziele und -programme seitens der betroffenen Länder („Country Ownership“), (2) Identifizierung des Entwicklungsbedarfs und der entsprechenden

Programme zwischen Regierung, Zivilgesellschaft, Entwicklungsagenturen und Privatsektor auf einer partnerschaftlichen Ebene, (3) Ausarbeitung einer langfristigen Entwicklungsperspektive, die dauerhaft eine nationale Zustimmung und Unterstützung findet, (4) Gleichrangigkeit struktureller und sozialer Faktoren mit ökonomischen und finanziellen Faktoren bei der Betrachtung der Entwicklungserfolge. > Monitoring > Operationalisierung, > Ownership > Paris-Erklärung > Weltbank [www.worldbank.org/cdf](http://www.worldbank.org/cdf)

**Consultant:** Ist ein Experte, der Institutionen und Organisationen berät und von diesen konsultiert wird. Die entwicklungspolitischen Berater bzw. Beratungsunternehmen erbringen Beratungsleistungen im Auftrag öffentlicher Stellen oder privater Institutionen; sie planen Entwicklungsprojekte und führen sie z. T. auch durch, berechnen Kosten und Nutzen oder evaluieren entwicklungspolitische Maßnahmen.

**Corea-Plan:** > Integriertes Rohstoffprogramm

**Corporate Governance:** Gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung sollte ein wichtiges Prinzip der Unternehmenskultur sein. > Global Compact

**Corporate Social Responsibility/CSR:** Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, zu der sich viele, besonders global agierende Unternehmen verpflichten und dabei eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Unternehmensführung anstreben. Es lassen sich unterscheiden: Corporate Citizenship - bürgerschaftliches, gesellschaftliches Engagement von Unternehmen; Corporate Giving – Unternehmen spenden, sponsern und beteiligen sich an Stiftungen; Corporate (Employee) Volunteering – Unternehmen motivieren und unterstützen die freiwillige Mitarbeit von Personal in (Entwicklungs-)Projekten. Bei CSR geht es um eine Verknüpfung von Geschäftszielen mit Gemeinwohlinteressen zu einer Win-win-Strategie für das Unternehmen und die Gesellschaft. > Global Compact > Privatwirtschaft

**Cotonou-Abkommen** > AKP-Abkommen

**Counterparts:** Angehörige von Entwicklungsländern, die unmittelbar mit den ausländischen Experten zusammenarbeiten und nach deren Ausscheiden aus der Projektarbeit – idealiter - ihre Funktion übernehmen.

**CPA/Country Programmable Aid - Länderprogrammierbare Entwicklungszusammenarbeit:** CPA entspricht nach einer > DAC-Definition dem Umfang der Leistungen, die auf der Ebene der Partnerländer im Budget eingeplant bzw. von ihnen nach eigenem Ermessen Programmen zugewiesen werden können. Bestimmt wird diese Messgröße nach dem Ausschlussprinzip; konkret handelt es sich bei den CPA um die ODA-Gesamtleistungen nach Abzug anderer Arten der EZ wie Nothilfe, Schuldenerlass und sonstige EZ-Leistungen, die nicht frei programmiert werden können.

**CPI/Corruption Perceptions Index:** Beim CPI handelt es sich um den bekanntesten Index von Transparency International, gemäß dem jährlich in fast allen Ländern (2008: 180) das Ausmaß der Korruption gemessen wird. Dabei reicht der Indexwert von 0 (korrupt) bis 10 (nicht korrupt). [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

**CPIA/Country Policy and Institutional Assessment Index:** Der von der Weltbank entwickelte CPIA bewertet die Qualität der Politiken und institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes. „Qualität“ bezieht sich dabei auf die Frage, wie zweckdienlich die Rahmenbedingungen eines Landes für Armutsbekämpfung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und effektive Nutzung der Entwicklungshilfe sind. Der CPIA (Index von 1-6, 6 = Höchstwert) setzt sich auf der Grundlage von 16 Indikatoren aus vier Kategorien zusammen, die zu je 25 % in

die Bewertung eingehen: Wirtschaftspolitik (economic management), Strukturpolitik (structural policies), Sozialpolitik/Armutorientierung (policies for social inclusion and equity) und allgemeine *Governance* (public sector management and institutions). Die Bewertungen ergeben ein Länderranking, anhand dessen die Weltbank ihre IDA-Mittel vergibt (IDA Resource Allocation Index - IRAI). Der CPIA-Index spielt auch für die Schuldenfähigkeit eines Landes eine Rolle, CPIA unterscheidet drei Ländertypen: Länder mit schlechter, mittlerer und guter Performance/Regierungsführung. [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

**CSD/Commission on Sustainable Development:** Die Kommission für > nachhaltige Entwicklung wurde im Zuge des Beschlusses der Konferenz der VN über Umwelt und Entwicklung (> UNCED) 1992 als Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrates der VN (> ECOSOC) geschaffen. Die CSD berichtet über die Umsetzung der Beschlüsse der UNCED auf unterschiedlichen Ebenen den VN, erarbeitet Empfehlungen und politische Richtlinien für die lokale, regionale, nationale und internationale Ebene des Johannesburg "Plan of Implementation" und fördert den internationalen Dialog und die Vernetzung der Akteure. > Rio > Agenda 21 [www.un.org/esa/sustdev/csd/csd15/csd15\\_ipm.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/csd/csd15/csd15_ipm.htm)

**CSR** > Corporate Social Responsibility

**DAAD/Deutscher Akademischer Austauschdienst:** Vergibt Stipendien für Auslandsstudien; einen Schwerpunkt bilden - im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit durchgeführte - Förderungsprogramme für Studierende aus Entwicklungsländern. > Bildungshilfe [www.daad.de](http://www.daad.de)

**DAC/Development Assistance Committee – Entwicklungsausschuss** (eigtl. **Ausschuss für Entwicklungshilfe**): Beim DAC handelt es sich um den Entwicklungsausschuss der > OECD. Dem DAC – Forum, Denktank und Impulsgeber – gehören 23 > Industrieländer bzw. > Geberländer an, nämlich Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA und Vereinigtes Königreich sowie die Europäische Kommission. Von besonderer Bedeutung sind die jährlichen, vom DAC-Vorsitzenden publizierten Berichte zur Entwicklungszusammenarbeit (Development Co-operation Report), die neben jeweils spezifischen Schwerpunktthemen immer auch die Entwicklungshilfeleistungen und Politiken der Industrieländer erfasst und analysiert sowie umfangreiches statistisches Material enthalten. Außerdem gehört auch die regelmäßige Bewertung der Entwicklungspolitik seiner Mitglieder durch sog. Peer Reviews (zz. ca. alle vier Jahre) zu seinen Aufgaben wie auch die Erarbeitung von entwicklungspolitischen Strategien, Konzeptionen und Leitlinien. Der DAC erstellt seit 1962 die DAC-Liste der > Entwicklungsländer. Von 1993 bis 2004 gab es eine neue DAC-Liste von Hilfe-Empfängern, die in zwei Teile gegliedert war: Teil I für > ODA-Empfänger, Teil II für Leistungen an Transformations- bzw. Übergangsländer (wie Polen und Russland) einschl. reicherer Entwicklungsländer wie Singapur (OA = Official Aid). Jetzt existiert wieder nur eine einzige DAC-Liste der ODA-Empfänger (s. Anhang). [www.oecd.org/dac](http://www.oecd.org/dac)

**Darlehen** > Kredite

**dauerhafte Entwicklung** > Nachhaltige Entwicklung

**Debt-Equity-Swaps:** Entschuldungspläne, bei denen die ausländischen Gläubiger ihre Ansprüche in Unternehmensbeteiligungen umtauschen bzw. in Schuldverschreibungen umwandeln, die auf die Inlandswährung des Schuldnerlandes lauten.

**Debt for Nature Swaps:** (Tausch) Schuldenerlass gegen Naturschutz

**DED** > Deutscher Entwicklungsdienst

**DEG** > Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft

**Dekarbonisierung** > Low-carbon

**Dekolonisation:** Bezeichnet den Prozess der Entkolonialisierung, d. h. der Auflösung der Kolonialreiche bzw. der Befreiung von der Kolonialherrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg durch Gewährung/Erkämpfen der völkerrechtlichen Unabhängigkeit

**Demographischer Übergang:** Übergang von einem „verschwenderischen“ Bevölkerungswachstum mit hoher Fruchtbarkeit zu einem „sparsamen“ Wachstum mit niedrigerer Fertilität und Mortalität. In Entwicklungsländern tritt vielfach eine traditionell hohe Geburtenrate auf mit Zuwachsraten von bis zu 3,5 % pro Jahr, was zu einer Verdoppelung der Bevölkerungszahl in zwanzig Jahren führt. > Bevölkerung [www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de)

**Demokratie:** Demokratie, von der UN-Generalversammlung als universeller Wert bezeichnet, und wirksame Armutsbekämpfung stehen in einem Zusammenhang. Demokratie und > Good Governance sind die besten Voraussetzungen für Entwicklung. Demokratie kennt verschiedene Ausformungen unterschiedlicher Qualität. Demokratie ist die Ordnung der > Freiheit; sie lebt vom gesellschaftlichen Zusammenhalt und bürgerschaftlichen Engagement. Reduziert man sie auf das Wesentliche, dann lassen sich drei Kernelemente in einer Art Demokratie-Dreieck festhalten: 1. Freie, faire und regelmäßige Wahlen mit der Möglichkeit, einen Regierungswechsel herbeizuführen (was freie Medien, das Recht auf Opposition und unterschiedliche Parteien voraussetzt); 2. Gewaltenteilung und die Bindung der Gewalten an die verfassungsmäßige Ordnung sowie an Gesetz und Recht („rule of law“ – Herrschaft des Rechts; Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit); 3. Achtung und Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte und der politischen, bürgerlichen Freiheiten sowie die Wahrung von Minderheitenrechten. Schlüsselinstitution bzw. Herz der Demokratie ist das > Parlament. Ob Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, präsidentielle oder parlamentarische Demokratie, Ein- oder Zweikammersystem – jedes Land muss seine eigene Demokratieform finden. Heute lassen sich etwa drei Fünftel der über 190 Staaten mit dem Etikett „demokratisch“ versehen. Zwei Fünftel aller Staaten zählen immer noch zu den undemokratisch regierten Ländern. Was die Demokratien angeht, so gehört eine beträchtliche Anzahl unter ihnen zur Kategorie der defekten, hybride, partiellen, ungesicherten, illiberalen Demokratien, weil in ihnen individuelle Rechte und Freiheiten nicht gesichert sind, die Unabhängigkeit der Gerichte nicht gegeben ist, Rechtsstaatlichkeit nur auf dem Papier steht und Parlamente weitgehend entmachtet sind. Entwicklungszusammenarbeit ist im letzten Jahrzehnt „politischer“ geworden und berücksichtigt stärker Fragen des politischen Systems. Denn Armut und wirtschaftliche Fehlentwicklungen stehen immer auch in einem politischen, rechtlichen und administrativen (und internationalen) Zusammenhang. Deshalb unterstützt und begleitet die Entwicklungspolitik Demokratisierungsprozesse und Reformen in Richtung auf Good Governance. Wie Amartya Sen, der aus Indien stammende Nobelpreisträger für Wirtschaft, nachgewiesen hat, fiel in keinem Land, in dem grundlegende demokratische Freiheiten verwirklicht waren, jemals eine größere Anzahl von Menschen einer Hungersnot zum Opfer; zugleich unterstrich er die intrinsische und instrumentelle Bedeutung von Demokratie wie auch ihre konstruktive Rolle für das Verständnis von Rechten und Pflichten in einer Gesellschaft. Also auch in ärmeren Ländern gilt: Demokratische Regierungen können auf Dauer nicht ungestraft über lebenswichtige Bedürfnisse und grundlegende Rechte der Menschen hinweggehen. Robert Dahls Kriterien (1991) zeigen die idealtypischen verfassungsrechtlichen Grundlagen und politischen Institutionen für Demokratien und für ihre Konsolidierung: Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, allgemeines aktives Wahlrecht, allgemeines passives Wahlrecht für

öffentliche Ämter, gewählte Vertreter, Recht politischer Führungspersonen auf Wettbewerb zur Unterstützung und zum Erlangen von Wählerstimmen, Informations- und Pressefreiheit, freie und faire Wahlen, Abhängigkeit politischer Entscheidungen von Wahlen sowie Institutionen, die politische Entscheidungen abhängig machen von Wahlen und anderen Ausdrucksformen der Bürger. Dieses Polyarchie-Konzept muss noch erweitert werden: etwa um die politische Gewaltenbalance bzw. -kontrolle sowie die Rechtsstaatlichkeit und Geltung der Menschen- und Bürgerrechte oder die zivile Kontrolle des Militärs bzw. die Beseitigung militärischer Prärogativen.

Fünf Jahrzehnte nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte liegt mit der Universellen Demokratie-Erklärung der Interparlamentarischen Union (> IPU) vor. Sie wurde vom Rat der IPU und damit von Abgeordneten aus mehr als einhundert Ländern am 16. September 1997 in Kairo verabschiedet. Dieses Dokument ist ein wichtiger Referenzrahmen für demokratische Politikgestaltung im Zeitalter des Globalismus. Es bietet zudem Orientierung und Kriterien für Demokratisierungshilfen und für die Beurteilung politischer Systeme. In der IPU-Erklärung wird die Demokratie als Ideal, als Regierungsform und als ein universell anerkanntes Konzept bezeichnet, das auf gemeinsamen Werten beruht, die von allen Völkern der Weltgemeinschaft geteilt werden, unabhängig von kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden. Die IPU erklärt die Demokratie zu einem fundamentalen Bürgerrecht, das in Freiheit, Gleichheit, Transparenz und Verantwortung bei Respektierung der Meinungsvielfalt und im gemeinsamen Interesse ausgeübt wird. Als konstitutive Elemente der Demokratie werden bezeichnet: freie und faire Wahlen, der Rechtsstaat und unabhängige Gerichte, die Beachtung der Menschenrechte (wie in den verschiedenen UN-Konventionen niedergelegt), das Vorhandensein einer aktiven Zivilgesellschaft, demokratische, repräsentative und gut funktionierende Institutionen (vor allem ein mit Gesetzgebungs- und die Regierung kontrollierenden Befugnissen ausgestattetes Parlament, aber auch Institutionen und Verwaltungen auf lokaler und regionaler Ebene) und die Beachtung des Demokratieprinzips in den internationalen Beziehungen. Frieden und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sind sowohl Bedingung als auch Frucht der Demokratie. Demokratie erfordert eine echte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen sowie ständige Anstrengungen gegen Unwissenheit, Intoleranz, Apathie und den Mangel an wirklichen Alternativen. Zur Demokratie – das einzige politische System mit der Fähigkeit zur Selbstkorrektur – gehört, dass der Prozess, durch den Macht errungen, ausgeübt und abgelöst wird, in einem offenen politischen Wettbewerb stattfindet und das Ergebnis offener, freier und nichtdiskriminierender Partizipation der Bevölkerung ist. Demokratische Institutionen haben – so die IPU-Erklärung – die Aufgabe, zwischen konkurrierenden Ansprüchen (Einheitlichkeit und Vielfalt, Gemeinschaftlichkeit und Individualität) im Geiste sozialer Kohäsion und > Solidarität zu vermitteln und Spannungen abzubauen. 2007 erklärte die UN-Generalversammlung auf Anregung der IPU den 15. September zum „Internationalen Tag der Demokratie“.

Auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung von 1997 in New York bekräftigten die Staaten die in Rio 1992 angenommene Agenda 21 und die darin enthaltenen Ziele und Überzeugungen: „Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und Umweltschutz sind interdependente und sich gegenseitig stärkende Komponenten von nachhaltiger Entwicklung.“ In dem von ihnen beschlossenen „Programm für die weitere Umsetzung der Agenda 21“ heißt es: „Demokratie, Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung, transparentes und rechenschaftspflichtiges Handeln in allen Sektoren der Gesellschaft ebenso wie wirksame Partizipation durch die Zivilgesellschaft sind auch ein wesentlicher Teil der notwendigen Grundlagen für die Verwirklichung sozialer und menschenzentrierter Entwicklung“ (Tz. 23). In den Dokumenten des Weltnachhaltigkeitsgipfels in > Johannesburg (2002) werden als unabdingbar für nachhaltige Entwicklung anerkannt: Demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschl. der Achtung der kulturellen Vielfalt, die Gleichstellung der Geschlechter, Good Governance, Korruptionsbekämpfung.

Der Hilfe von außen kommt vor allem eine Hebammenfunktion zu, wobei gilt: je größer die interne „Nachfrage“ nach Demokratie, Menschenrechten und „rule of law“ (Herrschaft des Rechts) ist, desto höher die Erfolgsquote. Wenn schon der Entwicklungsprozess ein langwieriger und schwieriger Prozess ist, dann trifft dies auch auf die Demokratisierung zu. Demokratie und „Good Governance“ lassen sich nicht mit Hauruck-Interventionen und imperialen Attitüden in fremde Länder exportieren; sie von außen behutsam und mit Augenmaß zu fördern, ist auch ein Gebot der Solidarität.

Zwischen Demokratie und Entwicklung besteht kein automatischer Zusammenhang. Auf der einen Seite fördert Demokratie Entwicklung, auf der anderen Seite ist das bloße Vorhandensein von demokratischen Strukturen noch kein Garant für Fortschritt. Erst durch die zusätzliche Bildung von rechenschaftspflichtigen, funktionierenden Institutionen, die ihr Handeln nach dem Prinzip des guten Regierungs- und Verwaltungshandelns ausrichten, kann Demokratie zu einem Erfolgskriterium für Entwicklung werden. Freie Wahlen allein führen nicht automatisch zu mehr Entwicklung und Sicherheit; sie können in gespaltenen Gesellschaften Nationalismus, ethnische Konflikte und sogar gewalttätige Konflikte schüren. Dennoch: „Wenn Politik und politische Institutionen die menschliche Entwicklung fördern und die Freiheit und Würde aller Menschen sichern soll, muss die Demokratie ausgeweitet und vertieft werden“ (UNDP).

Die Situation der politisch-institutionellen Ordnung von Staaten sowie der Freiheitsrechte wird durch verschiedene Institutionen bzw. Indizes bewertet, wie dem > Bertelsmann Transformation Index oder von Freedom House. > Accra-Konferenz > Agenda 21 > Demokratieförderung > Demokratisierung > Diktatur > EIDHR/European Initiative for Democracy and Human Rights > Empowerment > Entwicklungspolitik > Geschlechterdemokratie > Good Governance > Interparlamentarische Union/IPU > Kriterien > Menschenrechte > Millennium-Entwicklungsziele > Nachhaltige Entwicklung > Parlamente > Politische Stiftungen  
[www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de) ; [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org) ; [www.ipu.org](http://www.ipu.org)

**Demokratieförderung:** Unter Demokratieförderung werden im deutschen Sprachgebrauch üblicherweise alle zivilen Maßnahmen verstanden, die der Etablierung, Wiederherstellung oder Stärkung demokratischer Ordnungen dienen. Demokratieförderung umfasst heute ein jährliches Volumen von rd. 10 Mrd. € oder knapp 10% der globalen > ODA. Arbeitsbereiche der Demokratieförderung beinhalten die Unterstützung demokratischer Institutionen (z. B. > Parlamente) und Verfahren (z. B. Wahlen), von > Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Bürgererziehung. Geber verfügen über Instrumentenkoffer, die negative (z. B. Konditionalitäten bei Kreditvergabe) und positive (Zivilgesellschaftsaufbau) sowie direkte (z. B. > *capacity building* von Parlamentariern) und indirekte (z. B. Förderung fiskalischer Transparenz) Mittel zur Unterstützung demokratischer Prozesse enthalten. > Demokratie > Entwicklung

**Demokratisierung, Re-Demokratisierung:** Ein Prozess, der zum Ziel hat, einen autoritären oder diktatorischen Staat in eine > Demokratie umzuwandeln oder die Demokratie wieder herzustellen bzw. autoritäre Herrschaftsstrukturen durch demokratische zu ersetzen. Allgemein wird in der Transitions-/Transformationsforschung zwischen verschiedenen Phasen des Übergangs unterschieden: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung. Demokratisierung kann auch den Prozess bezeichnen, gesellschaftliche (Sub-)Systeme zu verändern in Richtung auf Formen der Herrschaftskontrolle von „unten“ und einer stärkeren Bürgerpartizipation.

Demokratisierung ist vor allem deshalb für die Entwicklung von Bedeutung, weil nur durch umfassende Beteiligung der Bevölkerung an der Willensbildung sichergestellt werden kann, dass deren Interessen – und nicht die einer Machtelite – im Entwicklungsprozess berücksichtigt werden. In der > Millenniumserklärung 2000 haben die Staats- und Regierungschefs betont, dass das Recht aller, in Würde und Freiheit zu leben, am besten durch eine demokratische und partizipatorische Staatsführung auf der Grundlage des Willens des Volkes gewährleistet werde. Sie waren sich darüber einig, dass in allen Ländern die Kapazitäten gestärkt

werden müssen, die zur Anwendung der Grundsätze und Verfahren von Demokratie sowie zur Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, beitragen. Die entwicklungspolitischen Fördermaßnahmen können entweder direkt zu Demokratie und Demokratisierung von Entscheidungsmechanismen und -prozessen beitragen oder ein Partnerland dabei unterstützen, rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu schaffen, die demokratische Transformationsprozesse begünstigen. Die kulturellen und historischen Hintergründe der Partnerländer sind dabei zu respektieren, zu berücksichtigen und konstruktiv in die Zusammenarbeit einzubeziehen.

Samuel P. Huntington (1991) unterschied in seiner nicht unumstrittenen Kategorisierung und Periodisierung drei große Demokratisierungswellen politischer Systeme in der Neuzeit. Die erste Welle ging von der amerikanischen und französischen > Revolution aus, verstärkte sich durch das gesamte 19. Jahrhundert hindurch, fand unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt, ebte dann ab und erlebte sogar eine Rückwelle. Die zweite Welle begann mit dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und endete 1962. Die dritte Welle nahm 1974 ihren Ausgang in Portugal und Griechenland, erfasste Lateinamerika und kulminierte mit bzw. nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 im Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa (und ließ den Wind demokratischen Wandels auch in Afrika und Asien wehen). > Demokratieförderung > Diktatur > Eliten > Entwicklungspolitik > Kriterien

**Dependenztheorien:** Theorien, die die > Unterentwicklung der Dritten Welt auf den historischen Prozess der Eingliederung der Entwicklungsländer (Peripherien) in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem zurückführen. Danach hatte diese Eingliederung zur Folge, dass sich in den Entwicklungsländern einseitige Produktionsstrukturen und strukturell heterogene Gesellschaftsformationen herausbildeten. Diese wiederum begründeten die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Industrieländern (Metropolen, Zentren) und waren für die spezifischen Ausprägungen der abhängigen Entwicklung in der Dritten Welt verantwortlich. Als Empfehlung für die Praxis ergab sich die Forderung nach einer > autozentrierten Entwicklung bzw. die > Abkoppelungsstrategie oder > Dissoziation > CEPALISMO > Heterogenität

**Desertifikation:** Das Vordringen der Wüsten (engl. desert), Wüstenbildung. Unter dem Begriff „Wüstenbildung“ versteht man den Prozess der Verminderung der Bodenqualität in ländlichen Trockengebieten (Landdegradation). Der Verlust fruchtbaren Bodens erstreckt sich auf mehr als ein Drittel der Landoberfläche der Erde. Der Begriff Desertifikation ist irreführend, weil es nicht um bereits bestehende Wüsten, wie die Sahara, geht. Die Verschlechterung der Bodenqualität beeinträchtigt die Fruchtbarkeit des Bodens, trägt so zu Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut bei und kann dazu führen, dass Menschen zur Abwanderung gezwungen werden. Es kann zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen kommen, die wiederum in Konflikte umschlagen können, und somit weitere Armut und Bodenzerstörung verursachen. Außerdem führt Wüstenbildung zum Verlust der biologischen Vielfalt.

Hauptursachen für die Wüstenbildung sind der Klimawandel und menschliche Aktivitäten wie die Abholzung der Wälder. Im Jahr 1992 hat die internationale Gemeinschaft auf dem Erdgipfel der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in > Rio de Janeiro den dringenden Handlungsbedarf beim Problem der Wüstenbildung anerkannt. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung („United Convention to Combat Desertification/UNCCD“) wurde 1994 angenommen und ist 1996 in Kraft getreten. Mit 193 Vertragsstaaten (ab März 2008) ist die Mitgliedschaft bei UNCCD universal. Das erklärte Ziel des Übereinkommens ist, Wüstenbildung und die Folgen von Dürre – vor allem in Afrika – zu bekämpfen und deren verheerende Auswirkungen zu verringern. Das UNCCD-Sekretariat nahm im Jahre 1999 in der > UNO-Stadt Bonn seine Arbeit auf. Etwa 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen die Vertragsstaaten dabei, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens zu erfüllen. Das Sekretariat, das keine eigene Projekte durch-

führt, bereitet zudem die Tagungen der Vertragsstaatenkonferenzen und seiner Nebenorgane vor und unterstützt Entwicklungsländer – vor allem in Afrika – bei der Zusammenfassung und Weiterleitung von Informationen, wie es im Übereinkommen gefordert wird. Das Übereinkommen wird von einem parlamentarischen Netzwerk (Parliamentary Network on UNCCD) unterstützt.

Die Bekämpfung der Desertifikation ist seit langem ein wichtiger Arbeitsbereich der deutschen bilateralen EZ. Weltweit führte die Bundesrepublik im Jahr 2006 Projekte und Programme mit einem Gesamtzusagevolumen von 1,83 Mrd. Euro in den Bereichen Erosionsschutz, Agroforstwirtschaft, Landressourcenmanagement, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie ländliche Entwicklung durch. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt ist die Verankerung der Konventionsinhalte und -leitlinien in allen relevanten nationalen Politikbereichen und in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. > GEF > Nachhaltige Entwicklung > Rio-Konventionen > UNO in Deutschland [www.unccd.int](http://www.unccd.int) ; [www.unccd.int/parliament/menu.php](http://www.unccd.int/parliament/menu.php) ; [www.desertnet.de](http://www.desertnet.de)

**Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN):** Die DGVN wurde 1952 als ein eingetragener Verein gegründet. Sie ist seit 1966 Vollmitglied des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen. Die Arbeit des DGVN umfasst die konstitutiv-kritische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die Ziele, die Institution und die Aktivitäten der Vereinten Nationen. [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)

**Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit:** Mit Beginn des Jahres 2011 werden die drei staatlichen > Durchführungsorganisationen der deutschen > Technischen Zusammenarbeit > GTZ, > DED und > InWEnt miteinander verschmolzen, wobei der Prozess der Verschmelzung Ende 2011 abgeschlossen sein soll. Unter Führung des BMZ sollen in mehreren Pilotländern zusammen mit den Partnern die Anforderungen an die neue Organisation erarbeitet werden. Nach dem Willen des > BMZ und der Bundesregierung soll Deutschlands Technische Zusammenarbeit durch die Fusion der drei Organisationen schlagkräftiger und effizienter werden. Durch die Reduzierung der Institutionenvielfalt sollen Koordinierungs- und Effizienzverluste auf deutscher wie auch der Partnerseite gemindert und neue Chancen besser genutzt werden. Außerdem will die Bundesregierung ihre politische Gestaltungsfähigkeit stärken, einen kohärenten und sichtbaren Außenauftritt der deutschen > Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen und Deutschland als innovativen Motor und Partner der internationalen > Entwicklungspolitik etablieren.

**Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit/GTZ GmbH:** Als weltweit tätiges Bundesunternehmen der internationalen Zusammenarbeit unterstützt die GTZ mit Sitz in Eschborn bei Frankfurt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Sie ging Anfang 1975 aus der Zusammenlegung der „Bundesstelle für Entwicklungshilfe“ (BfE) und der „Deutschen Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer“ (GAWI) hervor. Die Bundesregierung beauftragt die GTZ mit der Durchführung von Maßnahmen der staatlichen > Technischen Zusammenarbeit sowie mit Maßnahmen der sonstigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Hauptauftraggeber ist dabei das > BMZ, darüber hinaus erhält die GTZ auch Aufträge von anderen Bundesressorts. Die GTZ nimmt ihre Aufgaben im Auftrag der Bundesregierung gemeinnützig wahr; Überschüsse werden ausschließlich wieder für eigene Projekte der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung verwendet.

Die GTZ bietet zukunftsfähige Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen in einer globalisierten Welt und fördert komplexe Reformen und Veränderungsprozesse in Entwicklungs- und Transformationsländern - auch unter schwierigen Bedingungen. Ihr Ziel ist es, Beiträge zu einer > nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern zu leisten und die Lebensbedingungen der Menschen dauerhaft zu verbessern. Den Schlüssel dafür sieht sie in einem ganzheitlichen Ansatz, der alle Politikfelder ebenso wie alle

gesellschaftlichen Bereiche einbezieht. In ihrer Arbeit orientiert sich die GTZ an den Werten Rechtsstaatlichkeit, soziale und ökologische Marktwirtschaft sowie an > Good Governance und > Ownership der Partner.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit beauftragt die Bundesregierung die GTZ mit der eigenverantwortlichen Prüfung und Durchführung von Projekten und Programmen. Die GTZ plant, steuert und überwacht diese Maßnahmen fachlich und berät andere Träger von Entwicklungsmaßnahmen. Sie erbringt Personal- und Sachleistungen und wickelt finanzielle Verpflichtungen gegenüber Partnern in den Empfängerländern ab. Außerdem kann die GTZ, mit Zustimmung der Bundesregierung, auch für Regierungen anderer Länder, für internationale Auftraggeber wie die EU-Kommission, die Vereinten Nationen oder die Weltbank sowie für Unternehmen der privaten Wirtschaft gegen Entgelt tätig werden (Drittgeschäft). Im Jahr 2007 stieg der Umsatz der GTZ zum ersten Mal auf mehr als eine Milliarde Euro. 2008 belief er sich auf 1,2 Mrd. Euro, wovon 73 % auf Gelder des BMZ entfielen; die übrigen Mittel kamen von anderen Bundesministerien, der EU den > Vereinten Nationen und Regierungen anderer Länder. Schwerpunkte der Arbeit sind die afrikanischen Länder und Afghanistan. 83 Prozent ihrer Projekte beurteilt die GTZ als erfolgreich.

Die GTZ ist in 92 Ländern mit eigenen Büros vertreten. Neben der Zentrale in Eschborn befinden sich weitere Unternehmensstandorte in Frankfurt, Bonn, Berlin und Brüssel. In mehr als 120 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, den Transformationsländern Osteuropas und den Neuen Unabhängigen Staaten beschäftigte das Unternehmen 2008 rd. 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon 9.913 einheimische Kräfte und 1.391 entsandte Fachkräfte; in Deutschland, d. h. überwiegend in der Zentrale in Eschborn, arbeiteten fast 1.700 Personen. In den letzten Jahren erfuhr die GTZ einen merklichen Personalzuwachs, der sowohl auf die Steigerung der deutschen > ODA als auch auf die Diversifizierungsbemühungen der GTZ (zusätzliche Auftraggeber) zurückzuführen ist.

Die drei staatlichen > Durchführungsorganisationen der deutschen > Technischen Zusammenarbeit > GTZ, > DED und > InWEnt sollen mit Beginn des Jahres 2011 zur > Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit verschmolzen werden. [www.gtz.de](http://www.gtz.de)

**Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft:** Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) mit Sitz in Köln und insgesamt 415 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Stand: März 2009), ein Unternehmen der > KfW Bankengruppe, ist spezialisiert auf Projekt- und Unternehmensfinanzierungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und in Mittel- und Osteuropa. Seit mehr als 40 Jahren berät sie private Unternehmen, strukturiert und finanziert ihre Investitionen. Sie bietet ihrer Kundschaft eine Vielzahl von Finanzprodukten zu marktorientierten Konditionen an, die von langfristigen Darlehen bis hin zu Beteiligungskapital reichen. Doch Kapital ist nicht der einzige Erfolgsfaktor. Ihr Ziel ist es, privatwirtschaftliche Strukturen in Entwicklungs- und Reformländern zu etablieren und auszubauen, um dadurch eine Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu schaffen. Im Jahre 2008 sagte die DEG langfristige Finanzierungen in Höhe von 1,22 Mrd. EUR für Unternehmensinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu; zusammen mit den von ihr finanzierten Unternehmen wurden 153.000 Arbeitsplätze gefördert, davon 35.000 neu geschaffen. [www.deginvest.de](http://www.deginvest.de)

**Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung/DSE:** Die 1959 gegründete Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Berlin und ab 1997 in Bonn arbeitete im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer in folgenden Bereichen: Bildungs- und Erziehungswesen, Wirtschafts- und Sozialentwicklung, öffentliche Verwaltung, gewerbliche Berufsförderung, Landwirtschaft, Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung, Gesundheit sowie Journalismus. Außerdem bereitete sie deutsche Fachkräfte für ihren Einsatz in Entwicklungs- und Transformationsländern vor und führte Tagungen und Seminare zur Förderung des internationalen Erfahrungsaustausches auf den oben genannten Gebieten durch.

Die DSE unterhielt in Bonn die größte Dokumentations- und Informationsstelle zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland. 2002 fusionierten die DSE und die > Carl Duisberg Gesellschaft zu > InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH. Den Anstoß zur Fusion hatte das BMZ gegeben, um die Effizienz der entwicklungspolitischen Instrumente der beiden Institutionen und den Stellenwert von internationaler Bildungszusammenarbeit generell zu erhöhen. > Personelle Zusammenarbeit [www.InWEnt.org](http://www.InWEnt.org)

**Deutsche Welthungerhilfe:** Die 1962 gegründete Welthungerhilfe ist eine private, gemeinnützige, politisch und konfessionell unabhängige Hilfsorganisation und arbeitet unter einem ehrenamtlichen Vorstand und der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Sie leistet Hilfe von der schnellen Nothilfe nach einer Katastrophe bis zu langfristigen Projekten mit einheimischen Partnern. Wirksame Hilfe heißt für sie: Menschen Chancen zu eröffnen, ihr Leben, ihre Zukunft frei von Hunger und Not selbst zu gestalten; sie leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Seit ihrer Gründung hat sie rd. 5.500 Projekte in mehr als 70 Ländern mit 1,9 Milliarden Euro gefördert, finanziert aus privaten Spenden und öffentlichen Zuschüssen, wie z. B. von der EU oder der Bundesregierung. Zusammen mit > terre des hommes wird jährlich der vielbeachtete, kritische Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ veröffentlicht. [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

**Deutscher Entwicklungsdienst/DED:** Der DED (mit Sitz in Bonn) ist einer der führenden europäischen Personalentsendendienste und wichtiger Träger der > personellen Zusammenarbeit im Rahmen der deutschen EZ. Zusammen mit weiteren Organisationen vermittelt er Entwicklungshelfer in Länder der Dritten Welt. Entwicklungshelfer leisten in einem Entwicklungsland „ohne Erwerbsabsicht ... Dienst ...“, um in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zum Fortschritt des Landes beizutragen“ (Entwicklungshelfer-Gesetz). Die Tätigkeit kann anstelle des Wehr- bzw. Zivildienstes erfolgen. Der DED führt neuerdings auch zusammen mit anderen Stellen Aufgaben des > Zivilen Friedensdienstes durch. Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland sowie der Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee“. Seine finanziellen Mittel erhält der DED aus dem Bundeshaushalt. Beim DED sind einschl. der Auslandsmitarbeiter 221 Personen beschäftigt, davon 115 in Bonn (Stand: Anfang April 2009). Die drei staatlichen > Durchführungsorganisationen der deutschen > Technischen Zusammenarbeit > GTZ, > DED und > InWEnt sollen mit Beginn des Jahres 2011 zur > Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit verschmolzen werden. [www.gtz.de](http://www.gtz.de)  
> Weltwärts [www.ded.de](http://www.ded.de)

**Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE:** Das DIE ist 1964 als eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin gegründet worden. Die Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland (75 %) und NRW (25 %). Sitz des Instituts ist seit 2000 die > UNO-Stadt Bonn. Das DIE ist ein interdisziplinär ausgerichtetes Ressortforschungsinstitut (> BMZ) auf der Basis wissenschaftlicher Unabhängigkeit und versteht sich selbst als entwicklungspolitischer Denktank zu Fragen globaler Entwicklung und internationaler Entwicklungspolitik. Das DIE will zwischen der Forschung und der Praxis Brücken zu bauen. Am DIE arbeiten fast 100 Mitarbeiter, davon zwei Drittel im wissenschaftlichen Stab. Sie wirken in zahlreichen einflussreichen internationalen Forschungs- und Politiknetzwerken mit und konzentrieren sich bei ihren praxisorientierten Forschungen und Veröffentlichungen auf sieben Forschungsfelder: Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik; Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung; Governance, Staatlichkeit, Sicherheit; Umweltpolitik und Ressourcenmanagement; Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung; Global Governance und Entwicklungspolitik; EZ und Afrika. Im Rahmen eines neunmonatigen Postgraduierten-Programms bereitet das DIE deutsche und europäische Hochschulabsolventen auf anspruchsvolle Aufgaben in der internationalen > Entwicklungszusammenarbeit vor und zielt darauf ab, zukünftige Leistungsträger zu qualifi-

zieren. Seit 2007 bildet das DIE an der Global Governance School hochqualifizierte Führungskräfte aus > Ankerländern aus. [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)

**Development Gateway Foundation/DGF:** Die Gründung der DGF als Stiftung, im Jahre 2001 geht auf den damaligen Weltbank-Präsidenten James Wolfensohn zurück. Ziel war und ist es, zur Eindämmung der digitalen Kluft zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten beizutragen und die digitale > Revolution zu einem Vorteil für alle werden zu lassen. DGF stellt auch die größte Online-Datenbank für > ODA-Aktivitäten zur Verfügung: > AidData. [www.aiddata.org](http://www.aiddata.org)

**Digitale Revolution / Spaltung:** Der Begriff der digitalen bzw. elektronische Revolution bezeichnet den durch die Erfindung des Mikrochips ausgelösten quantitativen und qualitativen Sprung, der seit Ausgang des 20. Jahrhunderts einen Wandel sowohl der Technologien als auch vieler Lebensbereiche bewirkt – ähnlich wie die Industrielle Revolution von vor zweihundert Jahren. Die digitale Spaltung steht für die Spaltung von Gesellschaften, die über den Zugang zu Informationen mittels > Internet und anderen innovativen Techniken verfügen, und den Gesellschaften, die von diesen abgeschnitten sind; sie bezeichnet auch die global ungleiche Verteilung von Informations- und Kommunikationstechniken zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. > Globalisierung > Revolution > Sektoren

**Diktatur:** Zwangsherrschaft durch eine Person, eine politische Partei oder eine Minderheit oder Gruppe von Menschen über Menschen. Im Gegensatz zur Demokratie gibt es in Diktaturen keine freien Wahlen, keine Meinungs- und Pressefreiheit und keine Gewaltenteilung. Diktaturen treten die Menschenrechte und politisch-bürgerlichen Freiheitsrechte mit Füßen; das reicht von der Aufhebung der Vereinigungsfreiheit bis hin zur gewaltsamen Verfolgung politischer Gegner oder ganzer Bevölkerungsgruppen. Politische Systeme, die nicht ganz so brutal die Freiheit unterdrücken, werden als autoritäre Systeme bezeichnet. Totalitäre Regime weisen meist folgende Merkmale auf: die Existenz einer (Massen-)Partei, das Vorhandensein eines Terrorsystems, der Besitz des Medienmonopols, der Besitz des Kampfwaffenmonopols, eine zentrale Wirtschaftslenkung und eine das gesamte System überwölbende Ideologie. > Demokratie > Demokratisierung

**Direktinvestitionen/Auslandsinvestitionen:** Kapitalanlagen von Inländern im Ausland, die vom Investor in der Absicht vorgenommen werden, einen unmittelbaren Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des Kapital nehmenden Unternehmens zu gewinnen, einem Unternehmen, an dem der Investor bereits maßgebend beteiligt ist, neue Mittel zuzuführen oder auch ein Unternehmen neu zu gründen. In den letzten Jahren wird den Direktinvestitionen vermehrt ein positiver Einfluss bei der Armutsbekämpfung zugeschrieben, vor allem dann, wenn sich der ausländische Kapitalgeber im Entwicklungsland an den Zielen des > Global Compact orientiert. Neben den > Hermes-Bürgschaften und > Exportkreditgarantien sichert der Bund auch Direktinvestitionen deutscher Investoren und Ungebundene Finanzkredite durch die Übernahme von Bundesgarantien und –bürgschaften gegen Forderungsausfall ab. > Corporate Social Responsibility > Privatwirtschaft

**Diskriminierung:** Bezeichnet eine Benachteiligung, Unterscheidung, Beschränkung oder Ausschließung im politischen, gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen oder jedem sonstigem Bereich. Viele UN-Konventionen im Bereich der > Menschenrechte fordern eine Beseitigung von Diskriminierung, wie etwa das Übereinkommen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (> CEDAW). Auch entwicklungspolitische Anstrengungen sollten die Nicht-Diskriminierung und die Chancengleichheit fördern und tun dies auch – oft gegen erhebliche Widerstände.

**Diskriminierung (im Außenhandel)** > Meistbegünstigung

**Dissoziation:** Abkopplung eines Entwicklungslandes vom Weltmarkt mit der Zielsetzung einer > autozentrierten Entwicklung. Eine vollständige Abkopplung einer gesamten Volkswirtschaft ist schwer vorstellbar. Denkbar ist allerdings eine Beschränkung der außenwirtschaftlichen Beziehungen auf ein Maß, das einseitige Abhängigkeit möglichst gering hält.

**Disparität(en):** Die Ungleichheit hinsichtlich oder Ungleichbehandlung auf Grund eines spezifischen Phänomens. Man unterscheidet wirtschaftliche, soziale und regionale Disparitäten.

**Diversifizierung:** Strukturelle Veränderung der Produktion in quantitativer und qualitativer Hinsicht mit der Absicht, eine größere Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivitäten zu erreichen. Die Bemühungen der Entwicklungsländer zielen darauf ab, ihre einseitigen Produktions- und Exportstrukturen, die auf die Erzeugung und den Export landwirtschaftlicher und bergbaulicher Güter, meist Rohprodukte, ausgerichtet sind, durch den Aufbau einer heimischen Industrie, die vielfach die Rohprodukte weiterverarbeitet, zu verbreitern.

**Doha-Entwicklungsrunde:** Anknüpfend an frühere GATT-Runden einigten sich die Industrie- und Entwicklungsländer auf der 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 auf die Einleitung einer neuen umfassenden Verhandlungsrunde, bei der die Bedürfnisse und Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern im Mittelpunkt stehen sollen („Development Round“). Dabei sollen handelsverzerrende Zölle und Agrarsubventionen abgebaut und der Marktzugang der Entwicklungsländer verbessert werden. Doha könnte zu einem zentralen Baustein einer gerechteren Globalisierung werden. Allerdings kann von einem Abschluss und Erfolg der Doha-Entwicklungsrunde noch keine Rede sein – v. a. wegen mangelnder Zugeständnisse der Industrieländer im Agrarbereich, infolge des Widerstandes einer Gruppe von Entwicklungsländern (z. B. Brasilien, China, Indien, Südafrika) und Differenzen über den Speziellen Schutzmechanismus für Entwicklungsländer. Kritiker bemängeln, dass letztlich die Weichen für eine weitere Verschärfung der WTO-Abkommen zu Lasten der armen Länder gestellt werden sollen und der Freihandelsschnellzug weiterrollt, wobei soziale Rechte und die Umwelt überfahren würden. > Agrarsubventionen > GATT > Globalisierung > Welthandelsorganisation

**Do no harm-Prinzip:** Durch die Anwendung des Do no harm-Prinzips sollen ungewollte, negative, schädliche Wirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen vermieden werden.

**Dreieckskooperationen:** Entwicklungszusammenarbeit von zwei Geberländern und einem Empfängerland, bei der jedes Geberland die Leistung erbringt, die seinen besonderen Möglichkeiten entspricht – z. B. Know-how aus einem Industrieland, Finanzierung aus einem OPEC-Land.

**Drei-Sektoren-Hypothese:** Bei Betrachtung der drei Sektoren - Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau, auch als primärer Sektor bezeichnet), verarbeitende Industrie (sekundärer Sektor) und Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) - stellt man mit zunehmendem Entwicklungsstand eines Landes eine relative Zunahme des sekundären und vor allem des tertiären Sektors fest, während der primäre Sektor ständig an Bedeutung verliert. > Sektoren

**Dritte Welt:** Im allgemeinen Sprachgebrauch - auch heute noch - die Bezeichnung für die Entwicklungsländer. Für den Ursprung dieses Ausdrucks gibt es mehrere Erklärungen. Die häufigste spricht von einer Einteilung der Welt in die Erste (westliche), die Zweite (die ehemaligen kommunistischen Länder Osteuropas) und die Dritte (südliche) Welt. Es heißt aber auch, die Dritte Welt sei das Pendant zur Alten und zur Neuen Welt. Allerdings verliert diese

Klassifikation angesichts erheblicher Entwicklungsunterschiede vor allem zwischen den Ländern der „Dritten Welt“ zunehmend an Aussagekraft. > Entwicklungsländer

**DSE** > Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung

**Deutsche Stiftung Weltbevölkerung/DSW:** Bei der DSW handelt es sich um eine nicht-staatliche Organisation, die 1991 zur Förderung der EZ im Bereich der Bevölkerungspolitik und Familienplanung mit Sitz in Hannover gegründet wurde. Neben der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung betreibt sie fundierte Informationsarbeit, z. B. im jährlich erscheinende „Weltbevölkerungsbericht“. [www.dsw-online.de](http://www.dsw-online.de)

**Dualismus:** Nebeneinander eines traditionellen und eines modernen Wirtschafts- und Sozialsystems in den Entwicklungsländern. Die Dualismustheorien führen die > Unterentwicklung der Dritten Welt auf die dort zu beobachtenden dualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zurück.

**Dumping:** Form der regionalen Preisdifferenzierung zwischen Inlands- und Auslandsmärkten. Dumping liegt vor, wenn der Preis einer von einem Land in ein anderes Land ausgeführten Ware niedriger ist als der Preis einer gleichartigen Ware, die zur Verwendung im Ausfuhrland bestimmt ist. Eine besonders krasse Form von Dumping ist der Verkauf unter Gestehungskosten.

**Durchführungsorganisationen/DO:** Das > BMZ beauftragt Durchführungsorganisationen mit der konkreten Umsetzung der entwicklungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung.

**Durchsickerhypothese** > Trickle-down-Hypothese

**dutch disease** > Holländische Krankheit

**East African Community/EAC:** Die Ostafrikanische Gemeinschaft wurde 1967 als eine wirtschaftliche Integrationsform gegründet. Die Gründungsstaaten Kenia, Tansania und Uganda strebten mittels einer Wirtschafts- und Zollunion und der Förderung der Verkehrssprache Suaheli die Etablierung eines gemeinsamen Marktes an. Die Zollunion einschließlich eines gemeinsamen Außenzolls wurde 2005 verwirklicht. 2007 wurde der Mitgliedskreis um Ruanda und Burundi erweitert. Weiterhin strebt die EAC eine zunehmend engere Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bereich bis hin zu gemeinsamen Organen der fünf Staaten an. [www.eac.int](http://www.eac.int)

**EBRD/EBWE** > Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

**ECHO/European Community Humanitarian Office - Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft:** Am 1. April 1992 wurde ECHO ins Leben gerufen. ECHO, das auch als Europäisches Amt für humanitäre Soforthilfe bekannt ist, finanziert weltweit Hilfsaktionen, die von Partnerorganisationen vor Ort umgesetzt werden. ECHO hat rund 200 Partner: UN-Agenturen, die „Rotkreuzfamilie“, andere internationale Organisationen und NRO. <http://ec.europa.eu/echo>

**ECLAC/Economic Commission for Latin America and the Caribbean:** Die VN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, (spanisch: Comisión Económica para América Latina/CEPAL) wurde im Februar 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN mit Sitz in Santiago de Chile initiiert. Darüber hinaus verwaltet ECLAC zwei Untersitze, einen für Zentralamerika mit Sitz in Mexiko-Stadt und einen weiteren für die karibischen Staaten mit Sitz in Puerto España (Trinidad und Tobago). Darüber hinaus gibt es noch weite-

re nationale Büros. Ziel ist die Förderung der wirtschaftlichen, sozialverträglichen und umweltgerechten Entwicklung in der Region. Darüber hinaus verfolgt ECLAC die Vertiefung der regionalen Kooperation und > Integration. > CEPALISMO [www.eclac.org](http://www.eclac.org)

**Ecodevelopment:** Bezeichnung für die Strategie einer umweltgerechten Entwicklung

**Ecofarming:** Beim Ecofarming handelt es sich um eine Anbaumethode, die das Ziel verfolgt mit einem möglichst reduzierten Fremdmittleinsatz einen möglichst hohen Ernteertrag zu erreichen. Dies erfolgt unter dem Primat der nachhaltigen, umweltgerechten Nutzung und der Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens.

**ECOSOC/Economic and Social Council:** Wirtschafts- und Sozialrat der UN, eines der sechs Hauptorgane der UN. > UNO-Reform [www.un.org/ecosoc](http://www.un.org/ecosoc)

**ECOWAS/Economic Community of West African States:** Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten. Vorrangiges Ziel der 1975 gegründeten ECOWAS ist die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung. Außerdem verfolgt sie politische Ziele der regionalen Integration. In den letzten Jahren stand verstärkt das Krisenmanagement im Vordergrund. Derzeit hat die ECOWAS 15 Mitgliedstaaten: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo (bis 2002 auch Mauretanien). [www.ecowas.int](http://www.ecowas.int)

**ECU:** Europäische Währungseinheit (European Currency Unit), wurde für Transaktionen und Statistiken der EG/EU benutzt. Mitte 1996 entsprach 1 ECU etwa DM 1,90; seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 heißt die gemeinsame Währung „Euro“ (€) im bargeldlosen Verkehr; ab 2002 ist der Euro in den Teilnehmerstaaten alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. > Euro

**EEF** > Europäischer Entwicklungsfonds

**Effizienz(steigerung)** > Wirksamkeit

**EIB** > Europäische Investitionsbank

**EIDHR/European Instrument for Democracy and Human Rights - Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte:** EIDHR geht auf eine Initiative des Europäischen Parlaments 1994 zurück und wird vom Budget der EU finanziert und der Europäischen Kommission verwaltet und. Seit 1994 wurden im Rahmen der Initiative jährlich rd. 100 Mio. EUR zur Unterstützung der Förderung und der Verteidigung der Menschenrechte, der Demokratisierung und der Konfliktverhütung bereitgestellt. > Europäische Union  
[http://ec.europa.eu/europeaid/where/worldwide/eidhr/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/worldwide/eidhr/index_en.htm)

**Eigentumsrechte – property rights:** Eigentumsrechte sind ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche > Entwicklung. Die Eigentumstitel sollten rechtlich und staatlich dokumentiert und Immobilien- oder Grundstücksbesitz durch Grundbucheintragungen legitimiert sein; so könnte mittels des Eigentumsrechtes z. B. der Acker für einen Kredit verpfändet werden. Der Peruaner Hernando de Soto propagierte die Formalisierung des > informellen Sektors in Entwicklungsländern, weil der Besitz der „Informellen“ aufgrund der fehlenden Eigentumstitel nicht als Sicherheit anerkannt werde, blieben ihnen auch die Türen des offiziellen Bankensektors verschlossen, was bei den für sie notwendigen Krediten üblicherweise zu hohen Transaktionskosten führe. Er erreichte als Präsidentenberater (1989-1992), dass in seinem Heimatland Eigentumstitel für städtische Informelle und De-facto-Landbesitzer gewährt wurden und so nachweislich die peruanischen Betriebe, die im Zuge der Reformen einen Eigen-

tumstitel für ihren Besitz erreichen konnten, im Durchschnitt eine um 40 Prozent höhere Produktion aufwiesen als diejenigen Betriebe, die noch in rechtlich unsicherem Rahmen produzierten. Etwa ein Viertel der neuen Eigentümer bekam erstmals Zugang zu Bankkrediten und konnte so die Zinsaufschläge informeller Kreditgeber und Geldverleiher vermeiden.

**EINE Welt:** Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die Gliederung der Welt in drei Welten (Erste, Zweite und Dritte Welt) brüchig. Im Zeitalter der Globalisierung rückt die Welt zusammen. Es wird zunehmend deutlich, dass sich die Weltprobleme, wie z. B. der > Klimawandel und große > Finanzkrisen, nicht mehr regional abgrenzen lassen, sondern die EINE Welt tangieren. Auch die Folgen von > Armut und Hunger in Entwicklungsländern sind bspw. in Form von > Migration in anderen Ländern und Kontinenten zu spüren. Globale Probleme stellen besondere Herausforderungen an die „EINE Weltgesellschaft“. In Kategorien der EINEN Welt zu denken („global denken“), bedeutet, global, regional, national und lokal zu handeln. Mit dem Verweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen *aller* Teile der Welt, auf globale Bedürfnisse und universale Anstrengungen hatte der > Brandt-Bericht von 1980 bereits das Konzept von der EINEN Welt anklingen lassen. Heute sind die > Millenniumserklärung und die > Millennium-Entwicklungsziele wichtige Bausteine eines globalen Gemeinwillens und Ausdruck des Eine Welt-Denkens. [www.eine-welt-netz.de](http://www.eine-welt-netz.de) ; [www.eine-welt-medien.de](http://www.eine-welt-medien.de)

**Einkommensgruppen:** Die Klassifizierung der Staaten der Welt in Einkommensgruppen orientiert sich am > Bruttonationaleinkommen. Es werden folgende Gruppen unterschieden: (1) Die Niedrigeinkommensländer (> LICs); (2) die Länder mit mittlerem Einkommen (> MICs); (3) die Hoheinkommensländer (HICs).

**Einparteienregime:** Im Gegensatz zu pluralistischen > Demokratien tritt bisweilen – vor allem in Entwicklungsländern – eine Partei als „Staatspartei“ auf. Sie beansprucht, alle gesellschaftlichen Schichten oder auch Nationalitätengruppen durch ihre Ideologie bzw. durch einen – möglicherweise charismatischen – Führer zu vertreten.

**Einkommensverteilung** > Gini-Index

**EITI/Extractive Industries Transparency Initiative** > Transparenzinitiative der Rohstoffindustrie

**Elite:** Eine am Gesamtwohl des Landes und der Armutsbekämpfung interessierte Elite ist ein Schlüsselfaktor von Entwicklung. Dabei spielen die unterschiedlichsten, sich zuordnungsmäßig überschneidenden Eliten eine wichtige Rolle: die Machteliten (Regierung und Verwaltung, Parlament, Justiz; z. T. auch das Militär); Positionseliten (Parteien, religiöse Führer), Funktionseliten (Manager, Nichtregierungsorganisationen), Eliten im Erziehungswesen und in den Massenmedien. Auch lokale Eliten (wie einflussreiche Frauen, Häuptlinge, erfolgreiche Farmer) und „Entwicklungspioniere“ üben einen beträchtlichen Einfluss auf Entwicklungspfade aus. Eine der Aufgaben der Entwicklungspolitik ist es, „positive“ Eliten zu unterstützen und – bspw. über die > Politischen Stiftungen – auch „Oppositionseliten“ zu fördern. > Armutsbekämpfung > Demokratisierung > Entwicklung > Landreform

**Embargo:** Im Außenwirtschaftsverkehr (Handels-Embargo) das Verbot, bestimmte Waren in andere Staaten zu liefern oder von anderen Ländern zu kaufen.

**Emissionen:** Allgemein die Aussendung bzw. Abgabe von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen und von Wärme, Geräuschen, Lärm oder Strahlung auf natürlichem oder unnatürlichem Weg. Im Umweltschutz: Abgabe/Ausstoß luftverunreinigender Stoffe aus Anlagen (z.

B. einem Kraftwerk) oder auf Grund technischer Vorgänge (z. B. Verbrennung von Treibstoff). > Klimawandel

**Emissionshandel:** Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches klimapolitisches Instrument, das zum Ziel hat, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zu reduzieren. Dazu wird zunächst entweder durch den Staat oder durch eine andere Körperschaft eine Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen festgelegt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums und innerhalb eines bestimmten Territoriums ausgestoßen werden darf. Die festgelegte Gesamtmenge wird den in einem Emissionshandelssystem erfassten Emittenten in Form von Emissionsberechtigungen/Emissionszertifikaten gratis zugeteilt oder versteigert.

Im Rahmen der Umsetzung des > Kyoto-Protokolls ist innerhalb der > Europäischen Union am 1. Januar 2005 der Emissionshandel gestartet. Die erste Handelsperiode umfasst die Jahre 2005 bis 2007, die zweite Handelsperiode die Jahre 2008 bis 2012. Das Emissionshandelssystem schafft eine wirtschaftliche Basis, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases CO<sub>2</sub> dort zu reduzieren, wo die Vermeidung am kostengünstigsten ist. Dies bedeutet, dass ökologisch wirksames Handeln ökonomisch umgesetzt wird. Die Zertifikate sind handelbar und dienen somit als eine Art Währung. Erreicht das Unternehmen seine erforderlichen Emissionsreduktionen durch eigene kostengünstige CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen, kann es nicht benötigte Zertifikate am Markt verkaufen. Alternativ kann es Zertifikate am Markt zukaufen, falls eigene Minderungsmaßnahmen teurer würden. Erfüllt das Unternehmen seine Minderungsverpflichtung nicht, werden Sanktionen fällig, die in der zweiten Handelsperiode 100 Euro pro Tonne Kohlendioxid betragen. Die nicht erreichte Minderungsverpflichtung muss im Folgejahr zusätzlich erbracht werden. Seit 2008 setzt die Bundesregierung Einnahmen aus dem Emissionshandel für Klimaschutz in Entwicklungsländern ein. > Klimaschutz [www.dehst.de](http://www.dehst.de)

**Empfänger:** Die - nicht gerade partnerschaftliche - Bezeichnung für „Nehmer“ (Entwicklungs- oder Transformationsländer), die > ODA-Mittel von > „Gebern“ erhalten.

**Empowerment:** Stärkung von Macht und Einfluss [in vielen deutschsprachigen Dokumenten wird der englische Begriff beibehalten oder manchmal auch die nicht-adäquate Übersetzung „Ermächtigung“ benutzt]. Ein Prozess, in dessen Verlauf sich eine Person oder eine gesellschaftliche Gruppe Zugang zu Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten verschafft bzw. diese erhält und sich Fähigkeiten aneignet, die sie in den Stand versetzen, ihr eigenes Leben und die Gemeinschaft, in der sie lebt, in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht aktiv mit zu gestalten. In der Entwicklungspolitik stellt v. a. die Stärkung von Macht und Einfluss der > Frauen eine besondere Herausforderung dar. Zur Veranschaulichung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten können die beiden Geschlechterindizes von > UNDP herangezogen werden: > Gender Development Index (GDI) und > Gender Empowerment Measure (GEM) > Gender

**endogen:** Im Innern entstehend, von innen kommend. Im Zusammenhang der Erklärung von > Unterentwicklung oder der Hemmnisse zur Überwindung von Unterentwicklung bezeichnen endogene Faktoren jene Ursachen bzw. Tatbestände, die intern im jeweiligen Entwicklungsland bestehen, beispielsweise überkommene Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, mangelnde Reform- oder Leistungsbereitschaft etc.. > Modernisierungstheorien und wirtschaftliche Wachstumstheorien betonen besonders die Bedeutung endogener Faktoren. Gegensatz > exogene Faktoren. > Theorien

**Energie:** Menschen nutzen Energie in vielfältiger Weise, für die Produktion von Gütern, für elektrische Geräte, Licht und die Zubereitung von Mahlzeiten oder für den Transport. Energienutzung ist in den Entwicklungsländern nicht nur eine Voraussetzung für die Befriedigung der wichtigsten Grundbedürfnisse; ohne den Produktionsfaktor Energie ist weder die wirtschaftliche Entwicklung noch der Aufbau der sozialen Infrastruktur einer jeden Gesellschaft

denkbar. Im Rahmen der > Millennium-Entwicklungsziele 7 und 8 spielen auch Energiefragen eine Rolle – einschl. der Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft. > Erneuerbare Energien > Johannesburg <http://esa.un.org/un-energy>

**Enklave:** Ein vom eigenen Staatsgebiet eingeschlossener Teil eines fremden Staatsgebiets; in der Entwicklungsländer-Forschung und inzwischen auch im politischen Sprachgebrauch ge-läufiger Begriff zur Bezeichnung der Teile von Ökonomien in Entwicklungsländern, die im Wesentlichen nur mit dem Weltmarkt verbunden sind, für diesen produzieren und dabei eine den Weltmarkterfordernissen entsprechende Technologie verwenden, sich zumeist auch in Händen des Auslandskapitals befinden. Die „backward linkages“ (> Verkettungseffekte) in das Entwicklungsland bleiben oft sehr gering.

**Entsandte Fachkräfte** > Experten

**Entschuldung** > HIPC > Schuldenerleichterung > Verschuldung

**Entwickelte Länder:** Begriff, der in der entwicklungspolitischen Diskussion auch für die > Industrieländer benutzt wird, um sie von den > Entwicklungsländern zu unterscheiden.

**Entwicklung:** Auch wenn es keine allgemein gültige Definition von Entwicklung gibt, dürfte die Erkenntnis weitgehend akzeptiert sein, dass Entwicklung ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess ist, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und spätestens seit Rio 1992 einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt verpflichtet ist. Entwicklung bedeutet immer, etwas von dem, was an Fähigkeiten und Potenzial jedem Menschen und Volk Eigen ist, zur Entfaltung, zur „Ent-Wicklung“ zu bringen. Insofern kommt der Hilfe von außen vor allem eine Hebammenfunktion zu; sie ist – um eine alte Erkenntnis aufzugreifen – > Hilfe zur Selbsthilfe. Die im Auftrag von > UNDP jährlich verfassten > Human Development Reports sind von der Überzeugung geleitet, dass Entwicklung letztlich einen Prozess darstellt, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert und nicht nur das Volkseinkommen erhöht.

Lange wurde Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Aber der Mensch ist nicht nur ein „homo oeconomicus“, sondern auch ein „zoon politikon“ und ein Kulturwesen; er muss sich zu einem „homo oecologicus“ weiterentwickeln. Entwicklung umfasst zumindest folgende Dimensionen: Politik (Demokratie, Menschenrechte und Good Governance), Wirtschaft (Produktivitätssteigerungen, Arbeitsplätze schaffendes und Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (soziale Gerechtigkeit, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die kulturelle Entfaltung ermöglicht und für den Wandel offen ist). Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen.

Eine überzeugende, von Persönlichkeiten des Südens gegebene Definition findet sich in dem unter Leitung von Julius Nyerere erstellten Bericht der „Südkommission“ von 1990, wo es heißt: „Nach unserer Auffassung ist Entwicklung ein Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Entwicklung ist ein Prozess, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung.“ Von daher gewinnt die seit einiger Zeit erhobene Forderung nach > Ownership Relevanz. Natürlich steht diese „Eigentümerschaft“ in einem Spannungsverhältnis zu den Einwirkungen von außen – seien es die internationalen Rahmenbedingungen oder die Erwartungen der Entwicklungspolitik an die Entwicklungsländer. Der Ownership-Vorbehalt darf jedoch kein Feigenblatt für Barbareien in den Entwicklungsländern sein.

In der deutschsprachigen wissenschaftlichen Diskussion spielte das von Dieter Nohlen (Heidelberg) und Franz Nuscheler (Duisburg) erstmalig 1974 vorgestellte „Magische Fünfeck von Entwicklung“ eine wichtige Rolle. In der dritten Auflage achtbändigen „Handbuchs der Dritten Welt“ (Bonn 1992-1994) nehmen die beiden Herausgeber einige Ergänzungen vor. Zunächst wiederholen sie die fünf Elemente des magischen Fünfecks von Entwicklung, nämlich: Wachstum, Arbeit, Gleichheit/Gerechtigkeit, Partizipation und Unabhängigkeit. Diese Komponenten benennen fünf Einzelziele von Entwicklung, die zugleich normativ-kritische Maßstäbe und Langzeitperspektiven darstellen. 1992 fügen sie hinzu: 1. Für viele Menschen in der Dritten Welt bedeutet Entwicklung „voraussichtlich auch weiterhin Befriedigung der Grundbedürfnisse“. 2. Früher war die Bedeutung der ökologischen Dimension noch nicht so offensichtlich wie heute: „Ihre Berücksichtigung ist kein pflichtschuldiges Zugeständnis an den ökologiebewussten Zeitgeist, sondern eine *conditio sine qua non*, weil Entwicklung, wie sie auch immer definiert werden mag, bei einer fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen selbstzerstörerische Wirkung hat.“ 3. Der Markt ist „ein wirksames Regulativ für Angebot und Nachfrage und für die Allokation der Ressourcen.“ Unter den internationalen Rahmenbedingungen, die auch einen ordnungspolitischen Rahmen setzen, bleiben „ein sozial und ökologisch gebändigter Kapitalismus sowie eine internationale soziale Marktwirtschaft ordnungspolitische Orientierungsmodelle.“

Auf die Entwicklung bzw. den Entwicklungsprozess eines Landes wirken viele interne und externe Akteure und Faktoren ein. Im Vergleich etwa zu den Eigenanstrengungen, zu den positiven internen Rahmenbedingungen (v. a. > Eliten, die sich vom Gesamtwohl ihres Landes leiten lassen) oder Hemmfaktoren und den internationalen Handels-, Finanz- und Austauschbedingungen ist die Entwicklungshilfe bzw. die Entwicklungszusammenarbeit oft nur ein Leichtgewicht. Sie ist meist schon vom Volumen her von nachrangiger Bedeutung und ihre Rolle wird häufig überschätzt. > BMZ > Comprehensive Development Framework > Demokratie > Demokratieförderung > Eigentumsrechte > Entwicklungspolitik > Frauen > GDI > Gleichstellung > Globalisierung > Good Governance > HDI > Hilfe zur Selbsthilfe > Kriterien > Kultur > Marktwirtschaft > Menschenrechte > Millennium-Entwicklungsziele > Nachhaltige Entwicklung > nachholende Entwicklung > Probleme > Raumordnung > Rio-Konventionen > Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung > Theorien > Werte

### **Entwicklungsausschuss der OECD > DAC**

**Entwicklungsbanken:** Meist öffentlich-rechtliche Spezialinstitute zur Finanzierung bzw. Kofinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, industriellen und landwirtschaftlichen Projekten sowie von Maßnahmen zur strukturellen Anpassung und zur Förderung des Außenhandels. Ihre Tätigkeit kann sich dabei auf die Gewährung von zumeist langfristigen Darlehen und Bürgschaften, Kapitalbeteiligungen und auch die Leistung technischer Hilfe erstrecken. Entwicklungspolitische Bedeutung haben die Entwicklungsbanken für Entwicklungsländer und Transformationsländer; sie vergeben ihre Kredite i. d. R. zu Marktkonditionen und sind damit nicht ODA-anrechnungsfähig. Hier sind bspw. die weltweit operierende > Weltbank und die > regionalen Entwicklungsbanken zu nennen.

**Entwicklungscharta des IBFG:** Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat auf seiner Sitzung vom 17.-19. Mai 1978 in Hamburg unter dem Titel „Für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung“ eine „Entwicklungscharta des IBFG“ verabschiedet. In ihrer Einführung heißt es u. a.: „Die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung wird dem Durchschnittsbürger keinen echten Nutzen bringen, wenn nicht in allen Ländern grundlegende Reformen vorgenommen und die Menschen selbst in den Entwicklungsprozess einbezogen werden.“ > IBFG

**Entwicklungsdekade:** Die Vereinten Nationen hatten die Jahre 1961 bis 1970 zur Ersten Entwicklungsdekade erklärt, in der die Voraussetzungen für Stabilität und Wohlstand in der

Welt zu schaffen und ein menschenwürdiges Mindestmaß an Lebensstandard durch Fortschritt und Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu sichern seien. Die Jahre 1971 bis 1980 wurden zur Zweiten Entwicklungsdekade und jene von 1981 bis 1990 zur Dritten Entwicklungsdekade erklärt. Die Vierte Entwicklungsdekade umfasste die Jahre 1991-2000, ab dem 1.1.2001 begann die Fünfte Entwicklungsdekade.

**Entwicklungshelfer/in:** Angehörige eines Freiwilligendienstes, die nach abgeschlossener Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung in einem Entwicklungsland oder Transformationsstaat des Ostens eingesetzt werden. Entwicklungshelfer können vom Wehrdienst freigestellt werden. Entwicklungshelfer/innen leisten ihren Dienst „ohne Erwerbsabsicht“ und unterscheiden sich dadurch von den sog. > Experten. Grundlage für die Arbeit der Entwicklungsdienste ist das > Entwicklungshelfer-Gesetz (EhfG) von 1969. Die in der > Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste zusammengeschlossenen Entwicklungsdienste setzen die in diesem Gesetz festgeschriebene Unterstützung und Förderung der Entsendung von berufserfahrenen Fachkräften in der Praxis um: Zusammen vermitteln sie jährlich mehr als 1.500 Entwicklungshelferinnen und -helfer in verschiedenste Partnerprojekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und in die Reformländer Osteuropas. > Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste > Personalentwicklung [www.agdd.de](http://www.agdd.de)

**Entwicklungshelfer-Gesetz/EhfG:** Es regelt die Rechtsstellung der Entwicklungshelfer in Deutschland, bestimmt deren Rechte und Pflichten und enthält Bestimmungen über Versicherungsfragen, die Begründung und Beendigung des Dienstverhältnisses sowie die Rechtsstellung der aktiven und ehemaligen Entwicklungshelfer. Gemäß Art. 1 ist Entwicklungshelfer, „wer in Entwicklungsländern ohne Erwerbsabsicht Dienst leistet, um in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zum Fortschritt dieser Länder beizutragen (Entwicklungsdienst).“

**Entwicklungshilfe:** Sammelbegriff für zinsgünstige Kredite und Zuschüsse von Industriestaaten an Entwicklungsländer (bilateral) und internationale Entwicklungsinstitutionen (multilateral) für zivile Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Dritten Welt, oft durch den Begriff > Entwicklungszusammenarbeit/EZ ersetzt und im internationalen Rahmen als > ODA bezeichnet. Die > Kredite werden zu Sonderkonditionen vergeben, die günstiger als Marktkonditionen sind und mindestens ein Zuschusselement von 25 % enthalten müssen. Die wichtigsten Instrumente der deutschen bilateralen EZ sind die > Finanzielle Zusammenarbeit/FZ, die > Technische Zusammenarbeit/TZ und die > Personelle Zusammenarbeit/PZ; seit den neunziger Jahren haben die Waren- und Strukturhilfe, die Förderung der Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft mit den Entwicklungsländern sowie die Not- und Katastrophenhilfe an Bedeutung zugenommen. Neben der staatlichen Entwicklungshilfe gibt es eine Vielzahl von Organisationen der nichtstaatlichen Entwicklungshilfe. > Entwicklung > Entwicklungspolitik > NGO > Öffentliche Leistungen > Zuschusselement > Finanzielle Zusammenarbeit > ODA-Stufenplan > Paris-Erklärung > Personelle Zusammenarbeit > Solidarität > Technische Zusammenarbeit

**Entwicklungsländer/EL:** Die gängige, aus pragmatischen Gründen auch weiterhin benutzte Unterscheidung in Entwicklungsländer und > Industrieländer stellt nur eine grobe Klassifizierung dar. Es gibt Gründe, alle Länder der Welt als „Entwicklungsländer“ zu bezeichnen, weil sie sich bspw. hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Ressourcen auf dem Wege einer besseren Entwicklung befinden (sollten). Bei der > Weltbank gilt das Pro-Kopf-Einkommen als wichtiges Kriterium; danach zählen die Niedrigeinkommensländer (> LICs) und die Länder mit mittlerem Einkommen (> MICs) zu den Entwicklungsländern. Jedenfalls existiert keine international einheitliche Entwicklungsländer-Liste. Für die internationale Anerkennung von Entwicklungshilfe-Leistungen ist die „DAC-Liste der ODA-Empfänger“ (s. Anhang) maßgebend, die 145 Länder auflistet.

Man kann vier Gruppen von Entwicklungsländern - neuerdings wird auch von > Partnerländern gesprochen - unterscheiden, in denen sich die Eingriffsstrategien der Entwicklungspolitik signifikant unterscheiden:

> Least developed countries (LDCs): überwiegend kleine Länder, geographisch konzentriert auf Subsahara-Afrika, mit sehr geringem Pro-Kopf-Einkommen.

> Ankerländer: haben durch ihre (relative) Größe eine besondere Bedeutung für die Lösung regionaler und globaler Probleme.

Mittlere Gruppe von Entwicklungsländern: bewegen sich zwischen LDCc und *Schwellenländern* und sind in der Regel zu klein, um Ankerländer zu sein.

> Fragile Staaten: haben nur schwache oder keine formalen politischen Strukturen und sind (häufig) Ausgangspunkt für eine Bedrohung der regionalen oder globalen Sicherheit.

Weder Entwicklungs- noch Industrieländer entsprechen dem Leitbild der > nachhaltigen Entwicklung; insofern sind alle mehr oder weniger fehlentwickelt.

Zudem gibt es noch eine Reihe anderer Entwicklungsländergruppen, wie z. B. > HIPECs, LICUS oder LIFDC. > Bevölkerung > DAC > Reichtums-Armutsschere

**Entwicklungsministerium** > BMZ

**Entwicklungspartnerschaft** > Partnerschaft

**Entwicklungspolitik:** Die klassische Entwicklungspolitik, die Entwicklungspolitik im engeren Sinne, meint die vor allem von Industrieländern auf der Ebene politischer Handlungen zugunsten der Entwicklungsländer betriebene öffentliche Entwicklungshilfe („Official Development Assistance/> ODA“). Oft wird ‚Entwicklungshilfe‘ durch den neutraleren und auf Partnerschaft abzielenden Begriff der ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ (EZ) ersetzt. (Bisweilen wird unter Entwicklungspolitik allerdings auch die auf Entwicklung zielende Politik eines Entwicklungslandes verstanden, was aber eher missverständlich ist.) Entwicklungspolitik will in den Entwicklungs- und Transformationsländern zur Überwindung von Entwicklungsengpässen, zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und zu einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung beitragen und die Selbsthilfekapazitäten in den Partnerländern stärken, damit diese die Globalisierung zu ihrem Vorteil nutzen zu können. Sie hat alles zu unterlassen, was für die betroffenen Menschen und Länder schädlich wäre (> „Do no harm“-Prinzip). Entwicklungspolitik umfasst alle wichtigen Politikbereiche: von der Agrar- und Bildungs- über die Energie- und Sozial- bis zur Umwelt-, Wirtschafts- und Zollpolitik (mit Ausnahme der traditionellen Verteidigungs-/Militärpolitik). Sie trägt auch dazu bei, > Globale Öffentliche Güter zu schützen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts veränderte sich auch die deutsche Entwicklungspolitik; von den Entwicklungsländern werden seither mehr Eigenleistung, mehr Reformwillen und > Good Governance verlangt.

Unter der Entwicklungspolitik im weiteren Sinne versteht man alle von Industrieländern ins Werk gesetzten politischen Handlungen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, also auch z. B. die Außenwirtschafts- und Finanzpolitik, die Rüstungsexport- und die Agrarpolitik.

Die > Millennium-Entwicklungsziele und der zu ihrer Umsetzung in > Monterrey und auf dem >Johannesburg-Gipfel geschaffene politische Rahmen haben das Aufgabenfeld Entwicklungspolitik wesentlich verändert. Zahlreiche Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern – so auch die Bundesregierung –, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen haben seitdem damit begonnen, ihre Arbeit auf die Erreichung der Millenniumsziele auszurichten.

Die Hauptzuständigkeit für die Entwicklungspolitik liegt innerhalb der Bundesregierung beim > BMZ und innerhalb des Deutschen Bundestages beim > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ); eine wichtige Rolle spielt im Bundestag auch der Haushaltsausschuss, und das nicht nur in Finanzfragen. Die Bundesregierung orientiert sich bei ihrer bi- und multilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auch an wichtigen,

auf europäischer und internationaler Ebene gesetzten Zielen und Aktionsprogrammen, die oft von ihr maßgeblich mitgestaltet wurden. > Agenda 21 > Ankerländer > Armutsbekämpfung > AwZ > bilaterale Zusammenarbeit > BMZ > Demokratie > Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit > Doha > Entwicklung > Europäische Union > Evaluierung > globale Strukturpolitik > Globalisierung > Haushalt > Interessen Johannesburg-Gipfel > Kohärenz > Kriterien > Länderkonzentration > multilaterale Zusammenarbeit > Paris-Erklärung > Partnerländer > Querschnittsthemen > Raumordnung > Solidarität > Wirksamkeit > zukunftsfähige Entwicklung

**Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen - United Nations Development Programme/UNDP:** UNDP wurde 1965 als Entwicklungsprogramm der VN mit Sitz in New York gegründet und ist seit 1970 Mittelpunkt und Koordinationsstelle aller UN-Organisationen, die der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dienen. Die Finanzmittel des UNDP setzen sich aus einem regulären Budget (2007: 1,1 Mrd. US-\$) und zweckgebundenen Beiträgen (rd. 2,3 Mrd. US-\$) zusammen. UNDP nimmt innerhalb der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele eine zentrale Rolle als VN-Koordinator ein, wobei es den Vorsitz der Entwicklungsgruppe der VN (> UNDG) inne hat und insofern auch bei der Umsetzung von Reformen im VN-System eine wichtige Rolle spielt. UNDP veröffentlicht seit 1990 jährlich den Bericht über die menschliche Entwicklung (> Human Development Report); darin werden die Länder der Welt nach dem „Human Development Index“ (> HDI) klassifiziert. Außerdem hat UNDP die Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele und der Reformagenda des UN-Generalsekretärs inne. > Vereinte Nationen [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Entwicklungsstrategie:** Im Hinblick auf bestimmte entwicklungspolitische Zielsetzungen die Gesamtheit von zu diesem Zweck aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen – meist auf der Diagnose von Entwicklungsnotwendigkeiten beruhend. .

**Entwicklungstheorien** > Theorien

**Entwicklungszusammenarbeit/EZ:** Schon seit Jahren wird auch in der regierungsamtlichen Terminologie der Begriff „Entwicklungshilfe“ oft durch den der „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZ) ersetzt, weil er alles Paternalistische abstreift und auf Partnerschaft abzielt. Dementsprechend werden die beiden wichtigsten Formen der EZ, der Entwicklungspolitik i.e.S., auch > Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und > Technische Zusammenarbeit (TZ) genannt. Allerdings gilt diese Unterscheidung zwischen FZ und TZ mittlerweile als überholt, weil sie zunehmend künstlich ist und auch bei den Partnern in den Entwicklungsländern für Verwirrung sorgt. Wichtige Instrumente der EZ sind: > Projekthilfe, > Programmhilfe und > Budgethilfe. > Capacity Building > „Do no harm“-Prinzip > Entwicklungshilfe > Entwicklungspolitik > Geber > Globalisierung > Paris-Erklärung

**EPAs/Economic Partnership Agreements – Wirtschaftspartnerschaftsabkommen:** Die umstrittenen EPAs sollen die alten Vorzugsbeziehungen zwischen der EU und seinen ehemaligen Kolonien im afrikanisch-karibisch-pazifischen Raum (> AKP-Abkommen) an die Freihandelsrichtlinien der > Welthandelsorganisation (WTO) anpassen. Die Aushandlung von EPAs wurde mit dem EU-AKP-Partnerschaftsabkommen von Cotonou 2000 beschlossen. Das Abkommen sieht eine Neuregelung der wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten vor, um die Handelsbeziehungen auf eine mit der WTO konforme Grundlage zu stellen. Die EPAs verbinden entwicklungs- und handelspolitische Aspekte; Handelsbarrieren sollen abgebaut und die regionale Kooperation gestärkt werden.

**Erd-Gipfel** > Rio-Gipfel

**Erhaltungszoll:** Zollerhebung „auf Dauer“ mit dem Ziel, eine inländische Industrie - im Bewusstsein, dass sie nie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein wird - zu schützen, um sie aus außerökonomischen Gründen erhalten zu können.

**Ernährung:** Auf dem Welternährungsgipfel in Rom 1996 verpflichtete sich die Weltgemeinschaft, das Menschenrecht auf Nahrung zu verwirklichen. Der Aktionsplan sollte die Voraussetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft schaffen. Als Grundvoraussetzungen für die Ernährungssicherung wurden genannt: Demokratie, Achtung der Menschenrechte, gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Landreformen, Bevölkerungspolitik, Entwicklungsmöglichkeiten für die > Privatwirtschaft sowie ein faires und marktorientiertes Welthandelssystem. > Agrarforschung/Agrarpolitik > FAO > Hunger > Landreform

**Ernährungssicherheit:** Bezeichnet die Gewährleistung der Welternährung und der Bekämpfung von Mangel- bzw. Unterernährung – und damit des globalen Problems des > Hungers.

**Erneuerbare Energien:** Erneuerbare Energien - auch regenerative oder alternative Energien genannt - sind Energieträger und -quellen, die sich ständig erneuern bzw. nachwachsen und somit nach menschlichem Ermessen unerschöpflich sind (im Gegensatz zu fossilen Energieträgern und Kernbrennstoffen, deren Vorkommen bei kontinuierlicher Entnahme stetig abnehmen). Hierzu zählen: Sonnenenergie (mit den indirekten Formen Biomasse, Wasserkraft, Windenergie, Umgebungswärme etc.) sowie Erdwärme (Geothermie) und Gezeitenenergie. Auf dem > Johannesburg-Gipfel 2002 kündete Bundeskanzler Gerhard Schröder das Programm „Nachhaltige Energie für Entwicklung“ an. Die im Rahmen des Programms versprochenen Neuzusagen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz von 1 Mrd. Euro binnen fünf Jahren sind bereits 2005 erreicht worden, also innerhalb von nur drei Jahren. Um die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Energie- und Umweltsektor zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen, sagte die Bundesregierung in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt neue > ODA-Mittel in Höhe von rund 2 Mrd. Euro für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu. Weitere Steigerungen sind geplant. 2008 belaufen sich die jährlichen Neuzusagen für Energievorhaben auf 755 Mio. Euro. In 2009 überschritten die jährlichen Neuzusagen für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz 1 Mrd. Euro. Der starke Zuwachs an ODA-fähigen Leistungen im Energiebereich ist teilweise auf die Sonderfazilität für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zurückzuführen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verpflichtete sich auf der „renewables 2004“-Konferenz in Bonn, diese Fazilität einzurichten. Die deutsche EZ fördert nicht zuletzt deshalb mit neuen und Erneuerbaren Energien Alternativen zur Nutzung der Atomkraft bei der Stromgewinnung. > Energie > IRENA > Johannesburg > Klimaschutz

**Erosion:** Abtragung der Erdoberfläche durch Wasser (Wegschwemmen) und Wind (Wegwehen) mit der Folge der Zerstörung fruchtbaren Bodens.

**Erziehungszoll:** Zollerhebung auf ausländische Importe „auf Zeit“, mit dem Ziel, eine junge inländische Industrie so lange vor der Weltmarktkonkurrenz zu schützen, bis sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist und keines Schutzes mehr bedarf.

**ESAF/Enhanced Structural Adjustment Facility - Erweiterte Strukturanpassungsfazilität:** Neben den normalen Krediten des > IWF, die allen Mitgliedern mit Zahlungsbilanzproblemen zustehen, hat der Fonds bestimmte Sonderfazilitäten geschaffen. Diese Sondermittel kommen hauptsächlich den Entwicklungsländern zugute. Ein Beispiel ist ESAF, 1988 in Kraft getreten und an einkommensschwache Mitgliedsländer gerichtet, die schwerwiegende Zahlungsbilanzprobleme haben und umfassende Strukturanpassungsprogramme durchführen. 1999 wurde die ESAF in die Armutreduzierungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reducti-

on and Growth Facility/PRGF) umgewandelt. Hauptziel ist nun die Armutsbekämpfung. Um diese Mittel zu erhalten, müssen die Länder eine Armutsbekämpfungsstrategie (> PRSP) ausarbeiten. 2008 waren 78 Länder berechtigt, PRGF-Kredite in Anspruch zu nehmen.

**Euro:** Seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 heißt in der EU die gemeinsame Währung „Euro“ (€) im bargeldlosen Verkehr; ab 2002 ist der Euro in den Teilnehmerstaaten alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel (1 € = 1,95583 DM). Der Euro ist offizielles Zahlungsmittel in 16 der 27 EU-Staaten (Eurozone). Bislang haben 3 der 15 „alten“ Mitgliedstaaten den Euro nicht als Zahlungsmittel eingeführt: Großbritannien, Schweden und Dänemark. Über eine bilaterale Vereinbarung mit Frankreich ist die Währung von 15 afrikanischen Staaten (F-CFA- „franc de la Communauté Française d'Afrique“) an den Euro gebunden. Neben dem US-Dollar ist der Euro die wichtigste Währung der Welt. > ECU

**Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/EBWE - European Bank for Reconstruction and Development/EBRD:** Die EBWE mit Sitz in London entstand 1991 als Reaktion auf die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Sie hat 61 nationale und zwei supranationale (die EG und die EIB) Anteilseigner. Das Stammkapital beträgt 20 Mrd. €; der deutsche Anteil beläuft sich auf 8,52 %. Aufgabe der EBWE ist die Förderung des Übergangs zu demokratischem Pluralismus und Marktwirtschaft in ihren 29 Einsatzländern in Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (mehrere dieser Länder gehören zur „DAC-Liste der ODA-Empfänger“ – s. Anhang). Laut Statut soll sie mindestens 60 Prozent ihrer Mittel für die Förderung des privatwirtschaftlichen Bereichs einsetzen. Sie kann sich auch am Eigenkapital von Firmen beteiligen. Regional arbeitet sie mit mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der ehemaligen Sowjetunion zusammen. Die EBWE investierte 2008 über 5 Mrd. Euro in ihrer Einsatzregion. Sie vergibt keine > konzessionären Kredite, verfügt aber über Treuhandmittel der einzelnen Geber, aus denen > Technische Zusammenarbeit in beschränktem Umfang gefördert werden kann. Die EBWE wird parlamentarisch überwacht bzw. begleitet - einzigartig im internationalen Bankenbereich -, und zwar durch die Parlamentarische Versammlung des > Europarates, die einmal jährlich einen Bericht über die Aktivitäten der EBWE vorbereitet und im Plenum debattiert, jeweils unter Beteiligung des EBWE-Präsidenten, und eine entsprechende Resolution verabschiedet. > Regionale Entwicklungsbanken [www.ebrd.com](http://www.ebrd.com)

**Europäische Investitionsbank/EIB:** Die EIB wurde 1958 als Finanzierungsinstitution der EWG mit Sitz in Luxemburg gegründet. Das Mandat der EIB umfasst heute zum einen die Finanzierung von Investitionen, die der Förderung der europäischen Integration und den Zielen der EG/EU dienen. Zum anderen setzt die EIB die Finanzprotokolle zu jenen Abkommen um, die im Rahmen der Entwicklungs- und Kooperationspolitik der EU geschlossen werden. So vergibt sie Darlehen für Investitionen, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Partnerländer in der ganzen Welt beitragen und auch die wirtschaftliche Annäherung der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer an die EU ermöglichen. Ihr kommt eine wichtige Rolle im Rahmen des > AKP Abkommens zu; die EIB verwaltet bspw. eine neue revolving-fähige Investitionsfazilität. [www.eib.org](http://www.eib.org)

**Europäische Union, Entwicklungspolitik:** Die EU leistet über die 27 Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft etwa 55-60 Prozent der weltweiten > ODA. Damit ist die EU international der größte > „Geber“. Zudem verbindet sie die EZ mit breiteren wirtschaftlichen Instrumenten, besonders mit handelspolitischen Maßnahmen. Die EU(-Kommission) ist weltweit entwicklungspolitisch tätig. Sie hat im Jahr 2007 insgesamt 8,5 Mrd. Euro an Entwicklungshilfe ausgezahlt. Das Amt für Zusammenarbeit > EuropeAid der Kommission verwaltet die Außenhilfeprogramme der EU und gewährleistet weltweit die Bereitstellung der Hilfe. Neben dem EU-Haushalt ist dabei der > Europäische Entwicklungsfonds/EEF die zweite Finanzierungsquelle für die EU-Entwicklungspolitik. Sein Volumen betrug rund 2,9 Mrd. Euro (Aus-

zahlungen) im Jahr 2007. Der EEF ist Sondervermögen der EU und Grundlage für die Zusammenarbeit mit den > AKP-Staaten. Seit dem 1. Januar 2007 gibt es drei neue Finanzierungsinstrumente, die eine Vielzahl älterer Programme ersetzen und klare Strukturen schaffen. Das neue Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) dient der Finanzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik mit den Mittelmeeranrainern und osteuropäischen Nachbarn der EU. Das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (EZI) finanziert die Kooperation mit Asien, Lateinamerika, Südafrika und anderen Staaten. Das neue Instrument für Heranführungshilfe („Instrument for Pre-Accession Assistance/IPA“) bündelt alle bisherigen EU-Beitrittshilfen. Außerdem werden aus dem EU-Haushalt die Nahrungsmittelhilfe, die humanitäre Hilfe sowie Zuschüsse für die Arbeit von NRO finanziert.

Rechtliche Grundlage für die EZ der EU war der Titel XVII des EG-Vertrags, der durch den am 1.11.1993 in Kraft getretenen Maastrichter Vertrag eingefügt wurde. Alle seine Bestimmungen waren auch in den Amsterdamer Vertrag als Titel XX (seit 1.5.1999 in Kraft) übernommen worden - allerdings mit einer anderen Zählung. Der am 1.2.2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza ergänzt die Bestimmungen des Amsterdamer Vertrags durch das Einfügen des Titels XXI und des Artikels 181a. Seit Maastricht zählte zur Tätigkeit der EU auch erstmals „eine Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit“, die als „eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten“ charakterisiert wurde (Amsterdam / Nizza Art. 177 EGV). Als Ziele der gemeinschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit nennt Art. 177: die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer; die harmonische und schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft; die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern; die Festigung von Demokratie und Rechtsstaat sowie die Wahrung der Menschenrechte. Der Maastrichter Vertrag nahm außerdem Vorgaben für eine effiziente und abgestimmte Gestaltung der EZ von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten auf, die durch folgende Aspekte gekennzeichnet sind (die sog. 3 Ks): Komplementarität, d. h. arbeitsteiliges Zusammenwirken von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten (Art. 177); Koordination der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten auf politischer und operativer Ebene sowie in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen (Art. 180; Kohärenz von Maßnahmen der Entwicklungspolitik mit weiteren Politikbereichen der EU, wie Landwirtschaft und Handel (178).

Mit dem Vertrag von Lissabon (seit 1.12.2009 in Kraft) erhielt auch die Entwicklungspolitik eine erneuerte Vertragsgrundlage. In Artikel 208 heißt es nun: „(1) Die Politik der Union auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit wird im Rahmen der Grundsätze und Ziele des auswärtigen Handelns der Union durchgeführt. Die Politik der Union und die Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung. (2) Die Union und die Mitgliedstaaten kommen den im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler Organisationen gegebenen Zusagen nach und berücksichtigen die in diesem Rahmen gebilligten Zielsetzungen.“ Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung und das konkrete Ziel der Armutsbeseitigung werden nun ausdrücklich festgeschrieben: Die Union will „die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen“ (Art. 21 Abs. 2 d) Die drei Gebote der europäischen Entwicklungspolitik – Kohärenz, Komplementarität und Koordinierung – sind in dem neuen Vertrag erhalten geblieben (Art. 21 Abs. 3, 208 Abs. 1, 210 Abs. 1). Das generelle außenpolitische Kohärenzgebot bezieht sich auf das gesamte auswärtige Handeln der EU und umfasst somit auch die Entwicklungspolitik. Zusätzlich ist mit dem neuen Vertrag auch die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes vorgesehen. Generell lässt sich die Union „bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu

stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“ (Art. 21 Abs. 1)

Mit dem „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ vom Dezember 2005 haben der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament eine gemeinsame politische Erklärung zur Entwicklungspolitik angenommen. Darin bekräftigt die Europäische Union ihre Bereitschaft, einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Armut zu leisten und auf diese Weise zu helfen, eine friedlichere und gerechtere Welt zu schaffen. Die gemeinsame Erklärung ist in zwei Teile gegliedert: Unter dem Titel „Die Entwicklungsvision der Europäischen Union“ werden Ziele, Grundsätze und Methoden beschrieben, mit denen die EU sowohl auf der Ebene der Gemeinschaft als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten ihre Entwicklungspolitik umsetzen will. Der zweite Teil „Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft“ enthält Leitlinien für die Umsetzung auf Gemeinschaftsebene. Mit dem Europäischen Entwicklungskonsens hat sich die Union einen Handlungsrahmen mit gemeinsamen Zielen, Werten und Prinzipien gegeben. Damit existiert erstmals eine Grundsatzerklärung zur Entwicklungspolitik, die sowohl die Europäische Union als auch ihre Mitgliedstaaten bindet. Sie beinhaltet das Bekenntnis zur Verantwortung für die gerechte Gestaltung der Globalisierung, eine global nachhaltige Entwicklung, die weltweite Armutsbekämpfung, die Gleichstellung der Geschlechter, den Umweltschutz und die Friedenssicherung. Die Union verpflichtet sich ausdrücklich, die von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angenommenen > Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 umzusetzen. Sie betont die Partnerschaftlichkeit in der Zusammenarbeit und die Orientierung an den Menschenrechten. Good Governance benennt sie als entscheidenden Entwicklungsfaktor. Sie unterstreicht zudem den Stellenwert der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen.

Das Europäische Parlament – besonders sein Entwicklungsausschuss – wie auch die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP/EU wirken bei der Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen der EU bzw. der AKP-EU-Beziehungen mit. > ECHO > EIDHR/European Initiative for Democracy and Human Rights > Emissionshandel > Entwicklungspolitik > Querschnittsthemen <http://ec.europa.eu/world> ; <http://ec.europa.eu/development>

**Europäischer Entwicklungsfonds/EEF - European Development Fund/EDF:** Der EEF ist das wichtigste Hilfeinstrument der > Europäischen Union im Rahmen der > Entwicklungszusammenarbeit mit den > AKP-Staaten und den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG). Jeder EEF wird für einen Zeitraum von rund fünf Jahren geschlossen. Seit Abschluss des ersten Partnerschaftsabkommens im Jahr 1964 richtet sich die Laufzeit der EEF im Allgemeinen nach der der Abkommen/Partnerschaftsabkommen. Der EEF ist nach wie vor nicht in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellt; deshalb verfügt das Europäische Parlament nur über unzureichende Mitwirkungs- und Kontrollrechte. Der EEF wird im Wesentlichen von den Mitgliedstaaten finanziert; der deutsche Anteil liegt bei über 20 Prozent. Der EEF umfasst mehrere Instrumente, wie nichtrückzahlbare Hilfe, Risikokapital und Darlehen an den Privatsektor; die Europäische Investitionsbank, die einen Teil der EEF-Mittel (und zwar die Darlehen und das Risikokapital) verwaltet, steuert zudem Eigenmittel bei. Die Instrumente > Stabex und > Sysmin zur Unterstützung von Landwirtschaft bzw. Bergbau sind im neuen Cotonou-Partnerschaftsabkommen von 2000 nicht mehr enthalten. Mit diesem Abkommen erfolgten auch eine Straffung des Instrumentariums des EEF, die Einführung eines Systems der gleitenden Programmierung, das eine flexiblere Planung zulässt und den AKP-Staaten eine größere Verantwortung überträgt, und eine leistungsorientierte Mittelallokation (> Performance-based allocation framework; die Bereitstellung von „Anreizbeträgen“ für jedes Land ist eine Neuerung im Rahmen des 10. EEF).

Der 10. EEF für den Zeitraum 2008-2013 sieht eine Mittelausstattung in Höhe von 22,68 Mrd. EUR vor. Von diesem Gesamtbetrag werden 21,97 Mrd. EUR den AKP, 286 Mio. EUR

den ÜLG und 430 Mio. EUR der Kommission für Unterstützungsausgaben im Zusammenhang mit der Programmplanung und Durchführung des EEF zugewiesen. Im Besonderen wird der den AKP zugewiesene Betrag von 22 Mrd. EUR auf folgende Weise verteilt: 17,8 Mrd. EUR zur Finanzierung der nationalen und regionalen Richtprogramme; 2,7 Mrd. EUR für die Finanzierung der Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe der AKP-Staaten und der interregionalen; 1,5 Mrd. EUR dienen der Finanzierung der Investitionsfazilität. Der Großteil der Mittel kommt den Regionalprogrammen zugute, wodurch die Bedeutung der regionalen wirtschaftlichen Integration als Basis der nationalen und lokalen Entwicklung betont wird. > Europäische Union > Stabex <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r12102.htm>

**Europarat:** Der 1949 gegründete Staatenbund mit zurzeit 47 Mitgliedstaaten und Sitz in Straßburg hat sowohl für die Herausbildung einer Werte- und Kulturgemeinschaft (vor allem durch die Menschenrechtskonvention und seinen Menschenrechtsgerichtshof sowie die Kulturkonvention und die Sozialcharta) als auch für die europäische Einigung Beachtliches geleistet. Auch wenn der Europarat keine Entwicklungsprojekte in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern durchführt, so ist er doch auf vier Feldern der Nord-Süd- bzw. der Entwicklungspolitik tätig: Er bildet ein entwicklungspolitisches Forum, gibt inhaltliche Impulse (etwa bei der Wechselbeziehung von > Menschenrechten und > Entwicklung), sensibilisiert die Öffentlichkeit (z. B. durch Kampagnen und dank der Arbeit des > Nord-Süd-Zentrums in Lissabon) und wirkt mit seiner Parlamentarischen Versammlung als „Wachhund“ und parlamentarische Begleitorgan internationaler Organisationen (so gegenüber der > OECD und der > Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Der Europarat kann normbildend und impulsgebend für die internationale Gemeinschaft einschließlich der Entwicklungsländer sein, und zwar durch eine Reihe seiner Übereinkommen (wie Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, Förderung kommunaler Demokratie und Schutz nationaler Minderheiten). Die Parlamentarische Versammlung hat Kooperationsabkommen mit dem Pan-Afrikanischen Parlament und dem Lateinamerikanischen Parlament (Parlatino) mit dem gemeinsamen Ziel abgeschlossen, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte zu fördern. [www.coe.int](http://www.coe.int); [www.assembly.coe.int](http://www.assembly.coe.int)

**EuropeAid/Amt für Zusammenarbeit:** EuropeAid wurde 2001, als eine innerhalb der Kommission der > Europäischen Union angesiedelte Dienststelle ins Leben gerufen, um einer Bündelung der Zuständigkeiten innerhalb der Kommission zu entsprechen, ohne jedoch eine Zentralisierung der Entscheidungen hervorzurufen. Daher dient das Amt für Zusammenarbeit als Koordinator der europäischen Entwicklungspolitik, indem sie als zentrale Stelle für die praktische Realisierung der europäischen Entwicklungspolitik dient. So administriert es in mehr als 150 Ländern Programme und Projekte (sowohl in den von der Generaldirektion Entwicklung als auch in den von der Generaldirektion Außenbeziehung betreuten Ländern). Der Vorsitz liegt beim EU-Kommissar für Außenbeziehungen, die Geschäftsführung beim dem Kommissar für Entwicklung. Formal gesehen ist EuropeAid ebenfalls eine Generaldirektion. Sie ist für sämtliche Phasen des Projektzyklus zuständig, die erforderlich sind, um die Programmziele zu erreichen, die von den Generaldirektionen aufgestellt und von der Kommission beschlossen wurden. Diese reichen von der Auswahl und Prüfung der > Projekte und Programme, der Ausarbeitung der Finanzierungsbeschlüsse, der Durchführung, hin zum > Monitoring und zur > Evaluierung von Projekten und Programmen. Basierend auf der Grundidee der Dekonzentration werden Programm-Management-Aufgaben zunehmend unmittelbar von den EU-Delegationen vor Ort übernommen. EuropeAid hat deswegen einen großen Teil seines Personals zu den Delegationen verlagert. <http://ec.europa.eu/europeaid>

**Evaluierung/Evaluation:** Bewertung, Beurteilung und Überprüfung der > EZ und ihrer Maßnahmen. Ziel ist es, aus Fehlern der EZ zu lernen und insofern ihre Qualität zu erhöhen und zugleich Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit abzulegen. Das BMZ und die beiden wichtigsten > Durchführungsorganisationen der deutschen EZ, die > Deutsche Gesellschaft

für technische Zusammenarbeit und die > Kreditanstalt für Wiederaufbau, führen eigene und unabhängige Evaluierungen durch. Die systematische Erfolgskontrolle ist fester Bestandteil der EZ. In den Evaluierungen wird gefragt: Tun wir das Richtige? (Relevanz); Erreichen wir die Projekt- und Programmziele? (Effektivität); Tragen wir zu übergeordneten entwicklungspolitischen Zielen und Wirkungen bei? („Impact“); Handeln wir wirtschaftlich? (Effizienz); Sind die Wirkungen von Dauer? (Nachhaltigkeit); Handeln wir arbeitsteilig und abgestimmt mit anderen? (Komplementarität, Koordination, Kohärenz). Das EZ-Evaluierungssystem orientiert sich an den international anerkannten Kriterien und Grundsätzen des Entwicklungshilfeausschusses der OECD (> DAC).

Die Ergebnisse der Evaluierungen belegen: In der EZ, der > Entwicklungspolitik im engeren Sinne, gibt es viele Erfolge, aber auch Halberfolge und Misserfolge, Licht- und Schattenseiten, neben Glanz auch Elend. Das meiste funktioniert gut bis leidlich, aber vieles muss verbessert und korrigiert werden. Die Bilanz ist weder glänzend noch niederschmetternd. Die Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit werden im Positiven wie im Negativen überschätzt. Eine schmeichelhaft positive Bilanz überzeugt ebenso wenig wie die Fundamental Kritik, die die gesamte EZ in Bausch und Bogen als schädlich verdammt.

Die Bilanz der Entwicklungspolitik im weiteren Sinne fällt eher negativ aus. Was die Entwicklungshilfe/EZ-Hand gibt, wird zu oft mit der anderen (der exportwirtschaftlichen-, agrar-, finanz- oder handelspolitischen Hand) genommen. Konkrete Beispiele lassen sich am Agrarprotektionismus und der „Subventionitis“, an der Lieferung von Kriegsgütern an menschenrechtsverletzende Regime oder von Milch-, Rindfleisch- und Getreideexporten zu Dumpingpreisen aus der EU in Entwicklungsländer mit verheerenden Folgen auf die dort oft mit Entwicklungshilfegeldern betriebenen Projekte festmachen. > Consultant > Handel > Hilfe zur Selbsthilfe > MAPP > Millennium-Entwicklungsziele > Monitoring > Paris-Erklärung > Wirksamkeit [www.bmz.de/de/erfolg/index.html](http://www.bmz.de/de/erfolg/index.html) ; [www.gtz.de/de/dokumente/RZ-Flyer-valuation.pdf](http://www.gtz.de/de/dokumente/RZ-Flyer-valuation.pdf) ; [www.oecd.org/document/22/0,2340,en\\_2649\\_34435\\_2086550\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/22/0,2340,en_2649_34435_2086550_1_1_1_1,00.html)

**Evangelischer Entwicklungsdienst/EED:** Der EED, 1999 gegründet (noch mit Sitz in Bonn), ist ein Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD). Am 1.1.2000 hat der EED seine Arbeit aufgenommen. Die Aufgaben von Dienste in Übersee (DÜ), der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) der EKD und des Ökumenisch-Missionarischen Weltdienstes (ÖMW) des Evangelischen Missionswerkes (EMW) wurden hier zusammengefasst. Jedes Jahr fördert er etwa 300 Projekte und Programme in Afrika, Asien und Lateinamerika, in Ozeanien, Südosteuropa und im Kaukasus. Er vermittelt deutsche Fachleute in Projekte nach Übersee und vergibt Stipendien an Nachwuchskräfte aus Partnerländern. Die Partner des EED sind Kirchen, christliche Organisationen und nichtkirchliche Träger. Mit ihnen gemeinsam arbeitet der EED weltweit für ein Leben in Würde; Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind seine Leitbilder. Entwicklung in Partnerschaft ist ein Kernelement seiner Arbeit. In Deutschland unterstützt der EED die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Gruppen und Gemeinden. Mit seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit trägt der EED entwicklungspolitische Anliegen in Kirche und Gesellschaft. [www.eed.de](http://www.eed.de)

**„Everything but arms“-Initiative:** 2001 trat die Verordnung der EG „Marktöffnung für alles außer Waffen“ in Kraft. Die Verordnung sieht einen erweiterten EU-Marktzugang für Produkte aus den am wenigsten entwickelten Ländern (> LDC) vor. Etwa 900 Warenpositionen aus dem Agrarbereich werden für die LDC von Einfuhrzöllen befreit. Für drei besonders sensible und für die EL wichtige Agrarprodukte – Bananen, Reis und Zucker – soll gemäß der „Everything but arms“-Initiative die Liberalisierung schrittweise erfolgen: Für Bananen war eine Zollsenkung ab dem 1.1.2002 in fünf Stufen vorgesehen, bei Zucker und Reis ab 2006 in drei Stufen. > Europäische Union > LDC

**exogen:** Außen entstehend, von außen kommend (Gegensatz zu > „endogen“). Exogene Faktoren bezeichnen in der Diskussion über die Ursachen und Bedingungen der Aufrechterhaltung von > Unterentwicklung jene Gründe, die nicht in den Entwicklungsländern selbst, sondern außerhalb liegen, d. h. externer Natur sind, z. B. die internationale Arbeitsteilung, Kolonialismus und Imperialismus, die bestehende Weltwirtschaftsordnung. > Theorien

**Expatriate:** Fachkraft im Auslandseinsatz (Kurzform „Expat“).

**Experten:** Entsandte Fachkräfte, die in Projekten und als Berater eingesetzt werden. Sie sind z. B. bei der > Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder bei Consultingfirmen beschäftigt. Die etwas weiter entwickelten Länder nehmen auch selbst Fachkräfte unter Vertrag. Sie sind damit arbeits- und tarifrechtlich in die Gastländer integriert („integrierte Experten“). Von den entsandten Fachkräften sind > „Entwicklungshelfer“ zu unterscheiden, die ohne Erwerbsabsicht in Entwicklungsländern Dienst leisten. > Consultant > Personalentwicklung

**Exporterlös-Stabilisierung:** > STABEX

**Exporterlösstabilisierungs-System:** >SYSMIN

**Exportkreditgarantien und -bürgschaften:** Exportkreditgarantien sind „Versicherungen“ für Exportgeschäfte, mit denen ein Zahlungsausfall aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen vermieden wird. Die so genannten Hermesdeckungen begleiten seit fast 60 Jahren die deutschen Exporteure und helfen bei der Erschließung neuer Märkte. Unter Federführung der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG werden im Auftrag und für Rechnung der Bundesrepublik die staatlichen Exportkreditgarantien bearbeitet. Ein Großteil der Ausfuhren in Entwicklungs- und Schwellenländer wird mit Hermes-Deckungen abgesichert. Auf diese Länder entfielen rund drei Viertel aller Exportkreditgarantien. Über Anträge auf Übernahme einer Exportkreditgarantie wird im Interministeriellen Ausschuss (IMA) vom federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) mit Einwilligung des Bundesfinanzministeriums und im Einvernehmen mit Auswärtigem Amt und BMZ im Konsens entschieden. Das BMZ setzt sich dafür ein, dass bei den Entscheidungen über die Vergabe von Hermes-Deckungen wichtige entwicklungspolitische Aspekte angemessen berücksichtigt werden. Grundlage hierfür ist die Neufassung der OECD-Umweltleitlinien, die am 12. Juni 2007 vom Rat der OECD verabschiedet wurden. [www.eulerhermes.de](http://www.eulerhermes.de)

**exportorientierte Entwicklungsstrategie:** Strebt eine Erhöhung der Importkapazität nicht durch Produktion für den Binnenmarkt (also Substitution von Importen durch inländische Produkte), sondern durch Exporte von Produkten einer weltmarktorientierten Industrie und Landwirtschaft an. Für die Ausbreitung der Entwicklungseffekte vom Exportsektor zum Rest der Volkswirtschaft hofft man auf > „trickle-down-Effekte“ (Durchsickereffekte).

**Exportquote:** Verhältnis des Wertes der Exporte einer Volkswirtschaft zu deren Bruttoinlandsprodukt; ein Maß für die außenwirtschaftliche Verflechtung (u. U. Abhängigkeit) eines Landes.

**Extraprofite:** In der marxistischen Wirtschaftstheorie diejenigen Profite, die über den in den Industrieländern erzielten Durchschnittsprofite liegen und daher einen Beleg für Imperialismus und Ausbeutung bilden.

**EZ** > Entwicklungszusammenarbeit

**Fachkräfte** > Consultant > Expatriate > Experten > Personalentwicklung > personelle Hilfe

**Failed States Index:** Der Failed States Index des Fund for Peace (FFP) wird seitens des US-Magazins „Foreign Policy“ und der unabhängigen Forschungsinstitution „Fund for Peace“ publiziert und ermittelt seit 2005 jährlich das Fragilitätsniveau einzelner Staaten (derzeit 177 Länder), und zwar anhand sozialer, ökonomischer und politischer Indikatoren. Der aktuellsten Ermittlung nach (Stand 2009) handelt es sich bei Norwegen um das stabilste Land und bei Somalia um den fragilsten Staat. > Failing States

[www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com\\_content&task=view&id=99&Itemid=140](http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140)

**Failing/failed States:** Zerfallende/zerfallene Staaten. Die Einteilung solcher Staaten bewegt sich von relativer Stabilität über schwache/instabile/fragile Staaten und zerfallende Staaten zu umfassendem staatlichen Zerfall. Diese Einteilung orientiert sich an der Abgrenzung zum Idealtypus des „funktionierenden“ Staates, der Rechtssicherheit, eine ordnungsgemäße Verwaltung, Frieden und zumindest ein gewisses Maß an Wohlfahrt garantiert.

**Fairer Handel/Fair Trade:** Fairer Handel ist gemäß der Definition von vier internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels (darunter die > Fairtrade Labelling Organizations International) eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzenten und Arbeiter – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Fair Handels-Organisationen engagieren sich zudem gemeinsam mit Verbrauchern für die Unterstützung der Produzenten, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.

Der Handel zu fairen Bedingungen ist ein kleiner Teil des Welthandels, der jedoch das Potential hat, > Globalisierung fair und im Sinne einer > nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Die Preise der dem kontrollierten Handel unterliegenden Produkte liegen üblicherweise über dem Weltmarktpreis („Fair-Trade-Aufschlag“). Fair gehandelte Produkte bieten nicht nur Verbrauchern, sondern auch Produzenten und Händlern die Möglichkeit, die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern und so einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Die Produzenten der fair gehandelten Erzeugnisse schließen sich oft zu Genossenschaften zusammen. Durch die Verwendung von Fair-Trade-Logos/Labels signalisieren Produzenten und Händler, dass internationale Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards für die Herstellung etikettierter und nicht etikettierter Güter vom Handwerk bis zu landwirtschaftlichen Waren eingehalten werden. Damit ein Produkt mit dem internationalen FairTrade-Siegel gekennzeichnet werden darf, müssen strenge Bedingungen erfüllt werden. Dazu gehören die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards, die Stärkung von > Ownership sowie die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere von > Frauen. Diese Standards werden von den > „Fairtrade Labelling Organizations International“ (FLO) festgelegt und durch unabhängige Zertifizierungsorganisationen regelmäßig vor Ort überprüft. Das zweite große Netzwerk im Fairen Handel ist die „World Fair Trade Organisation“ (WFTO), die einige hundert Organisationen aus der kompletten Handelskette vereint, die sich an den zehn Prinzipien der WFTO ausrichten. Insgesamt – so die Schätzungen – profitieren über fünf Mio. Menschen vom Fairen Handel. > Gerechtigkeit > Globalisierung > Transfair > WTO [www.fairtrade.net](http://www.fairtrade.net) ; [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de) ; [www.wfto.com](http://www.wfto.com)

**Fairtrade Labelling Organizations International/FLO:** 1997 gründete > TransFair Deutschland mit seinen europäischen Schwesterninitiativen die gemeinsame Dachorganisation FLO mit Sitz in der > UNO-Stadt Bonn. Die FLO vergibt über ihre 24 nationalen Siegelorganisationen ein Label für Produkte, die gemäß den FLO-Standards zertifiziert wurden. Ziel ist es, eine stärkere Ausweitung des > Fairen Handels zu erreichen, Fairtrade Produzenten zu unterstützen sowie gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen. [www.fairtrade.net](http://www.fairtrade.net)

**FAO/Food and Agricultural Organization - Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN:** Die FAO wurde 1945 gegründet. Die größte Sonderorganisation der UN hat ihren Sitz in Rom; ihr Mitgliedskreis umfasst 189 Staaten und die Europäische Union. Das Ziel der Organisation ist es, weltweit zu einem höheren Lebensstandard, zur Verbesserung der > Ernährung sowie zur Überwindung von > Hunger und Unterernährung beizutragen. Die FAO sammelt und publiziert unter anderem Informationen zur weltweiten Entwicklung der Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft, was einer frühen Erkennung von Versorgungskrisen zugute kommt. Darüber hinaus entwickelt die FAO Ernährungssicherungsstrategien und fördert eigene Entwicklungsprogramme und Projekte. Das Budget der FAO setzt sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Staaten zusammen. Der Zweijahreshaushalt 2006/07 umfasste insgesamt 756,7 Mio. US-Dollar. Zusätzlich standen rund 378 Mio. \$ für Projekte und Programme im Agrarbereich zur Verfügung. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem Anteil von rd. 9 Prozent nach den USA und Japan der drittgrößte Beitragszahler der FAO. [www.fao.org](http://www.fao.org)

**Fazilität:** Auch Kredit-Fazilität, meist beim > Internationalen Währungsfonds. Neben den normalen Kreditfazilitäten des IWF, die allen Mitgliedern mit Zahlungs-bilanzproblemen gleichermaßen zustehen, hat der Fonds zinssubventionierte Sonderfazilitäten geschaffen, die einkommensschwachen Entwicklungsländern zugutekommen. In der Entwicklungspolitik stellen Fazilitäten oft Finanzierungsinstrumente für bestimmte Zwecke und Vorhaben dar, wie die Globale Umweltfazilität (> GEF).

**Feasibility-Studie:** Machbarkeitsstudie, in der die Durchführbarkeit eines > Projektes geprüft wird, bei einem Industrieprojekt etwa die Verfügbarkeit von Rohstoffen, Arbeitskräften, Finanzierbarkeit, Absatzmöglichkeiten, Umweltverträglichkeit.

**Feminisierung der Armut:** Der Ausdruck umfasst drei Phänomene: (1) Die Anzahl der unter > Armut lebenden > Frauen ist höher als der männliche Anteil. (2) Das Ausmaß der Armut ist bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. (3) Der Trend zu einer größeren Armut von Frauen ist insbesondere mit der Zunahme von Frauen geführten Haushalte verbunden. Eine der Ursachen für die Feminisierung der Armut stellen die schlechten Zugangschancen zu und die Kontrolle über Ressourcen wie Land und Kredite dar. > Grameen Bank

**Fertilitätsrate:** Die Fertilitätsrate (auch: Geburten- oder Fruchtbarkeitsrate) gibt an (in ‰ oder %), wie viele Kinder pro 1000 bzw. 100 Einwohner eines Landes in einer bestimmten Zeiteinheit (in der Regel in einem Jahr) lebend geboren werden. Sie erlaubt den Vergleich der Fruchtbarkeit verschiedener Bevölkerungen.

**FIAN/FoodFirst Informations- und Aktions-Network:** Die > Nichtregierungsorganisation FIAN setzt sich dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger leben und sich eigenverantwortlich ernähren können [www.fian.org](http://www.fian.org) ; [www.fian.de](http://www.fian.de)

**Finanzielle Zusammenarbeit/FZ:** Die FZ soll vor allem dazu beitragen, das Produktionspotential durch die Bereitstellung von Kapital besser nutzbar zu machen bzw. zu erhöhen. Die FZ (früher: > Kapitalhilfe) ist dem Volumen nach das bedeutendste Instrument der deutschen >EZ (2008: rd. 1,4 Mrd. Euro - vor der > Technischen Zusammenarbeit); sie wird im Wesentlichen von der Entwicklungsbank der > Kreditanstalt für Wiederaufbau durchgeführt. Bei der FZ stehen zinsgünstige, langfristige Kredite und - seit 1978 - Zuschüsse für > LDC zur Verfügung: für Einzelprojekte, Sektorprogramme, Waren- und Strukturhilfen, zur Refinanzierung von Entwicklungsbanken oder ähnlicher Einrichtungen sowie zur Finanzierung der Einfuhr lebenswichtiger ziviler Güter. > Kredite im Rahmen der FZ werden nach einem abgestuften Konditionensystem vergeben. > KfW

**Finanzierung für/von Entwicklung:** Mobilisierung von internen und externen Ersparnissen / Finanzquellen für Investitionen in Entwicklungsländern: Bei der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2001 in > Monterrey war dies das Hauptthema. [www.un.org/esa/ffd](http://www.un.org/esa/ffd)

**Finanzkrise:** Von der im Jahre 2007 von den USA und der dortigen Immobilienkrise ausgehenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – besonders ausgelöst und beschleunigt durch den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 – sind auch viele Entwicklungsländer betroffen. Die > Asiatische Entwicklungsbank schätzte im März 2009, dass die Krise bisher die internationale Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres vernichtet hat, also auf der ganzen Welt mehr als 50 Billionen Dollar Anlagevermögen verlorengegangen ist: allein in den Schwellen- und Entwicklungsländern Asiens Kapital in Höhe von 9,6 Billionen Dollar (= 109 Prozent des Bruttoinlandsproduktes eines Jahres dieser Länder) und in Lateinamerika 2 Billionen Dollar (= 57 Prozent seines BIP).

Die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten hat zu einer Rezession der gesamten Weltwirtschaft geführt. Der globale Nachfragerückgang birgt die Gefahr eines längerfristigen globalen ökonomischen Abschwungs, einschließlich allgemein steigender Arbeitslosigkeit, Armut und wachsender Not. Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländern drohen daraus schwere humanitäre Krisen zu erwachsen. Sofern es auf den Finanzmärkten dauerhaft bei der gegenwärtigen Krise bleiben sollte, wären Rückfälle in nationalstaatliche Egoismen und in viele Formen von > Protektionismus zu erwarten, worunter Entwicklungsländer besonders zu leiden hätten. Nötige Investitionen in die Landwirtschaft, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in erneuerbare Energien ebenso wie in die Infrastruktur in den Entwicklungsländern drohen den geänderten politischen Zielsetzungen in der Finanzkrise zum Opfer zu fallen.

Die aus der Krise resultierende Situation auf den Kapitalmärkten hat u. a. zu einem Anstieg der Zinsraten und Risikoaufschläge – auch und gerade für Entwicklungsländer – geführt. Viele Länder leiden unter sinkenden Exporten, einem Rückgang der Rohstoffpreise, Devisenverknappung und geringeren privaten Geldströmen (> Rücküberweisungen) und sehen sich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Internationale Entwicklungsagenturen und auch einzelne Geber, wie Deutschland, haben Maßnahmen zur Linderung der Krise ergriffen. Die Krise erschütterte auch den Glauben in den Marktfundamentalismus im Allgemeinen und die vorherrschende internationale Finanzwirtschaft im Besonderen.

Der > G20-Gipfel im April 2009 in London hat folgende Beschlüsse gefasst: Die flüssigen Kreditvergabemittel des > IWF sollen von 250 um 500 Mrd. Dollar aufgestockt werden – dessen Grundkapital, die sogenannten Sonderziehungsrechte, um zusätzliche 250 Mrd. Die > Weltbank und die > regionalen Entwicklungsbanken erhalten 100 Mrd. Dollar. Mit 250 Mrd. Dollar wird der vielfach kollabierte Welthandel angekurbelt. Das Geld soll als Versicherungen und Bürgschaften für Exportgeschäfte genutzt werden. > Forum für Finanzstabilität > IIF > Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung > Mikrofinanzsystem > Shareholder Value

**Finanzzoll:** Zoll, den der Staat erhebt, um sich Einnahmen zu verschaffen. Je preisunelastischer die Inlandsnachfrage nach Auslandsgütern ist, desto höher kann der Finanzzoll angesetzt werden.

**Flüchtlinge:** Laut UNO-Definition Menschen, die ihr Heimatland verlassen haben, weil sie dort wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder politischen Überzeugung verfolgt werden. Eine umfassendere Definition müsste auch jene Menschen einbeziehen, die aus ihrer Heimatregion wegen Naturkatastrophen, Bürgerkriegen und Umweltschäden flüchten, aber innerhalb der Grenzen ihres Landes verbleiben (Binnenflüchtlinge). > Migration

**Flüchtlingshilfe:** Entwicklungspolitisch orientierte Flüchtlingshilfe hilft Flüchtlingen zu überleben - mit dem Ziel, dass sie wieder ein menschenwürdiges Leben führen und ihr Schicksal wieder in die eigene Hand nehmen können. Es geht also nicht nur um Hilfe in akuten Flüchtlingssituationen, sondern auch um dauerhafte Lösungen für die Probleme von Flüchtlingen, vornehmlich durch Rückkehr in das Heimatland oder durch Integration im Aufnahmeland. Daher gewinnen Themen wie allgemeine und berufliche Bildung, Einkommen schaffende Maßnahmen, Wasserver- und -entsorgung, Gesundheit, Umweltberatung und Krisenprävention eine zunehmende Bedeutung. [www.uno-fluechtlingshilfe.de](http://www.uno-fluechtlingshilfe.de)

**food crops:** Grundnahrungsmittel („Nahrungsfrüchte“), die vorrangig für die Selbstversorgung und den Inlandkonsum bestimmt sind und eher von Kleinbauern angebaut werden. > cash crops

**formeller Sektor:** Im Gegensatz zum > informellen Sektor meist der moderne Sektor, für den gesetzliche Bestimmungen z. B. über Mindestentlohnung, soziale Standards, Arbeitssicherheit, Steuerzahlungen und statistische Berichte gelten und eingehalten werden.

**Forum für Finanzstabilität - Finance Stability Forum/FSF:** Ziel des 1999 gegründeten Forums ist die Stärkung der Stabilität des internationalen Finanzsystems, die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Märkte und die Verminderung von Systemrisiken. Die Mitglieder des FSF setzen sich aus hochrangigen Vertretern der Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der G7-Länder und fünf weiterer bedeutender Finanzplätze zusammen. Darüber hinaus zählen die Repräsentanten internationaler Organisationen und Gremien die sich mit der Finanzstabilität befassen zu dem Kreis der Mitglieder. [www.fsforum.org](http://www.fsforum.org)

**forward linkages** > Verkettungseffekte

**Fragile Staaten** > Failing/failed States

**Frankophonie:** Bezeichnung für die Gesamtheit der französisch-sprachigen (frankophonen) Staaten. Oberste Instanz ist die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der 56 Mitgliedstaaten der Frankophonie (+ 14 Beobachter). [www.francophonie.org](http://www.francophonie.org)

**Frauen:** Frauen kommt eine Schlüsselrolle für Entwicklung zu. In vielen Bereichen werden sie jedoch benachteiligt und daran gehindert, sich gleichberechtigt mit den Männern an der Entwicklung ihrer Länder zu beteiligen. Internationalen Studien und Schätzungen zufolge stellen Frauen auch heute noch weltweit 64 Prozent aller Analphabeten, verrichten weltweit über 60 Prozent der unbezahlten Arbeit und erzeugen in Entwicklungsländern bis zu 80 Prozent der Grundnahrungsmittel. Sie stellen mehr als 60 Prozent der arbeitenden Armen (working poor), beziehen nur zehn Prozent der Einkommen und besitzen lediglich zehn Prozent der Anbauflächen und damit nur geringe Kontrolle über die existenzsichernden Ressourcen Land/Grundbesitz und Geld. Mit einem weltweiten Frauenanteil von rd. 19 Prozent in den Parlamenten sind Frauen in den meisten Ländern weit davon entfernt, gleichberechtigt an wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein, die ihr Leben und die Entwicklung ihres Landes betreffen. Die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 forderte mehr > Partizipation und > Empowerment für die Frauen. Die > Menschenrechte von Frauen und Mädchen werden als unveräußerlicher, integraler und untrennbarer Teil der allgemeinen Menschenrechte anerkannt. (Als internationale „Bill of Rights“ für Frauen gilt das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau von 1979 („Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women/> CEDAW“). Die „Feminisierung der Armut“ soll durch Zugang der Frauen zu Landbesitz, Krediten und Erbrechten, zu Gesundheitsdiensten und Bildung verhindert werden. Die Teilhabe an Macht und Verantwortung zwischen den Geschlechtern zu Hause, am Arbeitsplatz und in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht

nicht nur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, sondern auch soziale Gerechtigkeit und eine dauerhafte menschliche Entwicklung.

In der > Millenniums-Erklärung aus dem Jahr 2000 sowie im Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels im September 2005 haben sich die Staats- und Regierungschefs dazu bekannt, dass die > Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen nicht nur ein eigenständiges Entwicklungsziel, sondern auch Voraussetzung zur Überwindung der Armut und Erreichung aller > Millenniums-Entwicklungsziele ist. Drei der acht Entwicklungsziele beziehen sich direkt auf die Verbesserung der Situation von Frauen.

Die Stärkung der Rechte und Rolle der Frau sowie der Gleichberechtigung von Mann und Frau gehören seit Verabschiedung des BMZ-Gleichberechtigungskonzepts 2001 zu den verpflichtenden sektorübergreifenden, politik- und handlungsleitenden Prinzipien der deutschen EZ. > Accra-Konferenz > Gender > Gender Development Index > Gender Empowerment Measure (GEM > Genitalverstümmelung > Kriterien > Menschenrechte  
[www.un.org/womenwatch/daw/cedaw](http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw)

**Freie Produktionszonen:** Sind Standorte für exportorientierte industrielle Produktionsstätten besonders in Entwicklungsländern. Hierbei wird das Ansiedeln von Industriebetrieben > multinationalen Unternehmen angestrebt. Diese sollen mittels der befristeten Befreiung von Zöllen und Abgaben, finanziellen Vergünstigungen (z. B. Vorzugstarife für Transport- und andere Dienstleistungen), der Bereitstellung der materiellen Infrastruktur und günstigen Bedingungen für finanzielle Transaktionen angelockt werden. > Wirtschaftssonderzonen

**freie Träger** > Nichtregierungsorganisationen

**Freihafen:** Nicht zum Zollgebiet gehörendes Gebiet, in dem Umsätze nicht „steuerbar“ sind im Sinne von Umsatzsteuergesetzen.

**Freihandel:** Außenwirtschaftspolitisches Grundprinzip, wonach im Interesse der Wohlfahrtsmaximierung der internationale Waren- und Faktoraustausch von allen Hemmnissen befreit werden soll. Nach der Begründung im Rahmen der klassischen Freihandelstheorie (> komparative Kosten) findet das Prinzip heute modifizierte Anwendung im Rahmen der GATT-Abkommen, OECD-Abkommen und – räumlich konzentriert – der EG-Verträge.

**Freihandelszone:** Zusammenschluss mehrerer Staaten zu einem handelspolitischen Integrationsraum durch Abbau aller zwischenstaatlichen Hindernisse für Waren- und Faktorverkehr – im Gegensatz zur Zollunion, aber ohne gemeinsamen Außenzolltarif gegenüber Drittländern und im Gegensatz zur Wirtschaftsunion ohne harmonisierte Wirtschafts- und Währungspolitik.

**Freiheit:** Die Freiheit zählt zu den wichtigsten > Werten. Ohne die Freiheit des Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung kann es eine freiheitliche Gesellschaft nicht geben. Zugleich hat die Freiheit des Einzelnen ihrerseits gesellschaftliche Voraussetzungen. Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit *von* Zwängen oder Not, sondern vor allem die Freiheit *zu* einer eigenen Lebensgestaltung. Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht; wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 formuliert die Vision einer Welt, in der alle Menschen „frei von Not und Furcht“ sind – eine Vision, die immer noch der Umsetzung harret.

**Freiwillige** > Deutscher Entwicklungsdienst > UNV > Weltwärts

**Frieden:** Ein Zustand, in dem die Abwesenheit von Krieg und gewaltsamer Konfliktauflösung herrscht. Gewalt, Krieg und Armut bedingen sich häufig gegenseitig. Darum ist Friedenspolitik wichtiger Bestandteil von Entwicklungspolitik. Im Sinne des > Brandt-Berichts

(1980) und Willy Brandts Diktum „Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen“ wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und zu Beginn des neuen Millenniums die friedenspolitische Ausrichtung der Entwicklungspolitik verstärkt, wofür bspw. folgende Konzepte stehen: Der Beschluss des EU-Rates 1998 zur Rolle der EZ bei Frieden schaffenden Maßnahmen sowie der Verhütung und Lösung von Konflikten; die OECD-DAC-Richtlinien über Konflikt, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit von 2001 sowie die > DAC-„Principles for good international engagement in fragile states and situations“ (2007); die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 2005, in welcher die Staats- und Regierungschefs das Konzept der Schutzverantwortung (> Responsibility to protect) festschrieben. Um den Beitrag Deutschlands an der zivilen Krisenprävention zu stärken, hat die Bundesregierung im Jahr 2006 den ersten Umsetzungsbericht zum Nationalen Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung vorgelegt, an dem das BMZ maßgeblich mitgewirkt hat.

Die globale Herausforderung von Frieden und Entwicklung erfordert ein kohärentes Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Rahmen des Leitbilds globaler nachhaltiger Entwicklung. Internationale Maßnahmen der Krisenbewältigung und der Friedenskonsolidierung sind immer öfter gekennzeichnet durch den Einsatz militärischer und ziviler Komponenten. Unter den Stichworten 3D-Ansatz (Defence/Verteidigung, Diplomacy/Außenpolitik und Development/Entwicklung) oder „Whole-of-Government-Approach“ wird sowohl international als auch in Deutschland immer intensiver über das Zusammenwirken außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente in Krisensituationen diskutiert. Entwicklungspolitik und Außenpolitik wirken – so der Anspruch – bei der Friedensentwicklung und Krisenprävention eng zusammen. Beispiele sind die in der Verantwortung des Auswärtigen Amtes liegende Ausbildung von zivilem Personal für den Einsatz in internationalen Friedensmissionen, z. B. der Vereinten Nationen und der OSZE, sowie der Aufbau des > Zivilen Friedensdienstes durch das > BMZ, oder die Abstimmung von Fördermöglichkeiten für > NRO-Projekte im Bereich Friedensförderung zwischen den beiden Ministerien. Ebenso arbeitet das BMZ eng zusammen mit dem Bundesministerium der Verteidigung in Fragen des zivil-militärischen Zusammenwirkens und mit anderen Ministerien. Ziel ist ein ganzheitlicher Ansatz der Bundesregierung bei Maßnahmen der Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung nach dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung bei getrennten Verantwortlichkeiten. > Kohärenz > Krisenprävention > Millennium-Entwicklungsziele

### **Friedensdividende** > Abrüstungsdividende

**Friedensfachkräfte:** Sie arbeiten weltweit in Krisenregionen für Friedens- und Entwicklungsdienste oder internationale Organisationen wie die OSZE. Vor ihrem Einsatz nehmen sie an einer mehrmonatigen Qualifizierung teil. Im Einsatzgebiet unterstützen sie lokale Initiativen wie Frauen- oder Menschenrechtsgruppen, vermitteln zwischen Konfliktparteien, schaffen Begegnungsmöglichkeiten und organisieren die Zusammenarbeit.

**G20:** Als Reaktion auf internationale Finanzkrisen wurde die Gruppe der 20 im Jahre 1999 als Forum für den informellen Dialog der Finanzminister und Notenbankgouverneure der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt über Fragen der internationalen Finanz- und Währungspolitik geschaffen. Sie soll helfen, Finanzmarktkrisen wie 1997 in Asien zu vermeiden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 kam ein gemeinsames Vorgehen gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung hinzu. Im April 2009 beschloss die G20 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der globalen > Finanzkrise. In der G20 sind 19 Länder mit ihren Finanzministern und Notenbankgouverneuren vertreten: Die > G7-Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA, das G8-Mitglied Russland sowie Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Süd-Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika und die Türkei. Außerdem ist EU als ein eigenständiges Mitglied durch die Ratspräsidentschaft und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank vertreten.

Der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, der Präsident der Weltbank sowie die Vorsitzenden des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses des IWF und des gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank nehmen ebenso an den Gesprächen als Ex-officio-Mitglieder teil wie die G20-Beobachter Niederlande und Spanien. Die Staatengruppe repräsentiert zwei Drittel der Weltbevölkerung, umfasst mehr als drei Viertel des Weltsozialprodukts und rd. 80 Prozent des Welthandels. > G7/8 [www.g20.org](http://www.g20.org)

**G5:** Gruppe der fünf > Schwellenländer bzw. > Ankerländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika, die zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm/Deutschland geladen waren. > Heiligendammprozess

**G7/8:** Eine informelle Allianz von Staaten, die seit 1975 zu „Weltwirtschafts“-Gipfeln jährlich zusammenkommt. Die G7-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada (seit 1976) und USA sowie Russland (seit 1997) erwirtschaften fast zwei Drittel des weltweiten > Bruttonationaleinkommens, stellen drei Viertel der entwicklungspolitischen Leistungen zur Verfügung stellen und vereinigen 13 Prozent der Weltbevölkerung auf sich vereinigen. Die G8 ist eines der wichtigsten internationalen Foren globaler Verantwortung. Ziel ist eine bessere Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik; seit Ende der neunziger Jahre stehen umwelt- und entwicklungspolitische Themen mit auf der Agenda. Auch wenn die gemeinsam erarbeiteten Beschlüsse und Selbstverpflichtungen keine rechtliche Bindung haben, ist ihre weltweite Wirkung nicht zu unterschätzen. Umgesetzt werden sie über bilaterale Maßnahmen der G8-Staaten und über deren großen Einfluss in vielen multilateralen Organisationen. Zum Gipfel 2007 in Heiligendamm/Deutschland waren auch Vertreter von fünf Schwellenländern geladen: Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika (G8 plus > G5). > Heiligendammprozess > NEPAD [www.g8.utoronto.ca](http://www.g8.utoronto.ca)

**G77:** Loser Zusammenschluss von Entwicklungsländern – Interessenvertretung und Sprachrohr vor allem in wirtschaftlichen Fragen. Innerhalb der VN und auch auf entwicklungspolitisch relevanten internationalen Konferenzen stimmt man gemeinsame Ziele und Verhandlungsstrategien ab und bemüht sich um einheitliches Auftreten der Mitglieder. Die Gruppe existiert seit der Ersten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD I), die 1964 in Genf stattfand. Damals zählte die Gruppe 77 Mitglieder, heute gehören ihr 130 an, und zwar von Ägypten und Algerien über Brasilien und China, Indien und Indonesien bis hin zu Südafrika, Tansania und Venezuela.. Die Gruppe der 77 fördert auch die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander. > G7/8 > G20 [www.g77.org](http://www.g77.org)

**GATE/German Appropriate Technology and Ecoefficiency Programm - Deutsches Zentrum für angepasste Technologie und Umwelteffizienz:** 1978 als Arbeitseinheit innerhalb der > GTZ eingerichtet, unterstützt das > BMZ und das Bundesministerium für Forschung und Technologie in Fragen des Technologietransfers, der Technologieentwicklung, und der Einführung von Kleintechnologien und energie-effizienten Produktionsweisen in Partnerländern. [www.gtz.org/gate](http://www.gtz.org/gate)

**GATS - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen > WTO**

**GATT/General Agreement on Tariffs and Trade - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen):** Das GATT ist ein im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbarter multilateraler Vertrag mit dem Ziel, die Hemmnisse im internationalen Handel abzubauen (Liberalisierung des Welthandels). Das GATT mit Sitz in Genf wurde seit dem 1. Januar 1948 angewendet und ab 1995 durch die > Welthandelsorganisation (WTO) abgelöst, der über 145 Länder angehören.

Das GATT enthält - wie die WTO - folgende Hauptgrundsätze: Der zwischenstaatliche Handel soll auf der Basis der Nichtdiskriminierung erfolgen. Insbesondere sind alle Vertragsparteien bei der Erhebung von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen und entsprechenden Abgaben an das Prinzip der > Meistbegünstigung gebunden. Der Schutz der einheimischen Industrie ist ausschließlich durch Zölle zu gewährleisten. Mengenmäßige Beschränkungen und sonstige > Nichttarifäre Handelshemmnisse sind grundsätzlich untersagt. Sie sind nur in bestimmten Ausnahmefällen zulässig, unter anderem zum Schutz der Zahlungsbilanz. Sonderregelungen sind für Entwicklungsländer vorgesehen. Streitigkeiten sind nach den im GATT vorgesehenen Verfahren beizulegen.

Das GATT ist vor allem als Forum für internationale Verhandlungen über den Abbau von Handelsschranken hervorgetreten. In den ersten sechs Verhandlungsrunden stand die Senkung der Zölle im Vordergrund. Besonders erfolgreich war die Kennedy-Runde (1964-1967), in der das durchschnittliche Zollniveau aller bedeutenden Industrieländer für gewerbliche Waren um mehr als ein Drittel herabgesetzt wurde. In der Tokio-Runde (1973-1979) ging es erstmals gleichrangig um die Beseitigung und Verhinderung Nichttarifärer Handelshemmnisse.

Die Ergebnisse der achten Verhandlungsrunde von Uruguay (1986-1993) sahen u. a. vor: den durch Zollsenkung und Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse weltweit verbesserten Marktzugang für Industrie- und Agrargüter, die schrittweise Integration des Welttextilhandels in die GATT-Regeln, das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und das neue Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS). Im Grundtext stand außerdem der Beschluss über die Errichtung der WTO. <http://gatt.org>

**GDI** > Gender-related Development Index

**Geber:** Die Bezeichnung für Geber (Länder, Institutionen etc.), die > ODA-Mittel an Entwicklungsländer bzw. Organisationen der > EZ vergeben. Geberländer sind Staaten, die internationale EZ finanzieren. Hierzu gehören die Mitglieder des Entwicklungsausschusses (> DAC) der > OECD; auch die Europäische Kommission ist Mitglied dieses Ausschusses. Zu den – „neuen“ – Geberländern zählen außerdem Saudi-Arabien und ein Teil der Golfstaaten, einzelne Schwellenländer, wie die Türkei und Brasilien, sowie einige Mitgliedsländer der Gruppe 77, wie China und Indien, die selbst noch ODA-Empfänger sind. > Empfänger

**Geberbewertungsindex** > Index für Entwicklungsengagement

**gebundene Hilfe** > Lieferbindung

**GEF/Global Environment Facility - Globale Umweltfazilität:** GEF ist ein multilaterales Finanzierungsinstrument und wurde 1991 eingerichtet, um bei Vorhaben in Entwicklungsländern Belange des globalen Umweltschutzes berücksichtigen zu können. GEF wird von der > Weltbank, dem > Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) und dem > Umweltprogramm der VN (UNEP) gemeinsam verwaltet. GEF finanziert Kosten, die entstehen, wenn bei Vorhaben in Entwicklungsländern der globale Umweltschutz berücksichtigt werden soll. Darüber hinaus fungiert GEF als Finanzierungsmechanismus der Konventionen für Biodiversität, Klimawandel und Persistente Organische Schadstoffe und unterstützt die Entwicklungsländer beim Aufbau personeller und institutioneller Kapazitäten im Umweltbereich. Mittlerweile wurde auch die Bekämpfung der Bodenverschlechterung (und Wüstenbildung) als „focal area“ des GEF anerkannt. [www.gefweb.org](http://www.gefweb.org)

**Gemeinsamer Fonds:** Bestandteil des „integrierten Rohstoffprogramms“ und als dessen zentrales Finanzierungsinstrument gedacht. Westliche Industrieländer haben versucht, die Gefahr abzuwenden, dass aus ihm eine Welt-Rohstoffbörse mit umfassenden Interventionsrechten entsteht. Der Fonds hat nach der endgültigen Einigung im Juni 1980 zwei Aufga-

ben: Erstens ein „Pool“ zu sein für die Mitfinanzierung von Ausgleichslagern einzelner Rohstoffabkommen („erster Schalter“) und zweitens die Diversifizierung der Wirtschaft, die Verarbeitung von Rohstoffen in Entwicklungsländern wie auch die Qualitätsförderung und Verkaufsförderung dieser Produkte zu finanzieren („zweiter Schalter“).

**Gender:** Vom biologischen Geschlecht („sex“) ist das soziale Geschlecht („gender“) zu unterscheiden, das mit gesellschaftlich geprägten und individuell erlernten Geschlechterrollen einher geht. Diese Geschlechterrollen werden durch die soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Organisation einer Gesellschaft und durch rechtliche und ethisch-religiöse Normen und Werte bestimmt. Frauen und Männer leben oft in ungleichen Machtverhältnissen - von daher auch die entwicklungspolitische Forderung nach > „empowerment“ der Frauen, die mittlerweile viele > Geber aufgegriffen haben. Die Rollenzuweisungen können in verschiedenen Gesellschaften und auch innerhalb einer Gesellschaft stark variieren. Die Geschlechterrollen von Frauen und Männern sind wandelbar; Gendermaßnahmen bauen auf dieser Flexibilität auf. Sie berücksichtigen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern und die Tatsache, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Anders als bei einer reinen Frauenförderung werden bei solchen entwicklungspolitischen Maßnahmen die Männer in die Strategie einbezogen und für die Ziele der Frauen sensibilisiert.

Im Rahmen der Vereinten Nationen hat der Entwicklungsfonds für Frauen (> UNIFEM) das Mandat und die Aufgabe, zur Stärkung der Situation von Frauen beizutragen und den > Gender-Mainstreaming-Ansatz in der Arbeit anderer VN-Organisationen zu verankern. Das BMZ unterstützt seine Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern dabei, die aktive Beteiligung von Mädchen und Frauen an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zu stärken. Es setzt sich auch für ein Ende jeglicher Gewalt gegen Frauen ein und engagiert sich besonders im Kampf gegen weibliche > Genitalverstümmelung und bemüht sich auf übergeordneter Ebene im bilateralen und internationalen Dialog intensiv um die Veränderung nationaler, regionaler und globaler Strukturen zugunsten der Gleichstellung und > Gleichberechtigung der Geschlechter. > Accra-Konferenz > Bildung > Frauen > Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung

**Gender Empowerment Measure/GEM:** Der von > UNDP entwickelte Index misst bestimmte Aspekte der Geschlechterverhältnisse in Wirtschaft und Politik. Als Kennzahl wird dabei der Anteil von Frauen in der Legislative, in den Führungsebenen der Wirtschaft, von Facharbeiterinnen und der Anteil von Frauen am nationalen Privateinkommen herangezogen. Der Vergleich des > Gender-related Development Index verdeutlicht, dass die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen am öffentlichen Leben weltweit noch wesentlich geringer ausfallen als ihre Chancen auf Einkommen, Gesundheit und Bildung > Empowerment > [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Gender Impact Assessment** > Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung

**Gender Mainstreaming:** Der Begriff bezeichnet den Prozess und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden, um auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinwirken zu können. Dieser Prozess soll Bestandteil des normalen Handlungsmusters aller Ressorts und Organisationen werden, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Dies trifft auch auf die Entwicklungspolitik zu. Frauenförderung und Gender Mainstreaming ergänzen einander und stehen für den im Gleichberechtigungskonzept des BMZ beschriebenen dualen Ansatz. > Gender > Gleichberechtigung > Mainstreaming

**Gender-related Development Index/GDI:** Der GDI von > UNDP differenziert die drei Werte des Human Development Index (reales Einkommen pro Kopf, Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate) geschlechtsspezifisch. Je größer die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind, umso niedriger fällt der GDI-Wert aus. > Gender Empowerment Measure > HDI [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Genitalverstümmelung:** Weltweit sind rund 140 Millionen Frauen Opfer von Genitalverstümmelung. Die Klitorisbeschneidung ist eine vor allem in muslimischen Ländern praktizierte Form der Verstümmelung der Geschlechtsorgane von Mädchen und Frauen aus religiösen oder rituellen Gründen, häufig als Teil eines Initiationsritus. Die Beschneidung verletzt das Menschenrecht auf Gesundheit und führt oft zu schweren psychischen und körperlichen Schäden bis hin zum Tod. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF fordert die Ächtung dieser unmenschlichen Praxis. In der EZ wirkt das BMZ gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen darauf hin, dem stark tabuisierten Thema beizukommen, und zwar durch Aufklärung und Sensibilisierung für die Folgen. Eine Reihe von afrikanischen Staaten hat die Genitalverstümmelung inzwischen unter Strafe gestellt – was noch nicht heißt, dass sie gar nicht mehr praktiziert würde. > Gender > Frauen

**Gerechtigkeit:** Sie gehört zu den wichtigsten > Werten. Gerechtigkeit verlangt, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht/Klasse oder Generation die Möglichkeit besitzen, an den Voraussetzungen und Mitteln eines selbst bestimmten und selbst verantworteten Lebens teilzuhaben. Ihre Dimensionen sind Chancen-, Teilhabe-, Verteilungs-, Handels-/Tausch-, Leistungs- und Generationengerechtigkeit. In der in vielen Bereichen die Entwicklungsländer benachteiligenden Welthandelsordnung bedeutet Gerechtigkeit v. a. den Aufbau fairer Handels- und Austauschbeziehungen. > Fairer Handel > Globalisierung > Solidarität

**Germanwatch:** Germanwatch wurde 1991 in Bonn als deutsche > Nichtregierungsorganisation von Wissenschaftlern, Publizisten und Mitarbeitern aus entwicklungspolitischen Organisationen gegründet. Unter dem Motto „Hinsehen, analysieren, einmischen“ engagiert sich Germanwatch für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Im Zentrum der Aktivitäten stehen dabei die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Germanwatch hat den Selbstanspruch, eine starke Lobby für > nachhaltige Entwicklung zu sein. Schwerpunkte der Arbeit sind neben Entwicklungspolitik und Klimaschutz die Ernährungssicherung sowie die soziale und ökologische Gestaltung des Welthandels. [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Geschlechterdemokratie:** Bedeutet, dass kein Geschlecht das andere dominieren darf. Zu > Demokratie als gesellschaftspolitischem Gestaltungsprinzip zählen vor allem die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheiten und die Herstellung gleicher Partizipationschancen. In diesem Sinne ist Demokratie also eine Politik, die gesellschaftliche Machtdifferenzen abbaut, damit alle Menschen in gleicher Weise über sich selbst bestimmen können. Geschlechterdemokratie verfolgt demnach die Verwirklichung des theoretischen Anspruchs der demokratischen Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern. > Demokratie > Empowerment > GDI > Gender > Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung

**Gesundheit:** Laut Weltgesundheitsorganisation (> WHO) ist Gesundheit ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Bereits 1977 erklärte die Weltgesundheitsversammlung „Gesundheit für alle“ zum vorrangigen Ziel aller Staaten der Erde und bekräftigte, dass Gesundheit zu den allgemeinen Menschenrechten zählt. Dabei sind Zugang zu Basisgesundheitsdiensten, Bildung, sauberem Trinkwasser, Entsorgung von Abwässern, adäquate Wohnver-

hältnisse und eine ausgewogene und ausreichende Ernährung genauso notwendig wie die Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Damit ein Gesundheitssystem diesen Anforderungen genügt, spielen sowohl die geografische und finanzielle Erreichbarkeit, die Verfügbarkeit auch im Hinblick auf Einrichtungen, Ausstattungen und Personal, die Akzeptanz als auch die Qualität eine Rolle. Weltweit korreliert Krankheit stark mit Armut. Drei der acht > Millenniums-Entwicklungsziele beziehen sich in ihren Zielvorgaben auf Verbesserungen der Gesundheit armer Bevölkerungsgruppen: Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheit von Müttern sowie Bekämpfung von > HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten. Deutschland als Förderer vieler entwicklungspolitischer Gesundheitsprojekte gehört auch zur Kerngruppe jener Mitglieder, die die > „Providing for Health Initiative“ unterstützen. > BACKUP-Initiative:

**Gewerkschaften:** Interessenvertretungen der Arbeitnehmer zur Durchsetzung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen. Freie, unabhängige Gewerkschaften können sich nur in Demokratien entfalten. In den Entwicklungsländern sehen Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe darin, im nationalen Rahmen Verbesserungen der Lage der abhängig Beschäftigten zu erreichen; auf internationaler Ebene treten sie für eine soziale Globalisierung ein. Bezüglich der > Sozialklauseln sind Gewerkschaften in Entwicklungsländern geteilter Auffassung: manche lehnen sie ganz ab, andere befürworten sie, wenn sie im Rahmen der > WTO verankert sind. Allen gemeinsam ist die Befürchtung, dass die Industrieländer Sozialklauseln lediglich dazu benutzen, um ihre Märkte gegen Importe aus Entwicklungsländern zu schützen. > Global Compact > Globalisierung > IGB > Internationale Arbeitsorganisation > Politische Stiftungen

**GFATM/Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria - Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose:** Auf ihrer Sondergeneralversammlung zu > HIV/AIDS haben die Vereinten Nationen im Juni 2001 in New York die Einrichtung dieses beschlossen. Der Fonds ist ein neues Finanzierungsinstrument in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der > Gesundheit – auch zur Durchsetzung der auf die Gesundheit bezogenen > Millennium-Entwicklungsziele. Er arbeitet mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor zusammen und unterstützt zusätzliche und umfangreiche Maßnahmen gegen die drei genannten Krankheiten. Inzwischen ist der Fonds die finanzstärkste Organisation im internationalen Kampf gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose. Derzeit verwaltet der Fonds mehr als zwei Drittel der weltweiten Ressourcen für die Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose und über 20 Prozent der globalen Mittel für den Kampf gegen AIDS. Der Haushalt des Globalen Fonds setzt sich aus freiwilligen Beiträgen der Geberländer und des privaten Sektors zusammen. Im Rahmen der zweiten Wiederauffüllungskonferenz, die vom 26. bis 28. September 2007 in Berlin stattfand, wurden von den anwesenden Gebern Zusagen in Höhe von 9,7 Mrd. US-\$ für den Zeitraum 2008 bis 2010 gemacht; die Bundesregierung sagte eine Verdopplung der jährlichen Beiträge zu. Darüber hinaus fördert die Deutschland die „Debt2Health“ Initiative (Schulden zu Gesundheit) des GFATM. Diese sieht den Schuldenerlass für bestimmte Länder vor, die dann wiederum einen Anteil der erlassenen Schulden für Gesundheitsprogramme innerhalb ihrer Länder investieren. [www.theglobalfund.org](http://www.theglobalfund.org)

**GIGA/German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien:** Das in Hamburg beheimatete GIGA mit seinen vier Instituten für Afrika-, Asien-, Lateinamerika- und Nahoststudien ist eine national führende Einrichtung der Regionalforschung und wissenschaftlich fundierten Politikberatung. [www.giga-hamburg.de](http://www.giga-hamburg.de)

**Gini-Index/-Koeffizient:** Er misst die Ungleichheit von Einkommen zwischen Individuen oder Haushalten. Je stärker er vom Gleichgewichtsverteilungswert null (völlige Gleichheit) gegen hundert (vollkommene Ungleichheit) bzw. von null bis eins tendiert, desto größer sind

die Einkommensdisparitäten. Mitte der 2000er Jahre lag der Gini-Koeffizient in den OECD-Ländern bei 0,45 vor Steuern und Transfers und bei 0,31 nach Steuern und Transfers; für Deutschland lauteten die Werte 0,51 und 0,30. In vielen Entwicklungsländern sind die internen Einkommensungleichheiten zwischen Arm und Reich größer.

**GKKE/Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung:** Die GKKE ist ein ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik. Als gemeinsame Stimme der beiden großen Kirchen in Deutschland will die GKKE dem Gedanken der > einen Welt in unserem Land politisches Gewicht verleihen. Sie führt Dialoge mit Parlament, Regierung und gesellschaftlichen Interessengruppen zu Fragen der Nord-Süd-Politik und der > EZ. Träger des GKKE sind der Evangelische Entwicklungsdienst und die Deutsche Kommission Justitia et Pax. <http://www3.gkke.org>

**Gleichberechtigung:** Die Gleichberechtigung von > Männern und > Frauen ist ein Schlüssel für Entwicklung. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene stärkt u. a. die Wirtschaft und verbessert den Gesundheitsstand und das Bildungsniveau einer Bevölkerung. Gleichberechtigung ist eine Querschnittsaufgabe der (deutschen) Entwicklungspolitik: Alle EZ-Maßnahmen werden *idealiter* auf die Bedürfnisse und Potenziale von Frauen und Männern ausgerichtet, damit geschlechterspezifische Benachteiligungen gezielt abgebaut werden können.

**Gleichstellung:** Unter Gleichstellung der Geschlechter ist zu verstehen, dass alle Menschen die Freiheit haben, ihre persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und ohne - durch strikte, geschlechtsspezifische Rollenverteilungen bedingte Einschränkungen - ihre Wahl treffen können. Die formale (de jure) Gleichstellung ist in diesem Prozess lediglich ein Schritt zur materiellen (de facto) Gleichstellung. > CEDAW > Frauen > Gender

**Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung - Gender Impact Assessment:** Bezeichnet eine Methode, mit der politische Konzepte und Maßnahmen auf ihre Auswirkungen für Frauen und Männer überprüft werden können. Anhand geschlechtsspezifischer Kriterien wird die Einführung einer vorgeschlagenen Politik bewertet. Ergeben sich für Frauen Nachteile aus der geplanten Maßnahme, ist diese im Idealfall nachzubessern. > Gender

**Global Compact/GC:** Bei der „Globalen Übereinkunft“ handelt es sich um eine auch vom BMZ und einigen deutschen Unternehmen unterstützte Initiative der VN, die auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 31. Januar 1999 von VN-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen wurde. Er forderte in seiner Ansprache international tätige Unternehmen auf, dem Globalisierungsprozess ein „sozialeres Gesicht“ zu geben. Mittlerweile beteiligen sich mehr als 4.700 Unternehmen am GC (Sitz in New York), darunter etwa hundert deutsche. Neben den Unternehmen engagieren sich sechs UN-Organisationen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, akademische Institution, staatliche Akteure und Nichtregierungsorganisationen in der Umsetzung der „Zehn Prinzipien“ des freiwilligen Verhaltenskodexes, die sich auf > Menschenrechte, > Kernarbeitsnormen, > Umweltschutz und > Korruptionsbekämpfung beziehen. Seit 2006 schließt der GC Mitglieder aus, wenn sie die Prinzipien missachten. Die > GTZ koordiniert das deutsche Netzwerk, dem u. a. auch die Städte Berlin und Bonn angehören. Neben dem deutschen GC-Netzwerk unterstützt Deutschland auch das Büro in New York und das Regionale Lernforum im südlichen Afrika, wo sich Koordinatoren der nationalen Netzwerke austauschen. > Corporate Governance > Corporate Social Responsibility > Direktinvestitionen > Globalisierung [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org)

**Global Governance:** Gestaltung globaler Rahmenbedingungen; Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phä-

nomene erlauben. Sollen die durch die > Globalisierung aufgeworfenen Fragen und Weltprobleme angegangen werden, dann empfiehlt sich „global governance“, globale Politikgestaltung oder – wie es in einer akzeptablen, wenn auch nicht unumstrittenen Übersetzung des Berichts „Our Global Neighbourhood“ der „Commission on Global Governance“ von 1995 heißt – Weltordnungspolitik. Globale Politikgestaltung bzw. die nachhaltige Gestaltung des globalen Wandels (Global Change Management) setzt nicht eine Weltregierung voraus; sie impliziert aber eine ausreichende, holarchische Intelligenz der Menschheit, einen breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozess interaktiver Entscheidungsfindung und die Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit durch internationale Regime und Regelwerke mit möglichst verbindlichen Kooperationsregeln; sie bedeutet sicherlich auch die Stärkung der Vereinten Nationen. > Ankerländer > Doha > Good Governance > Johannesburg-Gipfel

**Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung/GAVI-Allianz – Global Alliance for Vaccines and Immunisation:** Die im Jahre 2000 gegründete GAVI-Allianz hat zum Ziel, das Leben von Kindern und die Gesundheit aller Menschen in den Entwicklungsländern zu schützen, indem diese gegen vermeidbare Krankheiten geimpft werden. Dazu müssen die Leistungen der nationalen Impfprogramme verbessert, neue Impfstoffe eingeführt und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten etabliert werden. In der Allianz und dem GAVI-Fonds, ihrem Finanzierungsarm, arbeiten alle wichtigen Entscheidungsträger im Immunisierungsbereich partnerschaftlich zusammen. Dies sind Regierungen von Industrie- und Entwicklungsländern, die WHO, UNICEF, die Weltbank, die Bill und Melinda Gates-Stiftung, Impfstoffhersteller, Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens und Nichtregierungsorganisationen. [www.gavialliance.org](http://www.gavialliance.org)

**Globale öffentliche Güter - Global Public Goods/GPDs:** Dabei handelt es sich um Güter, die eine weltweite oder zumindest eine regionale Reichweite haben, deren Nutzen allen Ländern oder Menschen zugute kommt und die dadurch gekennzeichnet sind, dass niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann oder soll. Das Global-Public-Goods-Konzept zielt darauf ab, Probleme und Herausforderungen, die alle Menschen und vor allem auch künftige Generationen betreffen, in gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamer Anstrengung anzugehen. Zu den GPDs gehören Güter wie zum Beispiel globaler Frieden, der Erhalt der Umwelt und bspw. des (Mutter-)Bodens, die > Biodiversität, der Schutz vor grenzüberschreitenden Krankheiten, faire internationale Handelsregime und die Stabilität auf den Weltfinanzmärkten. Es geht um den breiten Zugang zu solchen Gütern, deren Bedeutung grenzüberschreitend ist und die von Nationalstaaten im Alleingang nicht bereitgestellt werden können. Die > EZ trägt dazu bei, globale öffentliche Güter zu schützen. Wo diese Güter gefährdet sind, wenn etwa der Regenwald schrumpft oder sich eine Seuche ausbreitet, steht heute die Staatengemeinschaft in der Verantwortung.

**Globale Strukturpolitik:** Seit Mitte/Ende der 1990er Jahre verstehen einige Nichtregierungsorganisationen und auch das > BMZ die Entwicklungspolitik als eine globale strukturelle Aufgabe und als Politik zur globalen Zukunftssicherung. Durch ihre Beiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Minderung von Armut und Bevölkerungswachstum, zum Abbau von Fluchtursachen, zur Krisenprävention und -bewältigung sowie zur Förderung dauerhafter Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialreformen in Entwicklungsländern hilft die Entwicklungspolitik, globale Zukunftschancen zu sichern. > Globalisierung > Global Governance

**Globale Umweltfazilität - Global Environment Facility > GEF**

**Globales Korruptionsbarometer > Transparency International**

**Globalisierung:** Die den gesamten Globus umspannende Verknüpfung des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Geschehens mit einer Tendenz zur Intensivierung und Beschleunigung der entsprechenden Vorgänge. Wichtige treibende Kräfte weltweiter Verflechtungen sind Wirtschaft und Technik, insbesondere der Informations- und Transporttechnologie. Die Globalisierungstendenzen verändern Arbeit und Handel, Währungen, Finanzen, Umwelt, Sozialsysteme, Kommunikation, Lebenswelten und die Tiefenstrukturen nationaler Gesellschaften - und nicht zuletzt auch die Handlungsspielräume von Nationalstaaten. Sie führen bislang zu einer Entmachtung der nationalen Politiken und zur Verstärkung des Neo-Liberalismus, dem zufolge das möglichst freie Walten einer konkurrenzorientierten Marktwirtschaft die größte gesellschaftliche Wohlfahrt hervorbringt. Die jüngste internationale > Finanzkrise erschütterte jedoch den Glauben in den Marktfundamentalismus. Auch viele ökologische Probleme – Treibhauseffekt, Zerstörung der Ozonschicht, Desertifikation – haben globalen Charakter. Globalisierung wird heute als neue Herausforderung für die Politik diskutiert, die noch immer überwiegend national agiert.

Global- bzw. Weltpolitik kennt als Akteure nicht nur die „Staatenwelt“ der Nationalstaaten und die handlungsmächtige „Wirtschaftswelt“ von global operierenden Unternehmen, sondern auch die global vernetzte „Medienwelt“ und die zunehmend international vernetzte Bewegung von Nichtregierungsorganisationen, die ein wichtiges Element der global orientierten „internationalen Zivilgesellschaft“ oder „Gesellschaftswelt“ (E.-O. Czempel) bildet. Die Globalisierung geht einher mit Fragmentierungsprozessen: ganze Regionen werden wirtschaftlich und politisch marginalisiert; unter dem Druck des globalen Wettbewerbs zeichnet sich auch in reichen Industrieländern eine soziale Marginalisierung ab.

Unter den Bedingungen der Globalisierung kommt der Entwicklungspolitik eine wichtige, aber nicht zu überschätzende Rolle zu. Die Herausforderung besteht darin, Globalisierung mit > nachhaltiger Entwicklung zu versöhnen und zu einer gerechten Globalisierung beizutragen. So sollte sich auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der > Privatwirtschaft an den Kriterien einer menschenwürdigen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung orientieren. Der ökonomischen Globalisierung ist eine Globalisierung der Politik, genauer eine Globalisierung der > Demokratie und der Stärkung internationaler gewerkschaftlichen > Solidarität, an die Seite zu stellen. Die > Entwicklungspolitik sollte generell zur Stärkung des demokratischen, sozialen Rechtsstaats beitragen und die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen, die Leistungsfähigkeit des Staates durch Kräftigung der öffentlichen Institutionen zu erhöhen, unterstützen. Die Entwicklungspolitik kann zudem eine globale Sozial- und Umweltpolitik unterstützen - wenn auch in bescheidenem Rahmen (so durch die Förderung der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Durchsetzung sozialer Mindestnormen, bei der Verwirklichung der Forderung, 20 Prozent der Mittel für soziale Grunddienste einzusetzen, oder durch die Globale Umweltfazilität). Entwicklungspolitik sollte die Süd-Süd-Kooperation und die regionale Integration in geeigneter Weise fördern. Außerdem kann die Entwicklungspolitik die Globalisierung mit interkultureller Verständigung verbinden helfen und den Dialog zwischen den Kulturen ohne jegliche Hegemonieansprüche im Sinne der Bildung von Lerngemeinschaften fördern.

Deutschland beteiligt sich innerhalb der EU und der Gemeinschaft der Staaten der Welt aktiv an der Erarbeitung internationaler Regeln, damit die Bedingungen zur gerechten Gestaltung der Globalisierung geschaffen werden. Dazu gehört die weltweite Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, die Abschaffung von ungerechtfertigten Handelsbeschränkungen sowie der Schutz von Volkswirtschaften und lokalen Märkten, die noch nicht stark genug für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt sind. Bundesregierung und BMZ wollen dazu beitragen, die Globalisierung gerecht zu gestalten; vorrangige Ansatzpunkte sind: Schaffung fairer Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer und Förderung des fairen Handels, weltweite Einführung der ILO-Kernarbeitsnormen, Abbau ungerechtfertigter Handelsbarrieren und sanfte Marktöffnungen durch Wirtschaftspartnerschaften, Förderung einer entwicklungsorientierten Verantwortung bei privaten Unternehmen, bessere Organisation globaler Politik (> Global Governance). > Agrarsubventionen > Attac > Corporate Governance > Do-

ha Development Round > EINE Welt > Fairer Handel > Global Compact > Globale Strukturpolitik > IBFG > Internet > Johannesburg-Gipfel > Internationale Arbeitsorganisation > Millennium-Entwicklungsziele > Millenniumserklärung > Partnerschaft > Tobin-Steuer > Welthandelsorganisation

**Good Governance:** Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (einschl. einer guten Mittelbewirtschaftung), das Industrieländer und große internationale Entwicklungsorganisationen von den Entwicklungsländern fordern. Governance ist mehr als Government; es bedeutet Regierung und Regieren und umfasst das Steuerungs-, Regelungs- und Durchführungssystem politisch-gesellschaftlicher Einheiten einschl. der Verwaltungsebene/n. [In offiziellen Dokumenten wird „Good Governance“ oft mit „guter Regierungsführung“ oder „verantwortungsvoller Staatsführung“ übersetzt; bei solchen Übersetzungen bleibt jedoch der wichtige Bereich der Verwaltung unberücksichtigt. Der deutsche Übersetzungsdienst der VN in New York übersetzt Good Governance auch mit „guter Regierungs- und Verwaltungsführung“.]

Good Governance spiegelt die Erfahrung wider, die seit Ende der 1980er Jahre die internationale Zusammenarbeit in wachsendem Maße prägt: Fortschritte auf dem Wege zu einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sind nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Erfolge. Auch „schwache“ Regierungen, willkürliche Rechts- und Justizsysteme, schlecht funktionierende Verwaltungen und Korruption sind Ursachen von Armut und „maldevelopment“. Erst das Ende des Kalten Krieges öffnete den Raum für eine breite internationale Diskussion über die Bedeutung von politischen Rahmenbedingungen und effizienten Staats- und Verwaltungsstrukturen. Seitdem setzte sich die Erkenntnis durch, dass entwicklungspolitische Zusammenarbeit nur bei guten politischen Rahmenbedingungen in den Partnerländern langfristige positive Wirkungen zeitigen kann.

> Weltbank und > OECD propagieren seit den neunziger Jahren „Good Governance“ und eine partizipative Entwicklung, die die Zivilgesellschaft stärkt. Dabei versteht die Weltbank unter „governance“ „the manner in which power is exercised in the management of a country's economic and social resources for development.“ Sie ist insoweit an Rechtsstaat und Rechenschaftspflichtigkeit politischer Regime interessiert, als dadurch ihre Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern eine bessere Aussicht auf Erfolg versprechen. Der Entwicklungsausschuss der OECD (> DAC) billigte im Dezember 1993 die „Orientierungen für eine partizipative Entwicklung und gute Staatsführung“. Damit unterstreichen die westlichen Geberländer den hohen Stellenwert, den sie einer guten Staatsführung, der Beachtung der Menschenrechte und der Demokratisierung für dauerhafte Entwicklungsfortschritte beimessen. Gleichzeitig wird damit ihr Wille deutlich, in wachsendem Maße die Gewährung entwicklungspolitischer Leistungen mit politischen Reformen in Richtung auf Demokratie und Menschenrechte zu verknüpfen, also eine politische Konditionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu praktizieren.

Das für mehr als hundert Staaten völkerrechtlich verbindliche AKP-EG-Partnerschaftsabkommen von Cotonou (2000) definiert Good Governance“ in Art. 9 Abs. 3 wie folgt: „In einem politischen und institutionellen Umfeld, in dem die Menschenrechte, die demokratischen Grundsätze und das Rechtsstaatsprinzip geachtet werden, ist verantwortungsvolle Staatsführung die transparente und verantwortungsbewusste Verwaltung der menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und ihr Einsatz für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung. Sie beinhaltet klare Beschlussfassungsverfahren für Behörden, transparente und verantwortungsvolle Institutionen, den Vorrang des Gesetzes bei der Verwaltung und Verteilung der Ressourcen und Qualifizierung zur Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen insbesondere zur Verhinderung und Bekämpfung der Korruption.“

Good governance ist sowohl Voraussetzung als auch eigenständiges Ziel von Entwicklung. Für das > BMZ geht es dabei „um einen Staat, der sich an der Gewährleistung der Menschenrechte sowie an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit orientiert, der transparent und leistungsfähig arbeitet, eine nachhaltige, armutsorientierte Sozial- und Wirtschaftspolitik verfolgt und

sich in der internationalen Staatengemeinschaft kooperativ verhält. (...) In der Realität können nur wenige Länder durchgängig in die Kategorien ‚Bad‘ oder ‚Good‘ Governance eingeordnet werden. In den meisten Ländern findet man eine Vielzahl von abgestuften Situationen und z. T. widersprüchlichen Entwicklungen vor. Regierung und öffentliche Verwaltung sind keine monolithischen Blöcke.“ Good Governance ist im Übrigen nicht nur auf die innerstaatlichen Verhältnisse, sondern auch auf die internationale Ebene zu beziehen. > AKP > CPIA > Johannesburg-Gipfel > Konditionalisierung > Kriterien > Metagora > Parlamente

**Good Performers:** Länder, die reformorientiert sind (bspw. in Bezug auf > “Good Governance“) und gute Entwicklungsleistungen vorweisen können. Solche Länder können im Gegensatz zu „Bad Performers“ bei einigen > Gebern mit einem Bonus bei den > ODA-Mitteln rechnen. > Performance-based allocation framework

**Governance:** Unter Governance werden Handlungen wie Regieren, Steuern, Verwalten und Koordinieren innerhalb staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure in netzwerkartigen Strukturen verstanden. > Corporate Governance. > CPIA > Global Governance > Good Governance > Metagora

**Grameen-Bank:** 1983 wurde die „Grameen Bank/GB“ (eigtl. dörfliche Bank) als ein Mikrofinanz-Kreditinstitut, von dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Muhammad Yunus in Bangladesh ins Leben gerufen. Bei der Zielgruppe handelt es sich ausschließlich um die „Ärmsten der Armen“. Die Kriterien der Mikrokreditvergabe sind die Zielstrebigkeit der Teilnehmenden; eine besondere Priorität bei der Kreditvergabe genießen Frauen, die als wirksamste Gruppe im Kampf gegen Armut angesehen werden. Seit 1998 nimmt die GB kein Geld mehr aus dem Ausland an („no donor money“). Die Gesamtzahl der bisherigen Kreditnehmer beläuft sich auf fast acht Millionen Menschen, davon 97 Prozent Frauen, und die bisher ausgezahlte gesamte Kreditsumme auf umgerechnet 7,7 Mrd. US-\$. Die durchschnittliche Kredithöhe liegt bei 160 US-\$ bei niedrigen Zinsen, die Rückzahlungsquote bei fast hundert Prozent, und dank der Kredite konnte ein Drittel der Haushalte die Armutsschwelle überwinden (> selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung) Der Bank gehören zusätzlich Gesellschaften der Telefon-, Energie-, Textil- und Baubranche und andere Dienstleistungen an. Mittlerweile fördert die „Grameen-Stiftung“ Mikrokredit-Institutionen in anderen Ländern. Die Organisation bekam 2006 zusammen mit ihrem Gründer Muhammad Yunus den Friedensnobelpreis für die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung von unten. > Mikrofinanzsystem [www.grameen-info.org](http://www.grameen-info.org)

**Greenpeace:** Die internationale Umweltschutzorganisation wurde 1971 in Vancouver gegründet. Die Kampagnen richteten sich zunächst gegen Kernwaffentests und gegen den Walfang. Mit der Zeit rückten Themen wie die Überfischung, die globale Erwärmung und die Zerstörung der Regenwälder auf die Agenda. Greenpeace setzt sich aus einem Netz bestehend aus Vertretungen in 39 Staaten zusammen. [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org) ; [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

**Grundbedürfnisse (basic needs):** Entsprechend der Definition des 1976 von der Weltbeschäftigungskonferenz verabschiedeten Aktionsprogramms umfassen die Grundbedürfnisse den laufenden Mindestbedarf des einzelnen und seiner Familie an Ernährung, Unterkunft und Kleidung, ferner lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen, insbesondere Trinkwasser, sanitäre Anlagen, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Durch die Verbesserung bzw. Modernisierung der Selbsthilfefähigkeit der armen Bevölkerungsschichten soll deren Produktivität gesteigert werden. Der Lebensstandard soll also nicht durch die Verteilung von Almosen, sondern durch eigene Leistung erhöht werden. Beschleunigtes Wachstum bei gleichzeitigem Strukturwandel (z. B. Einkommensumverteilung, Agrarreform) sind Voraussetzungen. Wenn ein Entwicklungsland dieses Konzept verwirklichen will, kann Hilfe von außen einen wertvollen Beitrag leisten. Schließlich sollen die

Grundbedürfnisse auch die Erfüllung mehr qualitativer Bedürfnisse umfassen. Eine gesunde und humane Umwelt sowie die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen, die sein Leben und seinen Lebensunterhalt sowie seine individuellen Freiheiten betreffen. > Menschenrechte

**Grüne Revolution:** Durch verbessertes Saatgut werden vor allem bei Reis und Weizen größere Ernten möglich. Der große Durchbruch blieb bisher aus, weil der finanzielle Aufwand für das Saatgut, für die vielfach notwendige Bewässerung, für Düngung und chemischen Pflanzenschutz die Möglichkeiten der meisten Kleinbauern überschreitet. Auf Kritik stieß die Grüne Revolution auch wegen der Vernachlässigung von Verteilungs- und Umweltschutzgesichtspunkten.

**Gruppe der 20** > G20

**Gruppe der 7/8** > G7/8

**Gruppe der 77** > G77

**GTZ** > Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

**Habitat:** UN-Habitat ist die zentrale Organisation des VN-Systems im Bereich Stadtentwicklung, Siedlungswesen und Wohnungsversorgung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Der Städtegipfel Habitat II in Istanbul 1996 zählte das Recht auf angemessene Unterkunft zu den Menschenrechten. Dazu gehören: eine menschenwürdige Mindestversorgung mit geschütztem Wohnraum, mit Wasser- und Energieversorgung sowie die Verbindung zu öffentlichen Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Prinzip der nachhaltigen Siedlungs- und Stadtentwicklung in einer zur Verstädterung strebenden Welt wurde von allen Staaten festgeschrieben. Erstmals werden in einem UN-Dokument auch die besondere Rolle der Städte und das Prinzip der örtlichen Selbstverwaltung anerkannt. 2002 wurde das „United Nations Centre for Human Settlements“ (UNCHS/Habitat) in das United Nations Human Settlements Programme (> UN-Habitat) überführt. [www.unhabitat.org](http://www.unhabitat.org)

**Halb- und Fertigwaren:** Industrieerzeugnisse, die entweder noch innerhalb eines Produktionsprozesses weiterverarbeitet werden (Halbwaren) oder bereits den Produktionsprozess durchlaufen haben (Fertigwaren). Gegerbtes Leder gehört beispielsweise zu den Halbwaren, Ledertaschen und -schuhe gehören zu den Fertigwaren. Industriewaren sind der Oberbegriff.

**Hallstein-Doktrin:** 1955 aufgestellte, nach Walter Hallstein (CDU), Staatssekretär im Auswärtigen Amt, benannte Doktrin, die besagte, dass die Bundesrepublik Deutschland als einzige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches allein berechtigt sei, diplomatische Vertretungen im Ausland zu unterhalten (Alleinvertretungsanspruch). Die Doktrin prägte auch die bundesdeutsche Entwicklungspolitik zur Zeit des Kalten Krieges. So war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Entwicklungslandes zur DDR i. d. R. mit dem Abbruch entwicklungspolitischer Beziehungen seitens der Bundesrepublik zu diesem Land verbunden. Bis 1973, der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen, war die Entwicklungspolitik an die politische Konditionalität der Hallstein-Doktrin gekoppelt.

**Handel:** In vielen Bereichen des Handels werden viele Entwicklungsländer immer noch benachteiligt. Aufgrund von > Protektionismus, > nicht-tarifären Handelshemmnissen und anderen Benachteiligungen werden v. a. schwache Entwicklungsländer daran gehindert, durch Exporte Devisen zu erwirtschaften und von der Erkenntnis zu profitieren, dass Handel besser als Hilfe ist – bzw. dass Einnahmen, die durch den Außenhandel erwirtschaftet werden können, eine selbstbestimmtere Politik im Sinne von > Ownership ermöglichen. Zudem hat die Liberalisierung der Weltmärkte bspw. im Agrarbereich durch Agrar-Dumping (so durch die

EU), die Produktion von > Agrartreibstoffen und die Spekulation auf Nahrungsmittel oft zu einer Verschlechterung der Ernährungslage und Lebensbedingungen vieler Menschen in Entwicklungsländern geführt. Ein offenes, faires Handelssystem ist ein wesentlicher Bestandteil einer weltweiten > Partnerschaft, dem achten Ziel der > Millennium-Entwicklungsziele. Zur Verwirklichung dieses Ziels müssen die wichtigsten Institutionen und Abkommen, die den Welthandel regeln, reformiert und weiterentwickelt werden. Bedauerlicherweise wird als globales wirtschaftliches Ordnungsprinzip weltweit nicht die „internationale soziale und ökologische Marktwirtschaft“ akzeptiert.

Um die Situation der Entwicklungsländer zu verbessern, ist aus Sicht der deutschen Entwicklungspolitik eine Reihe von Veränderungen notwendig: Handelsverzerrende > Agrarsubventionen in den Industrieländern, insbesondere Exportsubventionen sowie entwicklungsschädliche Zölle müssen abgebaut werden. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der > Privatwirtschaft müssen international verbindliche Sozialstandards eingeführt werden, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und um zu verhindern, dass aus Wettbewerb Ausbeutung wird. > Doha > Evaluierung > Everything but arms“-Initiative > Fairer Handel > Globale Strukturpolitik > Globalisierung > Millennium-Entwicklungsziele > Partnerschaft

**Handelsbilanz:** Gegenüberstellung der Warenaus- und -einführen einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Zeitperiode, Teil der > Zahlungsbilanz.

**Handelsliberalisierung:** Befreiung der Exporte und Importe von staatlichen Hemmnissen wie Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen usw. Gegenbegriff Protektion. Man unterscheidet > nicht-tarifäre und tarifäre Hemmnisse. > Doha

**Haushalt/Entwicklungshaushalt:** Im Bundeshaushalt Deutschlands legt der Entwicklungshaushalt, der Einzelplan 23, die finanziellen Grundlagen für die Entwicklungspolitik des Bundes. Von den > ODA-anrechnungsfähigen Leistungen Deutschlands ist rd. die Hälfte im Einzelplan 23 veranschlagt. Die Mittel für die EZ werden 2009 um 679 Millionen Euro aufgestockt, was einer Steigerung von 13,23 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 entspricht. Für das Haushaltsjahr 2009 stehen dem BMZ 5,814 Milliarden Euro zur Verfügung; davon fließen knapp 50 Prozent in die > bilaterale staatliche Zusammenarbeit. Fast 36 Prozent gehen in die multilaterale Zusammenarbeit (> Weltbank: 13,5 %; > Europäischer Entwicklungsfonds: 14,1 %; > Vereinte Nationen und andere internationale Einrichtungen: 5,5 %; > Regionalbanken 2,8 %). > Zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Gruppen und Institutionen erhalten 10,4 %. Das BMZ selbst, d. h. der Verwaltungsapparat, „kostet“ die Steuerzahler 77,9 Mio. Euro (=1,3 %). > Verpflichtungsermächtigung > Öffentliche Leistungen

**HDI** > Human Development Index - Index für menschliche Entwicklung

**Heavily Indebted Poor Countries - hoch verschuldete arme Länder:** Die HIPC-Initiative ist eine auf Anregung der G7 von > Weltbank und > IWF 1996 beschlossene Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder. Auf dem > G7-Gipfel in Köln 1999 wurde auf Betreiben der deutschen Bundesregierung eine Erweiterung der Schuldeninitiative (HIPC II) beschlossen. Damit soll die Verschuldung der betroffenen Länder auf ein tragfähiges Niveau reduziert werden. Für die Teilnahme an der Initiative gelten feste Abläufe und Regeln. Voraussetzung für eine Entschuldung ist die Vorlage einer nationalen Armutsbekämpfungsstrategie (> PRSP) und die Vereinbarung eines makroökonomischen Programms mit dem IWF. Kernelement der Initiative ist die Verknüpfung mit Armutsbekämpfung mit dem Ziel, zusätzlichen Spielraum für armutsrelevante Ausgaben und Investitionen zu schaffen. Die Länder, die von einer Entschuldung profitieren, sollen die frei werdenden Mittel bei der Umsetzung von wirtschaftlichen und sozialen Reformen einsetzen.

Die Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative geschieht in zwei Stufen: Zum sog. Entscheidungspunkt/Decision Point (nach meist mehrjährigem erfolgreichem Reform- und An-

passungsprogramm), der von IWF und Weltbank festgestellt wird, wird ein Land formell in die HIPC-Entschuldung aufgenommen. Zugleich wird hier berechnet, wie hoch die Entschuldung zur Wiedererlangung eines tragfähigen Verschuldungsniveaus ausfallen muss. Dem Land werden erste Interimerlasse beziehungsweise Interimuschuldungen, insbesondere auf die laufenden Fälligkeiten, gewährt. Zum späteren sog. Vollendungspunkt/Completion Point (nach weiteren erfolgreichen Anpassungsmaßnahmen und der Ausarbeitung einer Armutsbekämpfungsstrategie), der wiederum von IWF und Weltbank festgestellt wird, wird dann der Schuldenbestand erlassen. Zusätzlich wird – gemäß der von den G8-Finanzministern 2005 beschlossenen Multilateralen Entschuldungsinitiative – der Erlass der verbliebenen multilateralen Schulden beim IWF, der Weltbanktochter IDA und dem Afrikanischem Entwicklungsfonds gewährt. > Schuldenerleichterung

**Heiligendammprozess:** Ein wichtiger Schritt, um die führenden > Ankerländer stärker an der weltweiten Strukturpolitik zu beteiligen, ist der so genannte Heiligendammprozess. Zum G8-Gipfel unter deutschem Vorsitz 2007 in Heiligendamm wurden auch Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika (die sog. Gruppe der 5/> G5) eingeladen. Es wurde ein hochrangiger, bei der > OECD angesiedelter Dialog vereinbart, der sogenannte Heiligendammprozess. Themen sind u. a. der Schutz geistigen Eigentums, die > EZ mit besonderem Augenmerk auf Afrika sowie die weltweite Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen und die Erhöhung der Energieeffizienz sein. > G7/8

**Hermes-Bürgschaften/-Garantien:** Bundesdeutsches Exportkreditversicherungssystem, das deutsche Unternehmen gegen die mit Exporten und Investitionen in Entwicklungsländer(n) verbundenen wirtschaftlichen (Zahlungsunfähigkeit) und politischen Risiken absichert. > Exportkreditgarantien und -bürgschaften [www.eulerhermes.de](http://www.eulerhermes.de)

**Heterogenität, soziokulturelle, strukturelle:** In Anlehnung an den Begriff der ökonomischen strukturellen Heterogenität der > Dependenztheorien das gleichzeitige Neben- und Gegeneinander aufeinander einwirkender und widersprüchlicher struktureller Bedingungen im Bereich der sozialen Organisation, der Wertbestände und Normen einer Gesellschaft an der Peripherie des modernen Weltsystems, so z. B. das in einem Land anzutreffende Nebeneinander eines entwickelten modernen Sektors und eines sog. traditionell-rückständigen Sektors. > Dualismus

**HICs/High-income countries - Länder mit hohem Einkommen:** Länder, deren > BNE pro Kopf lt. Weltbank 11.906 US-\$ oder mehr im Jahre 2008 betrug. > LIC > MIC

**Hilfe zur Selbsthilfe:** Bezeichnet das Prinzip, das Maßnahmen zugrunde liegt, die die unter Not oder anderen Engpässen leidenden Menschen, Gruppen oder Organisationen dazu befähigen, sich selbst zu helfen. Entwicklungspolitische Maßnahmen versprechen besonders dann Erfolg, wenn sie die Selbsthilfekapazitäten der Bevölkerung fördern und stärken. Erfolgreiche Selbsthilfe ist das Bestreben, aus eigener Kraft Ziele zu verwirklichen. Externe Förderung sollte nicht über erste Anstöße hinausgehen; die Betroffenen sind bei allen Entscheidungen zu beteiligen. > Community Development > Mikrofinanzsysteme > Nachhaltigkeit > Ownership > Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung > WFP/Welternährungsprogramm > Wirksamkeit

**HIPC** > Heavily Indebted Poor Countries

**HIV/AIDS:** Das Menschliche Immunschwäche-Virus (Human Immunodeficiency Virus/HIV) ist ein Virus, das zur Familie der Retroviren gehört. Das HI-Virus wird durch Kontakt mit den Körperflüssigkeiten Blut, Sperma, Vaginalsekret und auch Muttermilch übertragen. Eine Ansteckung führt nach einer unterschiedlich langen, meist mehrjährigen

Inkubationsphase zu AIDS (Acquired Immunodeficiency Syndrome - Erworbenes Immunschwäche-Syndrom), einer derzeit noch unheilbaren Immunschwächekrankheit. Die Verbreitung von HIV hat sich in den letzten 25 Jahren zu einer Pandemie entwickelt. Weltweit sind rd. 40 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert. 30 Millionen Menschen sind seit dem Beginn der Pandemie an der Krankheit gestorben. Mehr als 15 Millionen Kinder wurden durch AIDS zu Waisen. Weltweit steigt die Infektionsrate von Frauen überproportional an: Inzwischen machen sie die Hälfte der Betroffenen aus, in Subsahara-Afrika sind es sogar 60 Prozent. Die weltweite Ausbreitung von HIV/AIDS hat Dimensionen erreicht, welche die Krankheit zu einem zentralen Entwicklungshemmnis für viele arme Länder der Welt macht. Daher soll gemäß den Zielvorgaben der > Millennium-Entwicklungsziele (s. auch Anhang) die Ausbreitung von HIV/AIDS bis 2015 zum Stillstand und allmählich umgekehrt und bis 2010 der allgemeine Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sichergestellt werden. Die Art der Regierungsführung sowie die finanzielle Situation des Landes und die Einkommensverteilung beeinflussen darüber hinaus im positiven oder negativen Sinne maßgeblich die Verbreitung von HIV in einem Land oder einer Region.

Die deutsche > Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Bekämpfung von HIV/AIDS mit einer Vielzahl von Interventionen. Auf bilateraler Ebene besteht der Beitrag in Aufklärungskampagnen, Programmen zur sozialen Vermarktung von Kondomen, in der Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau des Gesundheitswesens, im politischen Dialog mit Partnern und internationalen Organisationen sowie in neuen Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Zudem fördert die deutsche EZ den Aufbau von HIV/AIDS-Arbeitsplatzprogrammen und Maßnahmen zur Verhinderung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV. Auf multilateraler Ebene unterstützt sie durch finanzielle Beiträge zu > GFATM und > UNAIDS, Weltbank und EU die Bekämpfung von HIV/AIDS. > Gesundheit

### **Hocheinkommensländer > HICs**

**Holländische Krankheit - Dutch Disease:** Bezeichnet das volkswirtschaftliche Paradoxon, gemäß dem es in erfolgreich exportierenden Volkswirtschaften durch eine reale > Aufwertung der Währung zu einem Rückgang des Wachstums der Exportsektoren und damit zu einer Beeinträchtigung des langfristigen Wachstums der Volkswirtschaft und einem ökonomischen Niedergang kommen kann. In Analogie dazu befürchten Vertreter der politischen Ökonomie, dass die > ODA zu unerwünschten, negativen makro-ökonomischen Nebenwirkungen führen kann. > Moral Hazard

**HPI/Human Poverty Index:** Ein von > UNDP entwickelter, multidimensionaler Maßstab zur Messung der Armut. Der „Index für menschliche Armut“ fasst die Mangelerscheinungen in vier grundlegenden Bereichen des menschlichen Lebens zusammen: langes und gesundes Leben, Wissen, ökonomische Versorgung und soziale Integration. Für die Entwicklungsländer (bzw. Industrieländer) wird Armut mit dem HPI-1 (bzw. HPI-2) erfasst. Die fehlende Möglichkeit, ein langes und gesundes Leben zu führen, wird an dem Prozentsatz der Menschen gemessen, die wahrscheinlich nicht älter als 40 Jahre (bzw. nicht älter als 60 Jahre) werden. Fehlendes Wissen wird durch die Analphabetenrate (bzw. durch funktionalen Analphabetismus bei Erwachsenen) gemessen – Mängel bei der ökonomischen Versorgung durch den Prozentsatz der Menschen, die keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten und Trinkwasser haben (bzw. durch Einkommensarmut) sowie den Prozentsatz der Kinder unter fünf Jahren, die mittleres oder schweres Untergewicht aufweisen (bzw. beim HPI-2: mangelnde soziale Integration durch Langzeitarbeitslosigkeit). Der HPI wurde 2010 durch den > MPI ersetzt. > HDI [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Human Development:** Menschliche Entwicklung stellt lt. > UNDP die Menschen in das Zentrum von Entwicklung. Sie ist ein Prozess, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen er-

weitert („Human development is a process of enlarging people's choices“) und die menschliche Sicherheit erhöht. > Entwicklung > human security > soziale Entwicklung

**Human Development Index/HDI - Index für menschliche Entwicklung:** Beim > Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gibt es Bemühungen, „Entwicklung“ in mehreren Dimensionen zu erfassen. In den seit 1990 von UNDP jährlich veröffentlichten Berichten zur Lage der menschlichen Entwicklung (> Human Development Report) kommt der „Index für menschliche Entwicklung“ zur Anwendung. Dieser HDI dient als kombinierter Indikator für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes und spiegelt die Leistungen in den grundlegendsten menschlichen Befähigungen wider: einen angemessenen Lebensstandard zu haben, ein langes Leben zu führen und über Wissen zu verfügen. Hierfür werden drei Indikatoren - die reale Kaufkraft des Pro-Kopf-Einkommens, die Lebenserwartung und die Alphabetisierungsrate - auf eine Skala von 0 bis 1 projiziert, und die untersuchten Länder werden in vier Klassen eingeteilt: Länder mit „sehr hoher menschlicher Entwicklung“ - HDI zwischen 0,9 und 1), mit „hoher menschlicher Entwicklung (zwischen 0,8 und 0,889), mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“ (zwischen 0,5 und 0,799) und Länder mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ (unter 0,5). Der HDI-Wert ist ein umfassenderes Maß als das Pro-Kopf-Einkommen. Er zeigt, welchen Weg ein Land bis zur Erreichung des möglichen Höchstwertes von 1 bereits zurückgelegt hat, und gestattet auch Vergleiche mit anderen Ländern. > HPI > human development > Soziale Entwicklung > Sozialindikatoren [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Human Development Report/HDR - Bericht über die menschliche Entwicklung:** Seit 1990 wird in jedem Jahr für das > Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/UNDP der HDR veröffentlicht, der jeweils einem übergreifenden und für die aktuelle Entwicklungsdiskussion bedeutsamen Schwerpunktthema gewidmet ist. Er zeichnet sich nicht nur durch umfangreiche Statistiken für mehr als 170 Länder aus, sondern auch dadurch, dass der Entwicklungsbegriff nicht nur am wirtschaftlichen Wachstum und Pro-Kopf-Einkommen festgemacht wird, sondern neben dem Einkommen auch noch die Lebenserwartung und die Alphabetisierungsrate in den „Index für menschliche Entwicklung“ (> HDI) einbezieht. Der HDR ist von der Überzeugung geleitet, dass Entwicklung letztlich einen Prozess darstellt, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert und nicht nur das Volkseinkommen erhöht. [www.undp.org](http://www.undp.org)

**Human Poverty Index > HPI**

**Human Security - menschliche Sicherheit:** Der Begriff ist von > UNDP im Entwicklungsbericht 1994 als Leitbegriff präsentiert worden. Die internationale Nichtregierungsorganisation > Society for International Development/SID zählte zu den ersten in einer breiteren Öffentlichkeit, die die Trennung von Entwicklung und Sicherheit beklagten, das „Global Human Security“-Konzept propagierten und zusammen mit dem Deutschen Bundestag am 17./18.9.93 eine Europäische Parlamentarierkonferenz zu dem Thema durchführten. In der Schlusserklärung der Konferenz wird menschliche Sicherheit definiert als das Fehlen jeglicher Bedrohung von Leben, Lebensweise und Kultur der Menschen durch die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Sicherheit basiere auf der Verwirklichung der Menschenrechte und auf umweltverträglichem und sozial gerechtem Fortschritt. Die Universität der Vereinten Nationen hat in der > UNO-Stadt Bonn das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit (UNU-EHS) eingerichtet, um die Vulnerabilität und die Belastungsfähigkeit von Gesellschaften, die von natürlichen und vom Menschen verursachten Gefährdungen in einer sich verändernden Umwelt betroffen sind, zu erfassen. [www.sidint.org](http://www.sidint.org) ; [www.ehs.unu.edu](http://www.ehs.unu.edu)

**Humanitäre (Sofort-)Hilfe:** Soll schnell akute Notlagen der Bevölkerung beseitigen oder lindern, die ein Land allein oder sofort nicht selbst meistern kann, unabhängig davon, was die Notlage verursacht hat. Sie will bedrohtes Leben erhalten und der Bevölkerung die allernot-

wendigsten Güter des täglichen Bedarfs zur Verfügung stellen. In der Bundesrepublik Deutschland entscheidet über diese Hilfe das Auswärtige Amt.

Die Hilfe konzentriert sich hauptsächlich auf die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen (z. B. Lebensmittel- und Arzneimittellieferungen, Impfungen, Wasserversorgung, psychologische Unterstützung, Minenräumung, Bereitstellung von Kleidung und Unterkünften, Rehabilitation). Außerdem wird vorbeugende Hilfe geleistet (Pflanzen von Bäumen gegen Überschwemmungen usw.). Die Bundesregierung fördert geeignete Hilfsprojekte der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen, deutscher > Nichtregierungsorganisationen und der Rotkreuz-Organisationen. Zwischen Humanitärer Hilfe des Auswärtigen Amtes und entwicklungsorientierter Not- und Übergangshilfe des BMZ gibt es vielfältige Schnittstellen. Daher erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem Arbeitsstab Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes und dem Not- und Übergangshilfeferat im BMZ. Bei komplexen Notlagen erstreckt sich die Abstimmung ggf. auch auf andere Ressorts, wie z. B. das Verteidigungsministerium bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Humanitäre Soforthilfe unterscheidet sich von der längerfristig ausgerichteten > Entwicklungszusammenarbeit. > ECHO > Not- und Übergangshilfe

**Humankapital:** Wissen und Fähigkeiten der Menschen(, das im Produktionsprozess eingesetzte Sachkapital zu nutzen und weiterzuentwickeln).

**Hunger:** In einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, sind Hunger, Unterernährung und extreme > Armut nach wie vor bittere Realität. Fast eine Milliarde Menschen hungern weltweit. Diese Entwicklung steht in krassem Gegensatz zu dem Menschenrecht auf Nahrung und zum ersten > Millennium-Entwicklungsziel, das vorsieht, den Anteil der Hungernden und extrem Armen bis 2015 zu halbieren. Zwar konnten in der Vergangenheit erhebliche Produktivitäts- und Mengensteigerungen bei den Nahrungsmitteln erzielt werden, doch haben die Menschen von diesen Fortschritten sehr ungleich profitiert, und für viele Arme, besonders in den städtischen Gebieten ohne zu Gang zu einer Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln, ist Hunger eine alltägliche Realität. Der Klimawandel mit der Zunahme von Dürren und Naturkatastrophen wie auch menschlichen Aktivitäten, bspw. Überweidung, tragen mit dazu bei, dass die natürlichen Grundlagen für die Gewinnung von Nahrungsmitteln schrumpfen. Das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington hat in Kooperation mit der > Deutschen Welthungerhilfe den Welthunger-Index (WHI) (Global Hunger Index) entwickelt. Er umfasst drei Indikatoren (Unterernährung, Kinderuntergewichtigkeit und Kindersterblichkeit). Das Länderranking soll den politischen Willen der Länder stärken, in positiver Konkurrenz zueinander den Hunger zu bekämpfen. Das BMZ fördert vor allem kleinbäuerliche Landwirtschaft. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, zum Beispiel die Erhaltung des Mutterbodens und der Bodenfruchtbarkeit, der Biodiversität und der Wasserqualität spielen dabei eine wichtige Rolle. Die in Zeiten von Hungerkrisen – wie 2008 – immer ansteigenden Nahrungsmittelhilfen „von außen“ sind eine unabdingbare Nothilfe, aber sie sind keine Dauerlösung. Ländliche Entwicklung in all ihren Facetten – von der Landwirtschaftsförderung über die Bildungsförderung, von einer ordentlichen Gesundheitsversorgung bis zur umweltverträglichen Energieversorgung – muss deshalb ein zentrales Anliegen der Entwicklungspolitik sein. > Agrarforschung > Agrarpolitik > Aktionsprogramm 2015 > Desertifikation > Ernährung > Klimawandel > Ländliche Entwicklung > Millennium-Entwicklungsziele [www.ifpri.org](http://www.ifpri.org) ; [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

**IBFG/Internationaler Bund Freier Gewerkschaften:** Der IBFG (International Confederation of Free Trade Unions/ICFTU) wurde 1949 gegründet und zählte über 230 assoziierte Organisationen in über 150 Ländern der Welt mit rund 150 Millionen Mitgliedern. Der IBFG kooperierte eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation und hatte Konsultationsstatus u. a. mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der UN, mit der UNESCO und mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN. Außerdem pflegte er enge Kontakte mit dem

Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der WTO (> Welthandelsorganisation). Um im Prozess der Globalisierung die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit durchzusetzen, initiierte der IBFG Kampagnen, die auf die Abschaffung von Kinder und Sklavenarbeit, internationale Arbeiterrechte, die Bekämpfung von Rassismus, AIDS, die Verteidigung von Migrantenrechten sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz abzielten. Ein weiteres Ziel des IBFG ist es, die gewerkschaftliche Organisation und Mitgliederwerbung zu fördern, wobei der IBFG Priorität auf den Schutz von Jugend-, Frauen- und ungeschützten Arbeitern in der informellen Wirtschaft setzt. In Zusammenarbeit mit seinen Global Union Partnern hat der IBFG eine Reihe von Initiativen gestartet, die darauf abzielen, multinationale Unternehmen zu überzeugen, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen. Außerdem veröffentlicht der IBFG jedes Jahr ein Gutachten, das die Verletzung von Arbeitnehmerrechten in über 130 Ländern verzeichnet.

Der IBFG und der 1920 gegründete, religiös geprägte Weltverband der Arbeit (WVA) lösten sich im November 2006 auf und fusionierten zum Internationalen Gewerkschaftsbund (> IBG). > Entwicklungscharta des IBFG [www.icftu.org](http://www.icftu.org)

**IGB/Internationaler Gewerkschaftsbund - „International Trade Union Confederation/ITUC:** Der IGB wurde am 6. November 2006 gegründet und vertritt 168 Millionen Mitglieder in 306 Organisationen aus 154 Ländern bzw. Territorien. Mit der Gründung des IBG reagierten die Gewerkschaften, die bisher in den internationalen Bündnen > IBFG und WVA zusammengeschlossen waren, auf die sich verschärfenden globalen Herausforderungen. In dem neuen Dachverband haben nicht nur die bisherigen Mitgliedsorganisationen von IBFG und WVA ihren Platz gefunden, sondern auch die großen nationalen und regionalen Konföderationen, die sich bisher keinem der beiden internationalen Verbände angeschlossen hatten. Dazu gehören große Organisationen aus Lateinamerika, aber beispielsweise auch der französische Gewerkschaftsbund CGT. Die Hauptarbeitsfelder des IGB sind: > Gewerkschaften und > Menschenrechte; Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeit; Gleichheit und Nichtdiskriminierung; internationale > Solidarität. Erklärtes IGB-Ziel ist die Durchsetzung der Kernarbeitsnormen der > Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen. [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org)

**IBRD** > Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung > Weltbankgruppe

**ICFTU/International Confederation of Free Trade Unions** > IBFG

**ICRW/International Convention for the Regulation of Whaling - Internationale Konvention zur Regulierung des Walfangs:** Ziel der 1946 beschlossenen Konvention ist es, ausschließlich den wissenschaftlichen Walfang zuzulassen. Der Präambel nach verfolgt die ICRW „die gesunde Erhaltung der Walbestände sicherzustellen und zugleich eine geordnete Entwicklung der Walfangindustrie zu ermöglichen.“ Auf Grund des drastischen Rückgangs der Walbestände gründeten die Walfangnationen 1948 unter der ICRW die Internationale Walfang-Kommission (IWC). Diese strebt die Erhaltung und Nutzung der Walbestände an. [www.iwcoffice.org](http://www.iwcoffice.org)

**ICSID** > Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

**IDA** > Internationale Entwicklungsorganisation > Weltbankgruppe

**IFAD/International Fund for Agricultural Development - Internationaler Agrarentwicklungsfonds:** IFAD wurde 1974 im Rahmen der Welternährungskonferenz als Sonderorganisation der UN gegründet. Der IFAD verfolgt die Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten und vergibt zinsgünstige Kredite an Entwicklungsländer. Mitte 2008 umfasste der Fonds 165 Mitglieder. Die BRD ist eines der Gründungsmitglieder des IFAD. [www.ifad.org](http://www.ifad.org)

**IFC** > Internationale Finanz-Corporation

**IIF/Institute of International Finance - Institut für Internationale Finanzen:** Beim IIF handelt es sich um eine Lobbyorganisation der weltweit größten Finanzinstitutionen mit Sitz in Washington. Das IIF wurde im Jahr 1982 als Reaktion auf eine Krise auf den internationalen Finanzmärkten gegründet. Die rd. 300 Mitglieder stammen aus 60 Ländern weltweit. > IWF > Weltbank > Londoner Club [www.iif.com](http://www.iif.com)

**IKT/Informations- und Kommunikationstechnologien** > Internet

**ILO/International Labour Organisation** > Internationale Arbeitsorganisation

**Imperialismus:** Das lateinische Wort „imperium“ bedeutet „Macht, Herrschaft, Reich“, im engeren Sinn „Weltreich“. Imperialismus im allgemeinen Sinn ist das Streben nach weltweiter Vorherrschaft mit dem Ziel, die Bevölkerung eines fremden Landes mit politischen, ökonomischen, kulturellen und ideologischen Mitteln zu beeinflussen, auszubeuten, abhängig zu machen und direkt oder indirekt zu beherrschen. Im spezielleren, marxistischen Sinne bezeichnet Imperialismus die Form des Kapitalismus, bei der dieser seine nationalen Grenzen überschreitet, um durch ungleichen Handel und Kapitalanlage im Ausland auch aus fremden Märkten Gewinne zu ziehen. In der Zeit des Imperialismus (seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts) erlebte der > Kolonialismus seine volle Ausprägung als internationales Kolonialsystem.

**Import-Substituierende Industrialisierung/ISI:** ISI ist ein ursprünglich von Franz Liszt im 19. Jahrhundert artikuliertes Entwicklungssystem, gemäß dem die zumeist zu überhöhten Preisen aus Industrieländern erworbenen Importgüter durch im Inland hergestellte Produkte ersetzt werden und so die Binnenwirtschaft angekurbelt wird. ISI bietet folglich die Möglichkeit, sich den schwierigen Verhältnissen auf dem Weltmarkt zu entziehen und die > Abhängigkeit von ausländischen Importprodukten zu reduzieren. Zur Abwehr von Importen wurden Schutzzölle (auch sog. > Erziehungszölle) erhoben. Die auf > Importsubstitution setzende Industrialisierung wurde in den 1950er und 1960er Jahren insbesondere in Südasien sowie in einigen Ländern Afrikas und Lateinamerikas umgesetzt – letztlich nicht mit dauerhaftem Erfolg, so dass sie weitgehend aufgegeben wurde.

**Importsubstitution:** Industrialisierungsstrategie, die darauf abzielt, bisher importierte Produkte durch heimische Erzeugnisse zu ersetzen. Ziel einer solchen Strategie ist es, den eigenen Industrialisierungsprozess in Gang zu bringen und gleichzeitig die Abhängigkeit vom Ausland (Importbedarf) zu verringern. In extremer Form koppelt sich ein Land dabei völlig von der internationalen Arbeitsteilung ab und verbraucht nur, was es selbst erzeugt bzw. umgekehrt (Autarkie). Eine Strategie der Importsubstitution findet ihre Grenze an der Größe der inländischen Absatzmöglichkeiten (Marktengpass) für das fragliche Produkt. > Abkoppelung

**Income Terms of Trade:** Verhältnis aus dem Index der Exporterlöse und dem Index der Importpreise. Die Income Terms of Trade geben an, wie sich die Importkapazität eines Landes verändert hat.

**Index für Entwicklungsengagement - Commitment to Development Index/CDI:** Der vom Center for Global Development, Washington D.C., zusammen mit der Zeitschrift Foreign Policy publizierte Index bewertet 22 „reiche“ Länder daraufhin, ob ihre Politik in ausgewählten Bereichen armen Ländern eher hilft oder schadet. Das Entwicklungsengagement wird auf der Grundlage folgender Indikatoren bewertet: Auslandshilfe, Handel, Investitionen, Einwanderung, Umweltschutz, Friedenserhaltung/Sicherheit und Technologien. 2008 erreichten

die Niederlande, Schweden und Norwegen die ersten drei Plätze; Deutschland stand auf Platz 13 und Südkorea auf dem letzten Platz. [www.cgdev.org/section/initiatives/active/cdi](http://www.cgdev.org/section/initiatives/active/cdi)

**Index für menschliche Entwicklung** > HDI/Human Development Index

**Indexierung:** Versuch der Entwicklungsländer, die Preisentwicklung für Rohstoffexporte an die Entwicklung der Exportpreise für Industriewaren aus entwickelten Ländern zu knüpfen. Ziel der Indexierung ist es, die Kaufkraft der Entwicklungsländer-Exportenerlöse konstant zu halten.

**Indigene:** Indigene leben überall in der Welt. Die zuständige Arbeitsgruppe der > Vereinten Nationen zu indigenen Bevölkerungen stützt sich auf die vom ehemaligen VN-Sonderberichterstatler José Martínez Cobo 1987 eingeführte Arbeitsdefinition (sog. „Cobo-Definition“). Danach verfügen indigene Völker über mindestens eine der folgenden Charakteristika: (1) Direkte Nachkommen historischer, vorkolonialer Gesellschaften, (2) nicht dominierender Teil ihrer aktuellen nationalen Gesellschaften, (3) mit besonderem Bezug zu ihrem angestammten Territorium und ihrer ethnischen Identität, (4) bestrebt, ihre kulturelle Eigenart sowie eigene gesellschaftliche Institutionen und Rechtssysteme zu erhalten und zu entwickeln sowie an spätere Generationen weiterzugeben. Auch wenn es keine allgemeingültigen Angaben über den indigenen Bevölkerungsanteil in Lateinamerika und der Karibik gibt, so besagen Schätzungen, dass indigene Völker mit 40 bis 50 Millionen Menschen zwischen acht und zehn Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. In einzelnen Ländern identifizieren sich z. B. auch afro-amerikanische Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen, die nicht auf vorkoloniale Existenz zurückgehen, als „indigene Völker“. Auch sie sind indigenen Organisationen angeschlossen oder nehmen deren Ziele und Rechte in Anspruch.

Das „UN Permanent Forum on Indigenous Issues“ (UNPFII) fungiert als Beratungsgremium des > ECOSOC. Die > Entwicklungszusammenarbeit unterstützt und fördert indigene Völker unter Beachtung der Würde, > Menschenrechte und Einzigartigkeit der indigenen Völker. Der ursprüngliche paternalistische Entwicklungsansatz wurde zunehmend durch partizipative Ansätze ersetzt, bei denen indigene Partnerorganisationen sich bereits an der Planung der Vorhaben beteiligten. [www.un.org/esa/socdev/unpfii](http://www.un.org/esa/socdev/unpfii) ; [www.indigenouspeople.net](http://www.indigenouspeople.net) ; [www.worldbank.org/indigenous](http://www.worldbank.org/indigenous)

**Indikatoren:** Indikatoren sollen bestimmte Sachverhalte anzeigen bzw. „messen“, die nicht direkt beobachtbar sind. Z. B. gilt die Alphabetisierungsrate als Indikator für das Bildungsniveau. Die Schuldenquote (Anteil des Schuldenstandes am > BNE) wird als Anzeiger für die volkswirtschaftliche Belastung eines Landes durch die Auslandsverschuldung angesehen. Man unterscheidet Pro-Kopf-Indikatoren (z. B. das > Pro-Kopf-Einkommen, prozentuale Indikatoren (z. B. Anteil der Investitionen am BNE) und strukturelle Indikatoren (z. B. Schuldenquote). Außerdem gibt es qualitative Indikatoren, die sich nicht so leicht in Maßzahlen übersetzen lassen (z. B. Fremdsprachenfähigkeiten als Indikatoren für die kulturelle Offenheit eines Landes). Die Datenbanken der Weltbank erlauben die individuelle Zusammenstellung unterschiedlicher Indikatoren zu einzelnen Ländern (<http://ddp-ext.worldbank.org/ext/DDPQQ/member.do?method=getMembers&userid=1&queryId=135>).

> HDI > LDCs > Sozialindikatoren

**Indirect Rule - indirekte Herrschaft:** Bezeichnet zumeist die indirekte koloniale Macht ausübung. Der Begriff geht auf die britische Kolonialmacht zurück. Theoretisch beschränkt sich die Kolonialmacht demnach auf die Oberhoheit über ein Territorium. Die Ausgestaltung der politischen und sozialen Systeme wird der betroffenen Gesellschaft gewährt.

**Industrieländer:** In der entwicklungspolitischen Diskussion ursprünglich die in der OECD vereinigten westlichen Länder mit einem hohen Industrialisierungsgrad, der im Laufe der

letzten Jahrzehnte allerdings immer mehr abgenommen hat und die Bezeichnung „Industrieländer“ fragwürdig erscheinen lässt) und Lebensstandard (auch > „entwickelte Länder“ genannt), die „Entwicklungshilfe“ (> ODA) an > Entwicklungsländer vergeben; neuerdings werden auch fast alle mittel- und osteuropäischen Länder, Russland und eine Reihe der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion dazugezählt. In ihnen leben rd. 1,2 Milliarden Menschen. Weder Entwicklungs- noch Industrieländer entsprechen dem Leitbild der > nachhaltigen Entwicklung; alle sind mehr oder weniger fehlentwickelt. > Entwicklung

### **Informations- und Kommunikationstechnologien** > Internet

**Informelle Bildung:** Unter informeller Bildung versteht man die Bildung außerhalb öffentlicher und formeller Bildungseinrichtungen, z. B. Bildung in der Familie oder außerschulischen Lerngruppen.

**Informeller Sektor:** Wichtiger Teilbereich der Wirtschaft vieler Entwicklungsländer (auch „Schattenwirtschaft“ oder „Parallelökonomie“), der oft durch arbeitsintensive Produktion sowie schlecht bezahlte und gering qualifizierte Arbeit ohne soziale Absicherung gekennzeichnet und vor allem im Dienstleistungs- und Handelsbereich weit verbreitet ist. Im informellen Sektor - vor allem Kleinstunternehmen des Handwerks, des Handels und sonstiger Dienstleistungen - dominiert statt gesetzlicher Regelung die persönliche Absprache, was nicht selten mit Ausbeutung der abhängig Beschäftigten verbunden ist, aber zugleich ein Überleben der Betroffenen ermöglicht. > Eigentumsrechte > formeller Sektor

**Infrastruktur:** Bezeichnet i. d. R. die wirtschaftlichen, materiellen, sozialen und technischen Grundlagen einer Volkswirtschaft und Gesellschaft, die für das Funktionieren und die Entwicklung nötig sind, also die Energieversorgung, das Transport- und Verkehrswesen, das Abwasser- und Trinkwassersystem, das Kommunikationswesen, aber auch z. B. Verwaltungs-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

**Inklusives Wachstum:** Eine Wirtschaftsentwicklung, die v. a. den Armen zugute kommt. > Wirtschaftswachstum

### **Inselentwicklungsländer** > Small Island Developing States/SIDS

### **Institutional Development** > Capacity Development

**Institutionen:** Der Aufbau von Institutionen ist ein essentieller Teil des Entwicklungsprozesses. Im Theorierahmen der Neuen Institutionenökonomie ist wirtschaftliche Dynamik vor allem eine Frage der Art und der Entwicklung der Institutionen eines Landes. > Capacity Development > Good Governance

**Integration, wirtschaftliche:** Zusammenschluss nationaler Wirtschaftsräume zu einem übernationalen Wirtschaftsraum. Die Integration kann in vier Intensitätsstufen erfolgen, wobei jeweils die höhere Integration die vorherigen Stufen einschließt: (1) als Freihandelszone durch den Abbau gegenseitiger Handelshemmnisse, (2) als Zollunion - zur Freihandelszone kommt ein gemeinsamer Außenzoll, (3) als Wirtschaftsunion - zur Zollunion kommen die unbehinderte Faktormobilität und die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, (4) als Wirtschafts- und Währungsunion - zur Wirtschaftsunion kommt eine gemeinsame Währung (und damit auch eine gemeinsame Geldpolitik) hinzu. Noch wesentlich ambitionierter ist das Ziel von Staaten einer bestimmten Region, eine politische Union zu schaffen, die bspw. auch in der Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Politik verfolgt.

**Integriertes Rohstoffprogramm:** Integriertes Rohstoffprogramm ist das auf der UNCTAD IV (1976 in Nairobi) beschlossene Kernstück der Neuen Weltwirtschaftsordnung, das die ungleichen Nutzeffekte der internationalen Rohstoffpolitik durch umfassende Regelungen und Eingriffe in das Marktgeschehen zugunsten der Entwicklungsländer umverteilen sollte. Der ursprüngliche Corea-Plan (benannt nach dem Generalsekretär der UNCTAD) enthielt zehn Kernrohstoffe, für die Bufferstockabkommen vereinbart werden sollten, sowie acht weitere Rohstoffe. Entscheidend ist, dass die einzelnen Rohstoffe in ein integriertes Regelungs-, Verwaltungs-, Lagerungs-, An- und Verkaufs- sowie Finanzierungssystem einbezogen werden sollen, gegen dessen potentiell marktwidrige Dirigismus- und Bürokratisierungstendenzen die Industrieländer entschieden Widerstand leisten. Die Mittel für den so genannten „zweiten Schalter“ sollen dazu dienen, andere rohstoffbezogene Maßnahmen, wie Vermarktung, Produktivitätsverbesserungen, Verarbeitung, Forschung und Entwicklung zu finanzieren. Im Verlaufe der internationalen Folgeverhandlungen wurde dieses Konzept unter dem Druck der Industrieländer und erleichtert durch die Interessendivergenzen unter den Entwicklungsländern zunehmend entschärft. > Gemeinsamer Fonds

**Inter-Amerikanische Entwicklungsbank - Inter-American Development Bank/IDB:** Die in Washington D.C. ansässige IDB wurde 1959 als erste der regionalen Entwicklungsbanken gegründet. Deutschland trat 1976 bei, als die Bank für nicht regionale Mitglieder geöffnet wurde. Die IDB ist die größte multilaterale Finanzinstitution in Lateinamerika. Grundlegende Ziele der IDB sind nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum sowie Armutsbekämpfung und der Abbau sozialer Ungleichheit. Dementsprechend richtet die IDB ihre Förderung auf folgende Schwerpunkte aus: Modernisierung des Staates, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Entwicklung und regionale Integration. Nachhaltigkeit wird als Querschnittssektor verstanden. Von den Ende 2007 rund 101 Mrd. US-\$ Grundkapital sind 4,3 Mrd. US-\$ eingezahlt (Rest: Haftungskapital). Die Bank hat 2007 insgesamt 105 Vorhaben von insgesamt 8,8 Mrd. US-\$ (Darlehen zu marktnahen Zinsen, Garantien) sowie 19 zinsvergünstigte Kredite aus dem Fund for Special Operations/FSO in Höhe von insgesamt 152 Mio. US-\$ finanziert. Darüber hinaus haben BMZ und IDB 2004 ein Partnerschaftsabkommen zur Förderung der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz geschlossen, das bisher mit 16,6 Mio. Euro unterstützt wurde. > Kredite > Regionale Entwicklungsbanken [www.iadb.org](http://www.iadb.org)

**Interdependenz:** Interdependenz/gegenseitige Abhängigkeit bezeichnet in der internationalen Politik eine Tendenz zur Ausweitung der zwischengesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie ist insbesondere seit den siebziger Jahren zu beobachten und hat zu einer Zunahme wechselseitiger Abhängigkeiten in Wirtschaft, Politik, Kultur, Ökonomie und Ökologie geführt. Traditionelle, am Nationalstaat orientierte Politikmuster stoßen vor diesem Hintergrund auf Grenzen. Es werden deshalb Forderungen laut, die globale Verantwortung für die sich herausbildende „Weltgesellschaft“ zu erkennen und eine „Weltinnenpolitik“ bzw. „Erdpolitik“ zu betreiben. > Abhängigkeit > Brandt-Bericht > Eine Welt > Global Governance > Nord-Süd-Zentrum

**Interessen:** Besonders > Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Organisationen fällt es oft schwer, Eigeninteressen, die sich auf das Wohlergehen des eigenen Landes beziehen, für das entwicklungspolitische Engagement zu benennen. Man engagiert sich, um anderen zu helfen - aus humanitären, christlichen und solidarischen > Motiven oder weil man für die > Eine Welt etwas tun will. Dies mag verständlich sein. Aber auf die staatliche Ebene bezogen, ist jede Politik zugleich Interessenpolitik - auch die Entwicklungspolitik, die in das Gesamtgeflecht der auswärtigen Beziehungen eingebunden ist und wie andere Politikbereiche dem grundgesetzlichen Auftrag unterliegt, deutschen Interessen zu dienen und den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren. Klassische, oft „realistisch“ genannte Außenpolitik verfolgt primär die Eigeninteressen eines Landes. Zu ihnen gehören vorrangig die Maximierung der nationalen Sicherheit, Wohlstand und das Streben nach Macht und Einfluss im Sinne einer

Sicherung „nationaler“ Interessen. Die bundesdeutsche Außenpolitik zwang zu Zeiten des Kalten Krieges der Entwicklungspolitik die Verfolgung des deutschen Alleinvertretungsanspruchs auf (> Hallstein-Doktrin); so wurde Tansania mit dem Entzug der Entwicklungshilfe bestraft, als es die DDR staatlich anerkannte. Der Außenwirtschaftspolitik der export- und rohstoffabhängigen Bundesrepublik ging und geht es vor allem um einen offenen Welthandel, die Ausweitung von Exporten und Investitionen und um sicheren und preiswerten Bezug von Rohstoffen. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Bankrott kommunistischer Entwicklungsstrategien hat sich in den westlichen Industrieländern die alte „raison d'être“ der Entwicklungshilfe als Mittel zur Eindämmung des Kommunismus verflüchtigt. Auf jeden Fall schien eine neue, freiere, auf genuin entwicklungspolitische Ziele ausgerichtete Politik möglich. In diese Richtung weisen auch die entwicklungspolitischen > Kriterien. Sie belegen die Absicht der Bundesregierung eine an > Werten orientierte Entwicklungspolitik zu betreiben. Aber gegenläufige Tendenzen innerhalb der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden immer wieder deutlich.

Zur Dauererkenntnis der Entwicklungspolitik gehört: Es geht nicht so sehr um Eigeninteressen versus Interessen der anderen, sondern um einen fairen Interessensausgleich, bei dem möglichst beide Seiten gewinnen. Hier scheiden sich Partei- und Gruppeninteressen einer egoistischen Kurzstreckenpolitik von einer auch an den kommenden Generationen orientierten Langfristpolitik. Die langfristige Sicherung des Wohles des deutschen Volkes hängt auch von günstigen internationalen Rahmenbedingungen ab, zu denen ein Mindestmaß an Entwicklungschancen für den Süden, an sozialem Ausgleich und Schutz der Umwelt gehören. Es gilt, humanitäre Motive mit wohlverstandenen langfristigen Eigeninteressen zu verbinden; so hatte schon Willy Brandt gemahnt: Wer den Frieden sichern will, muss auch die Massenarmut bannen. Das eigene Überleben wird auch durch die Überlebens- und Zukunftsfähigkeit anderer gesichert. > Partnerländer

**Interkultureller Dialog:** Der Dialog zwischen unterschiedlichen > Kulturen. Interkulturelle Kommunikation und Interaktion finden auch in der > Entwicklungspolitik statt, die eigtl. per se schon interkulturell ist, was beim Miteinandergehen zwischen Vertretern unterschiedlicher Kulturen deutlich wird, wie bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung entwicklungspolitischer Maßnahmen, bei den formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern, beim politischen Dialog zwischen Regierungen sowie bei der Anwendung z. B. des Partizipationskonzeptes in der > Entwicklungszusammenarbeit, aber v. a. bei Vorhaben, die direkt die Förderung des interkulturellen Dialogs zum Ziel haben.

Das > BMZ verfolgt zwei Hauptzielsetzungen bei der Förderung des interkulturellen Dialogs, der global und auch vor Ort zu führen ist. Er soll zu einem friedlichen Miteinander und zu mehr Verständnis und Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen beitragen und das Verständnis der kulturellen Faktoren für Entwicklung stärken. Auch der intra-kulturelle und innergesellschaftliche Dialog in > Partnerländern sollte behutsam gefördert werden, weil er wichtig für Klärungsprozesse innerhalb bestimmten kultureller und religiöser Gemeinschaften und – je nach den Umständen – eine notwendige Voraussetzung, Begleitung oder auch Folge des interkulturellen Dialogs ist. Wie die gesamte auswärtige Politik der Bundesregierung ist der entwicklungspolitische interkulturelle Dialog nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an > Werten und > Interessen. So ist in Fragen der > Demokratieförderung, der Verwirklichung der > Menschenrechte oder der > Gleichberechtigung von Mann und Frau eindeutig Position zu beziehen. Im Übrigen gehört zum Dialog auf gleicher Augenhöhe auch, dass sich die > Industrieländer Überprüfungen gefallen lassen müssen, etwa in Fragen von Asyl und Migration, Ausländerfeindlichkeit oder Doppelstandards beim Predigen von markt-orientiertem Wirtschaften und z. T. skandalösen Agrarsubventionen. > Entwicklung

**Internationale Arbeitsorganisation/IAO - International Labour Organization/ILO:** 1919 aufgrund des Versailler Friedensvertrages gegründet, heute Spezialorganisation der VN (älteste Sonderorganisation) Bei der ILO handelt es sich um die einzige VN-Organisation, die

sich nicht ausschließlich aus Staaten zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist die Abstimmung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Belange der > Entwicklungsländer. Der Sitz ist Genf. Organe sind die Internationale Arbeitskonferenz, ein Verwaltungsrat und das Internationale Arbeitsamt. In der Konferenz gilt das Prinzip der Dreigliedrigkeit: Jedes Land entsendet Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter. Zur Verbesserung des sozialen Schutzes der Menschen im Zuge der fortschreitenden Globalisierung wurden mit der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit vom Juni 1998 die so genannten Kernarbeitsnormen festgelegt: Recht auf freie Gewerkschaften und Kollektivverhandlungen; Abschaffung der Zwangsarbeit; Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (Verbot von Kinderarbeit); Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. Deutschland zählt neben den USA und Japan zu den wichtigsten Gebern der ILO. Der deutsche Beitrag für die ILO betrug 2007 etwa 19,6 Mio. €, das entspricht einem Anteil von 8,7 % am Gesamtbudget. Zusätzlich beteiligt sich die Bundesrepublik an Treuhand- und Sonderprojekten, die von der ILO durchgeführt werden – zum Beispiel im Rahmen der 2008 eingeführten ILO-Länderprogramme (Decent Work Country Programme) mit den Schwerpunkten Bekämpfung der Kinderarbeit, Förderung produktiver Beschäftigung und Gewerkschaftsförderung in Entwicklungsländern > Gewerkschaften > IBG [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

**Internationale Arbeitsteilung:** Aufteilung der Weltproduktion mit jeweiliger Spezialisierung einzelner Länder(-gruppen). Die Entwicklungsländer treten immer noch vornehmlich als Anbieter von Rohstoffen und Halbwaren auf, während die Industrieländer vorwiegend Fertigwaren produzieren; diese „koloniale“ Arbeitsteilung wird verfestigt dadurch, dass die Industrieländer den Import von weiterverarbeiteten Rohstoffen und Fertigwaren erschweren im Vergleich zu nicht weiterverarbeiteten Rohstoffen.

**Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - International Bank for Reconstruction and Development/IBRD:** Die IBRD wurde 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods (> Bretton-Woods System) gegründet und bildet zusammen mit dem > Internationalen Währungsfonds die sog. Bretton-Woods-Institutionen. Ihr Sitz befindet sich in Washington; sie ist die eigentliche, unter dem Namen „Weltbank“ bekannte Institution der > Weltbankgruppe. Als offizielle multilaterale Institution, deren Kapitalanteile von Mitgliedstaaten in Relation zu ihrer wirtschaftlichen Stärke gehalten werden, ist die Bank in der Lage, Geld auf dem Kapitalmarkt zu günstigen Bedingungen aufzunehmen und an ihre kreditnehmenden Mitglieder weiterzugeben. Bis zum 30. Juni 2008 hatten 185 Länder Kapitalanteile von insgesamt 189,7 Milliarden US-\$ gezeichnet, wovon 11,5 Milliarden US-\$ eingezahlt sind. Der deutsche Anteil steht an dritter Stelle und beträgt 4,6 Prozent (Stimmrechtsanteil 4,49 Prozent). Die Bank finanziert die Darlehen (Laufzeit: 15 bis 20 Jahre, drei bis fünf Freijahre), die sie vergibt, überwiegend aus eigenen Mittelaufnahmen an den internationalen Kapitalmärkten, aber auch aus Darlehensrückzahlungen und zu einem geringen Teil aus Einzahlungen der Mitglieder auf das Grundkapital sowie aus Reinerträgen. Im Geschäftsjahr 2008 gewährte die IBRD Darlehen für rund 13,5 Milliarden US-\$ zur Finanzierung von 99 Projekten und Programmen.

Hauptaufgabe der IBRD ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Schwerpunkte bilden die Armutsbekämpfung, der Umweltschutz und die Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung. Hauptinstrument ist die Gewährung von langfristigen Darlehen zu marktnahen Konditionen. Damit werden Investitionsprojekte, technische Hilfe sowie wirtschaftliche Reformprogramme finanziert. Die wichtigste Grundlage für Umfang und Ausrichtung dieser Finanzierungen ist jeweils eine Länderstrategie (Country Assistance Strategy/CAS), die von der Weltbank zusammen mit dem Empfängerland erarbeitet werden und auf dessen eigenen Entwicklungsstrategien aufbauen soll. Die IBRD finanziert auch, meist in Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds - Strukturanpassungsprogramme.

Durch die im Jahre 2008 von den USA ausgehenden > Finanzkrise und der daraus resultierenden Situation auf den Kapitalmärkten ist die Nachfrage nach Krediten der IBRD massiv angestiegen (Verdreifachung der Zusagen zum Jahresende 2008 im Vergleich zum Vorjahr). Weltbankpräsident Zoellick erklärte, dass die Weltbank im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Mitgliedsländer unterstützen werde und stellte die Mobilisierung des finanziellen Spielraums der IBRD in Höhe von 100 Mrd. US-\$ über die kommenden drei Jahre in Aussicht. Damit würde die IBRD ihr Kreditportfolio von ca. 100 Mrd. auf gut 200 Mrd. \$ verdoppeln. > Entwicklungsbanken > Strukturanpassung [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

### **Internationale Entwicklungsorganisation - International Development Association/IDA:**

Die wichtige IDA wurde 1960 als Entwicklungshilfe-Tochterorganisation der > Weltbank gegründet und spielt eine wichtige Rolle bei der > Armutsbekämpfung. Die Verwaltung der IDA erfolgt durch die > Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/IBRD; die IDA ist dennoch in rechtlicher und finanzieller Hinsicht unabhängig. Die IDA hat 168 Mitglieder (Stand Oktober 2008). Sie verfolgt die gleiche Zielsetzung wie die IBRD, gewährt ihre > Kredite jedoch zu weitaus günstigeren, den IDA-Bedingungen (typischerweise zinslos, Laufzeit von 40 Jahren und 10 tilgungsfreien Jahren, zehn Freijahre, Verwaltungsgebühr von 0,75 Prozent – das > Zuschusselement eines solchen Kredits liegt bei rd. 60 Prozent). Seit 2002 vergibt die IDA neben Krediten auch verstärkt Zuschüsse. Die Höhe der Mittelvergabe an die einzelnen Länder hängt neben der Bedürftigkeit und der Bevölkerungsgröße auch von der Existenz entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen ab. Ob ein Land IDA-Mittel als Kredite oder Zuschüsse bekommt, wird anhand einer Analyse der Schuldentragfähigkeit entschieden.

Die IDA sagt, mit steigender Tendenz, jedes Jahr über 10 Mrd. US-\$ zu und ist damit der größte multilaterale Anbieter konzessionärer Finanzierungsleistungen für ca. 80 Länder mit geringem Pro-Kopf-Einkommen. Im Geschäftsjahr 2008 vergab die IDA 11,2 Mrd. US-\$ als Kredite (70 Prozent) und Zuschüsse (30 Prozent) für 199 Projekte und Programme, vor allem im Bereich des Aufbaus sozialer Infrastruktur und für die Schaffung eines wachstumsfreundlichen Investitionsklimas. Anders als die IBRD beschafft sich die IDA die Mittel für ihre Kredite nicht auf den Kapitalmärkten, sondern finanziert diese aus Beiträgen einzahlender Mitgliedsländer, aus Gewinnüberweisungen von IBRD und IFC sowie aus Kreditrückzahlungen der Empfängerländer. Diese Mittel werden alle drei Jahre im Rahmen von Wiederauffüllungsverhandlungen, bei denen auch die Politiken von der IDA überprüft und Schwerpunkte für die kommenden Jahre festgelegt werden, zusammengetragen. Bei der 15. Wiederauffüllung der IDA stellten die Geberländer im Dezember 2007 rund 31,4 Mrd. US-\$ zur Verfügung. Diese Beiträge umfassen auch Zahlungen der Geber für Rückzahlungen, die der IDA aufgrund der multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) verloren gehen. Die 15. Wiederauffüllung ermöglicht der IDA im Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2011 ein Ausleihvolumen in Höhe von 41,6 Mrd. US-\$. Deutschland hat – nach Großbritannien, den USA und Japan – mit 7,05 Prozent den viertgrößten Anteil am IDA-15-Wiederauffüllungsvolumen. Der deutsche Stimmrechtsanteil liegt bei 6,31 Prozent.

Die > Finanzkrise hat auch die Partnerländer der IDA erreicht. Deshalb wurden bis zu zwei Mrd. US-\$ in einem neuen flexiblen Verfahren bereitgestellt; das Auffüllungsvolumen von IDA 15 deckt alle Zusagen für die Geschäftsjahre 2009-2011, und jedes Partnerland erhält einen Anteil an diesem Volumen. Um drohende volkswirtschaftliche Schäden durch ein schnelles und umfangreiches Maßnahmenpaket abzuwenden, kann IDA in Abstimmung mit dem Partnerland nun Summen bis zur Hälfte der Länderquote bereits im Geschäftsjahr 2009 einsetzen (so genanntes „frontloading“). [www.worldbank.org/ida](http://www.worldbank.org/ida)

### **Internationale Finanzkorporation - International Finance Corporation/IFC:**

Die 1956 gegründete, zur > Weltbankgruppe gehörende IFC mit ihren zz. 180 Mitgliedern hat die Aufgabe, zur Verringerung der Armut in den weniger entwickelten Ländern beizutragen, indem sie das Wachstum des privaten Sektors fördert und bei der Mobilisierung von Inlands- und Auslandskapital Hilfe gewährt. Zu diesem Zweck übernimmt sie ohne Garantien des jeweili-

gen Landes Kapitalbeteiligungen an privaten Unternehmen beziehungsweise gibt diesen Kredite oder kommerzielle Garantien. Im Geschäftsjahr 2008 förderte die IFC 374 Investitionsprojekte in 85 Ländern im Gesamtwert von 8 Mrd. US-\$ durch eigene Darlehen und Beteiligungen. In Ergänzung zur Förderung und Beteiligung an Privatinvestitionen ist die IFC auch im Bereich der Beratung und der technischen Hilfe tätig. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied – ihr Anteil am gezeichneten Kapital von circa 2,37 Mrd. US-\$ beträgt gegenwärtig etwa 5,45 Prozent (Stimmrechtsanteil 5,37 Prozent). [www.ifc.org](http://www.ifc.org)

**Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH/InWEnt:** InWEnt ist weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog. InWEnt ist die größte Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Wirtschaft für weltweite Bildung und Entwicklung. Am Hauptsitz in Bonn befindet sich auch eine Dokumentation und wissenschaftliche Spezialbibliothek für > Entwicklungszusammenarbeit, > Entwicklungsländer und > Globale Strukturpolitik, die umfangreichste Einrichtung auf diesem Gebiet im deutschsprachigen Raum. Die Gesellschaft unterstützt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer Ziele im Bereich der internationalen Bildungszusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der > Entwicklungspolitik. An den ihren Programmen nehmen jedes Jahr rd. 55.000 Menschen teil; die Trainings- und Dialogprogramme richten sich an Fachleute, Nachwuchsführungskräfte und Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in aller Welt. InWEnt weist einen Personalbestand inkl. der Beurlaubungen in Höhe von 855 Personen auf, davon 444 in Bonn (Stand: Anfang April 2009). InWEnt entstand im Jahre 2002 durch Fusion der > Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und der > Carl Duisberg Gesellschaft. Den Anstoß zur Fusion hatte das BMZ gegeben, um die Effizienz der entwicklungspolitischen Instrumente beider Institutionen und den Stellenwert internationaler Bildungszusammenarbeit zu erhöhen.

Die drei staatlichen > Durchführungsorganisationen der deutschen > Technischen Zusammenarbeit > GTZ, > DED und > InWEnt sollen mit Beginn des Jahres 2011 zur > Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit verschmolzen werden. [www.gtz.de](http://www.gtz.de) ; [www.InWEnt.org](http://www.InWEnt.org) ; [www.InWEnt.org/dokumentation\\_bibliothek](http://www.InWEnt.org/dokumentation_bibliothek)

**Internationaler Währungsfonds/IWF - International Monetary Fund/IMF:** Der IWF wurde mit der Weltbank im Juli 1944 während der Währungskonferenz in Bretton Woods gegründet. Zusammen mit der > Weltbank bildet er das wirkmächtige sog. > Bretton-Woods-System. Ende 1945 nahm er seine Geschäftstätigkeit in Washington auf; 1947 erhielt er den Status einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Zurzeit gehören dem IWF 185 Mitgliedsländer an. Jedes Land kann Mitglied werden, wenn es bereit ist, die aus dem IWF-Übereinkommen folgenden Pflichten zu enger währungspolitischer Konsultation und Kooperation mit dem IWF zu erfüllen. Der IWF überwacht weltweit die Finanzsysteme, um etwa bei einem drohenden Staatsbankrott oder kurzfristiger Devisenknappheit mit Hilfe von > Krediten einzugreifen, die auf der Basis von Einlagen der Mitgliedstaaten vergeben werden. Von einem bestimmten Umfang an sind diese Kredite mit Auflagen für die Wirtschaftspolitik des Landes verknüpft, die sich auf die Sanierung der Staatsfinanzen und ein Reformprogramm für Wirtschaftswachstum beziehen (> Konditionalisierung). Diese Auflagen greifen häufig auch massiv in die Gesellschaftspolitik eines Landes ein und bürden die Kosten für Stabilisierungs- und Anpassungsprogramme (> PRSP) oft den armen Schichten auf.

Die Mittel des IWF stammen vorwiegend aus den Quoteneinzahlungen seiner Mitglieder, für deren Höhe die wirtschaftliche und finanzielle Stärke dieser Länder eine wichtige Rolle spielt. Die Summe der Mitgliederquoten beträgt rd. 217 Mrd. > Sonderziehungsrechte – das entspricht ca. 223 Mrd. Euro oder 358 Mrd. US-\$ (Stand Juli 2008). Die Mitgliedsquote Deutschlands beträgt rund 13 Mrd. SZR (= sechs Prozent der Gesamtquoten). Nach jahrelangen Diskussionen haben sich die Mitgliedstaaten im Frühjahr 2008 auf eine Reform der Quotenanteile und der damit verbundenen Stimmrechte geeinigt. Insgesamt wurden jedoch nur 5,4 Prozent aller Stimmrechte zugunsten von 135 Ländern und zulasten der übrigen 50 Mit-

gliedstaaten umgeschichtet. Aber weiterhin zählen die USA (mit 16,77 Prozent – von 17 % abgesehen), Japan (6,02 Prozent) oder auch Deutschland (5,88 Prozent) zu den Schwergewichten des IWF. Gambia hingegen kommt auf nur 0,03 Prozent und Haiti auf 0,05 Prozent. Den Schwellenländern - vor allem China, Korea, Mexiko und Türkei – wurden zusätzliche Stimmrechte zugestanden.

Neben den normalen Kreditfazilitäten des IWF, die allen Mitgliedern mit Zahlungsbilanzproblemen gleichermaßen zustehen, hat der Fonds zinssubventionierte Sonderfazilitäten geschaffen, die einkommensschwachen Entwicklungsländern zugutekommen. Aus entwicklungspolitischer Sicht besonders bedeutsam ist die Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility/PRGF), die 1999 die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (> ESAF) ablöste. 2007 waren 78 Länder berechtigt, PRGF-Kredite in Anspruch zu nehmen. Wesentliche Voraussetzung eines PRGF-gestützten Programms ist eine Armutsbekämpfungsstrategie (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP), die unter Federführung des jeweiligen Landes und unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und anderer Entwicklungspartner ausgearbeitet wurde. [www.imf.org](http://www.imf.org)

**Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten – International Centre for the Settlement of Investment Disputes/ICSID:** Das ICSID, Mitglied der > Weltbankgruppe, wurde 1966 gegründet. Bis Oktober 2008 sind 143 Länder dem ICSID beigetreten. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied. Das ICSID ist eine unabhängige internationale Organisation, die im Rahmen der Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Investoren aus anderen Ländern gegründet wurde. Derzeit sind 123 Verfahren anhängig. Das ICSID ist bemüht, stärkere Zuflüsse internationaler Investitionen zu fördern, indem es bei Streitigkeiten zwischen Regierungen und ausländischen Investoren die Voraussetzungen für einen Vergleich oder eine Schlichtung schafft. Außerdem übernimmt das ICSID im Zusammenhang mit den gesetzlichen Bestimmungen für Auslandsinvestitionen auch eine Reihe von Beratungsdiensten, Forschungs- und Publikationsaufgaben. [www.worldbank.org/icsid](http://www.worldbank.org/icsid)

**Internet:** Zu den Treibern globalen Wandels gehören auch die modernen, auf dem Internet beruhenden Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die für eine weitere Mondialisierung der Produktions- und Lebensbedingungen sowie für die Beschleunigung des Weges zu einer wissensbasierten Gesellschaft verantwortlich sind. Eine wichtige Aufgabe auch der > Entwicklungspolitik bzw. der > Entwicklungszusammenarbeit besteht darin, zur > Überwindung der > digitalen Spaltung in der Welt beizutragen. Im 8. Millennium-Entwicklungsziel „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ wird in der 21. Zielvorgabe gefordert, in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sei „dafür zu sorgen“, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können.“ (s. Anhang) > Globalisierung > Sektoren

**Investition:** (1) Wirtschaftstätigkeit, die keinen sofortigen Ertrag abwirft, sondern deren Erträge sich erst in der Zukunft einstellen. Spezifischer ausgedrückt, versteht man in der Volkswirtschaftslehre unter einer Investition: a) die Errichtung neuer Betriebsanlagen und deren Ausrüstung, b) den Bau neuer Wohngebäude, c) die Ausweitung von Lagerbeständen. Als Nettoinvestitionen bezeichnet man den Wert der Gesamtinvestitionen nach Abzug der (durch Abschreibungen berücksichtigten) Ersatzinvestitionen. In diesem engeren Sinne der Nettoinvestitionen als Erweiterung des Kapitalstocks werden sie gelegentlich auch als Synonym für Kapitalbildung verwandt. Bruttoinvestitionen sind Investitionen, bei denen der Wertverzehr von Anlagen noch nicht berücksichtigt ist. (2) Im Bankwesen versteht man unter einer Investition etwas völlig anderes, nämlich den Kauf eines Wertpapiers, wie etwa einer Aktie oder einer Obligation.

**Investitionsklima:** Bezeichnet die Gesamtheit der Bedingungen, die Investoren aus Industrieländern in einem Entwicklungsland vorfinden; dazu gehören z. B. die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, > Infrastruktur-Einrichtungen, Steuervorteile und Erleichterungen im Außenhandel und Devisenverkehr, aber auch „großzügige“ Handhabung von Arbeitsschutz- und Umweltschutzbestimmungen und wenig aggressive > Gewerkschaften.

**Invisibles:** Begriff für die unsichtbare Aus- und Einfuhren in Form von Zahlungen für Dienstleistungen wie Hafenabgaben oder Zahlungen im Reiseverkehr.

**InWent** > Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

**IPEC/International Programme on the Elimination of Child Labour - Internationales Programm zur Beseitigung von Kinderarbeit:** IPEC wurde seitens der Internationalen Arbeitsorganisation (> ILO) zur Bekämpfung der Kinderarbeit initiiert. Derzeit liegt der Schwerpunkt auf der Beseitigung der schwersten Form der Kinderarbeit. Diese implizieren im Sinne der ILO-Konvention 182: (1) jegliche Formen der Sklaverei, (2) Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit, einschließlich der Rekrutierung von Kindersoldaten, (3) Missbrauch von Kindern in Prostitution und Pornografie, (4) Missbrauch von Kindern zum Begehen von Straftaten (z. B. Herstellung von Drogen) und die (5) Arbeit, von der Gefahr für Gesundheit, Leben, Seelenheil des Kindes. [www.ilo.org/ipec](http://www.ilo.org/ipec)

**IPCC/Intergovernmental Panel on Climate Change - Weltklimarat:** IPCC, der „Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen“, ein Gremium wissenschaftlicher Politikberatung, wurde 1988 ins Leben gerufen (mit Sitz in Genf); er ist der > Klimarahmenkonvention (UNFCCC) beigeordnet. Seine Mitglieder sind Klimatologen verschiedenster Disziplinen. Der aktuelle Wissenstand wird in den sog. „IPCC Assessment Reports“ publiziert. Diese Sachstandsberichte finden weltweit große Beachtung und bilden derzeit die dominierende Basis für politische und wissenschaftliche Diskussionen über die globale Erwärmung. 2007 erhielt der Weltklimarat gemeinsam mit Al Gore den Friedensnobelpreis. Der Klimarat sieht auf lange Sicht vier zentrale Gefahren: Extreme Wetterereignisse nehmen in ihrer Häufigkeit und an Stärke zu. Der Klimawandel schafft neue Verliererregionen und Verlierergesellschaften. Einzigartige, bedrohte Systeme und Tierarten werden aussterben. Das Risiko großer Singularitäten, wie das Abrutschen großer Eismassen in der Arktis oder der Abriss des Golfstroms, wird zunehmen. Die von den negativen Folgen des Klimawandels Hauptbetroffenen sind die Menschen in den Entwicklungsländern, vor allem in Afrika. Neue Studien belegen, dass Afrika aufgrund von Mehrfachbelastungen und niedriger Anpassungskapazität einer der verwundbarsten Kontinente gegenüber Klimaschwankungen und -änderungen ist. Die Kernbefunde des Weltklimarates (IPCC-Synthese-Bericht 2007) zum Klimawandel und seinen Auswirkungen auf Afrika lauten: 2020 werden 75 bis 250 Mio. Menschen unter zunehmender Wasserknappheit leiden; 2050 sollen es 350 bis 600 Mio. sein. Die landwirtschaftlichen Erträge werden in einigen Ländern bis zu 50 % bis 2020 und bis zu 90 % bis 2100 sinken. Das Menschenrecht auf Nahrung wird massenhaft verletzt werden. Die Kosten für Maßnahmen zur Anpassung an den Meeresspiegelanstieg im Küstenbereich belaufen sich auf 5 bis 10 % des BIP. Bis 2050 wird die Kombination von Meeresspiegelanstieg, Bodenerosion und landwirtschaftlichen Schäden 150 Mio. Menschen zu Umweltflüchtlingen machen.

Viele Maßnahmen zur Abmilderung negativer Klimaveränderungen, die auch der Weltklimarat vorschlägt, sind technischer Art: hier eine Reduzierung um so und soviel Prozent bei den Emissionen, dort ein neuer Fonds. Politische Ratschläge – im engeren Sinne – sind Mangelware. Im Synthese-Bericht für die politischen Entscheidungsträger von 2007 findet sich bspw. nichts darüber, dass schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Korruption und ein sich oft an neo-liberalen Rezepten orientierender, ungezügelter Kapitalismus den Kampf gegen die negativen Folgen des Klimawandels unterminieren. > Klimaschutz > Klimawandel [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch) ; [www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr\\_spm.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf)

**IPPF/International Planned Parenthood Federation:** Bei der „Internationalen Vereinigung geplanter Elternschaft“ handelt es sich um einen Dachverband bestehend aus nationalen unabhängigen Mitgliedsorganisationen. Diese setzen sich in 180 Ländern z. B. für das Recht von Frauen und Männern ein, die Zahl ihrer Kinder frei bestimmen zu können. Darüber hinaus fördert die IPPF die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die Gleichberechtigung von Frauen. Das IPPF nimmt bei der Umsetzung der > Millennium-Entwicklungsziele einen wichtigen Part ein. [www.ippf.org](http://www.ippf.org)

**IPU/Inter-Parliamentary Union - Interparlamentarische Union:** Gegründet als „Interparlamentarische Union für internationale Schiedsgerichtsbarkeit“, ist eine 1889 gegründete internationale Vereinigung der > Parlamente souveräner Staaten, mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Förderung der > Demokratie in allen Teilen der Welt und der Wahrung der > Menschenrechte. Ihr gehören heute mehr als 150 nationale Parlamente als Vollmitglieder und sowie acht internationale Parlamentarierversammlungen als assoziierte Mitglieder, wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates oder das Lateinamerikanische Parlament, an. Die IPU unterstützt ausdrücklich die Anstrengungen der Vereinten Nationen, deren Ziele sie teilt, und arbeitet eng mit ihnen zusammen. Die IPU bietet sich auch deshalb als Ausgangspunkt der Bildung einer > Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen an – so eine Bundestagsresolution aus dem Jahre 2005. Von besonderer Bedeutung für die Demokratie-Entwicklung in der Welt ist die „Universelle Demokratie-Erklärung“ (Universal Declaration on Democracy) von 1997. [www.ipu.org](http://www.ipu.org)

**IRENA/International Renewable Energy Agency - Internationale Agentur für Erneuerbare Energien:** Die besonders von Deutschland geförderte Agentur, im Januar 2009 in Bonn gegründet, mit Sitz in Abu Dhabi und dem IRENA-Technologie- und Innovationszentrums in Bonn, soll in einer weltweiten Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern den Ausbau > erneuerbarer Energien voranbringen und dabei v. a. den Zugang von fast zwei Mrd. Menschen zu moderner Energieversorgung verbessern. IRENA wird ihre Mitgliedstaaten auch dabei begleiten, ihre politischen Rahmenbedingungen anzupassen, Kompetenzen aufzubauen sowie die Finanzierung und den > Technologietransfer für Erneuerbare Energien zu verbessern. > Energie > Klimaschutz [www.irena.org](http://www.irena.org)

**IUCN/International Union for Conservation of Nature - Weltnaturschutzunion:** IUCN, 1948 gegründet, ist das größte weltweite Netzwerk von Umweltwissen mit Hauptsitz in Gland/Schweiz. IUCN umfasst 80 Staaten, 120 Regierungsorgane, über 800 > Nichtregierungsorganisationen sowie ca. 10.000 > Experten und Wissenschaftler aus 181 Ländern in einer außergewöhnlichen Partnerschaft. IUCN hat die Aufgabe, überall auf der Welt auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen, damit die Integrität und die Diversität der Natur respektiert werden. Zudem engagiert sie sich für einen ökologisch nachhaltigen und gerechten Umgang mit den natürlichen Ressourcen. [www.iucn.org](http://www.iucn.org)

**IWF > Internationaler Währungsfonds**

**Johannesburg-Gipfel - World Summit on Sustainable Development:** Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (26.8.-4.9.2002) sollte eine Bilanz des seit dem > Rio-Gipfel Erreichten ziehen und Perspektiven für die Zukunft entwickeln (Rio +zehn). In Johannesburg verabschiedete die internationale Gemeinschaft eine politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs (Johannesburg Declaration on Sustainable Development) und ein Aktionsprogramm (Plan of Implementation“). Als unabdingbar für nachhaltige Entwicklung werden in den beiden offiziellen Dokumenten anerkannt: Demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschl. der Achtung der kulturellen Vielfalt, die Gleichstellung der Geschlechter, gutes Regierungs- und

Verwaltungshandeln, Korruptionsbekämpfung. Damit wurden endlich die politischen Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung gebührend betont. Johannesburg bekräftigte die drei Rio-Pfeiler (Strebebögen) von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer > Gerechtigkeit und ökologischer > Nachhaltigkeit, verstärkte sie aber zugleich durch die Aufwertung der politischen Dimension um einen vierten Pfeiler. Alle sind interdependent und stützen sich gegenseitig. Sie bilden das Paradigma einer > nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung, das zugleich auch > Frieden und Sicherheit schafft und braucht.

Globalisierung spielte in den Rio-Dokumenten noch keine Rolle - ganz anders in Johannesburg. Hier werden die Chancen und Gefahren der wirtschaftlichen > Globalisierung erkannt, Kosten und Nutzen bilanziert: „Mit der Globalisierung haben externe Faktoren ausschlaggebende Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der einzelstaatlichen Bemühungen der Entwicklungsländer angenommen.“ Politische Erklärung wie Aktionsplan fordern eine gute Weltordnungspolitik (good > global governance), die Ausrichtung der Globalisierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und bei der Umsetzung der > Agenda 21 die Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte. Auch dank des Widerstandes der EU-Mitgliedstaaten und der Wachhund-Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen konnte eine Unterordnung der UN-Umweltabkommen unter die Regeln der Welthandelsorganisation vermieden werden.

Zu den wichtigsten Vereinbarungen zählen: Bis 2015 soll der Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser und einer sanitären Grundversorgung halbiert werden; der Anteil erneuerbarer Energien am globalen Primärenergieverbrauch soll in allen Regionen kräftig erhöht werden; die Bedeutung des > Kyoto-Protokolls und seiner Ratifizierung wurde bekräftigt; das Artensterben soll bis 2010 deutlich reduziert werden; > Wüstenbildung und Boden-erosion sollen konsequenter als bisher bekämpft werden; die negativen Auswirkungen von Chemikalien auf Mensch und Natur sollen bis 2020 minimiert werden; die Fischbestände der Meere sollen nicht übernutzt werden; im Bereich > Handel und Globalisierung sollen umweltschädliche Subventionen abgebaut werden, außerdem werden multilaterale Umweltabkommen nicht den Regeln der > WTO untergeordnet.

Der Gipfel bekräftigte auch: Den > Kommunen kommt bei der Umsetzung der Ergebnisse von Johannesburg und der dort vereinbarten Ziele eine wichtige Rolle zu. Bundeskanzler Schröder hatte auf dem Gipfel u. a. zu einer Weltkonferenz für > Erneuerbare Energien nach Bonn eingeladen, die im Juni 2004 stattfand. > Doha Development Round [www.un.org/events/wssd](http://www.un.org/events/wssd)

**Joint Implementation/JI - Gemeinsame Projektumsetzung:** Dabei handelt es sich um eines der im > Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Instrumente, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken. Neben dem > Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) ist JI der zweite Mechanismus, den die Annex-I-Staaten (Industrie- und Transformationsländer) nutzen können, um ihre Treibhausgasemissionen durch entsprechende emissionsmindernde Projekte zu reduzieren, ohne Maßnahmen im eigenen Land umzusetzen. Im Unterschied zum CDM handelt es sich also dabei nicht um Entwicklungsländer. > Klimaschutz

**Joint-Ventures - Gemeinsame Unternehmen:** Partnerschaftsunternehmen mit Anteilseignern aus den Industrie- und Entwicklungsländern. Durch sie sollen negative Auswirkungen privatwirtschaftlicher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern vermieden werden, da der Einfluss der ausländischen Unternehmer durch inländische Partner kontrolliert wird.

**JSA/Joint Staff Assessments:** Dabei handelt es sich um gemeinsame Stellungnahmen seitens der > Bretton-Woods-Institutionen zu den von den Schuldnerländern erarbeiteten > PRSP. Eine portfolio-bezogene PRSP-Beurteilung kann idealerweise gemeinsam mit anderen Beteiligten und lokalen Partnern und Gebern erstellt werden, z. B. als sog. „Bilateral JSA“ wie in Bolivien.

**JUSSCANNZ-Gruppe:** Der Begriff steht als Akronym für die Staaten Japan, die USA, die Schweiz, Kanada, Australien, Norwegen und Neuseeland. Diese OECD-Staaten haben sich im Rahmen der Klimaverhandlungen in Kyoto durch eine ablehnende bzw. blockierende Verhandlungshaltung hervorgetan. Die neue US-Regierung unter Präsident Obama verfolgt eine klimafreundlichere Politik.

**Kapitalhilfe:** Gewährung von zinsgünstigen Darlehen und nicht-rückzahlbaren Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungshilfe. > Finanzielle Zusammenarbeit

**kapitalintensiv:** Als kapitalintensiv bezeichnet man Produktionsverfahren, in denen ein hoher Anteil an Kapitaleinsatz (Maschinen) mit nur wenig (aber meist hochspezialisierter) menschlicher Arbeitskraft kombiniert ist. Gegensatz > arbeitsintensiv

**Kapitalismus:** Nach traditioneller Definition eine Wirtschaftsordnung, in dem sich der größte Teil des Vermögens (Boden und Kapital) in privaten Händen befindet. In einer solchen Volkswirtschaft stellen private, von staatlichen Eingriffen weitgehend freie Märkte das Hauptinstrument für die Allokation der Ressourcen und die Schaffung von Einkommen dar; Märkte lösen die Frage des Was, Wie und für Wen der gesamtwirtschaftlichen Produktion. In den meisten westlichen Industrieländern balancieren potente Gegenkräfte (vor allem in Form von > Gewerkschaften und Arbeiterparteien) rüdes kapitalistisches Wirtschaften aus. Im Zuge der > Globalisierung wird in den letzten Jahren ein zunehmender „Raubtierkapitalismus“ beklagt. Die jüngste > Finanzkrise hat den marktfundamentalistischen Glauben erschüttert. > Entwicklung > Globalisierung > Kommunismus > Marktwirtschaft > Shareholder Value > Sozialismus

**Kapitalverkehr:** Summe der zwischenstaatlichen Kapitaltransaktionen (Kapitaleinfuhr und Kapitalausfuhr) innerhalb einer bestimmten Periode; er kann kurz- oder langfristig, privat oder öffentlich sein. Kurzfristiger Kapitalverkehr dient häufig spekulativen Zwecken.

**Kapitalverkehrsbilanz:** Teilbilanz der > Zahlungsbilanz, in der die Kapitalimporte den Kapitalexporten einer Periode gegenübergestellt werden. Die Kapitalverkehrsbilanz wird differenziert ausgewiesen, je nachdem, ob die Kapitaltransaktionen kurz- oder langfristig, privat oder öffentlich erfolgen.

**Karibische Entwicklungsbank - Caribbean Development Bank/CDB:** Die 1969 gegründete CDB mit Sitz in Barbados fördert die Entwicklung ihrer 20 regionalen karibischen Mitglieder durch Darlehen, teils zu marktnahen Konditionen aus dem ordentlichen Kapital, teils durch zinsgünstige Kredite aus dem Special Development Fund/SDF sowie – in bescheidenem Umfang – durch unentgeltliche technische Hilfe. Die CDB hatte ursprünglich eine eng begrenzte Mitgliedschaft, bestehend nur aus Großbritannien und den ehemaligen britischen Kolonien in der Karibik. Später kamen Kanada, lateinamerikanische und andere, auch nicht regionale Länder hinzu, im Jahr 1989 Deutschland (durch einen Bundestagsbeschluss ermuntert), zuletzt China. Die im Vergleich zu anderen > Regionalbanken kleine CDB verfügt über ein Kapital von 712,9 Mio. US-\$, wovon 157,4 Mio. US-\$ eingezahlt sind, der Rest ist Haftungskapital. Deutschland ist mit 5,73 Prozent am Kapital der CDB beteiligt. Die > Kredite der CDB dienen und dienen vor allem der Verbesserung der Transport- und Kommunikationsinfrastruktur und der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, zunehmend auch dem sozialen Sektor, der regionalen Integration und dem > Klimaschutz. [www.caribank.org](http://www.caribank.org)

**Kaufkraftparität:** Kaufkraftparität/KKP (Purchasing Power Parity/PPP) ist ein Begriff der makroökonomischen Analyse. Die KKP zwischen geografischen Räumen und einzelnen Ländern liegt dann vor, wenn Waren und Dienstleistungen eines Warenkorb für gleich hohe Geldbeträge erworben werden können. Die KKP ermöglicht es, > Bruttonationaleinkom-

men/BNE oder > Pro-Kopf-Einkommen/PKE international vergleichbar zu machen. So werden auch die Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern durch KKP's realistischer abgebildet als durch die nominalen Zahlen: 2007 wies Deutschland z. B. nominal ein BNE in Höhe von 3,197 Billionen US-\$ und ein durchschnittliches PKE von 38.860 \$ auf (in Kaufkraftparitäten: 2,783 Bio. \$ bzw. 33.820 \$). Für Tansania z. B., einem > LDC, belief sich das nominale BNE auf 16,3 Mrd. \$ und das PKE auf 400 \$; in Kaufkraftparitäten lauteten die entsprechenden Zahlen 48,7 Mrd. und 1.200 \$ .Nominal lag das PKE in Deutschland 97 mal so hoch wie in Tansania – in Kaufkraftparitäten 28,2 mal. Auf ein > Schwellenland wie Brasilien bezogen, lag das PKE in Deutschland 6,6 mal so hoch wie in Brasilien – in Kaufkraftparitäten 3,6 mal. > Reichtums-Armutschere

**Kernarbeitsnormen:** Im Rahmen der > Internationalen Arbeitsorganisation gelten als Prinzipien der Kernarbeitsnormen (auch > Sozialklauseln genannt): Vereinigungsfreiheit (freie Gewerkschaften) und Recht auf Kollektivverhandlungen; Beseitigung der Zwangsarbeit; Abschaffung der Kinderarbeit; Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf. [www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm](http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm)

**Keynesianismus:** Wirtschaftspolitische Schule, die vor allem über eine staatliche Beeinflussung der Gesamtnachfrage durch Finanz- und Geldpolitik die Vollbeschäftigung sichern will (Begründer: John Maynard Keynes, 1883-1946).

**KfW Entwicklungsbank:** Innerhalb der KfW-Bankengruppe ist die KfW Entwicklungsbank für die > Finanzielle Zusammenarbeit mit > Entwicklungsländern verantwortlich. > Kreditanstalt für Wiederaufbau

**Kinder** > UNICEF > UN-Konvention über die Rechte des Kindes > Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen

**Kinderarbeit:** > IPEC/Internationales Programm zur Beseitigung von Kinderarbeit > Internationale Arbeitsorganisation > RugMark

**Kirchen** > nicht staatliche Organisationen

**Klima(rahmen)konvention:** Eigtl. „Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“ (United Nations Framework Convention on Climate Change/UNFCCC) von 1992 – auf dem > Rio-Gipfel auf den Weg gebracht. > Klimasekretariat der VN

**Klimaschutz:** Der Klimaschutz gilt als eine der wichtigsten Herausforderungen. Ein einzelnes Land allein kann wenig für den Schutz des Erdklimas tun. In internationalen Vereinbarungen haben sich die Staaten der Welt zum Handeln verpflichtet. Ergänzend zur > Klimarahmenkonvention mit seinem Bonner UN-Sekretariat wurde 1997 das > „Kyoto-Protokoll“ verabschiedet, in dem sich die Industrieländer verpflichten, ihren Ausstoß der wichtigsten Treibhausgase bis 2012 um 5,2 Prozent unter den Stand von 1990 senken. Einen Teil dieser Verpflichtung können die Industrieländer über drei sog. „flexible Mechanismen“ erfüllen: (1) den > Emissionshandel zwischen Industrieländern; (2) die > „Joint Implementation“, wobei ein Industrieland, das in einem anderen Industrieland zur Verringerung der Treibhausgase beiträgt, sich das als Einsparung auf seine eigenen Emissionen anrechnen lassen kann; (3) den > Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism/CDM). Dem CDM liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die verstärkte Nutzung > erneuerbarer Energien oder die Einführung umweltfreundlicher Transportsysteme Emissionen mindern können. Werden solche Vorhaben in einem Entwicklungsland realisiert und geht ihre Finanzierung – bevorzugt durch den Privatsektor – über die Entwicklungszusammenar-

beit hinaus, dann können sie auf die Emissionsverpflichtungen der Industrieländer angerechnet werden.

> Anpassung und > Minderung sind, zusammen mit Finanzierung und Technologie-Kooperation, die zentralen Themen der internationalen Klimaschutzverhandlungen.

Die deutsche EZ leistet wichtige finanzielle und inhaltliche Beiträge für die Stärkung des Klimaschutzes in multilateralen Organisationen und für die Entwicklung einer internationalen Klima-Finanzierungsarchitektur für die Zeit nach 2012. Zudem arbeitet das > BMZ daran, den globalen Klimaschutz auch in der bilateralen Zusammenarbeit noch stärker zu berücksichtigen. > Globale Öffentliche Güter > Klimawandel > Millennium-Entwicklungsziele > Rio-Gipfel

**Klimasekretariat der Vereinten Nationen – United Nations Climate Change Secretariat (oder UNFCCC Secretariat):** Um den Problemen des > Klimawandels zu begegnen, wurde im Jahr 1992 die > Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen verabschiedet. Fünf Jahre später folgte das > Kyoto-Protokoll, dessen Umsetzung das Sekretariat unterstützt. Das oberste Ziel beider Verträge ist, die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das den Gefahren für das Klimasystem durch menschliche Eingriffe vorbeugt. Für dieses Ziel arbeiten im Klimasekretariat der Vereinten Nationen in der > UNO-Stadt Bonn etwa 400 Mitarbeiter, die von den 192 Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens und den 177 Unterzeichnerstaaten des Protokolls gelenkt werden. Das Sekretariat unterstützt unter anderem die Verhandlungen zum Klimawandel, organisiert Konferenzen, analysiert und überprüft die Informationen und Daten zum Klimawandel, die von den Vertragsstaaten erstellt werden. > GEF > Nachhaltige Entwicklung > Rio-Konventionen [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

**Klimawandel:** Veränderung des Klimas auf der Erde über einen längeren Zeitraum. Die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels, der sich v. a. in der ansteigenden Erderwärmung äußert, sind offensichtlicher als je zuvor und äußern sich im Abschmelzen der Gletscher und Polkappen, der Ausbreitung der Trockengebiete und einem Anstieg des Meeresspiegels. Die Zunahme von Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden sowie die Gefahr überfluteter Küstenstriche und Inseln sind nur einige Beispiele, die der globalen Erwärmung der Erdatmosphäre zugeschrieben werden. Diese wird durch übermäßigen Ausstoß von > Treibhausgasen, vor allem Kohlen(stoff)dioxid und auch Methan hervorgerufen, der wiederum durch nicht-nachhaltigen Energieverbrauch und -produktion sowie anderen menschlichen Aktivitäten verursacht wird. Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen sind die Industrieländer und Schwellenländer wie China. Das primäre Ziel der internationalen Klimapolitik besteht in der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf (höchstens) zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau.

Die Risiken eines weiteren ungebremsten Temperaturanstiegs sind hoch; zunehmend werden Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Trinkwasser und fruchtbares Weideland befürchtet, die auch zu Migration und „Klimaflüchtlingen“ führen. Der Weltklimarat (> IPCC) geht davon aus, dass insbesondere die Entwicklungsländer von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen sind. Für einen großen Teil der dort lebenden Menschheit bedeuten die Klimawandel-Projektionen weniger sichere Lebensverhältnisse, eine größere Verwundbarkeit für Hunger und Armut sowie sich verschärfende soziale Ungleichheiten. Klimaschutz ist also dringend geboten.

Zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels wird ein doppelgleisiger Ansatz in den Industrie- und Entwicklungsländern gefordert: die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels und die > Anpassung an die bereits jetzt spürbaren Folgen. Verbindliche Schritte für den Klimaschutz sind dringend nötig – von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Im Dezember 2007 haben sich die UN-Mitgliedstaaten auf vier Aufgaben verständigt: > Minderung („mitigation“) des Ausstoßes von Treibhausgasen und Ausbau von Treibhausgasenken; Anpassung („adaptation“) an die nicht vermeidbaren Folgen des Klimawandels; Finanzhilfen

für die Entwicklungsländer bei der Bewältigung diese Aufgaben; > Technologietransfer, also Unterstützung für die Entwicklungsländer bei der Entwicklung von technischen Lösungen für Minderung und Anpassung. Allerdings konnten auf der großen Weltklimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen für diese Aufgaben noch keine verbindlichen Regelungen beschlossen werden.

Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert auch die Umstellung auf eine > „low carbon-Ökonomie“ und eine globale Energiewende in Richtung auf > erneuerbare Energien und eine höhere Energieeffizienz. Alle bilateralen und multilateralen Maßnahmen der > EZ und alle > Auslandsinvestitionen – zumindest die staatlich abgesicherten – sind einem Klimaverträglichkeits-TÜV zu unterwerfen. Die Entwicklungsländer selbst müssen ihre Anstrengungen verstärken. Die Armut ist der größte Feind der Umwelt. Dennoch wäre es falsch, nach dem Motto zu handeln, dem einige Schwellenländer zu erliegen scheinen: Erst verschmutzen, später nach Lösungen suchen. Wenn der Klimawandel gebremst werden soll, müssen auch Entwicklungsländer sich an einer neuen Klimapolitik beteiligen und ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß kontrollieren. Als Verursacher des Klimawandels stehen die Industrieländer in der Verantwortung, diese dabei zu unterstützen. > BASIC > Desertifikation > Klimaschutz > Klimasekretariat > Kyoto-Protokoll > Treibhauseffekt > Wald

**Know-how:** Auf den wirtschaftlichen Bereich bezogen versteht man unter „Gewusst-wie“ Kenntnisse und Erfahrungen über neuartige Herstellungsverfahren, Konstruktionen, Werkstoffe und sonstige für die fortschrittliche Produktion erforderlichen Voraussetzungen. Der Begriff wird auch auf andere Bereiche angewendet, etwa auf organisatorische Fähigkeiten. > Technologietransfer

**Kofinanzierungen:** Gemeinsame Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen durch mehrere Geber (Länder und Organisationen), häufig auch mit Beteiligung des Entwicklungslandes. Bezieht sich zumeist auf > ODA; bisweilen auch öffentlich/private Mischfinanzierung.

**Kohärenz:** Gleichgerichtete Anstrengungen innerhalb eines Politikfeldes (hier der Entwicklungspolitik) und zwischen verschiedenen Politikfeldern. Probleme und Defizite bei der „inneren“ Kohärenz sind zwischen verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren innerhalb eines (Geber-)Staates, zwischen unterschiedlichen Geberstaaten, zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen und zwischen > Gebern und > Empfängern zu beklagen. Probleme der „äußeren“ Kohärenz bei der Entwicklungspolitik beziehen sich vor allem auf die Sicherheitspolitik, die Außenwirtschafts- und internationale Finanzpolitik sowie die Landwirtschafts- und Umweltpolitik. Weil z. T. erhebliche Kohärenzmängel festzustellen sind und z. B. die EU-Agrarpolitik oftmals entwicklungspolitische Anstrengungen konterkariert, sind sowohl auf EU- als auch deutscher Ebene vermehrte Anstrengungen zu größerer Politikkohärenz und zur Abstimmung der unterschiedlichen Politikbereiche nötig. Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung ist also wichtig, damit entwicklungspolitische Maßnahmen dauerhaft wirken können. Verbesserung der Kohärenz ist daher ein zentrales Ziel der > Entwicklungspolitik. > Europäische Union > Frieden > Paris-Erklärung

**Kolonialismus:** Der Prozess der Ausdehnung der europäischen Macht- und Einflussphäre in den außereuropäischen Gebieten; eine auf Erwerb, Ausbeutung und Erhaltung von Kolonien gerichtete Politik und die sie legitimierende Ideologie. Zu dem besonders in Afrika bis heute nachwirkenden „Erbe“ zählen willkürliche Grenzziehungen und die Unterminierung des Selbstwertgefühls. Der neuzeitliche Kolonialismus ist eine historische Begleiterscheinung des entstehenden Kapitalismus und seiner weltweiten Expansion. In den internationalen Beziehungen wird mit dem Begriff des Kolonialismus die Politik zahlreicher europäischer Staaten, der USA und Japans gegenüber Völkern und Ländern v. a. in Afrika, Asien, Süd- und Mittelamerika zwischen dem Ende des 15. und der Mitte des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Die Rivalität der Kolonialmächte führte zu schwerwiegenden Konflikten und Kriegen. Mit der Her-

ausbildung der nationalen Befreiungsbewegungen und den Erschütterungen der europäischen Staatenwelt im Zweiten Weltkrieg verschärfte sich die Krise des Kolonialismus; weltweit setzte die Entkolonialisierung ein. Bei direktem politischem Machtverlust konnten die früheren Kolonialmächte sowie die USA ihre wirtschaftliche Vormachtstellung in der jedoch weitgehend behaupten. > Globalisierung > Imperialismus > Neokolonialismus

**Kommunen:** Kommunen spielen in der EZ eine nicht zu unterschätzende Rolle; schließlich findet Entwicklung immer auch vor Ort statt. Immer mehr deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise engagieren sich in der Entwicklungspolitik. Sie fassen Beschlüsse zur fairen Beschaffung, unterstützen den fairen Handel und fördern entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Viele Kommunen engagieren sich zudem im Rahmen kommunaler Partnerschaften mit Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Vor dem Hintergrund der rasanten Verstärkung in Entwicklungsländern und der wachsenden Bedeutung der Städte im Entwicklungsprozess sowie bei der Bewältigung globaler Herausforderungen sind die Kommunen dadurch zu wichtigen Partnern und Adressaten der EZ geworden. Die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ in Bonn ist das zentrale Instrument des Bundes zur Unterstützung kommunaler Aktivitäten im Bereich ihrer entwicklungspolitischen Arbeit. Ihr Angebot an Information, Beratung, Vernetzung und Qualifizierung hat sich prinzipiell bewährt, ebenso die Beteiligung von Bund, Ländern und NRO in der Steuerung der Arbeit der Servicestelle. Der Deutsche Städtetag bietet Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und hilft bei der Vermittlung von Partnern in Entwicklungsländern. > Agenda 21 > Bundesländer > BMZ > Johannesburg-Gipfel > Paris-Erklärung [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

**Kommunismus:** Gleichmaßen (1) eine Ideologie, (2) eine Gruppe politischer Parteien und (3) ein Wirtschaftssystem. Systempolitisch hat der Kommunismus in den betreffenden Ländern zu menschenrechtsverletzenden > Diktaturen geführt. In einem kommunistischen System ist das private Eigentum an Produktionsmitteln, insbesondere am industriellen Kapital, untersagt, da nach kommunistischer Auffassung privates Eigentum an den Kapitalgütern zur Ausbeutung der Arbeiterklasse führt. Darüber hinaus fordert der Kommunismus die Gleichheit der Einkommensverteilung beziehungsweise in seiner Idealform eine Verteilung entsprechend den „Bedürfnissen“ des Einzelnen. In kommunistischen Ländern gehört der größte Teil des Kapitals sowie des Bodens dem Staat. Kennzeichnend für diese Länder ist zudem ein hohes Maß an Zentralplanung, wobei der Staat viele Preise, die Produktionshöhe sowie andere wichtige Variablen festsetzt. In den letzten Jahren sind Änderungen in Richtung auf > Marktwirtschaft festzustellen („sozialistische“ Marktwirtschaft in China). Mit den demokratischen > Revolutionen 1989/90 in Mittel- und Osteuropa ist offenkundig geworden, dass der Kommunismus weder zu einer wirtschaftlichen noch zu einer demokratischen nachholenden Entwicklung fähig ist. > Globalisierung > Kapitalismus > Planwirtschaft > Sozialismus

**Komparative Kosten, komparativer Kostenvorteil:** Das von David Ricardo formulierte „Prinzip der komparativen Kosten“ bezieht sich auf die Vorteilhaftigkeit des Handels zwischen Staaten, wobei zur Erklärung des Grundgedankens von nur zwei Staaten und zwei Gütern ausgegangen wird. Handel ist immer dann vorteilhaft, wenn sich durch Spezialisierung und Austausch eine günstigere Versorgung (ein Handelsgewinn) erzielen lässt. Ein Handelsgewinn entsteht offenbar, wenn die beiden Länder sich auf die Produktion solcher Güter spezialisieren, die sich in dem jeweiligen Land absolut kostengünstiger herstellen lassen. Beispiel für absoluten Kostenvorteil: Portugal produziere das Fass Wein mit einem Aufwand von 80 Arbeitseinheiten; in England seien dafür 120 Arbeitseinheiten erforderlich. Der Ballen Tuch werde in Portugal mit 90 Arbeitseinheiten, in England dagegen mit 45 Arbeitseinheiten produziert. In diesem Fall entsteht ein Handelsgewinn, wenn sich Portugal auf Wein, England auf Tuch spezialisiert. Ein Handelsgewinn entsteht jedoch auch, wenn ein Land bei der Produktion beider Güter einen absoluten Kostenvorteil hat, die relativen Kosten aber in beiden Ländern ungleich groß sind (komparativer Kostenvorteil).

Beispiel für komparativen Kostenvorteil: Portugal produziere das Fass Wein mit 80 Arbeitseinheiten, England dagegen mit 120 Arbeitseinheiten. Portugal produziere den Ballen Tuch mit 90 Arbeitseinheiten, England dagegen mit 100 Arbeitseinheiten. England hat in diesem Falle einen relativen Kostenvorteil bei der Tuchproduktion, Portugal dagegen bei der Weinproduktion. Die Länder sollten sich also entsprechend spezialisieren: England auf Tuch, Portugal auf Wein.

Das Prinzip der komparativen Kosten macht keine Aussagen über die Verteilung des entstehenden Handelsgewinns zwischen den beteiligten Staaten. Es ist eine Anwendung des „opportunity cost“-Prinzips. Man kann sich die Argumentation an einer einfachen Analogie verdeutlichen: der Rechtsanwalt, der gleichzeitig Weltmeister im Schreibmaschineschreiben ist, wird vermutlich in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt mehr verdienen - sich also auf diese spezialisieren - als wenn er alle Schriftsätze selber schreibt - obwohl er dies schneller könnte als seine Schreibkraft.

**Kompensationsgeschäft:** In der Außenwirtschaftspolitik der Versuch von zwei Ländern, ihre wechselseitigen Leistungsausfuhren und -einfuhren aufeinander abzustimmen, um gegenseitige Leistungsüberschüsse bzw. -defizite zu vermeiden, in erster Linie durch den Austausch Ware gegen Ware.

**Konditionalisierung/Konditionalität:** Konditionalitäten bezeichnen die Bedingungen, die an die Vergabe von > Krediten und entwicklungspolitischen Leistungen geknüpft werden; sie gehören zu den umstrittensten Aspekten der internationalen Zusammenarbeit und stehen in einem Spannungsverhältnis zur „Eigentümerschaft“ (> Ownership). Konditionalitäten sind mächtige Instrumente zur Durchsetzung umfassender politischer und wirtschaftlicher Reformen in Empfängerländern, ohne ausreichend legitimiert zu sein. In den 1990er Jahren war ein erheblicher Bedeutungszuwachs politischer Konditionalität zu verzeichnen. Die Konditionalitäten von > IWF und > Weltbank sind hierbei sehr bedeutsam, da sie zum einen jährlich immense Kreditsummen gewähren und zum anderen eine zentrale Rolle auch bei der Vergabe bilateraler und multilateraler entwicklungspolitischer Leistungen anderer Geber sowie für private Kapitalflüsse einnehmen. Man unterscheidet verschiedene Formen der Konditionalität. Die politische Konditionalität umfasst die Bedingungen, die ein Entwicklungsland erfüllen muss, um > ODA beziehen zu können, wobei es sich um spezielle Rahmenbedingungen handelt, wie z. B. > Good Governance oder die Beachtung der > Menschenrechte. Bei der direkten mikroökonomischen Konditionalität wird das konkrete Projekt mit bestimmten Auflagen versehen; die makroökonomische Konditionalität bezieht sich auf die gesamte Wirtschaftspolitik des jeweiligen Landes und sieht entsprechend Auflagen vor. Hierunter fallen die Programme zur > Strukturanpassung von > IWF und > Weltbank; der > Washington-Konsensus fasste die verschiedenen Konditionalitäten zusammen.

**Konfliktprävention:** Entwicklungspolitische Maßnahmen im Bereich der Prävention gewalt-samer Konflikte, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung. > Frieden > Krisenprävention

**Konsens - Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik** > Europäische Union, Entwicklungspolitik der

**Konsolidierung:** Konsolidierung bezeichnet das Abschließen eingeleiteter Reformen und die glaubwürdige Umsetzung von Reformen. Hierunter fallen auch die Schließung verbleibender Lücken und die weitgehende Institutionalisierung der reformierten Regeln. Hinsichtlich politischer Ordnungen bzw. des Demokratisierungsprozesses werden verschiedene Phasen des Übergangs unterschieden: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung.

**Kontingent:** Eine bestimmte Menge von Waren (Mengen-Kontingent) oder ein bestimmter Wert an Waren (Wert-Kontingent), die bei einer prinzipiell verbotenen Warenausfuhr oder -einfuhr exportiert bzw. importiert werden dürfen.

**Konversion:** Die Umstellung bzw. Umorientierung militärisch genutzter Ressourcen in zivile Verwendungen. Mit Fragen der Konversion unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer Aspekte befasst sich das 1994 gegründete „Internationale Konversionszentrum Bonn“ (> BICC). > Abrüstungsdividende

**Konvertibilität:** Die Möglichkeit, eine Währung grundsätzlich in andere Währungen umtauschen zu können. Bei der so genannten Gold-Konvertibilität (oder Goldeinlöschungspflicht) verpflichtet sich ein Land darüber hinaus, die eigene Währung jederzeit - zu einem festgesetzten Preis - in Gold umzutauschen. Spektakulär war im Sommer 1971 der Beschluss der US-Regierung, die Gold-Konvertibilität des Dollars aufzuheben, weil der US-Goldvorrat zur Abdeckung der US-Verpflichtungen nicht mehr ausreichte.

**Konzessionäre Kredite/Concessional Loans** > Kredit

**Kopenhagen** > Weltsozialgipfel

**Korbfinanzierung:** Bei der Korbfinanzierung finanzieren mehrere Geber gemeinsam ein Entwicklungsprogramm über einen Korb außerhalb des Staatshaushalts. > Budgethilfe > Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung

**Korruptionsbekämpfung:** Korruption ist der Missbrauch einer Vertrauens- und Machtstellung in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Politik oder auch Nichtregierungsorganisationen, um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht. Korruption bezeichnet Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung. Korruption ist nach wie vor ein weitverbreitetes Entwicklungshindernis und behindert oft eine wirksame > Armutsbekämpfung. Auch die deutsche > Entwicklungspolitik unterstützt > Partnerländer dabei, Korruption fördernde Umstände zu analysieren, Strategien zur Verhinderung und Eindämmung von Korruption zu entwickeln, Korruption wirksam zu verfolgen und die UN-Konvention gegen Korruption umzusetzen. Laut dem > AKP-Abkommen der EU von Cotonou besteht die Möglichkeit, in Fällen schwerer Korruption die Zusammenarbeit auszusetzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie > Transparency International, engagieren sich ebenfalls in der Korruptionsbekämpfung. > Global Compact > Good Governance > Paris-Erklärung

**Kredit:** Finanztransfer mit Rückzahlungsverpflichtung. In der Entwicklungspolitik kommen Finanztransfers in der Form langfristiger, zinsvergünstigter Kredite zum Einsatz (sog. weiche oder konzessionäre Kredite). Überwiegend erfolgen die Finanztransfers im Rahmen der > ODA jedoch in der Form von nicht rückzahlbaren > Zuschüssen. Die multilateralen Entwicklungsbanken vergeben ihre Kredite i. d. R. zu Marktkonditionen; sie sind deshalb nicht ODA-anrechenbar. > Entwicklungsbanken > Mikrofinanzsystem

**Kreditanstalt für Wiederaufbau/KfW:** Die KfW, die im Eigentum von Bund und Ländern steht und ihren Hauptsitz in Frankfurt hat, ist eine Förderbank für die eigene Volkswirtschaft und eine Entwicklungsbank für die Entwicklungsländer. Seit 2003 tritt sie als „KfW-Bankengruppe“ auf; die neue Struktur steht auf mehreren Säulen, u. a. auf der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern unter den Marken KfW-Entwicklungsbank und > DEG. Die KfW Bankengruppe gibt weltweit Impulse für Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. Als Förderbank, unterstützt sie die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen etwa in den Bereichen Mittelstand, Exis-

tenzgründung, > Umweltschutz, Wohnungswirtschaft, > Infrastruktur, Bildungsförderung, Projekt- und Exportfinanzierung oder > Entwicklungszusammenarbeit. Ende des Jahres 2007 belief sich die Bilanzsumme des KfW Konzerns auf 354 Mrd. Euro; das gesamte Zusagevolumen stieg auf 87,1 Mrd. Euro. Ende 2008 beschäftigte der Konzern insgesamt rd. 3.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die KfW Entwicklungsbank sind ca. 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschl. der 160 Auslandsmitarbeiter tätig (Stand: Ende 2008); rechnet man die von der KfW erbrachten Leistungen, wie die Buchhaltung, hinzu, werden es zwischen 900 und 1.000 sein. Die Entwicklungsbank führt im Auftrag des BMZ die > Finanzielle Zusammenarbeit/FZ mit Entwicklungs- und Transformationsländern durch. Die > Partnerländer erhalten die aus dem Bundeshaushalt, insbesondere aus dem > Haushalt des BMZ, bereitgestellten Mittel in Form von > Darlehen oder > Zuschüssen. Für das Haushaltsjahr 2008 stellte die Bundesregierung rd. anderthalb Milliarden Euro bereit (so viel wie nie zuvor); durch den Einsatz eigener KfW-Mittel stand ein zusätzlicher Hebel zur Verfügung, der den Handlungsspielraum erhöhte, und zwar auf insgesamt 3,7 Mrd. Euro.

Ganz anders als in den Anfängen der Entwicklungsarbeit der KfW sind es nicht mehr die prestigeträchtigen Großprojekte, die gefördert werden. Von den Entwicklungsländern werden auch vermehrte Eigenanstrengungen verlangt. Die Aufgaben der KfW in der Finanziellen Zusammenarbeit wurden in den 90er Jahren größer, es kamen neue Partner, z. B. in Europa und Zentralasien und neue Ansätze zu einer strukturwirksamen Entwicklungszusammenarbeit hinzu. Mit der Verbundfinanzierung wurde 1994 ein weiteres Instrument der Finanziellen Zusammenarbeit eingeführt, das niedrig verzinsten Haushaltsmitteln mit Kapitalmarktmitteln der KfW kombiniert. Heute finanziert sie förderungswürdige Investitionen zum Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, zum Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz sowie zur Stärkung des Finanzsektors und unterstützt gesamtwirtschaftliche Reformprogramme. Alle Projekte werden abschließend auf ihre entwicklungspolitische > Wirksamkeit hin überprüft. Übergeordnete Aufgabe ist die Bekämpfung von Armut. Derzeit betreut die KfW Entwicklungsbank über 1.600 Vorhaben in mehr als 90 Ländern; sie ist in mehr als 55 Ländern durch eigene Büros vertreten. > Durchführungsorganisationen > Evaluierung [www.kfw.de](http://www.kfw.de), [www.kfw-entwicklungsbank.de](http://www.kfw-entwicklungsbank.de)

**Krisenprävention:** Krisenprävention und Friedensentwicklung sind einerseits Querschnittsaufgaben, die durch konsequentes > Mainstreaming bei der Gestaltung der gesamten > EZ mit Konflikt- und Postkonflikt-Partnerländern zu beachten sind. Andererseits werden im Bereich Friedensentwicklung und Krisenprävention in wachsendem Maße konkrete Schwerpunkte in der EZ mit einzelnen Ländern und Regionen aufgebaut. Die Ursachen von gewaltsamen Konflikten sind zum einen strukturell bedingt und liegen oft in wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit in Verbindung mit Bevölkerungswachstum. Zum anderen sind sie bedingt durch Mangel an demokratischen Strukturen und Mechanismen gewaltfreier Konfliktbeilegung, fehlende Rechtsstaatlichkeit sowie die Zerstörung sozialer und kultureller Identität und die Missachtung von > Menschenrechten. Die Beilegung wesentlicher politischer und sozialer Konflikte ist eine wichtige Grundlage, um > Terrorismus den Nährboden zu entziehen. > Frieden > Konfliktprävention > Querschnittsthemen

**Kriterien, Vergabekriterien der EZ:** Die Bundesregierung, genauer BMZ-Minister Carl-Dieter Spranger, stellte im Oktober 1991 fünf Kriterien für die deutsche > Entwicklungszusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vor. Die Kriterien lauten: Beachtung der Menschenrechte; Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen; Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit; marktwirtschaftlich orientierte und soziale Wirtschaftsordnung; Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Die Vergabekriterien, die keine starren Messgrößen bilden, dienen laut Bundesregierung vor allem der Entscheidungsfindung, ob und in welchem Umfang, mit welchen Instrumenten und in welchen Bereichen mit einem Land zu-

sammengearbeitet werden soll. Damit wurde die Bedeutung positiver Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern als Voraussetzung für den Erfolg von Entwicklungshilfe anerkannt. Diese Kriterien, die aus Beschlüssen des Deutschen Bundestages seit 1982, aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ aus dem Jahre 1990 sowie der internationalen Diskussion und internationalen Vereinbarungen schöpfen und insbesondere das Ende des Ost-West-Konflikts widerspiegeln, haben in Deutschland und OECD-Ländern weitgehend Zustimmung gefunden.

Im Jahre 2006 wurde die Kriterienliste wegen neuerer Politikerfordernisse überarbeitet – insbesondere in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Parlamente, Frauenförderung, Good Governance, ökologische Nachhaltigkeit, regionale Kooperation, Krisenprävention sowie Millenniumsziele und kooperatives Verhalten in der Staatengemeinschaft. Bei den Entscheidungen über Umfang und Zielrichtung des deutschen EZ-Engagements werden Kriterien wie Reformbereitschaft, Good Governance, Unterstützungsbedarf und Bereitschaft der Partner, eigene Leistungen zeitgerecht und zuverlässig zu erbringen, mit herangezogen.

Einige Entwicklungsländer kritisieren grundsätzlich jede > Konditionalität der > Entwicklungspolitik (vor allem Verknüpfung der Gewährung von > ODA an die Beachtung der Menschenrechte) als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten. > Good Governance > Länderkonzentration > Partnerländer

**Kultur:** Die > UNESCO-Generalkonferenz hatte 2001 bekräftigt, dass „Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen werden sollte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst.“

Jede Entwicklung muss kulturbewusst sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen. Die kulturelle Dimension ist implizit in der sozialen und auch der politischen Dimension (z. B. in den verschiedenen Arten der > Menschenrechte) enthalten. Der aus Indien stammende Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen hat vier wichtige Feststellungen zum Thema Kultur und Entwicklung getroffen: (1) Kultur ist ein konstitutiver Teil von Entwicklung, auch wenn viele andere Faktoren eine Rolle spielen; (2) Kultur und kulturelle Faktoren beeinflussen wirtschaftliches Verhalten, die Teilnahme an gesellschaftlichen Interaktionen wie auch Orientierungen und > Werte – übrigens positiv wie auch negativ; (3) Menschen prägen und beeinflussen Kultur, und sie werden zugleich von ihr geprägt und beeinflusst; (4) Kultur ist nie homogen und stationär, sondern agiert mit anderen Kulturen und ist Veränderungen unterworfen; kulturelle Einflüsse von außen zu verbieten ist nicht mit dem Engagement für Demokratie und Freiheit zu vereinbaren.

Wo Kultur nicht der Ausgangspunkt für die Gestaltung entwicklungspolitischer Maßnahmen ist, kann weder der Mensch, der im Zentrum von > Entwicklung steht und durch Kultur geprägt ist, noch sein Verhalten hinreichend erklärt werden. Kultur- und Wertestandards, oft in gesellschaftliche Machtstrukturen eingebettet, legen Maßstäbe des Denkens, Wahrnehmens, Wertens und Handelns fest. Zu den soziokulturellen Bedingungen sind auch Institutionen zu zählen, die für eine bestimmte Gesellschaft (geschlechterdifferenziert) spezifisch und entwicklungsrelevant sind. Heute wird stärker als früher die Bedeutung von Kultur für die Entwicklung erkannt. So will das > AKP-Abkommen der EU von Cotonou (2000) die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1). Laut Cotonou empfehlen sich vier Ziele der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich: Integration der kulturellen Dimension in die Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen; Anerkennung, Bewahrung (*nicht in jedem Fall – U. H.*) und Förderung der kulturellen Werte und Identitäten, um einen > interkulturellen Dialog zu ermöglichen; Anerkennung, Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes und Unterstützung des Ausbaus von Kapazi-

täten in diesem Bereich; Entwicklung des Kulturgewerbes und Erweiterung der Marktzugangsmöglichkeiten für kulturelle Waren und Dienstleistungen. > Akkulturation

**Kyoto-Protokoll:** Das 1997 beschlossene und 2005 in Kraft getretene Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der > Klimarahmenkonvention der VN. Es legt erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von > Treibhausgasen in den > Industrieländern fest, welche die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind. Die Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 hat für die Zeit nach 2012 den Rahmen abgesteckt, wenn das Kyoto-Protokoll ausläuft. Der dort verabschiedete „Bali-Fahrplan“ umfasst vier Elemente: Minderung von Treibhausgasemissionen, Anpassung an den Klimawandel, Technologiekooperation, Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen. In Bali wurde ebenfalls beschlossen, für Industriestaaten bis 2020 eine Minderung der Emissionen von 25 Prozent bis 40 Prozent gegenüber 1990 anzustreben. Bis 2050 soll eine globale Verringerung der Treibhausgasemissionen von 50 Prozent erreicht werden. Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 konnten noch keine verbindlichen Nachfolgeregelungen für das Kyoto-Protokoll vereinbart werden. Die in Bali verabschiedete Wald-Klima-Partnerschaft (FCPF) soll pilothaft Ansätze testen, wie > Entwicklungsländer dafür entschädigt werden können, wenn sie ihre Wälder langfristig schützen, statt sie für andere Nutzungsarten (z. B. Palmölplantagen) abzuholzen. > Emissionshandel > Rio-Gipfel/Konferenz > Klimaschutz > Klimasekretariat der VN > Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung > Umweltschutz [www.bmu.de/klimaschutz/internationale klimapolitik/kyoto\\_protokoll/doc/5802.php](http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/kyoto_protokoll/doc/5802.php)

## **Länder > Bundesländer**

**Länderkonzentration:** Ab 1998 nahm das > BMZ eine Konzentration der bilateralen staatlichen > Entwicklungszusammenarbeit auf insgesamt 70 Kooperationsländer vor. Ziel war, die Relevanz des bilateralen Mitteleinsatzes für die jeweiligen Kooperationsländer zu steigern. Die Auswahl der Schwerpunktländer wurde vom BMZ im Hinblick auf wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Gestaltungsziele und > Interessen getätigt. Die Liste der Kooperationsländer wird jährlich in einem ressortübergreifenden Abstimmungsverfahren überprüft und an neue Entwicklungen angepasst. Als potenzielle Kooperationsländer werden die Länder definiert, mit denen aktuell eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit nicht oder nur sehr eingengt möglich ist, jedoch grundsätzlich – bei Veränderung der Rahmenbedingungen – sinnvoll werden kann. Die Länderkonzentration wird durch eine Schwerpunktsetzung ergänzt: In Schwerpunktländern soll sich das gesamte entwicklungspolitische Instrumentarium Deutschlands auf möglichst drei Schwerpunkte konzentrieren.

Ende 2004 identifizierte das BMZ > Ankerländer, denen gemeinsam ist, dass sie in ihrer Region eine Schlüsselrolle und Lokomotivfunktion besitzen und mit denen besondere Kooperationsformen angewendet werden. > Partnerländer (s. auch Anhang: Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2008)

[www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/laenderkonzentration/tabelle\\_neu.html](http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/laenderkonzentration/tabelle_neu.html)

## **Länderprogrammierbare Entwicklungszusammenarbeit > CPA**

**Ländliche Entwicklung:** Als Reaktion des Scheiterns eines überwiegend auf Industrialisierung setzenden Vorgehens formulierte Strategie, die vor allem auf Produktivitätssteigerung der (traditionellen, kleinbäuerlichen) Landwirtschaft zielt und gleichzeitig die Schaffung nicht-landwirtschaftlicher Arbeitsplätze in ländlichen Regionen anstrebt. > Agrarpolitik > Agrartreibstoffe > Hunger > Landreform > NEPAD

**Landreform, Agrarreform:** Die Veränderung der Agrarstruktur eines Landes mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung. Erforderlich ist häufig eine Bodenreform (oft Enteignung von Großgrundbesitzern); ohne flankierende Maßnahmen (Bereitstellung von Saatgut, Dünge-

mitteln, Zugang zu Krediten, Neuorganisation der Vermarktung, Schaffung von Infrastruktur etc.) bleibt diese allein jedoch häufig ohne dauerhaft erfolgreiche Wirkung. Bodenreformen stoßen häufig auf starken politischen Widerstand der Führungsschicht und > Eliten. Das > BMZ berät Partnerländer bei Landreformen, bei denen es nicht ausreicht, Land an Landlose, Bäuerinnen und Bauern zu verteilen, die auch das Wissen und die Produktionsmittel benötigen, um ihre Flächen ertragreich bewirtschaften und ihre Erzeugnisse gewinnbringend am Markt verkaufen zu können. Teil solcher Reformen sollten > Infrastrukturmaßnahmen sowie die Unterstützung von demokratischen Gemeindestrukturen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, wie Bauernverbänden sein. > Agrarpolitik > Ländliche Entwicklung

**Latifundium, Latifundismus:** Der Begriff wird für landwirtschaftlichen Großgrundbesitz verwendet, der sich von der Plantage durch hohe Bodenkonzentration und niedrige Produktivität unterscheidet. Der Großgrundbesitzer (patrón) beherrscht seine regionale Umwelt und übt auch auf nationaler Ebene, gestützt auf Status und Einkommen, großen Einfluss aus. Latifundismus bezeichnet nicht nur Bodenbesitzstrukturen, sondern v. a. die darauf gegründeten Machtverhältnisse. > Minifundium

**LDC-Quote:** Der für die > Least Developed Countries reservierte Anteil der > ODA.

**Least Developed Countries/LDCs** (früher auch **LLDCs**): Am wenigsten entwickelte Länder, bei denen es sich um die ärmsten > Entwicklungsländer - oft auch als „Vierte Welt“ bezeichnet – handelt. 2010 gehörten zu dieser Kategorie 49 Länder, davon 33 in Afrika, 15 in Asien und im pazifischen Raum, eins in Lateinamerika. Im UN-Bereich werden allerdings seit einiger Zeit auch die „Landlocked Developing Countries“ mit > LLDCs abgekürzt.

Die erste Liste der Least Developed Countries mit 25 Ländern wurde am 18.11.1971 von der UN-Vollversammlung akzeptiert, nachdem sie zuvor vom Committee for Development Planning (CDP, nach seinem damaligen Vorsitzenden auch „Tinbergen-Ausschuss“ benannt) aufgestellt worden war. Die UN stützten sich bei der Klassifikation eines Entwicklungslandes als LDC auf drei Indikatoren: Brutto-Inlands-Produkt (BIP) pro Kopf geringer als 420 US-\$, Anteil der industriellen Produktion am BIP unter 10 % und Alphabetisierungsquote (der Altersgruppe über 15 Jahre) unter 20 %.

Dieses Klassifizierungssystem wurde 1991 durch vier Kriterien abgelöst, die seitdem weiter entwickelt und angepasst wurden: > Bruttonationaleinkommen pro Kopf im Durchschnitt aus drei Jahren unter 750 US-\$ bzw. einem Grenzwert von über 900 \$; HAI („Human Assets Index“ – Indikatoren zu Bildung, Ernährung und Gesundheit); EVI (Economic Vulnerability Index – zusammengesetzt u. a. aus dem Beitrag der Industrie und Dienstleistungen zum BIP und der Instabilität der landwirtschaftlichen Produktion und Exportorientierung; Einwohnerzahl (maximal 75 Mio.). Ein Staat kann in die Gruppe der LDCs aufgenommen werden, wenn er alle vier Kriterien erfüllt. Möglich ist eine Aufnahme auch für ein Land mit besonders schwierigen natürlichen Gegebenheiten, wenn die Grenzen bei BIP pro Kopf, Einwohnerzahl und HAI oder EVI unterschritten sind. Ein Land wird von der LDC-Liste gestrichen, wenn es den Grenzwert von 900 \$ pro Kopf überschreitet und bei HAI oder EVI bereits seit drei Jahren über dem Grenzwert liegt. Überprüfungen der Kriterien haben ergeben, dass sich einige LDCs für ein Herausfallen aus der Kategorie der LDC qualifiziert haben, und zwar Botswana (1994), Kap Verde (2007) und die Malediven (2010).

Gemeinsam mit den > LLDCs und den > SIDS werden die LDCs seit 2001 von einem Hohen Vertreter des OHRLLS („Office of the High Representative for Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States“) repräsentiert. Aufgrund einer Resolution der UN-Vollversammlung wurde das Büro am Sitz der Weltorganisation in New York eingerichtet, um bei den verschiedenen Aktionsprogrammen für diese Ländergruppen koordinierend zu helfen. [www.unohrrls.org](http://www.unohrrls.org)

**Leistungsbilanz:** Teilbilanz der Zahlungsbilanz, entsteht durch Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Waren- und Dienstleistungsaus- und -einfuhren sowie der Übertragungen. > Zahlungsbilanz

**Leitwährung:** Währung eines Landes, die nicht nur frei konvertibel ist, sondern die - aufgrund internationaler Anerkennung - drei wichtige Funktionen erfüllt: (1) Eine Reservefunktion, da sie von anderen Ländern als Devisenreserve gehalten wird; (2) eine Maßstabsfunktion, weil die anderen Länder gegenüber dieser Währung ihre Parität fixieren; (3) eine Orientierungsfunktion, weil andere Länder ihre Währungspolitik an der Leitwährung orientieren. Die Entwicklung seit 1971, als der US-Dollar seine Funktion als (unumstrittene) Leitwährung verloren hat, zeigt, dass es auf Dauer nicht möglich ist, die Währung eines Landes zur alleinigen Leitwährung zu machen. > LIBOR

**Liberalisierung, wirtschaftliche:** Aufhebung von Hemmnissen im Güter-, Dienstleistungs- und Faktoraustausch zwischen den Staaten. Im politischen Bereich bezeichnet Liberalisierung eine Phase im > Demokratisierungsprozess.

**LIBOR/London Interbank Offer Rate:** Der LIBOR ist der täglich festgelegte Referenzzinssatz im Interbankengeschäft, der an jedem Arbeitstag fixiert wird. Libor-Zinssätze werden für zehn verschiedene Währungen berechnet; es handelt sich um: Australischer Dollar, Kanadischer Dollar, Schweizer Franken, dänische Krone, Euro, Pfund Sterling, Yen, Neuseeland Dollar, Schwedische Krone und den US-Dollar. > Leitwährung

**LICs/Low-income countries - Niedrigeinkommensländer bzw. Länder mit niedrigem Einkommen:** Laut Weltbank betrug das > BNE pro Kopf dieser Länder im Jahre 2008 975 US-\$ oder weniger. > HIC > MIC

**LICUS/Low Income Countries Under Stress:** Mit diesem Begriff bezeichnet die Weltbank Niedrigeinkommensländer, die zu den fragilen Staaten zählen.

**Lieferbindung:** Verpflichtung des Empfängerlandes, Waren und Dienstleistungen, die aus der > ODA finanziert werden, im Geberland einzukaufen. Diese Lieferbindung kann dabei entweder formell (als Bestandteil des Kredit- oder Zuschussbetrages) oder informell (als nicht-vertragliche Absprache und Maßnahme, die zur Beschaffung im vom Geber gewünschten Land führen) erfolgen. Entwicklungsländer fordern den Verzicht auf Lieferbindungen.

**LIFDC/Low Income Food Deficite Countries:** Hierbei handelt es sich um Länder, die arm sind und unter chronischer Unterversorgung mit Nahrungsmitteln leiden.

**Link:** Forderung der Entwicklungsländer, zwischen der Zuteilung von > Sonderziehungsrechten und der > Entwicklungszusammenarbeit eine Verbindung dergestalt herbeizuführen, dass die Industrieländer einen Teil der zugeteilten Sonderziehungsrechte - unmittelbar oder mittelbar über eine internationale Organisation - den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sollen.

**Linkage Effects** > Verkettungseffekte

**LLDCs/Landlocked Developing Countries:** Bezeichnen einen von den VN definierten sozialökonomischen Status, den 31 abseits der Meere gelegene Länder in der Welt aufweisen (> Binnenländer) und deren Außenhandel erheblich durch Transportprobleme und -kosten erschwert wird. Früher galten auch am wenigsten entwickelte Länder (< LDCs) als LLDCs.

**Lobby-Arbeit (Nord-Süd):** Zielgerichtete, kontinuierliche Beeinflussung von Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft mit dem Ziel, dass diese im Sinne der vorgetragenen Interessen der Veränderung der Entwicklungspolitik/Nord-Süd-Politik handeln. (Politik: Parlament, Bundesregierung und Parteien. Gesellschaft: Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, andere gesellschaftliche Gruppen, Medien. Politische und administrative Institutionen auf europäischer und internationaler Ebene).

Voraussetzungen für erfolgreiche Lobby-Arbeit: Langfristige Politikbeobachtung, gezielte Informationsvermittlung an politische Entscheidungsträger, kontinuierliche Kontaktpflege, thematisch-fachliche Kompetenz, profiliertes, schnelles und flexibles Agieren, Formulierung klarer Zielvorstellungen. > Advocacy > Nichtregierungsorganisationen

**Lokale Agenda 21:** Kraft der Lokalen Agenda 21 haben sich über 10.000 Städte, Gemeinden, Bürger, Gruppen, Vereine, Verbände und Initiativen weltweit zur lokalen Umsetzung der Leitlinien der > nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in > Rio 1992 und der darin beschlossenen Agenda 21 (Kapitel 28) verpflichtet. In der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich über 2600 Kommunen kraft eines Gemeinde-ratsbeschluss zur Erarbeitung einer lokalen Agenda 21.

**Londoner Club:** Bei dem Londoner Club handelt es sich um ein informelles Forum, das sich 1976 parallel zu dem > Pariser Club aus rd. 1000 international tätigen Banken zusammensetzt und sich mit der Schuldenproblematik von Gläubigern, meistens Staaten, befasst. Im Krisenfall bildet eine ausgewählte Gruppe von Gläubigerbanken (meist ca.15 bis 20 Institute) den sog. Beratenden Bankenausschuss, der die Verhandlungen mit dem Schuldnerland führt und das Ergebnis den übrigen Gläubigerbanken zur Entscheidung vorlegt. > Pariser Club, > IIF

**Lomé-Abkommen** > AKP-Staaten

**Low-carbon:** Kohlenstoffarm. Bezieht sich auf eine Dekarbonisierung des Wirtschaftens, also auf die Umstellung von einer mit fossilen Brennstoffen betriebenen Industrialisierung auf eine > nachhaltige Entwicklung, die auf eine wesentlich effizientere Nutzung von Rohstoffen und Materialien setzt. > Klimawandel

**Maastricht** > Europäische Union

**Mainstreaming:** Mainstreaming findet dann statt, wenn in einem Politikbereich (z. B. Frauenpolitik oder Menschenrechtsförderung) regelmäßig und von vornherein die damit verbundenen Zielsetzungen und Auswirkungen (etwa in Bezug auf > Geschlechtergerechtigkeit oder Stärkung der > Partizipation) bei allen Vorhaben berücksichtigt werden. > Querschnittsthemen

**Malaria:** Malaria, übertragen durch Stiche der Anopheles-Mücke, ist zum größten Feind des Menschen unter den Tropenkrankheiten geworden. Die Weltgesundheitsorganisation (> WHO) geht davon aus, dass jährlich weltweit über eine Million Menschen an Malaria sterben. Die > Millennium-Entwicklungsziele nennen neben > HIV/AIDS auch explizit Malaria als eine vorrangig zu bekämpfende Krankheit. Bi- und multilaterale Geber haben die Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie die entsprechende Gesundheitssystemstärkung zu einem wichtigen Bereich der > Entwicklungszusammenarbeit gemacht. > GFATM > Gesundheit

**Malthusianismus:** Der englische Pfarrer Thomas Robert Malthus (1766-1834) stellte die-mittlerweile durch die Empirie widerlegte – These auf, dass die Bevölkerungszahl exponentiell wachse, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear und deshalb Armut, Hunger etc. auf zu großes Bevölkerungswachstum zurückzuführen seien. Zur Begrenzung der „Überbe-

völkerung“ forderte Malthus ein höheres Heiratsalter, sexuelle Enthaltbarkeit und die Abschaffung der Armenfürsorge. > Bevölkerung

**Männer:** Die meisten einflussreichen, gut dotierten Positionen in Staat, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden von Männern eingenommen; deshalb setzt sich auch die > Entwicklungspolitik für die > Gleichberechtigung der Geschlechter und für die Förderung von > Frauen ein (> Empowerment). > Gender

**MAPP/Method for Impact Assessment of Programmes and Projects - Methode zur Wirkungsanalyse von Programmen und Projekten:** MAPP ist eine akteurszentrierte Methode zur Bewertung von Wirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen, die am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik/DIE entwickelt wurde. Mit MAPP kann eine große Bandbreite von Programmtypen evaluiert werden. Hiermit können auch die Wirkungen mehrerer Vorhaben gleichzeitig untersucht und die Beiträge zu den > Millennium-Entwicklungszielen qualitativ direkt von den Ergebnissen abgeleitet werden. > Evaluierung > Wirksamkeit [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)

**Marginalität:** Als „Randständigkeit“ allgemeine Befindlichkeitsbezeichnung für die Lage von sozialen Gruppen oder Personen, die unterprivilegiert und von den maßgeblichen ökonomischen, politischen und kulturellen Transaktionen und Tendenzen ausgeschlossen sind. Im Sinne einer politökonomischen Begriffsbildung Bezeichnung für gering entlohnte oder nicht-, bzw. unterbeschäftigte Arbeitskraft in verschiedenen Bereichen der Ökonomien an der kapitalistischen Peripherie, als solche Bestandteil der Struktur dieser Ökonomien und nicht „ausgeschlossen.“ > Armut

**Marktwirtschaft:** Eine primär auf Wettbewerb sowie Investitionsfreiheit des Unternehmens und Konsumfreiheit des Verbrauchers gegründete Ordnung der Wirtschaft, in der im Gegensatz zur > Planwirtschaft (oder „Zentralverwaltungswirtschaft“) die Lenkung des Wirtschaftsprozesses ohne wesentliche laufende Eingriffe des Staates erfolgt. Lenkungsfunktion kommt vor allem dem Preis zu, der sich beim freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage einstellt; in erster Linie werden durch ihn Produktions-, Investitions- und Konsumentscheidungen bestimmt. In der „sozialen Marktwirtschaft“ werden die durch den Staat gesicherten Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung - wie Privateigentum, freie Preisbildung, Tarifautonomie, Notenbankautonomie und stabiles Geld - durch eine marktordnende Wettbewerbspolitik, Stabilitätspolitik und vor allem durch Sozialpolitik ergänzt. In der sozialen Marktwirtschaft sollen wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand, persönliche Freiheit und soziale Sicherheit miteinander versöhnt werden. Von Marktversagen wird dann gesprochen, wenn Märkte systematisch zu viele oder zu wenige Güter oder Dienstleistungen produzieren, als dies für eine Gesellschaft als Ganzes optimal wäre.

Mit den politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre und dem Zusammenbruch kommunistischer Regime hat sich international - auch in den Entwicklungsländern - die Erkenntnis durchgesetzt, dass marktwirtschaftlich und nicht zentralplanwirtschaftlich orientierte Ordnungen dem Entwicklungsprozess eines Landes förderlich sind. Spätestens seit dem > Rio-Gipfel 2002 sollte jede Form des Wirtschaftens „nachhaltig“, d. h. auch umweltverträglich sein. Insofern wird die Forderung erhoben, dass die wirtschaftliche Ordnungspolitik sich am Leitbild einer (nationalen wie internationalen) „sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“ orientieren sollte. > Entwicklung > Finanzkrise > Globalisierung > Kapitalismus > Kriterien > Kommunismus > Sozialismus > Struktur Anpassung > Transformationsländer > UNCTAD

**Marxistische Theorien:** Kern ist die These von der exogenen Verursachung der > Unterentwicklung. Sie besagt, dass die „Rückständigkeit“ in den Entwicklungsländern auf der Ausbeutung durch die kapitalistischen Industrieländer beruht und dass diese durch die Revo-

lutionierung der Entwicklungsländer und durch die Überwindung des imperialistisch-kapitalistischen Weltsystems beseitigt werden kann. > Dependenztheorien

### **MDGs/Millennium Development Goals > Millennium(s)-Entwicklungsziele**

**Mechanismus für umweltverträgliche (saubere) Entwicklung - Clean Development Mechanism/CDM:** Der CDM ist eines der im > Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Instrumente, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken und die Kosten zum Erreichen der vertraglich festgelegten Reduktionsziele möglichst niedrig zu halten. Beim CDM beteiligt sich ein Annex-I-Land (Industrie- oder Transformationsland) bzw. ein Unternehmen aus einem Annex-I-Land an einem emissionsparenden Projekt in einem Non-Annex-I-Land (> Entwicklungs- oder > Schwellenland). Der CDM soll nicht nur Emissionsminderungen erbringen, sondern auch ausdrücklich die beteiligten > Entwicklungsländer in ihrem Weg zu einer > nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Ein erwünschter Nebeneffekt ist auch der Transfer von neuester Technologie in Entwicklungsländer. Die Anrechnung der gewonnenen Emissionsreduktionsgutschriften (Certified Emission Reductions/CERs) kann rückwirkend vom Jahre 2000 an erfolgen. Diese Gutschriften/Emissionszertifikate können „Umweltsünder“ verkaufen, die mehr > Treibhausgase ausstoßen, als ihnen zustehen; sie können sowohl von Unternehmen gehandelt und verkauft als auch von Industrieländern genutzt werden, um die Reduzierung von Emissionen zu erreichen, zu der diese sich unter dem Kyoto-Protokoll verpflichtet haben.

Auf der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 wurde ein Anpassungsfonds eingerichtet, der eine zweiprozentige Abgabe auf diesen Handel mit CERs erhebt; aus diesen Erlösen werden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern bezahlt. Dieser Anpassungsfonds wird als erster Entwicklungsfonds aus einem Marktmechanismus finanziert und ist insofern als innovatives Finanzierungsinstrument ein Pilotvorhaben. > Joint Implementation > Umweltschutz <http://cdm.unfccc.int>

**Meistbegünstigung(sklausele):** Besagt, dass ein > WTO-Mitglied die (günstigen) Bedingungen, die es für Importe aus einem anderen Mitgliedsland gewährt, auch allen anderen WTO-Mitgliedern einräumen muss. Bereits für GATT-Mitglieder galt im Grundsatz das Prinzip der Meistbegünstigung. Gegenstück > Diskriminierung

**Menschenrechte:** Menschenrechte sind dem Menschen und seinem Handeln inne wohnende Werte. Sie machen die Essenz dessen aus, was > Entwicklung eigentlich ist. Sie sind die Kompassnadel für Entwicklung – und im Übrigen auch für eine humane > Globalisierung. Wer Menschenrechte unterdrückt, behindert Entwicklung. Dabei ist von drei Arten/Generationen/Kategorien von Menschenrechten auszugehen: den politisch-bürgerlichen Freiheitsrechten; den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten; den „neuen“ Rechten, wie dem Recht auf Entwicklung oder dem Recht auf eine gesunde Umwelt.

Die UN-Konferenz über Menschenrechte in Wien 1993 hatte festgehalten: „Alle Menschenrechte sind allgemeingültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang. ... Demokratie, Entwicklung und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bedingen und stärken einander.“ Wichtige Menschenrechtsübereinkommen – wobei die UN-Übereinkommen als „International Bill of Human Rights“ gelten – sind: Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen; der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (Zivilpakt) und der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte“ (Sozialpakt) der Vereinten Nationen von 1966; die „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ des Europarats von 1950, die „Amerikanische Konvention über Menschenrechte“ von 1969 und die afrikanische „Banjul Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker“ von 1982. Besonders die Entwicklungsländer haben

sich für die 1986 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „Erklärung über das Recht auf Entwicklung“ eingesetzt.

Die Bundesregierung betreibt seit einigen Jahren *expressiv verbis* eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik, wobei sie sich auf das Grundgesetz berufen könnte, in dem es in Art. 1 Abs. 2 heißt: „Das Deutsche Volk bekennt sich „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Die Menschenrechte zu fördern ist deshalb auch Aufgabe der staatlichen Politik. Die deutsche > Entwicklungspolitik fördert die Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien. Dazu gehören auch die im ersten Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte des > BMZ 2004-2007 verankerten menschenrechtlichen Prinzipien > Empowerment, > Partizipation und Nichtdiskriminierung sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht. Mit dem zweiten Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte 2008-2010 vertieft das BMZ sein Engagement für die systematische Anwendung des Menschenrechtsansatzes. Dazu wurden 25 Maßnahmen in weiteren Partnerländern und Sektoren, auf internationaler Ebene, als Beitrag zur > Kohärenz der deutschen Menschenrechtspolitik und im Zusammenwirken mit der > Zivilgesellschaft formuliert. Große Bedeutung kommt dem emanzipatorischen Potenzial des Menschenrechtsansatzes zu, das besonders Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, indigene und ethnische Gruppen als Rechtsträger und Akteure in die EZ einbezieht. Der zweite Aktionsplan identifiziert darüber hinaus neue Aufgabenfelder wie die menschenrechtlichen Herausforderungen des Klimawandels und die Verwirklichung der Menschenrechte in Ländern, die durch fragile Staatlichkeit gekennzeichnet sind.

EZ-Abkommen und internationale Vereinbarungen, wie etwa der > Accra-Plan, unterstreichen die Bedeutung von > Demokratie, Menschenrechten und > Rechtsstaatlichkeit. Dennoch wecken diese Themen Empfindlichkeiten und werfen Herausforderungen sowohl in Geber- als auch in Entwicklungsländern auf, die oft genug diese Themen auf Kosten eigener Interessen (wie Machterhalt oder Exporte) vernachlässigen. Nationale Parlamente, wie der Deutsche Bundestag, und internationale Parlamente, wie das Europäische Parlament oder die Parlamentarische Versammlung des Europarats, mahnen immer wieder eine menschenrechts- und demokratiebasierte Politik an. > Nichtregierungsorganisationen, wie „amnesty international“ oder Human Rights Watch, konzentrieren sich vor allem auf Recherche und die öffentlichkeitswirksame Berichterstattung von Menschenrechtsverletzungen. AKP > CEDAW > Demokratie > EIDHR > Ernährung > Frauen > Good Governance > Grundbedürfnisse > Hunger > Kriterien > Metagora [www.un.org/rights](http://www.un.org/rights) ; [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org) ; [www.hrw.org](http://www.hrw.org); [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)

**Menschliche Entwicklung** > human development

**Menschliche Sicherheit** > human security

**MERCOSUR:** 1991 unterzeichneten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ein Abkommen über die Gründung des „Gemeinsamen Marktes des Südens“ (Mercado Común del Sur - port. Mercado Comum do Sul, deshalb auch MERCOSUL). 2006 beantragte Venezuela die Vollmitgliedschaft. Die Ziele wie Freihandel, gemeinsamer Außenzoll und freie Zirkulation der Produktionsfaktoren ähneln denen der EU, bevor diese im Maastricht-Vertrag eine darüber hinausgehende > Integration festschrieb. Die EU ist der bedeutendste Wirtschaftspartner des MERCOSUR. Seine Mitgliedsländer wickeln rund ein Drittel ihres Außenhandels mit den Staaten der EU ab. Fast 50 Prozent aller privaten Direktinvestitionen im MERCOSUR stammen aus der Europäischen Union. Seit 1995 werden der politische Dialog, Kooperation/Technische Hilfe und der bilaterale Handel zwischen der EU und Mercosur durch ein Rahmenabkommen geregelt. Verhandlungen zur Liberalisierung des Handels und zur Zusammenarbeit zwischen EU und MERCOSUR laufen bereits seit einigen Jahren. [www.mercosur.int](http://www.mercosur.int) ; [http://ec.europa.eu/external\\_relations/mercosur/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/mercosur/index_en.htm)

**Mestize:** Der Begriff Mestize (spanisch: mestizo, aus lateinisch: mixtus = vermischt) wird zur Bezeichnung von Mischlingen mit einem europäischen und einem indianischen Elternteil verwendet. In der Praxis werden auch Mitglieder entsprechender Mischkulturen als Mestizen bezeichnet.

**Metagora:** Metagora ist ein Pilotprojekt der OECD. Hierin werden neue Methoden der statistischen Datenerhebung sowie Indikatoren zur Bewertung von > Demokratie, > Menschenrechten und > Governance erarbeitet. Metagora hat seit Anfang 2004 ein Netzwerk von Unterstützern und Mitarbeitern aufgebaut und erste quantitative Erhebungsmethoden sowie Meinungsumfragen gestartet. > OECD [www.metagora.org/html/index.html](http://www.metagora.org/html/index.html)

**Metropolen:** Begriff zur Bezeichnung der > Industrieländer, dem zur Beschreibung der > Dritten Welt der Ausdruck „Peripherie-Länder“ entgegengesetzt wird. Mit dem Begriff Metropolen soll u. a. verdeutlicht werden, dass die Industrieländer als Zentren des > Kapitalismus das internationale Wirtschaftssystem beherrschen und die Dritte Welt in > Abhängigkeit halten. > Peripherie

**MEZ** > Millennium(s)-Entwicklungsziele

**MICs/Middle-income countries - Länder mit mittlerem Einkommen:** Laut Weltbank Länder, deren > BNE pro Kopf im Jahre 2008 zwischen 976 und 11.905 US-\$ lag, wobei noch zwischen „lower middle income“ (976-3.855 \$) und „upper middle income“ (3.856-11.905 \$) unterschieden wird. > HIC > MIC

**MIGA** > Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur

**Migrantentransfers** > Rücküberweisungen

**Migration, internationale:** Der Begriff der internationalen Migration umfasst alle endgültigen oder längerfristigen Verlegungen des Wohnsitzes in andere Länder, also Auswanderer, Umsiedler oder Aussiedler, legale Arbeitsmigranten („Gastarbeiter“) oder illegale Zuwanderer, nachwandernde Familienangehörige, Flüchtlinge unterschiedlicher Art; er schließt Binnenwanderungen nicht ein. Migration ist häufig auf ein Wohlstandsgefälle (Arbeitsmigration), auf politische Unterdrückung oder Kriege und Konflikte (Fluchtmigration) sowie neuerdings auch auf Umweltverschlechterungen im Emigrationsland zurückzuführen. Migrationsforscher schätzen die weltweite Zahl aller Migranten in den 80er Jahren auf 80 - 100 Millionen. Im Jahr 2000 stieg die Zahl auf schätzungsweise 175 Millionen. Im Weltmigrationsbericht 2003 wird sogar ein Anstieg auf 230 Millionen Migranten im Jahr 2050 erwartet. .> AKP-Abkommen > Rücküberweisungen > zirkuläre Migration

**Mikrofinanzsystem/-kredite:** Ein Kreditwesen, das auf Klein- und Kleinstkrediten beruht. Menschen in > Entwicklungsländern haben oft keine Möglichkeit, einen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen > Kredit von Banken zu erhalten. Sie verfügen entweder nicht über die notwendigen Sicherheiten oder leben nicht im Einzugsbereich einer Bank. Viele Kunden sind für Banken auch darum nicht interessant, weil sie, zum Beispiel für eine Geschäftsgründung, nur kleine Summen brauchen. Mikrokreditsysteme schließen diese Lücke der Versorgung mit finanziellen Dienstleistungen. Sie werden oft von Interessensgruppen aufgebaut, zum Beispiel von Fraueninitiativen, die gemeinsam erwirtschaftetes Geld an andere Frauen verleihen. Mikrokreditsysteme vergeben kleine Kredite zu fest definierten Bedingungen. Ein gelungenes Beispiel für eine in einem Entwicklungsland selbst aufgebautes Mikrofinanz-Kreditinstitut ist die > Grameen-Bank in Bangladesh. Zwei Aspekte sind bei solchen Banken wichtig: Die Kreditnehmerin oder der Kreditnehmer müssen in der Lage sein, das Geld zurückzuzahlen,

denn oft sind die Kreditgeber selbst nicht wohlhabend. Und die Kreditbedingungen müssen auf die Bedürfnisse des Kreditnehmers zugeschnitten sein.

Das > BMZ fördert dezentrale, insbesondere auf die Selbsthilfe von Mitgliedern des informellen und semiformalen Bereichs gegründete Finanzinstitutionen.

**Millennium(s)-Entwicklungsziele, Millenniumsentwicklungsziele:** Im September 2000 hatten 189 Mitgliedstaaten die > Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verabschiedet, die eine Reihe von Millenniumszielen (Millennium Development Goals/MDGs) enthielt und die 2001 von den VN zu acht Zielen mit einer Reihe von Zielvorgaben und Indikatoren verdichtet worden sind (s. Anhang 1). [Die deutsche Abkürzung MEZ hat sich leider nicht durchgesetzt; selbst in Entschlüssen des Deutschen Bundestages ist von MDGs die Rede.] Die Ziele bilden den zz. wichtigsten Rahmen für die weltweite > Entwicklungspolitik und eine menschenzentrierte > Entwicklung, stellen aber keine umfassende, sondern eine defekte Vision für eine bessere Welt dar, weil hier - im Gegensatz zur Millenniumserklärung - dafür unerlässliche Elemente wie > Demokratie und > Frieden fehlen.

Die MEZ sehen vor: (1) Beseitigung von extremer Armut und Hunger, (2) Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung, (3) Förderung der Gleichstellung und Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen (< Empowerment), (4) Senkung der Kindersterblichkeit, (5) Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Diese acht Ziele wurden mittlerweile durch insgesamt 21 Zielvorgaben und rd. 60 Indikatoren präzisiert und konkretisiert, so z. B. in Bezug auf MEZ 1 *Zielvorgabe 1*: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt; *Zielvorgabe 2*: Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen; *Zielvorgabe 3*: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden. Und bei MEZ 8 beziehen sich die Zielvorgaben u. a. auf die Entwicklung eines offenen, regelgestützten und nicht-diskriminierenden Handels- und Finanzsystems, auf Schuldenerleichterungen, auf großzügigere öffentliche Entwicklungshilfe und einen besseren Technologietransfer bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

Die Millenniumsziele, die > Millenniumserklärung sowie der UN-Millennium+5-Gipfel von 2005 haben der politischen Gestaltung der > Globalisierung Leitplanken geliefert, eine inhaltliche Fokussierung der Entwicklungsanstrengungen bewirkt, der internationalen Entwicklungspolitik eine neue Dynamik verliehen und den Druck auf die verschiedenen Akteure verstärkt. Sie bleiben – trotz gewisser Enttäuschungen bei der Realisierung – wichtig; sie bieten Orientierung für staatliche und nichtstaatliche, nationale und internationale Akteure und Richtgrößen zur Bewertung von Entwicklungsanstrengungen und -erfolgen. Sie tragen mit ihren überprüfbar inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben – die meisten Ziele sollen bis 2015 realisiert werden – dazu bei, die internationale Gemeinschaft auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und dienen als Handlungsanleitung. Die Verständigung auf die acht MEZ ist ein großer Schritt in Richtung auf einen „globalen Gemeinwillen“ („volonté générale mondiale“), der das „Globalwohl“ repräsentiert und auf der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beruht, von der schon 1980 Willy > Brandt und seine Nord-Süd-Kommission in dem Bericht „Das Überleben sichern“ sprachen. MEZ und Erklärung sind Ausdruck einer zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern eingegangenen Verpflichtung, auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Beseitigung der Armut förderlich ist. Sie sind Verpflichtung für die Politik und auch ein Referenzrahmen für die Entwicklungsforschung.

Mittlerweile sind zwei Drittel der Wegstrecke zwischen 2000 und 2015 zurückgelegt. Für UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon fällt die kollektive Bilanz gemischt aus: Einige Fortschritte wurden erzielt, und in den meisten Teilen der Welt sind Erfolge noch möglich – allerdings wegen der > Finanzkrise noch schwerer erzielbar. Weltbank und Internationaler

Währungsfonds prognostizieren Zielerreichungen – global kalkuliert und/oder auf einzelne Länder bezogen –, warnen jedoch zugleich, die meisten Entwicklungsländer würden die MEZ verpassen, und propagieren ein starkes, inklusives Wachstum. Eine Reihe von Defiziten sei zu beklagen: bei der Armutsbekämpfung, im Bildungsbereich, bei der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen, in fragilen Staaten, bei der ökologischen Nachhaltigkeit und der Anpassung an den Klimawandel sowie bei der Erfüllung der Versprechen im entwicklungs- und handelspolitischen Bereich. Das > BMZ bilanziert, die internationale Gemeinschaft habe ein gutes Stück Weg zurückgelegt, doch in keiner Region der Erde scheine die Erreichung aller Millenniumsziele als sicher. Die Ursachen für die mangelhaften Erfolge und letztlich düsteren Aussichten werden oft nur unzureichend oder gar nicht benannt. Sie liegen auch und gerade bei den Regierungen, denen ein „doppeltes Armutszeugnis“ auszustellen ist: Einmal den Regierungen der Industrieländer, die bislang nicht zu substantiellen Zugeständnissen in ihrer Handels- und Finanzpolitik bereit waren; zum anderen den Regierungen vieler Entwicklungsländer, die es an adäquaten Eigenanstrengungen mangeln ließen und häufig ihre Politik nicht auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit sowie die Mobilisierung einheimischer Ressourcen ausrichteten. Auch der von Jeffrey Sachs, dem Direktor des UN-Millennium-Projekts, Anfang 2005 vorgelegte Bericht „In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ vernachlässigt in seinen Empfehlungen die politischen Rahmenbedingungen. Er setzt vor allem auf mehr Geld („die gegenwärtige öffentliche Entwicklungshilfe muss verdoppelt werden“) und den gut koordinierten und differenzierten Einsatz dieser Mittel bei der Armutsbekämpfung. Aber was nützt mehr Geld, mehr staatliche Entwicklungshilfe, wenn in den Entwicklungs- und Transformationsländern Diktatoren, Kleptokraten und korrupte Cliquen herrschen, wenn die Bevölkerung nicht am Ressourcenverkauf beteiligt wird, wenn die > ODA mangels funktionierender Rechts- und Verwaltungsinstitutionen nicht sinnvoll eingesetzt werden kann?

Als Beitrag zur Realisierung der MEZ und insbesondere zur weltweiten Halbierung extremer Armut beschloss die Bundesregierung am 4. April 2001 das > Aktionsprogramm 2015.

> Armut > Hunger > MPI [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals), [www.millenniumcampaign.org](http://www.millenniumcampaign.org), [www.millenniumcampaign.de](http://www.millenniumcampaign.de), [www.runiceurope.org/german/mdg/index.html](http://www.runiceurope.org/german/mdg/index.html)

**Millenniumserklärung:** In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen vom 8. September 2000 bekennen sich die 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft und zu > Millennium-Entwicklungszielen. In der Erklärung bekräftigen die damals rd. 150 anwesenden Staats- und Regierungschefs ihren Willen, gemeinsam sicherstellen zu wollen, dass Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen dieser Welt wird. Dabei verpflichten sie sich, alles daran zu setzen, das Recht auf Entwicklung zu verwirklichen, die extreme Armut zu beseitigen und den Umgang mit der Natur nachhaltig zu gestalten. Immerhin wird in der Erklärung im Gegensatz zu den MEZ auch zugesagt, die > Demokratie zu fördern, die > Rechtsstaatlichkeit und die international anerkannten > Menschenrechte zu stärken, den > Frieden zu wahren und damit die Welt sicherer zu machen. Lt. Erklärung müssen die internationalen Beziehungen im 21. Jh. von folgenden Grundwerten geprägt sein: > Freiheit, Gleichheit, > Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragener Verantwortung.

[www.unric.org/html/german/millennium/millenniumserklaerung.pdf](http://www.unric.org/html/german/millennium/millenniumserklaerung.pdf)

**Minderung / Mitigation:** Minderung und > Anpassung bilden zusammen mit Finanzierung und Technologie-Kooperation die zentralen Themen der internationalen > Klimaschutzverhandlungen. Bei „Minderung“ geht es um die Verringerung des globalen Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase durch die Festlegung quantifizierter Emissionsobergrenzen zumindest für alle großen Emittentenstaaten weltweit. > Klimawandel

**Minifundium - Minifundismus:** Unter Minifundium versteht man einen landwirtschaftlichen Klein- oder Kleinstbetrieb. Das Minifundium steht meist in engem Wechselverhältnis zum Latifundium, man spricht von einem Komplex Latifundium-Minifundium. Die Bodenkonzentration überlässt dem Bauern nur kleine, abgelegene, minderwertige Böden. Eine andere Entstehungsursache ist die Erbteilung. Zwar gibt es für spezielle Kulturen auch einen marktorientierten Plantagen-Minifundismus (z. B. Kaffee in Kolumbien). Doch verbindet sich mit dem Minifundismus in der Regel > Subsistenzwirtschaft. > Latifundismus

**Mischfinanzierung:** Kombination von als Zuschuss oder Kredit geleisteter öffentlicher Entwicklungshilfe und anderen Mitteln zur Zusammenstellung eines Finanzpakets. > Kofinanzierung

**Misereor:** Bei Misereor handelt es sich um ein Hilfswerk der katholischen Kirche, die 1958 als ein Bischöfliches Werk „Aktion gegen Hunger und Krankheit“, mit Sitz in Aachen ins Leben gerufen wurde. Zielgruppe Misereor ist die arme Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Bei den Projekten handelt es sich überwiegend um so genannte Selbsthilfeprojekte. Daneben spielen Öffentlichkeitsarbeit, politisches Lobbying und Motivation für solidarisches Handeln im Inland eine große Rolle. Die Finanzierung umfasst private Spenden, öffentliche Haushaltsmittel und kirchliche Steuermittel. [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

**Mixed Economy:** Der Begriff steht für eine gemischtwirtschaftliche Orientierung der Volkswirtschaft, in der die Kapitalanteile der Unternehmen sich teils in den Händen der > Privatwirtschaft und teils in öffentlicher Hand befinden.

**MLF/Multilateral Fund for the Implementation of the Montreal Protocol - Multilaterale Fonds des Montrealer Protokolls:** Der MLF zum Schutz der Ozonschicht wurde 1990 eingerichtet. Der finanziellen Mittel des Fonds stammen aus den Beiträgen der Industrienationen, die sich nach dem VN-Beitragsschlüssel richten. Der Fonds dient zur Übernahme der Kosten für die Entwicklungsländer, die sich auf Grund der Umsetzung des Montrealer Protokolls ergeben. Deutschland gehört zu den größten Gebern. > Montrealer Protokoll [www.multilateralfund.org](http://www.multilateralfund.org)

**Modernisierungstheorien:** Haben gemeinsam, dass sie die > Entwicklung der Länder der > Dritten Welt als einen Prozess auffassen, der sich am Leitbild der bereits industrialisierten kapitalistischen Länder orientiert. > „Unterentwicklung“ wird primär auf endogene, hausgemachte Ursachen wie Kapitalmangel, industriell-technologischer Rückstand und Traditionalismus zurückgeführt. Die Theorien propagieren eine wirtschaftliche, soziale, politische und mentale Modernisierung (Max Weber: Rationalisierung gesellschaftlichen Verhaltens) und letztlich eine > nachholende, die Industrieländer imitierende Entwicklung. Sie plädieren für eine exportorientierte Entwicklungs- und Wachstumsstrategie (Integration in den Weltmarkt).

**MOE-Länder:** Mittel- und Osteuropäische Länder > Transformationsländer

**Monetarismus:** Wirtschaftspolitische Schule, die in der Geldpolitik das wichtigste Instrument sieht, zunächst die Inflation bekämpft und vor allem die Angebotsbedingungen für die Unternehmen verbessern will (Exponent: Milton Friedman).

**Monitoring:** Laufende Beobachtung und Kontrolle. Überwachung der Partnerschaftsverpflichtungen, besonders der Projekt- und Programmfortschritte im Hinblick auf die sinnvolle und planmäßige Verwendung der eingesetzten Mittel und Ressourcen. Auch generell für die Überwachung von (Entwicklungs-)Fortschritten, so etwa Politikmonitoring im Sinne einer Einschätzung der Bevölkerung zur armutsmindernden Wirkung von > PRSPs. > Evaluierung

**Monokultur:** Eine Wirtschaftsstruktur, bei der ein Land in Produktion und Export überwiegend von einem oder wenigen Rohstoffen abhängig ist.

**Monroe-Doktrin:** Erklärung des US-Präsidenten James Monroe zur Lage der Nation am 2. Dezember 1823. Hierin entwarf er ein Konzept für die US-Außenpolitik und sprach sich für die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von den europäischen Mächten aus, folglich die Koexistenz zweier Sphären definierend. Hierbei akzentuierte Monroe das Prinzip der Nichteinmischung der USA in die europäischen Konflikte. Darüber hinaus sprach er sich für die Beendigung der Kolonialisierung aus. Im Falle der Nichteinhaltung kündigte er ein Eingreifen der USA an. Die Quintessenz ist somit der Appell an die europäischen Kolonialmächte die unabhängigen lateinamerikanischen Staaten nicht zu rekolonialisieren. Dies wird oftmals als „Amerika den Amerikanern“ zusammengefasst und meint eigentlich Amerika den USA.

**Monterrey-Konsensus:** Auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (Mexiko, März 2002) wurde im Geiste der Millenniumskonferenz von 2000 ein richtungweisender Rahmen für eine globale Entwicklungspartnerschaft festgelegt, und zwar auf das Ziel bezogen, die > Armut zu bekämpfen, dauerhaftes > Wirtschaftswachstum zu erzielen und die > nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern soll auf guter Regierungs- und Verwaltungsführung, erweitertem Handel, Entwicklungshilfe sowie Schuldenerleichterung aufbauen. Die ersten drei Kapitel des Monterrey-Konsenses befassen sich mit der Mobilisierung nationaler Finanzmittel, ausländischer Direktinvestitionen und des internationalen Handels. Deren große Bedeutung als wichtige Quellen der Entwicklungsfinanzierung wurde ausdrücklich betont.

Der Monterrey-Konsens ruft dazu auf, die > „Doha Development Agenda“ vollständig umzusetzen, einschließlich der vermehrten handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit. Die weitere Handelsliberalisierung muss sich für die Entwicklungsländer auszahlen. Die Herausforderung für die Entwicklungspolitik liegt darin, zur besseren Teilhabe der ärmsten Entwicklungsländer an den positiven Wirkungen des Globalisierungsprozesses beizutragen.

Monterrey hat bezüglich der ODA-Zusagen größere Fortschritte erreicht als zunächst erwartet. Der Monterrey-Konsens bestätigt das 0,7%-Ziel. Ein greifbareres Ergebnis ist, dass die EU-Mitgliedstaaten – die mehr als 50 % der gesamten > ODA weltweit zur Verfügung stellen – unmittelbar vor Monterrey im Europäischen Rat in Barcelona am 14.3.2002 unter anderem die Selbstverpflichtung eingegangen sind, ihren durchschnittlichen ODA-Beitrag von 0,33 % (2001) bis 2006 auf 0,39 % zu erhöhen; diejenigen Mitgliedstaaten, die unter dem derzeitigen EU-Durchschnitt liegen (wie etwa Deutschland), streben dabei an, bis 2006 mindestens 0,33 % zu erreichen. > Finanzierung für Entwicklung

**Montrealer Protokoll:** Das Montrealer Protokoll bezieht sich auf Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen können. Es ist ein völkerrechtlicher Vertrag des Umweltrechts, auch multilaterales Umweltabkommen genannt. Das Montrealer Protokoll wurde am 16. September 1987 von den Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht angenommen und ist eine Konkretisierung dieses Abkommens und trat am 1. Januar 1989 in Kraft. Hierin erfolgt das Bekenntnis der Staaten zu ihrer Verpflichtung, „geeignete Maßnahmen zu treffen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen zu schützen, die durch menschliche Tätigkeiten, welche die Ozonschicht verändern, wahrscheinlich verändern, verursacht werden oder wahrscheinlich verursacht werden“ (Präambel). Das Montrealer Protokoll wird als Meilenstein im Umwelt-Völkerrecht betrachtet. Die Mitgliedstaaten sind unter anderem zur Reduzierung und schließlich zur vollständigen Abschaffung der Emission von chlor- und bromhaltigen Chemikalien, die stratosphärisches Ozon zerstören verpflichtet. Es ist ungewöhnlich für einen völkerrechtlichen Vertrag und bedeutet einen starken Regelungsmechanismus, dass diese Listen mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können. Für Entwicklungsländer gelten großzügigere Fristen bei der Reduk-

tion der Stoffe, um ihre „grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken“ (Artikel 5). Inzwischen wurden die Kontrollvorschriften durch die fünf Änderungsprotokolle von London (1990), Kopenhagen (1992), Wien (1995), Montreal (1997) und Peking (1999) laufend angepasst und ergänzt. > MLF/Multilateral Funds for the Implementation of the Montreal Protocol

**Moral Hazard:** Moralische Versuchung/sittliche Gefährdung bzw. „verhaltensbedingte Fährnisse“ (Martin Hellwig). Annahme: Durch den Zufluss externer Mittel, wie > ODA, könnten die Anstrengungen zur Mobilisierung interner Ressourcen (des nationalen Steuersystems) nachlassen. > Holländische Krankheit

**Mortalitätsrate:** Maßzahl für den Pro-Tausend-Anteil der Sterbefälle an der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Periode. Die Mortalitätsrate bestimmt zusammen mit der Geburtenrate die Wachstumsrate der Bevölkerung.

**Motive:** Das, was Menschen, Organisationen und Länder dazu bewegt, sich für etwas zu engagieren. Dies reicht im Bereich des Einsatzes für arme Länder oder benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die > Eine Welt von einer Motivation, die sich aus Humanität und christlicher Nächstenliebe speist, bis zum Antrieb, etwas für die Zukunftsfähigkeit der Einen Welt zu tun. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist aus humanitären und solidarischen, aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Gründen geboten. > Interessen

**MPI/Multidimensional Poverty Index:** Die Universität Oxford hat gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (> UNDP) den multidimensionalen Armutsindex entwickelt. Anhand von zehn Indikatoren werden drei kritische Dimensionen von Armut auf Ebene der einzelnen Haushalte beleuchtet: Bildung, Gesundheit und Lebensstandard. Entbehrungen betreffen unter anderen auch den (Nicht-) Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser- und Stromversorgung sowie mangelnde Hygiene. Zudem wird die Versorgung mit wichtigen Haushaltsartikeln und Dienstleistungen, wie der Besuch eines Arztes, mit einbezogen. Damit soll der MPI über die Form der Armut aufklären und die Zusammenhänge zwischen den Lebensbereichen verdeutlichen. Auch erlaubt der MPI die bessere Messung der Intensität von Armut: Eine Person, die Entbehrungen bei 70 Prozent der untersuchten Indikatoren hinnehmen muss, ist demnach ärmer als eine, die nur von 40 Prozent Mangel betroffen ist.

Mit dem MPI ist eine viel umfassendere Messung von > Armut möglich, als es die traditionelle Formel der > Weltbank erlaube. Nach dieser Definition gilt ein Mensch als arm, wenn er weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zum Überleben zur Verfügung hat (> Millennium-Entwicklungsziele). Mit den neuen Bewertungskriterien für Armut, die UNDP ab 2010 verwendet, musste jedoch auch die Anzahl der Menschen nach oben korrigiert werden, die in extremer Armut leben. Die Analyse aus 104 Ländern ergab, dass nach den Kriterien des MPI rund 1,7 Milliarden Menschen als „multidimensional arm“ bewertet werden können. Das übersteigt den bisherigen Wert von 1,4 Milliarden Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen müssen. [www.ophi.org.uk/policy/multidimensional-poverty-index](http://www.ophi.org.uk/policy/multidimensional-poverty-index)

**MSACs/Most Seriously Affected Countries:** Begriff für die (von der wirtschaftlichen Krise) am härtesten betroffenen Länder. Insgesamt 45 Länder, für die folgende in der 6. UN-Sondergeneralversammlung 1974 festgelegte Kriterien zutreffen: niedriges Pro-Kopf-Einkommen, Preisanstieg bei wichtigen Importen im Vergleich zu den Exporten, gestiegene Transport- und Transitkosten, Schwierigkeiten, ausreichende Exporterlöse zu erzielen, hoher Schuldendienst, niedrige Währungsreserven, relativ große Bedeutung des Außenhandels für den Entwicklungsprozess.

## **Multi-Donor-Budget-Support** > Budgethilfe

**Multilateral:** Als Attribut der Entwicklungszusammenarbeit: Entweder Beiträge einzelner Staaten an gemeinsame Institutionen (EU, Weltbank), die ihrerseits Entwicklungsprojekte finanzieren, oder auch die direkte Entwicklungshilfe dieser Institutionen. > Bilaterale Zusammenarbeit > Multilaterale Zusammenarbeit

**Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur - Multilateral Investment Guarantee Agency/MIGA:** Die MIGA, Mitglied der > Weltbankgruppe, wurde im Jahr 1988 gegründet und hatte im Oktober 2008 insgesamt 173 Mitgliedsländer. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied und mit einem gezeichneten MIGA-Kapitalanteil von circa 96,69 Mio. US-\$ mit rund 5,1 Prozent beteiligt (Stimmrechtsanteil 4,21 Prozent). Die MIGA sichert private ausländische Direktinvestitionen in weniger entwickelten Ländern durch Garantien gegen nichtkommerzielle Risiken ab, wie z. B. Transferbeschränkungen, Krieg, zivile Unruhen und Enteignung. Im Geschäftsjahr 2008 wurden 38 Garantieverträge für 24 Vorhaben mit einem Gesamtumfang von 1,4 Mrd. US-\$ abgeschlossen. Das Garantieportfolio der MIGA konzentriert sich auf die Bereiche Finanzsektor und Infrastruktur. Die MIGA bietet zudem Dienstleistungen auf den Gebieten der technischen Hilfe und der Investitionsberatung an. [www.miga.org](http://www.miga.org)

**Multilaterale Zusammenarbeit:** Findet im Rahmen von Projekten und Programmen internationaler Organisationen und Institutionen zugunsten der Entwicklungsländer statt. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge der Mitgliedstaaten an die Organisationen. Ihre Vertreter in den Aufsichtsorganen wirken bei der Vergabepolitik der Organisation mit. Leistungen der multilateralen Zusammenarbeit erbringt die Bundesrepublik Deutschland über Organisationen der Vereinten Nationen, über > Entwicklungsbanken und auch über die > Europäische Union (zum Beispiel > AKP-Abkommen, Nahrungsmittelhilfe). > Bilaterale Zusammenarbeit > BMZ > Europäische Union

**Multinationale Unternehmen:** Unternehmen, die eigene oder von ihnen kontrollierte Produktionsstätten außerhalb des Landes unterhalten, in dem sie beheimatet sind. International ist auch die Bezeichnung „transnationale“ Unternehmen bzw. Konzerne gebräuchlich, um auszudrücken, dass diese Unternehmen von ihrem Heimatland aus über nationale Grenzen hinweg operieren. Sie stellen für die Wirtschaftspolitik v. a. deswegen ein Problem dar, weil sie sich teilweise einer nationalen Kontrolle entziehen können, insbesondere durch Manipulation konzerninterner Verrechnungspreise Gewinne (und damit Steuerpflichten) zwischen Staaten verschieben können. > Corporate Social Responsibility > Direktinvestitionen > Privatwirtschaft > Verhaltenskodex

**Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeit:** Eine Entwicklung, die qualitativ und quantitativ so verläuft, dass die Entwicklungschancen künftiger Generationen nicht beeinträchtigt werden. [Der englische Begriff „sustainable development“ wurde früher mit „tragfähiger“, dann mit „nachhaltiger Entwicklung“ oder auch „zukunftsfähiger Entwicklung“ übersetzt.]

Nachhaltige, menschliche (menschenwürdige) Entwicklung ist mittlerweile zum neuen Entwicklungsparadigma avanciert. Der > Brundtland-Bericht von 1987 (so nach der Kommissionsvorsitzenden, der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, benannt) versteht unter „sustainable development“ eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in > Rio de Janeiro 1992 avancierte „nachhaltige Entwicklung“ zum Leitbegriff der in Rio angenommenen > Agenda 21. Die Definition dieses neuen Entwicklungsparadigmas umfasst zumindest vier Dimensionen: die wirtschaftliche (ein Arbeitsplätze

und Einkommen schaffendes Wirtschaftswachstum), die soziale (Gerechtigkeit/soziale Verträglichkeit), die politische (institutionelle Nachhaltigkeit; eine der Partizipation, der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtete politische Ordnung) und die ökologische (Umweltverträglichkeit). Folgerichtig ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als ein Konzept zu verstehen, das die Verbesserung der ökonomischen, sozialen und politischen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt (auf dem Johannesburg-Gipfel 2002 bekräftigt und verdeutlicht) und insofern einem ganzheitlichen, holistischen Ansatz von > Entwicklung verpflichtet. Der Schutz der Umwelt darf dabei nicht am Ende stehen, sondern muss integraler Bestandteil jeder Entwicklung sein. Nachhaltige Entwicklung erfordert die Berücksichtigung ökologischer wie auch ökonomischer und soziokultureller Faktoren sowohl im nationalen als auch im globalen Rahmen.

[Leider hat sich besonders im Deutschen ein begriffliches Durcheinander ergeben bzw. wird der Begriff „nachhaltig“ inflationär und nicht im Rio-Sinne gebraucht, etwa wenn er lediglich für „dauerhaft“ steht. Selbst wenn im Englischen von „sustained growth“ die Rede ist, heißt es im Deutschen „nachhaltiges Wachstum“, wo doch „andauerndes“, „sich selbst tragendes“ Wachstum gemeint ist.]

Besonders > UNDP hat dafür gesorgt, dass das Sustainable Development-Konzept immer wieder den Menschen in den Fokus aller Entwicklungsanstrengungen stellt (nachhaltige, menschliche Entwicklung).

Auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung vom 23.-27. Juni 1997 in New York bekräftigten die Staaten das in Rio beschlossene Aktionsprogramm und die darin enthaltenen Ziele und Überzeugungen: „Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und Umweltschutz sind interdependente und sich gegenseitig stärkende Komponenten von nachhaltiger Entwicklung. ... Demokratie, Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung, transparentes und rechenschaftspflichtiges Handeln in allen Sektoren der Gesellschaft ebenso wie wirksame Partizipation durch die Zivilgesellschaft sind auch ein wesentlicher Teil der notwendigen Grundlagen für die Verwirklichung sozialer und menschenzentrierter Entwicklung.“

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in > Johannesburg 2002 wurden als unabdingbar für nachhaltige Entwicklung anerkannt: Demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschl. der Achtung der kulturellen Vielfalt, die Gleichstellung der Geschlechter, gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Korruptionsbekämpfung.

Für das > BMZ bestehen die Hauptziele der deutschen Entwicklungspolitik darin, die Armut mindern, die Umwelt schützen und den Frieden sichern zu helfen sowie Demokratie und Menschenrechte zu fördern und die Globalisierung gerecht zu gestalten. Um diese Ziele zu erreichen, folgt die Entwicklungspolitik dem ganzheitlichen Ansatz der nachhaltigen Entwicklung. Die deutsche Entwicklungspolitik verknüpft daher eng die vier Dimensionen ihres Handelns: Wirtschaftliche Leistungssteigerung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und politische Stabilität. Zu Recht wird betont, dass jede Entwicklung auch kulturbewusst und offen für den kulturellen Wandel zu sein hat. Insofern gilt es, die vier Dimensionen von Entwicklung um eine fünfte, die kulturelle, zu erweitern.

Weder Entwicklungs- noch Industrieländer entsprechen dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung; alle sind mehr oder weniger fehl entwickelt. In der > Agenda 21 haben sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet, nationale Nachhaltigkeitsstrategien vorzulegen. Auch die Bundesregierung hat eine solche Strategie im intensiven Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet und während des Weltgipfels in Johannesburg im September 2002 vorgestellt. Die Strategie geht davon aus, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen den Anforderungen hinsichtlich Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialem Zusammenhalt und internationaler Verantwortung entsprechen muss. Sie soll einen Rahmen bieten, an dem sich die Politik ausrichten kann. Sie soll aber nicht nur Grundlage für politisches Handeln, sondern auch für ein verändertes Verhalten von Unternehmerinnen und

Unternehmern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern sein. Auch vor diesem Hintergrund ist die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen in den Prozess der Überprüfung und Fortschreibung der Strategie zentral. Hierbei sind der Rat für Nachhaltige Entwicklung, der sich aus 17 Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammensetzt, sowie der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung wichtige Impulsgeber für die Bundesregierung. Die Umsetzung der Strategie wird laufend überprüft und fortgeschrieben, zuletzt im Fortschrittsbericht 2008.

2002 beschloss die Vollversammlung der VN, die Jahre von 2005 bis 2014 als Weltdekade > „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auszurufen. > Demokratie > Demokratieförderung > Entwicklung > Frauen > HDI > Millennium-Entwicklungsziele > Ökologische Nachhaltigkeit > Rio-Konventionen > Zukunftsfähige Entwicklung [www.un.org/esa/sustdev](http://www.un.org/esa/sustdev)

**Nachhaltigkeit, nachhaltige Wirksamkeit:** Nachhaltigkeit [hier ein eigtl. verwirrender Begriff, weil er nicht im Rio-Sinne von > nachhaltiger Entwicklung gemeint ist] bzw. nachhaltige (= dauerhafte) Wirksamkeit in der > Entwicklungszusammenarbeit ist dann gegeben, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe in der Lage ist, nach Beendigung der finanziellen, organisatorischen und/oder technischen Unterstützung von außen die Projektaktivitäten eigenständig mit positiven Ergebnissen über eine insgesamt wirtschaftlich angemessene Nutzungsdauer weiterzuführen. Nachhaltige (dauerhafte) Wirksamkeit ist auch dann gegeben, wenn die EZ Hilfe zu einer - auch innovativen - Selbsthilfe leistet, die zu dauerhaften Erfolgen führt bzw. solche Erfolge anstößt.

**Nachholende Entwicklung/Industrialisierung:** Die Vorstellung einer nachholenden Entwicklung/-Industrialisierung unterstellt, dass sich das Industrialisierungsmodell der Industrieländer auf die Entwicklungsländer übertragen lässt. Das Konzept wurde beispielsweise in dem 1969 erschienenen „Pearson-Bericht“ entfaltet, den führende westliche Wirtschaftsexperten im Auftrag der Weltbank erstellten. Sie empfahlen, durch massiven Kapitalzufluss die „modernen“ > Sektoren in den Entwicklungsländern zu fördern und auf diesem Weg die Integration in die Weltwirtschaft zu forcieren. Das Konzept der nachholenden Entwicklung prägt auch heute noch entwicklungspolitische Vorstellungen und steht im Gegensatz sowohl zur Vorstellung eines „eigenen“ Entwicklungsweges wie auch zur Idee einer „dauerhaften“ bzw. nachhaltigen Entwicklung. > Nachhaltige Entwicklung

**NAFTA/North American Free Trade Agreement - Nordamerikanische Freihandelsabkommen:** NAFTA wurde am 1. Januar 1994 als ein Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko gegründet. Zunächst wurden einige Zölle abgesetzt und andere zeitlich ausgesetzt. Ziel ist es bis zum Jahre 2015 eine vollständige Freihandelszone zu errichten. [www.nafta-sec-alena.org](http://www.nafta-sec-alena.org)

**Nahrungsmittelhilfe:** (Kostenlose) Lieferung von (meist) in > Industrieländern erzeugten Nahrungsmitteln an > Entwicklungsländer, die zur > Ernährung ihrer Einwohner lebensnotwendig auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen sind. Sie soll nur eine Überbrückungsfunktion haben, bis zur Stärkung der eigenen landwirtschaftlichen Produktionsbasis der Entwicklungsländer ergriffene Maßnahmen durchgreifende Erfolge zeigen. Längerfristig gewährte Nahrungsmittelhilfe kann die Initiative zur Selbsthilfe beeinträchtigen. > Ernährung > Not- und Übergangshilfe > WFP/Welternährungsprogramm

**NAM/Non-Aligned Movement - Blockfreienbewegung** > Blockfreie

**Nation Building:** Die „Nationenbildung“ meint einen Prozess sozio-politischer Entwicklung, der aus locker verbundenen Gemeinschaften eine gemeinsame Gesellschaft/Nation mit einem ihr entsprechenden (National-)Staat werden lässt. > State Building

**Neokolonialismus:** Kritische, oft polemisch gebrauchte Bezeichnung für die Politik der > Industrieländer gegenüber den Staaten der > Dritten Welt, insofern sie auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und indirekt der politischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer zielt. Heutige Form des Kolonialismus bzw. Imperialismus zur Fortsetzung kolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung trotz formaler Unabhängigkeit der aus den Kolonien hervorgegangenen Staaten. Direkte und indirekte Beherrschungsformen: Finanzielle, wirtschaftliche, technologische Abhängigkeit, ungleicher Handel, kulturelle Überfremdung. > Imperialismus > Kolonialismus

**Neoliberalismus:** Das neoliberale Modell erwartet Entwicklung von der Entfesselung der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, und einer Beschränkung der Staatsfunktionen auf die Herstellung marktgünstiger Rahmenbedingungen, das in den entwickelten Ländern in Reaganomics und Thatcherism und in den Entwicklungsländern im > Washington-Konsensus seinen Ausdruck fand. > Globalisierung

**NEPAD/The New Partnership for Africa's Development - Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung:** NEPAD ist eine Reforminitiative afrikanischer Staaten, die in ihrem auf dem afrikanischen Gipfel im Juli 2001 beschlossenen Programm erstmals die kollektive Eigenverantwortung für > nachhaltige Entwicklung ihres Kontinents betonen und sich zu > Demokratie, Menschenrechten und > Good Governance bekennen. Als innovatives Instrument von NEPAD gilt insbesondere der Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung > APRM. Der Die > G8-Staaten wollen die afrikanischen Reformstaaten bei der Umsetzung dieser Initiative unterstützen. In ihrem Aktionsplan konzentrieren sich die G8 auf die Rolle als politischer „Impulsgeber“ und auf die Mobilisierung multilateraler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen. Die G8-Staaten haben 2007 in > Heiligendamm beschlossen, das von der Afrikanischen Union und NEPAD aufgelegte Programm zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft (CAADP) zu unterstützen und Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. [www.nepad.org](http://www.nepad.org)

**Nettoleistungen/Nettotransfer:** In der > Entwicklungszusammenarbeit Leistungen abzüglich der in die Industrieländer zurückfließenden Zahlungen für Verzinsung und Tilgung.

**Neue Geber:** Jene Länder, die nicht zu den „alten“ > Gebern, also den > DAC-Ländern gehören, sondern wirtschaftlich und politisch bedeutende > Entwicklungsländer umfassen, wie China und Indien, die sich (obwohl selbst noch > ODA-Empfänger) entwicklungspolitisch in anderen Ländern engagieren und dabei zumeist auf eine > Konditionalisierung verzichten.

**Neue Informationsordnung:** Sie soll nach dem Bestreben der Länder der Dritten Welt ihre Abhängigkeit von den Informationsträgern der Industrieländer beseitigen. Teilweise hat dies zum Aufbau nationaler oder regionaler Nachrichtenagenturen von Entwicklungsländern geführt.

**Neue Weltwirtschaftsordnung/NWWO:** Eigtl. Neue Internationale Wirtschaftsordnung (New International Economic Order). Die bestehende wirtschaftliche Ordnung der Welt soll nach den Vorstellungen der Länder der Dritten Welt verstärkt auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet werden, insbesondere die Exporterlöse der Länder der Dritten Welt nachhaltig steigern. Auf Sondergeneralversammlungen der UN 1974 und 1975 wurde teilweise gegen die Stimmen der Industrienationen eine „Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ sowie eine EntschlieÙung über „Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ verabschiedet. Diese Dokumente stellen in Verbindung mit der von der 29. Vollversammlung am 12.12.1974 angenommenen „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ die politische Grundlage für die Errichtung der von der Dritten Welt geforderten neuen Weltwirtschaftsordnung dar. Hauptforderungen der Länder der Dritten

Welt waren: - Volle Souveränität über ihre nationalen Wirtschaften;- Rohstoffabkommen zur Stabilisierung der Märkte und der Erlöse für ihre Exportprodukte;- Produzentenkartelle; - sehr viel stärkere Öffnung der Märkte der Industrieländer für Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern;- Erhöhung des Anteils der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion von damals rd. 11 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2000. Heute deutet sich eine ganz andere Art von Neuordnung der Weltwirtschaft an; sie wird von der > Globalisierung vorangetrieben.

**NFT** > Nigeria-Treuhandfonds

**NGOs** > Nichtregierungsorganisationen

**NICs-Newly Industrialized/Industrializing Countries** > Schwellenländer.

**Nichtregierungsorganisationen/NRO:** Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations/NGOs) sind Verbände oder Gruppen, die gemeinsame Interessen vertreten, nicht gewinnorientiert und nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind; sie sind Teil der > Zivilgesellschaft.

Eine Fülle von nicht-staatlichen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland ist im Bereich der Lobby-Arbeit für die Eine Welt oder/und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig. In ihnen formieren sich vor allem Engagement und Verantwortungsbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern, auf deren Initiative viele der NRO überhaupt erst entstanden sind und ohne deren – oft ehrenamtliche – Mitwirkung und Unterstützung die Organisationen gar nicht arbeiten könnten. Insofern sind die NRO Ausdruck des gesellschaftlichen Gestaltungswillens von Bürgerinnen und Bürgern, die sich (auch) außerhalb von politischen Parteien für das Gemeinwohl einsetzen. Vielfach wird deshalb auch von den NRO als einem Kern der „demokratischen Zivilgesellschaft“ gesprochen.

Die wichtigsten NRO im entwicklungspolitischen Bereich sind: (1) Kirchen: Partner der beiden großen christlichen Kirchen sind in der Dritten Welt - neben kirchlichen Stellen - Selbsthilfebewegungen sowie andere private und staatliche Institutionen. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind das Bildungs- und Gesundheitswesen, der landwirtschaftliche Bereich, der soziale Sektor sowie regionale Entwicklungsprogramme. Wichtigste Organisation auf katholischer Seite sind die „Zentralstelle für Entwicklungshilfe“ und „Misereor“, auf evangelischer Seite der „Evangelische Entwicklungsdienst/EED“ und „Brot für die Welt“. (2) Stiftungen: Die > Politischen Stiftungen, wie die Friedrich-Ebert- oder die Konrad-Adenauer-Stiftung, arbeiten eng mit Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften und ähnlichen politischen und sozialen Gruppen in Entwicklungsländern zusammen. Schwerpunktbereiche sind die Stärkung von Gewerkschaften und Parteien, die Förderung von Selbsthilfeorganisationen, insbesondere in ländlichen Gebieten, die Erwachsenenbildung sowie der Medien- und Forschungsbereich. Wegen ihrer Nähe zu den im Bundestag vertretenen Parteien werden sie auch als Quasi-NGOs = QUANGOs bezeichnet. (3) Freie Träger: Im Jahre 1976 haben sich 18 Organisationen, die sehr differenzierte Entwicklungsprogramme in Ländern der Dritten Welt durchführen, zu einem freiwilligen Arbeitskreis, dem „Bensheimer Kreis“, zusammengeschlossen. Mitglieder sind u. a. Arbeiterwohlfahrt, Deutsche Welthungerhilfe, EIRENE/Internationaler Christlicher Friedensdienst, Medico international, Terre des Hommes Deutschland und Weltfriedensdienst. (4) Aktionsgruppen: In der Bundesrepublik befassen sich einige hundert Aktionsgruppen mit dem Thema Entwicklungspolitik. (5) Lobby-Organisationen, wie > Germanwatch oder auch Südwind, das in Siegburg beheimatete Institut für Ökonomie und Ökumene, das sich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit einsetzt.

Viele von ihnen sind Mitglieder des „Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (> VENRO) oder haben sich bspw. zum „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (> BUKO) lose zusammengeschlossen.

Die wichtige Rolle von NRO wird mittlerweile von Regierungen, internationalen Behörden und auch auf internationalen Konferenzen anerkannt. Die häufig gestellte Frage nach der Legitimität von NRO lässt sich grundsätzlich mit dem Hinweis auf die Betätigungsfreiheit von Individuen und Interessengruppen in der pluralistischen Gesellschaft beantworten. Dabei muss andererseits die demokratisch legitimierte Zuständigkeit von Regierungen und Parlamenten in Fragen des Gemeinwohls unumstritten bleiben. > Advocacy-Arbeit > Aktionsgruppen > Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste > Johannesburg-Gipfel > Nicht-staatliche Technische Zusammenarbeit [www.venro.org](http://www.venro.org)

**Nicht-staatliche Gewaltakteure:** Rebellen, > Warlords, Terroristen oder die organisierte Gewalt stellen keine völlig neuen Akteure auf der Weltbühne dar. Doch wird ihre Bedeutung angesichts eines veränderten weltpolitischen und sicherheitspolitischen Umfeldes immer größer. Gerade eine zunehmende Privatisierung der Gewalt durch Söldner oder private Sicherheitsfirmen und besonders die steigende Bedrohung, die von transnationalen Gewaltnetzwerken ausgeht, lassen auch die Bedeutung der „klassischen“ nicht-staatlichen Gewaltakteure in neuem Licht erscheinen. Diese Akteure sind nicht nur ein Problem für die Sicherheitspolitik, sondern auch für die Entwicklungspolitik. In der Praxis finden sich die Entwicklungspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit häufig in Situationen wieder, in denen sie in erheblichem Maße auf ein Arrangement bzw. auch eine Kooperation mit diesen „störenden“ Akteuren angewiesen sind. > Terrorismus

**Nicht-staatliche Organisationen** > Nichtregierungsorganisationen

**Nichtstaatliche Technische Zusammenarbeit/TZ im weiteren Sinne:** Neben der staatlichen TZ umfasst die > bilaterale Zusammenarbeit auch die nichtstaatliche Zusammenarbeit, in deren Rahmen private Träger wie zum Beispiel NRO in eigener Verantwortung – aber gefördert mit staatlichen Zuschüssen – TZ-Maßnahmen durchführen. > NRO

**Nicht-tarifäre Handelshemmnisse:** Gesetze, Verwaltungsvorschriften und -praktiken, welche (neben den Zöllen) die Einfuhr beeinträchtigen. Hierzu zählen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Subventionszahlungen an heimische Unternehmen, Bevorzugung einheimischer Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Umweltschutzbestimmungen, Gesundheitsnormen, technische Normen usw.

**Niedrigeinkommensländer** > LICs

**Nigeria-Treuhandfonds - Nigeria Trust Fund/NFT:** Der finanziell kleine NTF ist ein 1976 aus nigerianischen Mitteln gegründeter Treuhandfonds. Er soll die wirtschaftliche Entwicklung besonders bedürftiger Mitgliedstaaten der > Afrikanischen Entwicklungsbank mit weichen Krediten fördern; der Zinssatz liegt zwischen 2 und 4 Prozent. 2007 wurden rd. 9 Mio. US-\$ zur Verfügung gestellt. [www.afdb.org/en/about-us/profile/who-we-are/nigeria-trust-fund](http://www.afdb.org/en/about-us/profile/who-we-are/nigeria-trust-fund)

**Nord-Süd-Dialog:** Die Verhandlungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern spielen sich seit Jahren auf mehreren internationalen Ebenen ab. Die wichtigsten sind: Die Vereinten Nationen samt ihren Unter- und Sonderorganisationen und auch auf der Ebene vieler UN-Abkommen, wie den > Rio-Abkommen, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (> GATT) bzw. die > Welthandelsorganisation, der > Internationale Währungsfonds (IWF) und die > Europäische Union (vormals: Europäische Gemeinschaften - EG). Zwischen den einzelnen Ebenen gibt es eine Fülle von politischen, sachlichen und personellen Verbindungen.

**Nord-Süd-Kommission** > Brandt-Bericht

**Nord-Süd-Konflikt:** Die auf dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beruhende Konfrontation; eines der zentralen Probleme der internationalen Beziehungen. Inhaltlich geht es vor allem um die Beseitigung der höchst ungleichen Verteilung von Wohlstand und Entwicklungschancen. Es erscheint voreilig, vom Ende des Nord-Süd-Konflikts zu sprechen; dieser bleibt eine Konfliktformation der internationalen Politik. > Nord-Süd-Politik > Reichtums-Armutsschere

**Nord-Süd-Politik:** Sie umfasst den von der Politik unternommenen Versuch, Nord-Süd-Spannungen abzubauen, die internationalen Rahmenbedingungen für die Entwicklungsländer zu verbessern und zur Zukunftssicherung der > Einen Welt - auch durch Veränderungen im Norden - beizutragen. > Entwicklungspolitik

**Nord-Süd-Zentrum Bonn** > Zentrum für Internationale Zusammenarbeit Bonn

**Nord-Süd-Zentrum in Lissabon:** Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Solidarität zwischen Nord und Süd wurde das „Europäische Zentrum für globale Interdependenz und Solidarität“ (kurz: Nord-Süd-Zentrum) 1989 vom Europarat als Teilabkommen des Europarats gegründet und im April 1990 in Lissabon eröffnet. Dem Zentrum gehören derzeit 20 Staaten an, darunter auch Deutschland. Das Nord-Süd-Zentrum – Fenster des Europarats zur Welt – verfolgt zwei Ziele: (1) Erziehung und Information. Durch seine Erziehungs- und Informationsprogramme und seinen Fokus auf die Jugend will das Zentrum dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit (besonders die Jugend) in Europa in verstärktem Maße die > Interdependenz von Nord und Süd wahrnimmt und die Verpflichtung zur > Solidarität anerkennt. (2) Dialog durch entsprechende Programme und regionale Konzentration auf Afrika und die Mittelmeerregion. Dort und in anderen Teilen der Welt sollen die Menschenrechte, die pluralistische Demokratie und die globale Erziehung und Ausbildung durch wachsende Kontakte mit den Regierungen, Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Parlamentariern (den sog. Quadri-logpartnern) sowie den Medien gefördert werden. > Europarat [www.nscentre.org](http://www.nscentre.org) ; [www.coe.int](http://www.coe.int)

**Not- und Übergangshilfe:** Weltweit nehmen Krisen, Konflikte und Naturkatastrophen zu; immer mehr Menschen leiden unter ihren Auswirkungen. Ziel der (deutschen) > Entwicklungspolitik ist es, im Kontext dieser Sondersituationen schnell, flexibel und wirksam zu handeln. Dies geschieht durch Vorhaben der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe. Das > BMZ verfolgt mit ihr eine doppelte Zielrichtung: Den von der Not betroffenen Menschen soll möglichst effektiv und schnell geholfen werden. Außerdem sollen die ersten Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise geschaffen werden. Die Projektlaufzeit beträgt in der Regel zwischen sechs Monaten und drei Jahren. Damit wird der Zeitraum von Beginn der Notsituation bis zum Einsetzen der auf strukturelle Wirkungen angelegten Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt. Die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe bildet insofern eine Brücke zwischen > humanitärer Soforthilfe und längerfristig angelegter > Entwicklungszusammenarbeit. Zwischen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des BMZ und der Humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes gibt es vielfältige Schnittstellen. Daher erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem Arbeitsstab Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes und dem Not- und Übergangshilfeferat im BMZ.

**NRO** > Nichtregierungsorganisationen

**NWWO** > Neue Weltwirtschaftsordnung

**0,7-Prozent-Ziel:** Basierend auf einer Empfehlung der Pearson-Kommission forderte die UNO-Generalversammlung am 24. Oktober 1970 in Resolution 2626/XXV (Tz. 43) die „wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder“ auf, mindestens 0,7 % des Bruttosozialprodukts den „Entwicklungsländern“ in Form „öffentlicher Entwicklungshilfe“ zur Verfügung zu stellen

(damals lag der Anteil bei rd. 0,35 %) und die größten Anstrengungen zu unternehmen, dieses Ziel bis Mitte der zweiten Entwicklungsdekade (1971-80) zu erreichen. Seit einigen Jahren dient anstelle des BSP das > Bruttonationaleinkommen (BNE) als Bezugsgröße. Das Ziel wurde *in toto* noch nie erreicht – aber immerhin von einigen kleinen bzw. mittelgroßen Industrieländern sogar überschritten (s. > ODA).

Der > Monterrey-Konsens von 2002 bestätigte das 0,7-Prozent-Ziel. Die EU-Mitgliedstaaten – die mehr als 50 % der gesamten ODA weltweit zur Verfügung stellen – waren unmittelbar vor Monterrey im Europäischen Rat in Barcelona am 14.3.2002 die Selbstverpflichtung eingegangen, ihren durchschnittlichen ODA-Beitrag von 0,33 % (2001) bis 2006 auf 0,39 % zu erhöhen; diejenigen Mitgliedstaaten, die unter dem derzeitigen EU-Durchschnitt lagen (wie etwa Deutschland), strebten dabei an, bis 2006 mindestens 0,33 % zu erreichen.

Der Europäische Rat beschloss im Juni 2005, die ODA der > Europäischen Union in einem > ODA-Stufenplan bis 2015 auf 0,7 % des BNE zu erhöhen. Dabei haben sich die alten Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, verpflichtet, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Die neuen Mitgliedsländer streben eine Erhöhung auf 0,17 % bis 2010 und auf 0,33 % bis 2015 an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigte in ihren Regierungserklärungen vom November 2005 bzw. November 2009, die aus CDU/CSU und SPD gebildete Große Koalition bzw. die kleine Koalition aus CDU/CSU und FDP hätten sich dazu verpflichtet, bis 2010 mindestens 0,51 % und bis 2015 die ODA-Quote von 0,7 % zu erreichen. Allerdings gibt es keinen – vom Deutschen Bundestag z. B. im Rahmen eines Gesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit – verbindlichen Stufenplan, wie es einige andere EU-Staaten vorgemacht haben. > Finanzierung für Entwicklung > 0,7-Prozent-Ziel

**OA/Official Aid - Öffentliche Hilfe/Zusammenarbeit:** Die OA wurde, wie die > ODA, als > Zuschuss sowie als > Kredit oder sonstige Kapitaleistung zu vergünstigten Bedingungen gewährt. Der Entwicklungshilfe-Ausschuss der OECD (> DAC) hatte neben einer Liste für Entwicklungsländer (Teil I) auch eine Liste für Übergangsländer (Teil II) aufgestellt, und zwar von 1993 bis 2004 (s. Anhang); danach wurde dieses Verzeichnis abgeschafft. Diese Teil II-Länder erhielten OA, die von der OECD separat ausgewiesen und nicht der ODA zugerechnet wurde. In Teil II fanden sich einerseits die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa und die unabhängigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, soweit sie nicht als Entwicklungsländer anerkannt wurden (wie z. B. Moldawien oder Georgien), und andererseits fortgeschrittenere Entwicklungsländer und -gebiete (wie etwa die Bahamas, Israel oder Französisch Kaledonien). [www.oecd.org/dac](http://www.oecd.org/dac)

**OAS/Organization of American States - Organisation Amerikanischer Staaten:** Die OAS wurde 1948 als anti-kommunistischer Pakt mit Sitz in Washington D.C. gegründet. Der Mitgliedskreis umfasst 35 Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas. Die Gründung erfolgte auf Grund folgender Zielen: (1) kollektiver Beistand bei Bedrohung von außen; (2) friedliche Regelung von Konflikten untereinander; (3) wechselseitige Respektierung des Selbstbestimmungsrechts; (4) Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und der Menschenrechte. Die USA nutzten die OAS zur Abwehr revolutionärer Bewegungen; 1962 wurde Kuba von den OAS-Aktivitäten ausgeschlossen. [www.oas.org](http://www.oas.org)

**OAU/Organization of African Unity - Organisation Afrikanischer Einheit:** Bündnis afrikanischer Staaten, 1963 mit Sitz in Addis Abeba mit dem Ziel gegründet, die Entkolonialisierung zu koordinieren und in einigen Bereichen gemeinsamen Interesses zusammenzuarbeiten. Die OAU-Mitglieder (53) sind sich in der Vergangenheit über die Kampfansage gegen den Rassismus im Süden und über das Bekenntnis zur Blockfreiheit hinaus allenfalls noch über die Unantastbarkeit der von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen einig gewe-

sen. Die OAU ist 2001 aufgelöst bzw. in die > Afrikanische Union überführt worden. Seit einiger Zeit bemüht man sich auch um gemeinsame Perspektiven in Fragen der Sicherheit und Menschenrechte für Afrika. > Blockfreie > NEPAD > Menschenrechte [www.african-union.org](http://www.african-union.org)

**ODA/Official Development Assistance - Öffentliche Entwicklungshilfe:** Öffentliche, d. h. staatliche > Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit, die Entwicklungsländern und -gebieten aus Steuermitteln der Industrieländer/Geber in Form von Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten zufließt; die Liste der Empfängerländer wird vom > DAC erstellt (s. auch Anhang). Einen Überblick über ODA-Aktivitäten, d. h. > EZ-Projekte, -Programme etc. verschafft das Online-Verzeichnis > AidData.

Bei der ODA – und damit auch bei der ODA-Anrechnungsfähigkeit/Anrechenbarkeit – handelt es sich nach der Definition des Entwicklungshilfeausschusses (> DAC) der > OECD um a) unentgeltliche oder zinsgünstige mit einem Zuschuss- bzw. Schenkungselement von mindestens 25 Prozent versehene Leistungen an Entwicklungsländer, regionale- oder multilaterale Organisationen, b) die von öffentlichen bzw. staatlichen Stellen (auch von Ländern und Gemeinden) gewährt werden und c) in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards dienen. Nach den DAC-Melderichtlinien sind auch Schuldenerlasse, Verwaltungskosten, Kosten (des ersten Aufenthaltjahres) für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern in Deutschland und Kosten für Studierende aus Entwicklungsländern anrechenbar; nicht anrechenbar sind Kosten für die Unterstützung des Militärs in Entwicklungsländern oder die Abschiebekosten von Flüchtlingen.

ODA-„Entwicklungshilfe“ nach ODA-Bedingungen grenzt sich damit von Kapitaltransfers der privaten Wirtschaft, wie Direktinvestitionen, ebenso ab wie von solchen öffentlichen Leistungen, die zu Marktbedingungen erfolgen. Die Datenbanken der OECD erlauben den Zugriff auf umfangreiche Informationen zur ODA der Geber- und Nehmerländer (<http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=CRSNEW>).

1970 haben die Vereinten Nationen auf Grund der Empfehlung der Pearson-Kommission die Industrieländer aufgefordert, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens/BSP für die ODA zur Verfügung zu stellen (damals lag der Anteil bei rd. 0,35 Prozent). Seit einigen Jahren dient anstelle des BSP das > Bruttonationaleinkommen (BNE) als Bezugsgröße.

Im Jahre 2003 lagen die Netto-Gesamtleistungen der 22 DAC-Mitgliedsländer bei 0,25 Prozent (= 69 Mrd. US-\$); Deutschland erreichte 0,28 Prozent (= 6,78 Mrd. US-\$). Im Jahre 2004 lagen die Gesamtleistungen ebenfalls bei 0,25 Prozent (= 78,5 Mrd. US-\$ – Wechselkursbereinigt bei 72 Mrd.); Deutschland erreichte wiederum 0,28 Prozent (= 7,5 Mrd. US-\$ – Wechselkursbereinigt 6,76 Mrd.). Vor allem wegen großzügiger Schuldenerleichterungen an Irak und Nigeria, aber auch ODA-Erhöhungen in einzelnen Ländern stiegen im Jahre 2005 die Gesamtleistungen auf 0,33 Prozent (= 106,8 Mrd. US-\$), und Deutschland kletterte auf 0,36 Prozent (= 10,1 Mrd. US-\$). 2006 stellten die DAC-Mitglieder insgesamt 104,4 Mrd. US-\$ zur Verfügung (Anteil am BNE: 0,31 Prozent – Deutschland: 10,4 Mrd. US-\$ - Anteil am BNE: 0,36 %). Im Jahre 2007 sanken die Gesamtleistungen wieder etwas ab, und zwar auf 103,5 Mrd. US-\$ (= 0,28%-Anteil am BNE), während Deutschland mit 12,3 Mrd. US-\$ zum zweitgrößten Geber aufstieg und seinen Anteil am BNE leicht auf 0,37 Prozent steigerte. 2008 sind die ODA-Leistungen auf den Rekordwert von 121,5 Mrd. US-\$ (= 0,31%-Anteil am BNE) angestiegen, was Wechselkurs- und Inflationsbereinigt einem Zuwachs von rd. 10 % entspricht; die deutschen Leistungen stiegen auf den Rekordwert von 13,98 Mrd. US-\$ (= 0,38 % des BNE).

2009 sanken die Gesamtleistungen der 23 DAC-Mitglieder (einschl. Korea, das Anfang 2010 dem DAC beitrug) leicht auf 119,6 Mrd. US-\$ (= 0,31%-Anteil am BNE). Die größten Geber waren die USA (28,67 Mrd. \$), gefolgt von Frankreich (12,43 Mrd.), Deutschland (11,98 Mrd.), Japan (9,48 Mrd.) und Großbritannien (11,50 Mrd.). Fünf Länder übertrafen den Richtwert von 0,7 % des BNE: Schweden (1,12 %), Norwegen (1,06), Luxemburg (1,01), Dänemark (0,88) und die Niederlande (0,82). (s. auch Tabelle S. 169)

Neben den DAC-Mitgliedsländern haben noch folgende, nicht dem DAC angehörende OECD-Mitgliedsländer dem DAC ODA-Leistungen gemeldet, die sich 2007 auf insgesamt 2,1 Mrd. US-\$ beliefen, und zwar Island 48 Mio., Korea 699 Mio., Polen 363 Mio., Slowakische Republik 67 Mio., Tschechische Republik 179 Mio., Türkei 602 Mio. und Ungarn 103 Mio. US-\$.

Auch wenn der DAC die größten EZ-Geber der OECD zusammenführt, spielen Nicht-OECD-Mitglieder seit langem eine z. T. wichtige Rolle in der EZ. Als anerkannte Quelle für EZ-Statistiken ist der DAC bemüht, ein Bild der globalen EZ-Leistungen zu erstellen, das Informationen über sämtliche EZ-Geber umfasst. Mehrere Nicht-DAC-Mitglieder beteiligen sich an dieser Anstrengung, indem sie die Berichterstattung über ihre ODA-Leistungen auf einer vergleichbaren Basis durchführen. Die nicht der OECD angehörenden EU-Mitgliedstaaten haben ihre EZ-Budgets weiter erhöht. Die im Jahr 2007 dem DAC gemeldeten ODA-Nettoleistungen betragen für Estland 16 Mio., für Lettland 16 Mio., für Litauen 48 Mio. und für Slowenien 54 Mio. US-\$. Weitere Geber, die dem DAC 2007 Daten über ihre ODA-Leistungen übermittelten, sind Israel (111 Mio.), Thailand (67 Mio.), Chinesisch Taipeh (514 Mio. ) und zum ersten Mal Liechtenstein (20 Mio. US-\$).

Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate übermitteln dem DAC Daten über ihre ODA. Der überwiegende Teil davon wird bilateral vergeben. Der Kuwaitische Fonds für die arabische Wirtschaftsentwicklung gewährte 2007 im Rahmen der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit ODA-Nettoleistungen in Höhe von 110 Mio. US-\$. Die ODA-Nettoleistungen Saudi-Arabiens betragen 2007 knapp über 2 Mrd. US-\$. Die Netto-ODA der Vereinigten Arabischen Emirate belief sich 2007 insgesamt auf 429 Mio. US-\$.

Obwohl dem DAC für 2007 von keinen anderen Ländern Daten über die EZ-Leistungsströme übermittelt wurden, so werden von einigen Schwellenländern z. T. beträchtliche EZ-Leistungen erbracht: Brasilien rd. 440 Mio., China 1-1,5 Mrd., Indien rd. 1 Mrd., Russland ca. 210 Mio. und Südafrika in 2006/07 61 Mio. US-\$.

Mittel- und Osteuropäische Länder sowie einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion und fortgeschrittenere Entwicklungsländer erhielten bis 2004 zunächst „öffentliche Hilfe“ (Official Aid/ > OA), die von der OECD separat ausgewiesen und nicht der ODA zugerechnet wurde.

> Entwicklungsländer > Finanzierung für/von Entwicklung > Geber > Haushalt > Holländische Krankheit > Index für Entwicklungsengagement > Kredite > Monterrey-Konsensus > 0,7-Prozent-Ziel > ODA-Stufenplan > OECD > öffentliche Leistungen > Pearson-Kommission > Zuschüsse [www.oecd.org/dac](http://www.oecd.org/dac); <http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/index.html>; <http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/0-1> Leitfaden Was ist ODA.pdf

**ODA-Quote:** Der Anteil der Ausgaben für die öffentliche (staatliche) Entwicklungszusammenarbeit (> ODA/Official Development Assistance) am > Bruttonationaleinkommen.

**ODA-Stufenplan:** Der Europäische Rat hat im Juni 2005 beschlossen, die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (> ODA) der Europäischen Union in einem Stufenplan bis 2015 auf 0,7 % des > Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Mitgliedstaaten, die der EU vor 2002 beigetreten sind, verpflichten sich, bis 2015 eine ODA-Quote von 0,7 % des BNE zu erreichen; Mitglieder, die diese Quote bereits erfüllen, verpflichten sich, mit ihren Leistungen oberhalb dieses Ziels zu bleiben. Die neuen EU-Mitgliedstaaten streben eine Erhöhung auf 0,17 % bis 2010 und auf 0,33 % bis 2015 an.

**OECD/Organization for Economic Cooperation and Development - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:** Besteht seit 1961 mit Sitz in Paris. Die 1961 gegründete OECD mit ihrem Hauptsitz in Paris vereinigt 32 (Industrie-)Länder auf der ganzen Welt, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen (auch sog. „OECD-Welt“). Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schwe-

den, Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die EU-Kommission nimmt an den Arbeiten der OECD teil. Die OECD widmet sich folgenden Zielen: Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums; höhere Beschäftigung; Steigerung des Lebensstandards; Sicherung finanzieller Stabilität; Beitrag zum Wachstum des Welthandels; Unterstützung der Entwicklung anderer Länder. Sie verfolgt diese Ziele mit Hilfe von Expertisen und Studien und ist nicht operativ, sondern konzeptionell-koordinativ tätig. Besonders in den verschiedenen Fachausschüssen, wie dem > Development Assistance Committee, werden zu den einzelnen Themenfeldern von den Vertretern der Mitgliedstaaten Erklärungen, Orientierungen, Empfehlungen oder Leitlinien verabschiedet, die zwar nicht unmittelbar auf die Mitgliedstaaten anwendbar sind, aber oft doch berücksichtigt oder sogar befolgt werden. Jenseits ihrer Mitglieder teilt die OECD ihre Expertise mit über 100 Ländern und Volkswirtschaften. Eine enge Zusammenarbeit besteht u. a. mit den großen Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika, mit Russland sowie mit den am wenigsten entwickelten Ländern Afrikas. > Europarat [www.oecd.org](http://www.oecd.org) ; [www.oecd.org/de](http://www.oecd.org/de)

### **Öffentliche Entwicklungshilfe > ODA**

**Öffentliche Leistungen:** Als öffentliche Leistungen, die vom > DAC als > ODA registriert werden, gelten nicht nur die Leistungen aus dem Haushalt des BMZ (Einzelplan 23 des Bundeshaushalts), sondern auch die Aufwendungen anderer Bundesressorts für Entwicklungsländer (z. B. Auswärtiges Amt sowie die Ministerien für Inneres, für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, für Jugend, Familie und Gesundheit) sowie der Bundesländer. > Entwicklungshilfe > Haushalt > Zuschusselement

**Ökologische Nachhaltigkeit:** Eine Entwicklung, die qualitativ und quantitativ so verläuft, dass die Entwicklungschancen künftiger Generationen in Bezug auf die Umwelt und natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigt werden. Die > Entwicklungspolitik weiß sich besonders dem siebten > Millennium-Entwicklungsziel und seinen vier Zielvorgaben verpflichtet: Die Grundsätze der > nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren; den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010; bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben; bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen. Darüber hinaus fördert die Entwicklungspolitik z. B. Maßnahmen des > Klimaschutzes, der > Desertifikationsbekämpfung und der Walderhaltung. > Accra > ecodevelopment

**OPEC/Organization of Petroleum Exporting Countries - Organisation Erdölexportierender Länder:** Die 1960 gegründete OPEC ist eine intergouvernementale Organisation und mit ihren 12 Mitgliedstaaten aus Afrika, Asien und Amerika der Zusammenschluss der Ölföhrländer zur gemeinsamen Interessenvertretung. [www.opec.org](http://www.opec.org)

**Opportunitätskosten (Alternativkosten):** Der Wert der zweitbesten Verwendung eines Wirtschaftsgutes bzw. der Wert der geopfert Alternative. So könnte man sich beispielsweise vorstellen, dass die zur Gewinnung von einer Tonne Kohle eingesetzten Inputs auch für den Anbau von 10 Scheffeln („bushel“) Weizen hätten gebraucht werden können. Die Opportunitätskosten einer Tonne Kohle entsprechen deshalb den 10 „bushel“ Weizen, die man hätte produzieren können, die aber nicht produziert wurden. Durch den Abbau der Kohle wurde die alternative Möglichkeit des Anbaus von Weizen aufgegeben. Die Opportunitätskosten erweisen sich insbesondere bei der Bewertung von nicht über den Markt laufenden Gütern, wie der Schaffung gesunder Umweltbedingungen oder öffentlicher Sicherheit, als ein nützliches Instrument.

**Ownership - Eigentümerschaft:** Oft mit Eigenverantwortung oder Selbstbestimmung übersetzt; besagt in der > EZ, dass die Verantwortung der Partner im Entwicklungsland für die EZ-Vorhaben gestärkt, ihre Partizipation gesichert werden soll und ihnen die Vorhaben „gehören“ sollen („Eigentümerschaft“). In der > Paris-Erklärung ist „Ownership“ als Situation definiert, in der bei den Entwicklungs- (oder Partner-)Ländern selbst „die eigentliche Verantwortung für ihre Entwicklungspolitiken und -strategien sowie für die Koordinierung entwicklungsförderlicher Initiativen liegt“. > Armutsbekämpfung > Comprehensive Development Framework > Wirksamkeit

**Palme-Bericht:** 1982 vorgelegter Bericht der vom schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme berufenen und geleiteten „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“. Ihr gehörten 17 prominente Politiker aus > Industrieländern und > Entwicklungsländern an. Die „Palme Kommission“ befasste sich in einer kritischen Zeit der Ost-West-Beziehungen (1980-82) mit den Problemen der Nuklearrüstung, den Folgen eines Nuklearkrieges sowie den Kosten der Rüstung insgesamt. Sie entwickelte das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ (Common Security), nach dem im Zeitalter der Nuklearwaffen nationale Sicherheitspolitik grundsätzlich auf der Verpflichtung zum „gemeinsamen Überleben“ beruhen sollte. > Brandt-Bericht

**Paris-Erklärung – Paris Declaration on Aid Effectiveness:** Auf einem von > OECD und > DAC, UN-Organisationen, > Weltbank und > Regionalbanken ausgerichteten „High Level Forum on Aid Effectiveness“ verständigten sich Anfang März 2005 mehr als hundert bi- und multilaterale > Geber und > Partnerländer auf die „Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Hilfe“. Die Erklärung, ein politisches Aktionsprogramm, beruht auf einem umfassenden Katalog von Partnerschaftsleistungen, Fortschrittsindikatoren und folgenden fünf Grundsätzen: (1) Eigentümerschaft (> Ownership; oft nicht ganz zutreffend mit „Eigenverantwortung“ übersetzt): Die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption. (2) Partnerausrichtung (Alignment): Die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme. (3) Harmonisierung (Harmonisation): Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden. (4) Ergebnisorientiertes Management / Ergebnisorientierung (Managing for Results): Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer und der Geber liegt auf der Erzielung und Messung von Ergebnissen. (5) Gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability): Geber wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab.

Die Erklärung enthält auch einen Mechanismus, um festzustellen, ob sie greifbare Effekte hat: 12 leistungsbezogene Zielvorgaben, die bis 2010 zu erreichen sind. Zur Veranschaulichung: Unter der Überschrift „Ownership“ nennt die Erklärung das Ziel, dass mindestens 75 % der Entwicklungsländer Entwicklungsstrategien mit klaren Prioritäten, die explizit mit den Staatsausgaben verknüpft sind, erarbeitet und umgesetzt haben sollten; unter „Harmonisierung“ wird gefordert, dass 66 % der > EZ-Leistungen für klar umrissene Entwicklungsprogramme anstatt für Einzelprojekte ausgezahlt werden. Solche Zielvorgaben mögen technokratisch und ambitiös wie so viele Zielgrößen der Vergangenheit erscheinen; doch die Erklärung verfolgt – so der DAC – ein sehr konkretes Ziel: die EZ-Abwicklung so zu verbessern, dass der daraus resultierende Nutzen zu Gunsten der Ärmsten der Welt maximiert wird.

Die Erklärung gründet auf den bisherigen Erfahrungen mit den unzureichenden Erfolgen der EZ. Die Mängel und Unregelmäßigkeiten im Hinblick auf nachweisbare und dauerhafte Ergebnisse der EZ sorgten sowohl in den > Empfänger- als auch den > Geberländern auf breiter Front für Frustration und gaben zu zahlreichen konkreten Bedenken Anlass im Hinblick auf Probleme: wie die Überfrachtung der Entwicklungsländer mit Projekten, Missionen, Berichts- und sonstigen durch die Geber auferlegten Pflichten; das überwiegende Versagen der > Technischen Zusammenarbeit bei der Stärkung der Kapazitäten vor Ort; die kostspielige

Bindung von EZ-Leistungen an Beschaffungsverträge für Lieferanten aus dem jeweiligen Geberland; Missbrauch bzw. Veruntreuung von Ressourcen. Als Ursache für viele dieser Probleme wurde die Tatsache angesehen, dass zum großen Teil die Geber – und nicht die Entwicklungsländer – darüber entschieden, wo und wie die EZ erfolgen sollte (gebergesteuerte EZ); die Paris-Erklärung erteilt somit einer gebergesteuerten Entwicklungszusammenarbeit eine Absage. Auf der > Accra-Konferenz im September 2008 wurde eine Überprüfung der Paris-Erklärung vorgenommen. > Comprehensive Development Framework > Evaluierung > Performance-based allocation framework > Wirksamkeit  
[www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf)

**Pariser Club:** Der 1956 ins Leben gerufene Pariser Club umfasst Gläubiger aus den westlichen Industrieländern, die in Ad-hoc-Sitzungen multilaterale Umschuldungen für öffentliche und öffentlich garantierte Kredite in die Wege leiten. > Londoner Club  
[www.clubdeparis.org](http://www.clubdeparis.org)

**Parlamente:** Schlüsselinstitution in der > Demokratie ist das Parlament, das *idealiter* sechs Funktionen innehat: Gesetzgebung, Budgetrecht inklusive der Entscheidung über Steuern und Ausgaben, Kontrolle der Regierung und Verwaltung, Wahlfunktion/Herrschaftsbestellung, Außenpolitische Mitwirkung, Forum der Nation/Diskursfunktion („Parlamentarisches Hexagon“). Machtpolitisch gesprochen bewegen sich Parlamente auf einem Kontinuum zwischen schwachen „Abnick“- und starken „Gestaltungs“-Legislativen, wobei sogar ein und dasselbe Parlament zu verschiedenen Themen unterschiedliche Positionen auf diesem Kontinuum einnehmen kann.

In der > Entwicklungspolitik gilt seit jüngerer Zeit ein besonderer Vorrang den > Menschenrechten und der > Demokratisierung, der Unterstützung für notwendige Reformen zur Verhütung und Bekämpfung der > Korruption, der Unterstützung der Dezentralisierung sowie der Stärkung der Rolle der Parlamente. Zu dieser Stärkung, um die sich vor allem auch die deutschen politischen Stiftungen bemühen, gehören: (Mehrparteien-)Parlamente und ihre Gremien mit ihren verschiedenen Funktionen aufzuwerten; Abgeordnete zu qualifizieren und so zur Professionalisierung ihrer Arbeit beizutragen; die Gemeinwohlorientierung parlamentarischen Handelns zu betonen, zum Beispiel durch entsprechende Verhaltenskodizes; die Rechenschaftspflicht und Transparenz parlamentarischer Verfahren zu fördern, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des Parlaments zu entwickeln; die Gesetzgebung und das politische Handeln an das Leitbild einer nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung zu binden, an rechtsstaatliche international anerkannte Grundsätze sowie internationale und regionale Menschenrechtsabkommen; zur Kooperation nationaler Parlamente untereinander wie im Rahmen der IPU anzuhalten; parlamentarische Netzwerke zu fördern, etwa das Parlamentarische Netzwerk der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Parlamente und andere Akteure in Staat und Wirtschaft in Koalitionen für > Good Governance ergänzen, aber nicht ersetzen. > Accra-Konferenz > Parlamentarische Versammlung bei den VN > Politische Stiftungen

**Parlamentarische Versammlung bei den VN – UN Parliamentary Assembly/UNPA:** Seit längerem fordert die Inter-Parlamentarische Union (> IPU), der UNO eine parlamentarische Dimension an die Seite zu stellen – auch um dem Demokratiedefizit auf globaler Ebene zu begegnen und den Völkern, den Bürgerinnen und Bürgern in den VN besser Gehör zu verschaffen. Seit einigen Jahren wird für eine Parlamentarische Versammlung bei den VN geworben. Das globale Forum von Parlamentariern soll gemäß der internationalen UNPA-Kampagne und ihren Unterstützern zunächst eine beratende Funktion haben und langfristig eine echte Aufsichtsfunktion über die Institutionen des Systems ausüben. Zu den Unterstützern gehören sowohl einzelne Abgeordnete, prominente Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen als auch parlamentarische Institutionen, wie das Europäische Parlament, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, das Pan-Afrikanische Parlament und das

Lateinamerikanische Parlament. Der Deutsche Bundestag hatte sich 2005 für die Errichtung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen ausgesprochen – mit der IPU als Plattform. Die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen sollte auch – so ein Aufruf der UNPA-Kampagne im März 2009 – ein wichtiger Bestandteil des zukünftigen Systems internationaler Finanz- und Wirtschaftsregulierung sein.  
<http://de.unpacampaign.org>

**Partizipation:** Mitwirkung am politischen Prozess und Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft. In der > Entwicklungszusammenarbeit ist Partizipation sowohl Ziel als auch Gestaltungsprinzip; die Verwirklichung des Partizipationsprinzips bedeutet, die entwicklungspolitischen Maßnahmen so früh wie möglich gemeinsam mit den Betroffenen zu planen, durchzuführen und zu evaluieren. Sie trägt dazu bei, dass die Zielgruppen und Partnerorganisationen der EZ ihre Interessen artikulieren und durchsetzen können (> Empowerment). Partizipation bedeutet außerdem, dass die Menschen ihre Erfahrungen und Wertvorstellungen in die gemeinsame Arbeit einbringen. Dadurch machen sie sich die Vorhaben zu Eigen und übernehmen die Verantwortung für ihren Erfolg (> Ownership). > Entwicklung > Good Governance

**Partnerländer:** Der Begriff der > Entwicklungsländer wird oft durch den der Partnerländer ersetzt, was z. B. auch im > AKP-Abkommen von Cotonou zum Ausdruck kommt. Der Entwicklungsausschuss der OECD (> DAC) verwendet den Begriff, um Länder zu bezeichnen, die von anderen Ländern erbrachte EZ-Leistungen dazu nutzen, um die eigene Entwicklung zu finanzieren.

Die Bundesregierung orientiert sich bei der Auswahl der Partnerländer (i) an der Erforderlichkeit der Zusammenarbeit im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Gestaltungsziele und > Interessen, (ii) an der Möglichkeit, einen relevanten Beitrag zu leisten, (iii) den Leistungen der anderen bilateralen und multilateralen Geber und der EU sowie (iv) den internen Rahmenbedingungen im jeweiligen Partnerland.

Die Liste der Partnerländer der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit war Anfang 2006 in drei Gruppen gegliedert: Partnerländer für eine umfassende deutsche Kooperation (65), Transformländer (Mittel- und Osteuropa/Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Länder des Stabilitätspaktes Südosteuropa - 18), und Potenzielle Partnerländer, mit denen zurzeit keine bzw. allenfalls eine punktuelle oder auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen zielende entwicklungspolitische Zusammenarbeit möglich ist (8). Diese Liste der Partnerländer ist nicht als starr zu begreifen. Sie wird jährlich aktualisiert und ggf. an neuere Entwicklungen angepasst. Unter Verzicht auf die Dreiteilung unterscheidet das BMZ 2008 nur noch zwei Gruppen von Partnerländern der deutschen EZ (s. auch Anhang): 1. Insgesamt 58 „Partnerländer für bilaterale deutsche EZ im Rahmen von Länderprogrammen“, 2. „Partnerländer im Rahmen regionaler/thematischer Programme“ (hier werden 11 Einzelländer genannt und zusätzlich drei thematische Programme aufgeführt: das Karibik-Programm, das Programm „Fragile Staaten Westafrikas“ und die Kaukasus-Initiative. Zur Erhöhung der Effizienz und der Schärfung des Profils der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird die Anzahl der Partnerländer weiter reduziert werden. > AKP-Abkommen > BMZ > Entwicklungsländer > Entwicklungspolitik > Länderkonzentration > Transform(ations)land/Transitionsland

**Partnerschaft:** Seit einer Reihe von Jahren eher als Zielmarke für die Entwicklungsländer formuliert, so z. B. wenn in Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, wie im > AKP-Abkommen von Cotonou, die Partnerschaft beschworen wird; denn für viele, besonders die wirtschaftlich und politisch schwachen > Entwicklungsländer besteht eine strukturelle > Abhängigkeit von den mächtigen > Industrieländern. Die > Millennium-Entwicklungsziele stecken immerhin wichtige Wegmarken zu einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft ab. Sechs Zielvorgaben präzisieren den Weg: (1) Ein offenes, regelge-

stütztes, berechenbares und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (umfasst die Verpflichtung auf gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln [Good Governance], Entwicklung und Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene). (2) Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen (umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie großzügigere öffentliche Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind). (3) Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen. (4) Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen. (5) In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern zu bezahlbaren Kosten verfügbar machen. (6) In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können.

**Pearson-Kommission:** Eine 1968 von der Weltbank eingesetzte „Kommission für internationale Entwicklung“; Vorsitzender war der ehemalige kanadische Ministerpräsident Lester B. Pearson. Sie legte 1969 ihren viel beachteten Bericht „Partners in Development“ vor, in dem die Resultate von zwanzig Jahren Entwicklungshilfe bilanziert und Empfehlungen für die Zukunft gegeben wurden. > ODA

**Performance-based allocation framework:** Das erst in neuerer Zeit, z. B. bei den > regionalen Banken oder beim > Europäischen Entwicklungsfonds eingeführte System „leistungsorientierter Mittelallokation“ für die Partnerländer unterscheidet zwischen der guten und weniger guten Reformorientierung von Partnerländern und setzt positive Anreize für Reformländer. Bei gleicher Ausgangslage (Armutsniveau) erhalten „good performer“ deutlich mehr Darlehen/Zuschüsse als „bad performer“. So erfolgt beim > Afrikanischen Entwicklungsfonds die Einstufung in eine Länderkategorie auf Basis einer umfassenden Bewertung der Politik („governance“) des Landes und des aktuellen Länderportfolios der Bank. Dieses neue Allokationssystem entspricht den Vorstellungen der Anteilseigner, zukünftig kritischer und selektiver bei Länderzuweisungen vorzugehen, um die Wirkungen des Mitteleinsatzes zu erhöhen.

**Peripherie:** Im Rahmen der kapitalistischen Weltökonomie, bzw. des „modernen“ Weltsystems, die Gesellschaften und/oder Areale, die in besondere Beziehungen der Benachteiligung gegenüber den Kernarealen bzw. Zentren (Metropolen) eingebunden sind und in denen sich entsprechende Formen der Produktion, der Kontrolle der Arbeitskraft und der sozialen und politischen Organisation finden. > Metropolen

**Personalentwicklung/PE:** PE umfasst alle Maßnahmen der Bildung, der Förderung und der Organisationsentwicklung, die von einer Person oder Organisation zur Erreichung spezieller Zwecke zielgerichtet, systematisch und methodisch geplant, realisiert und evaluiert werden. Da > Entwicklungspolitik heute multilateraler, dezentraler und politischer als früher ist und auch ein wesentlich komplexeres Zielsystem umfasst, haben sich die Kompetenzanforderungen an entwicklungspolitische > Experten gewandelt. Vor allem zwei große Trends stellen die PE entwicklungspolitischer Organisationen vor neue Herausforderungen: (1) Die zunehmende Komplexität des entwicklungspolitischen Zielsystems: Armutsminderung, Stabilisierung fragiler Staaten, Gestaltung der Globalisierung, Demokratieförderung, Eindämmung des Klimawandels und Bewältigung seiner Folgen in den am meisten betroffenen Ländern. (2) Die fortschreitende Ausdifferenzierung der > Partnerländer, wodurch neue Kompetenzen beim Einsatz eines immer vielfältigeren Instrumentariums notwendig werden. Wenig geändert hat sich daran, dass Fachkräfte in ihrem Einsatzgebiet sektorales Fachwissen besitzen

müssen. Darüber hinaus zählen Management- und Beratungskompetenz sowie interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse zu den seit langem benötigten Kompetenzen. Daneben haben einige Kompetenzen an Bedeutung gewonnen, die zwar nicht in allen deutschen EZ-Institutionen gleichermaßen zum Einsatz kommen, die aber für den Erfolg des Gesamtsystems entscheidend sind: Politikkompetenz, entwicklungspolitische Strategiefähigkeit, Kohärenzkompetenz, ländergruppenspezifische Kompetenz.

**Personelle Zusammenarbeit/PZ:** Die deutsche bilaterale EZ führt sie als eigenes Instrument neben der FZ und TZ auf; eigtl. ist die PZ Teil der > Technischen Zusammenarbeit“ im umfassendsten Sinne. Unter personeller Zusammenarbeit werden subsumiert: die Entsendung von Fachkräften, Entwicklungsexperten, Integrierten Experten, Entwicklungshelfern in Entwicklungsländern, die Aus- und Fortbildung von Personen/Fachkräften aus den Entwicklungsländern, die Unterstützung von privatwirtschaftlichen Existenzgründungen und Maßnahmen der Reintegration. Personelle Hilfe zielt auf die Vermittlung von Know-how in den verschiedensten Bereichen, z. B. Landwirtschaft, Industrie, Bildung und Wissenschaft, materielle und soziale Infrastruktur etc. > Entwicklungszusammenarbeit > Finanzielle Zusammenarbeit > Personalentwicklung > DED > InWEnt

**PHARE/ Poland and Hungary Action for Restructuring of the Economy/Polen und Ungarn Hilfe zur Restrukturierung der Wirtschaft:** Hierbei handelte es sich um eine von drei Initiativen der EU zur Beitrittsvorbereitung der beitrittswilligen Länder innerhalb Mittel- und Osteuropa. PHARE wurde im September 1989 ins Leben gerufen. 2007 wurde PHARE durch das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) ersetzt. Der Kreis der betroffenen Staaten umfasste zunächst Polen und Ungarn. Dieser wurde auf Beschluss des Europäischen Rates 1994 um 12 mittel- und osteuropäische Staaten erweitert. Hierbei handelt es sich um Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Estland, Lettland und Litauen. Zwischenzeitlich sind die Hilfsprogramme für die mittlerweile „neuen“ EU-Mitgliedstaaten ausgelaufen.

**Physikalisch-Technische Bundesanstalt/PTB:** Die PTB mit ihren 1.400 Mitarbeitern an den Standorten Braunschweig und Berlin ist ein führendes Institut in der Welt der Metrologie und Qualität. Zu den internationalen Aufgaben der PTB gehört einerseits die Mitarbeit in den verschiedensten metrologischen Organisationen (z. B. in der Meterkonvention) und die Kooperation mit den metrologischen Staatsinstituten in aller Welt, andererseits die konzeptionelle Ausgestaltung und praktische Unterstützung beim Aufbau der Qualitätsinfrastruktur in Entwicklungs- und Schwellenländern. Seit den 1960er-Jahren führt die PTB als eine > Durchführungsorganisation des BMZ für die deutsche > Technische Zusammenarbeit Qualitätsinfrastrukturvorhaben durch. [www.ptb.de](http://www.ptb.de)

**Planwirtschaft:** Eine staatlich-verwaltungsmäßig zentral organisierte, nach im Voraus aufgestellten (Soll-)Plänen gelenkte Volkswirtschaft. Die Wirtschaftswissenschaft bevorzugt den Begriff Zentralverwaltungswirtschaft, da auch in Marktwirtschaften geplant wird. > Marktwirtschaft

**Politikdialog:** Ziel des Politikdialoges zwischen den nationalen und internationalen Gebern sowie den jeweiligen Entwicklungsländern ist es, die > Entwicklungszusammenarbeit wirksamer werden zu lassen. In dem gemeinsamen Gespräch wird Einvernehmen über Grundlagen und Voraussetzungen der Zusammenarbeit angestrebt. Der Dialog erstreckt sich insbesondere auf die strukturellen (politischen, wirtschaftlichen und sozialen) Rahmenbedingungen für die Durchführung der Entwicklungsvorhaben und auf notwendige Politikreformen des Entwicklungslandes. Seine Intensität wird auch durch das zur Verfügung stehende Hilfevolumen bestimmt. Die Bundesregierung unterstützt in ihrer > Entwicklungspolitik insbesondere jene

Länder, die bereit sind, die Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung zu verbessern. > Kriterien > Wirksamkeit

**Politische Stiftungen:** Die politischen Stiftungen – Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) – fördern (neben ihrer Arbeit im Inland) Institutionen sowie gesellschaftliche und soziale Gruppierungen in > Entwicklungs- und > Transformländern. Mit den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien teilen sie politische Grundwerte und Zielvorstellungen. Ihre zentrale entwicklungspolitische Aufgabe besteht in der Förderung bzw. dem Aufbau von > Demokratie und > Zivilgesellschaft; die Bundesregierung unterstützt diese Arbeit v. a. über den Haushalt des > BMZ finanziell. Die Stiftungen tragen zur Stärkung von Schlüsselinstitutionen einer demokratischen Gesellschaftsordnung (von > Parlamenten, Parteien, > Gewerkschaften, einer unabhängigen Justiz) und der Förderung von > Good Governance bei. Sie können dabei auch mit gesellschaftskritischen > Eliten und Oppositionsparteien zusammenarbeiten, was der Regierung so nicht möglich ist. Sie verfügen über Handlungsmöglichkeiten, die von den Vereinbarungen im Rahmen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit weitgehend unabhängig sind. > Nichtregierungsorganisationen [www.boell.de](http://www.boell.de) ; [www.fes.de](http://www.fes.de) ; [www.fnst.de](http://www.fnst.de) ; [www.hss.de](http://www.hss.de) ; [www.kas.de](http://www.kas.de) ; [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

**Portfolioinvestitionen:** Erwerb börsengängiger ausländischer Wertpapiere (Aktien oder Anleihen).

**Post-Washington Consensus** > Washington Consensus

**PPA/Participatory Poverty Assessment:** PPA stellt einen Versuch der > Weltbank dar, die „Stimme der Armen“ bei der Beurteilung von Armut zu berücksichtigen.

**PPIAF/Public Private Infrastructure Advisory Facility:** Ein internationales Diskussionsgremium der Gebergemeinschaft, wobei im Zentrum die private Infrastrukturfinanzierung steht. Die Beteiligung der > Privatwirtschaft bei der Realisierung von Infrastrukturvorhaben gewinnt in der internationalen Diskussion zunehmend an Relevanz. So hat die PPIAF im Jahr 2007 in 36 Ländern sowie in regionalen und globalen Programmen insgesamt 87 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 17,4 Mio. US-\$ durchgeführt. Getragen wird die PPIAF als geberfinanzierte Fazilität vom Vereinigten Königreich, Australien, Japan, Schweiz, Kanada, Norwegen, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Schweden, USA sowie der Weltbankgruppe, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und der Asiatischen Entwicklungsbank. [www.ppiaf.org](http://www.ppiaf.org)

**PPP** > Public Private Partnership

**Präferenzsystem:** Instrument der Außenhandelspolitik, durch das sich Staaten gegenseitige wirtschaftliche Bevorzugung gegenüber anderen Staaten zusichern, z. B. durch Präferenzzölle.

**PRGF/Poverty Reduction and Growth Facility** > ESAF > Internationaler Währungsfonds

**Privatwirtschaft:** Ohne die Privatwirtschaft werden die meisten Ziele einer Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Menschen nicht zu erreichen sein. Um die Verwirklichung der Ziele zu erleichtern, ist es wichtig zu gewährleisten, dass die Aktivitäten der Privatwirtschaft in eine integrierte und nachhaltige Entwicklungsstrategie eingebettet sind. Direkte EZ-Fördermaßnahmen für Einzelunternehmen werden i. d. R. im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft (PPP) durchgeführt. > Corporate Social

Responsibility > Globalisierung > Millenniums-Entwicklungsziele > Multinationale Unternehmen > Nachhaltige Entwicklung > PPIAF > Public Private Partnership

**Probleme:** Ein Problem ist ein Zustand, der als negativ angesehen wird und eine Veränderung zum Positiven erfordert, wie z. B. Armut und Hunger, Raubbau an der Natur, endemische Krankheiten oder auch undemokratische, die Menschenrechte verletzende Regime. In der > Entwicklungszusammenarbeit und der > Entwicklungspolitik i.w.S. lassen sich zwei Arten von Problemen unterscheiden: (1) Jene, die bei den > Gebern liegen, wie z. B. das Volumenproblem (zu niedrige entwicklungspolitische Leistungen – > ODA-Quote), eine nicht befriedigende Qualität und unzureichende > Wirksamkeit der EZ, eine zu große Aufspaltung der Organisationsstruktur der staatlichen > Entwicklungspolitik, eine mangelhafte Koordinierung und > Kohärenz; aber auch eine Rezeptur für Entwicklung, die die falsche Medizin verordnet (> Washington-Konsensus), und eine für die Entwicklungsländer benachteiligende Weltwirtschafts- und Finanzordnung. (2) Mängel und Defizite in Entwicklungsländern, wie z. B. die unzureichende Einpassung von > Projekten und Programmen der EZ in die eigenen Entwicklungsstrategien, Defizite der einheimischen Trägerinstitution und im Bereich der > Zielgruppen, unzureichende politische und gesetzliche Rahmenbedingungen im Fördersektor, zu geringe Anstrengungen bei der Entwicklung von Fähigkeiten der eigenen Bevölkerung und eigener Institutionen (> Capacity Development), schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, hohe > Verschuldung, weit verbreitete > Korruption, mangelhafte > Rechtsstaatlichkeit, falsche Prioritätensetzungen (z. B. Vernachlässigung der > Landwirtschaft); Bürgerkriege und ethnische Konflikte sowie auch > Eliten, die sich einen Kehrtritt um das Schicksal der armen Bevölkerungsschichten scheren.

**Produktionsquote:** Auch Produktionskontingent - bezeichnet Produktionsmengen, auf die sich die Erzeugerländer und Exporteure bestimmter Güter als Reaktion auf Überangebotsituationen einigen, um ein Überangebot des Produkts auf dem Weltmarkt und den daraus fast unvermeidlich resultierenden Preisverfall zu verhindern.

**Produktivität:** Ein Terminus, der sich auf das Verhältnis des Outputs zum Input bezieht (der Gesamtoutput dividiert durch die Arbeitsinputs ist gleich der „Arbeitsproduktivität“). Die Produktivität steigt, wenn die gleiche Inputmenge zu einem höheren Output führt. Technischer und organisatorischer Fortschritt, erhöhte Qualifikation der Arbeitnehmer sowie eine Steigerung der Kapitalintensität führen zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität.

**Programmhilfe:** Kommt vor allem dann als Instrument der EZ zum Einsatz, wenn nicht ein isoliertes Einzelprojekt – z. B. im Bildungsbereich –, sondern ein Bereich gefördert werden soll, wie ein Alphabetisierungsprogramm. > Projekthilfe > Budgethilfe

**Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung/PGF:** Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierungen sind die allgemeine und sektorale > Budgethilfe und sogenannte > Korbfinanzierungen. PGF unterstützt die Reformstrategie des > Partnerlandes.

**Projekt:** Ein in sich geschlossenes und in den Auswirkungen überschaubares Vorhaben der > Entwicklungszusammenarbeit, das von der kurzzeitigen Entsendung eines > Experten, Beraters (> Consultant) oder Gutachters bis zu einem viele Millionen Euro umfassenden Vorhaben der Infrastruktur oder der Regionalentwicklung reicht. Eine EZ, die sich in vielen Einzelprojekten erschöpft und weder Breitenwirkungen nach sich zieht noch Strukturveränderungen bewirkt, wird des Öfteren als > Projektitis bezeichnet. Das größte Online-Verzeichnis von ODA-Aktivitäten, > AidData, bietet einen raschen Überblick über EZ-Projekte in der ganzen Welt. [www.aiddata.org](http://www.aiddata.org)

**Projekthilfe:** Entwicklungshilfe, die für ein in sich geschlossenes, in seinen Auswirkungen überschaubares Projekt vergeben wird. Seit Beginn der Entwicklungshilfe der Bundesregierung wurden mehrere zehntausend Projekte der bilateralen Zusammenarbeit durchgeführt.  
> Projekt > Budgethilfe > Programmhilfe

**Projektitis:** (Polemischer) Begriff für die zu facettenreichen, häufig isolierten Einzelprojekte, die nicht auf Strukturänderung und Breitenwirkungen abzielen.

**Pro-Kopf-Einkommen/PKE:** Der Quotient aus Volkseinkommen bzw. > BNE und Bevölkerungszahl. Wird vielfach als Indikator für den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes benutzt. Berücksichtigt nicht die vielfach höchst ungleiche Verteilung des Volkseinkommens, und ist mit allen Mängeln behaftet, die auch für die Erfassung der Leistung einer Volkswirtschaft durch das Sozialprodukt/Volkseinkommen gelten. > Bruttosozialprodukt > Sozialindikatoren > HDI > Kaufkraftparität

**Pro-Poor-Growth:** Wirtschaftswachstum für die Armen; Wachstum, das den Armen zugute kommt > Armutsbekämpfung > Wirtschaftswachstum

**Protektionismus:** Staatliche Politik mit dem Ziel, heimische Wirtschaftsbereiche vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Die wichtigsten Instrumente sind: Belastung der Importe mit Zöllen, quantitative Beschränkungen, > nicht-tarifäre Handelshemmnisse und die Subventionierung der heimischen Unternehmen. > Agrarpolitik > Selbstbeschränkungsabkommen

**Providing for Health Initiative/P4H:** Weltweit haben mehr als 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten. Dies betrifft insbesondere arme Menschen in Subsahara-Afrika. P4H ist eine Partnerschaft von bi- und multilateralen Gebern, die gemeinsam > Partnerländer dabei unterstützen, die soziale Sicherung im Gesundheitswesen auszubauen und zu finanzieren. Ziel der Initiative ist es, den Zugang zu Gesundheitsdiensten für alle, insbesondere für Arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, zu ermöglichen. Mitglieder der Kerngruppe sind WHO, ILO, Weltbank, Frankreich und Deutschland. > Gesundheit [www.internationalhealthpartnership.net](http://www.internationalhealthpartnership.net)

**PRSP/Poverty Reduction Strategy Paper - Armutsbekämpfungsstrategiepapier:** Das Konzept der PRSPs haben > Weltbank und > IWF als umfassenden Ansatz zur Armutsbekämpfung entwickelt und 1999 vorgestellt. PRSPs beschreiben die makroökonomischen, strukturellen und sozialen Politiken und Programme eines Landes mit dem Ziel, > Wachstum zu fördern und die > Armut zu reduzieren; zugleich sollen die externen Finanzierungsbedürfnisse aufgezeigt werden. Die Idee der PRSPs basiert darauf, dass die betroffenen Länder selbst Strategien für die Entwicklung ihrer Wirtschaft und ihres Sozialsystems entwickeln und die Verantwortung für die Umsetzung übernehmen. Die Geber unterstützen diese Strategien. PRSPs sollen in einem partizipativen Prozess – jedoch häufig nicht der Fall – entstehen, das heißt, dass sich an ihrer Erarbeitung beteiligen: Parlamente und Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Kirchen, NRO, Genossenschaften und Basisgruppen. Die oft sehr umstrittenen PRSPs umfassen wirtschaftspolitische, finanzielle und soziale Aspekte und orientieren sich auch an den > Millennium-Entwicklungszielen. Sie sollen kontinuierlich weiterentwickelt werden. > Schuldenerlasse im Rahmen der > HIPC-Initiative setzen ein PRSP voraus. > Armutsbekämpfung > Comprehensive Development Framework > Washington-Konsensus [www.worldbank.org/prsp](http://www.worldbank.org/prsp) ; [www.prsp-watch.de](http://www.prsp-watch.de)

**Public Private Partnership/PPP - Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft:** 1999 hatte das > BMZ eine gesonderte PPP-Fazilität eingerichtet, mit deren Durchführung die > GTZ, die > KfW Entwicklungsbank (v. a. die > DEG) und > SEQUA beauftragt sind. Mit

dem Programm werden in Entwicklungsländern Vorhaben realisiert, die einen konkreten entwicklungspolitischen Nutzen erbringen und gleichzeitig im Interesse eines Unternehmens liegen. PPP-Vorhaben sollen zudem die Wirtschaftsunternehmen für entwicklungspolitische Ziele sensibilisieren und mobilisieren. Insgesamt wurden zwischen 1999 und 2007 nahezu 3.000 Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft in rund 70 Ländern und in fast allen entwicklungspolitischen Feldern auf den Weg gebracht. Das Gesamtvolumen aller Maßnahmen beträgt rund 16,7 Mrd. Euro, wovon etwa 10 Mrd. Euro auf das Finanzierungsgeschäft der DEG entfallen. Insgesamt konnten rund 10,6 Mrd. Euro private sowie 6,1 Mrd. Euro öffentliche Mittel mobilisiert werden. Dabei sind es vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen, die Kooperationen mit der deutschen EZ eingehen. Aber auch multi- bzw. transnationale Konzerne engagieren sich in öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaften. > Privatwirtschaft [www.deginvest.de](http://www.deginvest.de) ; [www.gtz.de/de/unternehmen/2362.htm](http://www.gtz.de/de/unternehmen/2362.htm)

**Querschnittsthemen:** Übergeordnete Ziele der > Entwicklungszusammenarbeit, die möglichst in allen > Projekten und > Programmen Berücksichtigung finden sollen und sich in das entwicklungspolitische Gesamtkonzept einfügen. Bei allen Maßnahmen, die das > BMZ fördert, wird geprüft, ob sie den folgenden acht Querschnittsthemen entsprechen oder ihnen zumindest nicht entgegenwirken: Bekämpfung der Armut, Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter, partizipative Entwicklung und Good Governance, Umwelt- und Ressourcenschutz, Krisenprävention, Bekämpfung von Drogenmissbrauch, Ländliche Entwicklung, Tropenwaldschutz. > Entwicklungspolitik > Mainstreaming

**Rat für Nachhaltige Entwicklung:** Der Rat für > Nachhaltige Entwicklung wurde seitens der Bundesregierung 2001 erstmalig vom Bundeskanzler Gerhard Schröder einberufen. Die Aufgaben des Rates bestehen in der Beratung der Nachhaltigkeitspolitik. Hierbei gilt es Beiträge, vor allem Ziele für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie darzulegen und konkrete Handlungsfelder und Projekte zu benennen. [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de)

**Raumordnung/Raumplanung:** Meint das fachübergreifende, überörtliche staatliche, planerische Handeln mit der Zielsetzung, ein (Staats-)Gebiet in seiner räumlichen Struktur (bspw. die räumliche Verteilung von Wohnungen, Arbeitsstätten, Erholungsflächen und Infrastruktur) zu ordnen und zu entwickeln, gezielt zu nutzen und zu sichern. Raumplanung ist ein Stiefkind in den Regierungen und Verwaltungen vieler Entwicklungsländer; auch in der Entwicklungspolitik wird die Planung der Raumnutzung vernachlässigt.

**Rechtsstaatlichkeit:** Zu den wichtigsten Kriterien für Rechtsstaatlichkeit zählen Rechtsgebundenheit aller staatlichen Gewalt, Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtssicherheit, prozedurale Verlässlichkeit, gleicher und offener Zugang zum Rechtssystem. Rechtsstaatlichkeit ist eine Kernvoraussetzung für Vertrauen, für Sicherheit, für Frieden und erfolgreiches Wirtschaften. Rechtsstaatlichkeit ist auch ein > Kriterium für die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Partnerländern sowie ein bedeutendes Handlungsfeld der deutschen > Entwicklungszusammenarbeit. Rechtsstaatlichkeit bezieht sich nicht nur auf den einzelnen Staat, sondern ist auch auf der internationalen Ebene von großer Bedeutung; der englische Begriff „rule of law“ (Herrschaft des Rechts) ist deshalb der adäquatere Begriff. > nachhaltige Entwicklung

**Recycling:** Finanztechnisch die Rückführung von Devisenüberschüssen der ölexportierenden Länder in die Länder, die aufgrund ihrer Ölimporte Zahlungsbilanzdefizite aufweisen. In der Umweltpolitik die Wiederverwendung von Abfall.

**Refinanzierung:** Fachbegriff aus dem Bankwesen; die Art und Weise, wie sich die Banken die Mittel verschaffen, die sie als Kredite vergeben.

## Regenerative Energien > Erneuerbare Energien

**Regionale Entwicklungsbanken:** Banken, deren Tätigkeitsfeld auf die jeweilige (Makro-)Region beschränkt ist. Der Aufbau regionaler Entwicklungsbanken richtet sich nach dem Modell der > Weltbank. Die regionalen Entwicklungsbanken, ihre Sonderfonds und Spezialinstitute finanzieren jedoch nur Projekte und Programme in ihren jeweiligen regionalen Mitgliedsländern. Regionale Entwicklungsbanken sind bestrebt, eine > nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb der Mitgliedsländer zu fördern und zur > Armutsbekämpfung beizutragen. Der Kreis der regionalen Entwicklungsbanken umfasst: die > Asiatische Entwicklungsbank (AsDB), die > Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), die > Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die > Karibische Entwicklungsbank (CDB). Auch die 1991 als Reaktion auf die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa gegründete > Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zählt zu den regionalen Entwicklungsbanken. Für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der Afrikanischen, Interamerikanischen, Asiatischen und der Karibischen Entwicklungsbank ist das BMZ federführend. Für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist das Bundesfinanzministerium zuständig. > Entwicklungsbanken

**Reichtums-Armutsschere:** Eine Metapher, die auf die Kluft zwischen Reich und Arm verweist – sowohl in Industrie- und Entwicklungsländern als auch zwischen Nord und Süd. Im letzteren Fall wird oft darauf verwiesen, dass Menschen im Norden im Durchschnitt um ein Vielfaches „reicher“ als jene im Süden sind. Was die > Pro-Kopf-Einkommen von Menschen in > Schwellenländern angeht, so lässt sich feststellen, dass sich die Einkommensschere zu den Industrieländern in den letzten Jahren etwas geschlossen hat – im Gegensatz zu einigen armen Ländern besonders in Subsahara-Afrika, wo sich die Schere weiter öffnet. Werden die Pro-Kopf-Einkommen in > Kaufkraftparitäten herangezogen, dann ergibt sich ein realistischeres Bild.

**Reintegration:** Unter Reintegration wird zum einen die Wiedereingliederung von ausländischen Absolventen deutscher Fach- und Hochschulen und qualifizierter Arbeitskräfte in ihre Heimatländer verstanden. Die entwicklungspolitische Zielsetzung der Förderung von Reintegration, für die Deutschland gezielte Reintegrations-Hilfen bereitstellt, ist es, bessere Voraussetzungen für die aktive Beteiligung rückkehrwilliger Fachkräfte an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer zu schaffen. Zum anderen versteht man darunter auch die Wiedereingliederung von aus Ländern der Dritten Welt zurückkehrenden Entwicklungshelfern und Experten. > brain drain

## Remittances > Rücküberweisungen

**Reproduktive Gesundheit:** Nach der Definition des Aktionsprogramms der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 bedeutet reproduktive Gesundheit, dass Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen. Im weiteren Sinne beschreibt der Begriff nicht nur die Abwesenheit von Krankheiten oder Beschwerden der menschlichen Fortpflanzungsorgane, sondern den Zustand des vollständigen seelischen, körperlichen und sozialen Wohlbefindens im Hinblick auf Sexualität und Fortpflanzung. Reproduktive Rechte umfassen die Aufklärung, die sexuelle Selbstbestimmung, die Familienplanung, die Gewaltfreiheit sowie die Gesundheit. Die Verwirklichung reproduktiver Rechte soll zur Vermeidung der > Diskriminierung auf Grund des Geschlechts oder des Alters beitragen. Reproduktive Rechte schließen auch die gleichberechtigte Fürsorge von Männern und Frauen für gemeinsame Kinder ein. > Bevölkerung > UNFPA > 20:20-Initiative

**Resilienz:** Die Fähigkeit, auf Anforderungen wechselnder Situationen flexibel zu reagieren und auf Krisen angemessene Antworten zu finden bzw. sie zu bewältigen. Ein resilientes Ökosystem kann Schocks und Störungen verkraften und sich nötigenfalls selbst regenerieren. (Widerstandsfähigkeit; Bewältigungskompetenz)

**Responsibility to Protect/R2P - Schutzverantwortung:** Die VN verabschiedeten 2005 das Prinzip „Verantwortung zum Schutz“. Nach diesem Prinzip geht die Verpflichtung zum Schutz auf die anderen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft über, wenn ein Staat nicht willens oder in der Lage ist, seine Bevölkerung vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Unter bestimmten Voraussetzungen hat damit die internationale Gemeinschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, in die Angelegenheiten des betroffenen Landes einzugreifen. R2P bleibt umstritten. Befürwortern stehen Skeptiker gegenüber: R2P fördere mit dem Eintreten für eine Art gerechten Krieg einen neuen Militarismus; statt R2P in diesem Sinne bräuchten wir ein anderes R2P – eine „Verantwortung zum Frieden“ (Responsibility to Peace). > Frieden

**Ressourcen:** Gesamtheit aller (natürlichen) Rohstoffe, Hilfs- und Produktionsmittel für die Wirtschaft; auch Geldmittel. Als humane Ressourcen gelten u. a. die Arbeitskräfte und der Ausbildungsstand der Bevölkerung.

**Ressourcenfluch:** Bezieht sich auf die negativen Konsequenzen, die der Reichtum an > Rohstoffen für ein Land haben kann.

**Ressourcenkontrolle:** Über den Ressourcenzugang hinaus ist mit der Ressourcenkontrolle die volle Verfügungsgewalt über den Einsatz und die weitere Verwendung des Ertrags aus der Nutzung von Ressourcen verbunden. Die Verfügungsgewalt über Ressourcen muss mit einer rechtlichen Absicherung einhergehen (z. B. Erbrecht, Bodenrecht, Familienrecht, Arbeitsrecht, reproduktive Rechte).

**Ressourcentransfer:** Mittelübertragung; in der > Entwicklungszusammenarbeit die Übertragung von Kapital, Geld, Devisen, Wissen, technischen Fähigkeiten aus reicheren Regionen an ärmere. Ressourcentransfers aus Industrieländern in Entwicklungsländer erfolgen vor allem durch > ODA und > Direktinvestitionen.

**Revolution:** Die gewaltsame oder gewaltfreie umfassende Umwälzung der politischen, sozio-ökonomischen und auch militärischen Verhältnisse und Machtstrukturen, i. d. R. mit der Herstellung einer besseren Ordnung und der Aussicht auf ein besseres Leben begründet. Der Begriff wird auch im engeren Sinne gebraucht und auf Teilbereiche bezogen, wie die > Grüne Revolution, die > digitale Revolution, die kulturelle Revolution (s. die Große Proletarische Kulturrevolution in China) oder die industrielle Revolution, die die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Arbeitsbedingungen und auch der Lebensumstände meint.

**Reziprozität:** Die Reziprozitätsklausel ist ein Grundsatz im internationalen Handelsverkehr; sie besagt, dass eine zwischen Staaten vereinbarte > Meistbegünstigung nur dann gelten soll, wenn auch der Vertragspartnerstaat sich entsprechend verhält.

**Rio-Gipfel/Konferenz:** Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED, auch Rio-Konferenz oder Erd-Gipfel genannt) wurde u. a. die Rio-Erklärung mit ihren 27 Grundsätzen verabschiedet. In ihnen wird festgestellt, dass die Beseitigung der > Armut unabdingbare Voraussetzung für eine > nachhaltige Entwicklung und der > Umweltschutz Bestandteil des Entwicklungsprozesses sind. Prinzip 25 lautet: „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab und sind unteilbar.“

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio hat wie keine Konferenz zuvor eine internationale Lern- und Suchbewegung mit dem Ziel ausgelöst, die natürlichen Lebensgrundlagen zu retten und zu einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und ökonomisch tragfähigen Entwicklung zu führen. Sie verabschiedete neben der Rio-Erklärung eine > Klimarahmenkonvention und eine Konvention zum Schutz der > biologischen Vielfalt und unterstrich die Bedeutung einer Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (> Desertifikation). Die stärksten Impulse enthielt jedoch das Programm des sozial-ökologischen Umsteuerns für das 21. Jahrhundert (> Agenda 21), mit dem alle in die Pflicht genommen werden: Politik und Wirtschaft, Regierung und Zivilgesellschaft, Weltorganisationen und Kommunalverwaltungen.

Die UN-Konferenz in Rio war zugleich Auftakt für spezielle Folgekonferenzen, bei denen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit vertieft wurde. Die Ergebnisse dieser Konferenzen konkretisieren das in Rio geprägte Leitbild der globalen > Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung und ziehen Konsequenzen aus der Verpflichtung, ökonomische, ethnische, soziale und kulturelle Sonderinteressen einer gemeinsamen Zukunftspolitik zu- und unterzuordnen.

Auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung vom 23.-27. Juni 1997 in New York wurde fünf Jahre nach Rio (Rio +5) Bilanz gezogen: Zu den Erfolgen seien u. a. das Inkrafttreten der Klimarahmenkonvention sowie der Konventionen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und über die Biodiversität zu zählen; auch habe es erfolgreiche Anstrengungen bei der Schärfung des Bewusstseins und der Implementierung lokaler Agenda 21-Aktivitäten gegeben, aber insgesamt gesehen habe sich der Zustand der globalen Umwelt verschlechtert. Die Staaten bekräftigten das in Rio beschlossene Aktionsprogramm und verpflichteten sich, bis zum Jahr 2002 nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung aufzustellen > Johannesburg-Gipfel > Rio-Konventionen [www.un.org/geninfo/bp/enviro.html](http://www.un.org/geninfo/bp/enviro.html)

**Rio-Konventionen:** Die drei „Rio-Konventionen“ zu Klima (> Klimarahmenkonvention), > Biodiversität und > Desertifikation zeichnen sich durch eine besondere Qualität aus: Im Geiste des Leitbildes einer > nachhaltigen Entwicklung beziehen sie auch die sozio-ökonomischen Ursachen der Probleme und deren Lösungsansätze mit ein. Es handelt sich gleichzeitig um Umwelt- und Entwicklungskonventionen. Erstmals wurden damit völkerrechtlich verbindliche Grundlagen für die internationale > Entwicklungszusammenarbeit geschaffen.

**Rohstoffabkommen:** Vereinbarungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern über Produktion, Exportmengen und Preise von Rohstoffen. Als Rohstoffexporteure sind die Länder der Dritten Welt an hohen und stabilen Exporterlösen für Rohstoffe interessiert, die Verbraucherländer an Versorgungssicherheit zu niedrigen Preisen.

**Rohstoffe:** Unter Rohstoffen (auch Primärgüter genannt) versteht man - im Gegensatz zu Industrieerzeugnissen - unbearbeitete Waren agrarischer und mineralischer Herkunft; letztere werden auch als nicht-erneuerbare Rohstoffe bezeichnet.

**Rohstoffkartelle:** Zusammenschlüsse von Rohstoffherzeugern ohne Beteiligung der Verbraucherländer mit dem Ziel, über Preis- und Mengenvereinbarungen den Rohstoffherzeugern hohe und stabile Verkaufserlöse zu sichern.

**Rücküberweisungen/Migrantentransfers:** Als Rücküberweisungen (Remittances) werden Geldtransfers von inländischen Migranten an ihre im Ausland lebenden Angehörigen bezeichnet. Insbesondere für Entwicklungsländer stellen diese Migrantentransfers den bedeutendsten Kapitalzufluss dar. Nach Schätzungen der Weltbank beläuft sich das jährliche weltweite Volumen allein für Entwicklungsländer auf ca. 250 Mrd. US-Dollar. Sie sind somit mehr als doppelt so hoch wie die weltweiten Entwicklungshilfeszahlungen (2008 beliefen sich diese auf 120 Mrd. US-\$) und auch höher als die Direktinvestitionen in diesen Ländern. Em-

pirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass in Ländern, die in erheblichem Umfang Migrantentransfers erhalten, das Armutsniveau abnimmt. Die Empfänger nutzen das Geld vor allem zur Verbesserung der Ausbildung ihrer Kinder und der Versorgung mit Wohnraum.

**RugMark:** Bei RugMark handelt es sich um eine internationale, nicht-kommerzielle 1994 in Indien gegründete Organisation, die sich gegen die illegale Teppichindustrie in Südasien engagiert. Hierbei fokussiert sich RugMark insbesondere auf Bekämpfung der illegalen > Kinderarbeit. RugMark Deutschland wird vom Teppichhandel und den Hilfswerken Brot für die Welt, Misereor, terre des hommes und UNICEF getragen. Das RugMark-Label garantiert dem Verbraucher, dass die Teppiche ohne illegale Arbeit von Kindern hergestellt wurden. Anfang der 1980er Jahre wurde die Kinderarbeit bei der Herstellung handgeknüpfter Teppiche zunehmend thematisiert. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Anteil der Kinder Opfer von Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit (von der VN und der ILO als zeitgenössische Sklaverei bezeichnet) waren. In den späten 1980er Jahren führte Kailash Satyarthi, Vorsitzender der Südasiatischen Koalition gegen Kinderversklavung, einen globalen Kampf gegen die Kinderarbeit. > Fairer Handel [www.rugmark.de](http://www.rugmark.de)

**SAARC/South Asian Association for Regional Cooperation - Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit:** Die SAARC, 1985 gegründet mit Sitz in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu, will die Kooperation in wirtschaftlichen und technischen Angelegenheiten, insbesondere die Koordination von Zöllen und des grenzüberschreitenden Handels fördern und auch in den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz zu kooperieren. Mitglieder sind Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Pakistan, Nepal und Sri Lanka. China, Japan, Südkorea, die USA und die EU haben ihr Interesse an SAARC bekundet (Beobachterstatus). Kernstück der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die südasiatische Vorzugshandelsvereinbarung South Asian Free Trade Area. [www.saarc-sec.org](http://www.saarc-sec.org)

**SADC/Southern African Development Community - Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas:** Die Unterzeichnung des Gründungsvertrages fand 1992 statt - als Formalisierung der früheren SADCC (Southern African Development Coordination Conference / Konferenz zur Entwicklungskoordination im südlichen Afrika). Die fünfzehn SADC-Mitglieder sind: Angola, Botswana (in dessen Hauptstadt Gaborone befindet sich auch der Sitz), DR Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Seychellen, Südafrika, Swasiland und Tansania. Ziel ist es, sich durch wirtschaftliche und politische Kooperation zu einem Staatenbund mit einem gemeinsamen Markt zu entwickeln; dabei wird SADC von der EU unterstützt. SADEC's gemeinsame Agenda schließt ein: (i) Die Förderung > nachhaltigen und gerechten Wirtschaftswachstums und einer sozio-ökonomischen Entwicklung, die die Linderung und letztlich Beseitigung der > Armut sicherstellt; (ii) die Förderung gemeinsamer politischer > Werte; (iii) die Aufrechterhaltung und > Konsolidierung von > Demokratie, > Frieden und Sicherheit. [www.sadc.int](http://www.sadc.int)

**Schulden:** Wenn die Schuldenlast so groß ist, dass Zins- und Tilgungszahlungen selbst bei einem überdurchschnittlichen > Wirtschaftswachstum kaum mehr zu leisten sind, können hohe Schulden zu einem Entwicklungshindernis werden und die Spielräume für Armutsbekämpfung einengen.

**Schuldendienst, Schuldendienstquote:** Zins- und Tilgungsleistungen auf gewährte Kredite. Die Belastung eines Landes durch den Schuldendienst für Auslandskredite lässt sich beschreiben durch die Schuldendienstquote, die den jährlich zu leistenden Schuldendienst zu den jährlichen Exporterlösen in Beziehung setzt. Die hohe Schuldenlast der armen Länder ist vor allem eine Folge des Rückgangs der Preise für Exportgüter der Entwicklungsländer, aber auch mangelnder Entwicklungsorientierung der Schuldnerregierungen und unvorsichtiger

Kreditvergabepolitik öffentlicher und privater Gläubiger. Am schwersten betroffen sind die hochverschuldeten armen Länder (> HIPC/Highly Indebted Poor Countries). > Verschuldung

**Schuldenerlass:** Durch Schuldenerlasse/Schuldenerleichterungen/Entschuldungen werden Mittel, die eigentlich für den Schuldendienst notwendig wären, in den Entwicklungsländern freigesetzt und können gezielt für interne Entwicklungsnotwendigkeiten wie die > Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Seit Mitte der 1950er Jahre haben die > Industrieländer im Rahmen von Vereinbarungen des > Pariser Clubs verschiedene Umschuldungs- und später auch Entschuldungsvereinbarungen mit den hoch verschuldeten armen Ländern (> HIPC) getroffen. Ziel war es, die Schuldenlast dieser Länder auf ein tragbares Niveau zu reduzieren. Seit 1978 hat die Bundesregierung 25 Ländern der Gruppe der > LDCs Tilgungen und Zinszahlungen erlassen. Alle LDCs erhalten seit 1978 keine Kredite mehr, sondern nur noch nicht-rückzahlbare > Zuschüsse (Finanzierungsbeiträge). Anlässlich des Kölner Gipfels der > G8-Staaten wurde 1999 auf Initiative der Bundesregierung ein Vorschlag zur Ausweitung und Beschleunigung der Entschuldung hoch verschuldeter armer Länder angenommen (erweiterte HIPC-Entschuldungsinitiative). Der deutsche Anteil an der Entschuldungsinitiative betrug im Jahr 2003 circa 5,1 Mrd. Euro. Davon entfallen ca. 3 Mrd. Euro auf Handelsschulden von 29 Ländern, circa 2,1 Mrd. Euro auf Schulden aus der FZ. Hiervon sind 12 Staaten betroffen. > Kredit > Schuldendienst > Schuldenumwandlungen

**Schuldenumwandlungen/debt swaps:** Schuldenumwandlungen haben sich als ein wichtiges entwicklungspolitisches Instrument bewährt, das Schuldenerleichterungen für Länder mit niedrigem oder niedrigem mittlerem Einkommen (> LICs oder low > MICs) mit konkreten und sichtbaren Entwicklungserfolgen verknüpft. Die Bundesregierung führt seit 1993 Schuldenumwandlungen auf Forderungen aus der > Finanziellen Zusammenarbeit durch. Sie verzichtet hierbei auf einen Teil ihrer FZ-Forderungen, wenn das begünstigte Entwicklungsland die durch den Verzicht freiwerdenden Mittel in Abstimmung mit der Bundesregierung für zusätzliche entwicklungspolitische Vorhaben verwendet. Bis einschließlich 2007 konnten nur solche FZ-Forderungen umgewandelt werden, die zuvor in einer Vereinbarung mit dem > Pariser Club umgeschuldet worden waren. Die bisher vereinbarten Swap-Projekte konzentrierten sich auf die Bereiche allgemeine Armutsbekämpfung, Bildungsförderung, Umweltschutz und Bekämpfung von HIV/AIDS. > GFATM > Verschuldung

**Schutzverantwortung** > Responsibility to Protect

**Schutzzoll** > Abwehruzoll > Erziehungszoll

**Schwellenland:** Ein Entwicklungs- oder Transformationsland, dessen Entwicklung bereits relativ fortgeschritten ist und das an der „Schwelle“ zum Industrieland steht. Kriterium ist beispielsweise der Industrialisierungsstand. Man nennt sie deshalb international auch > NICs. Im Gegensatz zu > LDCs gibt es keine verbindliche Liste von Schwellenländern. > Ankerländer > Entwicklungsländer

**Sektoren:** Vier wirtschaftliche Sektoren lassen sich unterscheiden: (1) der primäre Sektor (Landwirtschaft, i.w.S. der Rohstoffsektor), (2) der sekundäre Sektor (industrieller Sektor, Rohstoffverarbeitung), (3) der tertiäre Sektor der Dienstleistungen, (4) der quartäre Sektor (Informationssektor). Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit verlagert sich im Zuge der „Entwicklung“ vom ersten über den zweiten auf die beiden letzt genannten Sektoren. > Drei-Sektoren-Hypothese

**Selbstbeschränkungsabkommen:** Weitverbreitetes Restriktionsinstrument der Außenhandelspolitik, das zu den Formen des versteckten > Protektionismus zählt. Ein an der Begren-

zung der Einfuhr eines bestimmten Gutes interessierter Staat zwingt seinen oft wirtschaftlich schwächeren Handelspartner unter (mehr oder minder subtiler) Androhung von Zwangsmaßnahmen (Importstopp, auch Erhebung oder Erhöhung von Zöllen und Einführung von Kontingenten, aber auch politischen Druck) zum Abschluss eines so genannten freiwilligen Exportselbstbeschränkungsabkommens, das dem Lieferland zwar seine Exportmöglichkeiten lässt, ihm aber gleichzeitig mengenmäßige Beschränkungen auferlegt. Dies ist, verglichen mit einem völligen Importstopp, für das Lieferland aus verschiedenen Gründen - hohe Verluste bei plötzlichem Importstopp (z. B. bei nicht lagerfähigen Agrarprodukten), Rechtsverbindlichkeit, Planbarkeit, ggf. Ausweichmöglichkeit auf Ersatzmärkte - meist das geringere Übel); wirkliche „Freiwilligkeit“ (etwa aus politischen Rücksichten) ist selten gegeben.

**Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung:** Basierend auf der > Partizipation und Selbsthilfe als tragenden Prinzipien der > Armutsbekämpfung setzt die Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung auf Selbsthilfeinitiativen der Armen. Dieser in den späten achtziger Jahren entstandene Ansatz hat seinerzeit durch das Postulat der Selbstbestimmtheit der Akteure und Erweiterung ihrer Handlungsspielräume wesentlich die entwicklungspolitische Debatte bereichert. > Grameen-Bank > Hilfe zur Selbsthilfe > Ownership > Süd-Kommission

**Self-reliance:** Das Konzept der Self-reliance (auf die eigenen Kräfte vertrauen, auf eigenen Füßen stehen) verliert im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung. Während die Regierungsvertreter von > Entwicklungsländern auf internationalen Konferenzen (früher) noch die Errichtung einer > Neuen Weltwirtschaftsordnung forderten und verfolgten, mehrten sich die Stimmen, die nach einer wirklichen Befreiung aus > Abhängigkeit und > Unterentwicklung riefen. Der Begriff hat eine doppelte Dimension: einerseits meint er Self-reliance im Mikrobereich, also in der Familie, im Dorf, im Stamm: unabhängig sein von fremden Einflüssen, von Versorgung von außen usw. Andererseits steht er im Makrobereich für die Unabhängigkeit im nationalen und internationalen Rahmen: als großer Staat sich vom Ausland unabhängig machen oder mit anderen Nationen gleicher Bedürfnisse sich gemeinsam von den Industrienationen unabhängig machen (Collective Self-reliance). Als Entwicklungskonzept steht dahinter ein ausgewogener Prozess von Eigenständigkeit, wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit.

**Self-sustained growth:** Sich selbst tragendes Wachstum. Phase in der Entwicklung eines Landes, in der die direkten und indirekten Auswirkungen eines Investitionsvorhabens weitere Investitionsvorhaben auslösen. > Verkettungseffekte

**SEQUA:** Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung, 1991 als gemeinnützige Einrichtung der deutschen Wirtschaft gegründet (Sitz in Bonn). SEQUA wird neben der > GTZ und der > DEG mit der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen von > Public Private Partnerships beauftragt. Außerdem setzt sie Partnerschaftsprogramme der Bundesregierung zur Kammer- und Verbandsförderung sowie unternehmensbezogener Dienstleistungen um. [www.sequa.de](http://www.sequa.de)

**Share-cropping:** Pachtsystem, bei dem die Ernte zwischen dem Landarbeiter/Pächter und dem Landeigentümer nach festen Anteilen, meist als Naturalpacht, aufgeteilt wird. Dieses System hat die Folge, dass Ertrag steigernde Maßnahmen, die zumeist vollständig vom Pächter bezahlt werden müssen, häufig unterbleiben, weil der entsprechende zusätzliche Ertrag mit dem Eigentümer geteilt werden muss.

**Shareholder Value:** Der Shareholder-Value-Ansatz ist ein betriebswirtschaftliches Konzept zur Steigerung des Wertes des Eigenkapitals und ein Managementprinzip, das den Nutzen für die Aktionäre an die erste Stelle setzt. Der Aktionär (Shareholder) steht im Mittelpunkt; Arbeitnehmer sind lediglich Mittel zu Zweck. Die Maximierung der Verzinsung des Eigenkapital-

tals dominiert alle anderen Belange. Beim Shareholder-Value spielen die Top-Manager eine Schlüsselrolle. Durch neue Vergütungssysteme (stock options) wurde – von den USA ausgehend – eine regelrechte Orgie der Selbstbereicherung für Top-Manager ausgelöst. Der Shareholder-Value-Ansatz ist eine Kurzfrist-Orientierung mit vielfältigen negativen Langfrist-Folgen. Die einseitig aktionärsfreundliche Unternehmenspolitik geht zu Lasten der Interessen der „stakeholder“, also von Beschäftigten, Kunden, Lieferanten, Standortgemeinden, dem Staat und auch der Natur (etwa als Rohstofflieferant). > Finanzkrise > Kapitalismus

**Shifting Cultivation:** Bezeichnung für die traditionelle Wald-Feld-Wechselwirtschaft (Wanderhackbau) in den Tropen.

**SILIC/Severely Indebted Low-Income Countries/SIMIC Severely Indebted Middle-Income Countries:** Zur Akzentuierung der entwicklungspolitischen Bedeutung der Schuldenbelastung bildete die Weltbank die Gruppen der „hochverschuldeten Niedrigeinkommensländer“ und „der hochverschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen“. Hierbei wurden 34 Staaten in die SILIC und 13 Staaten in die SIMIC eingeordnet. Bei den weiteren Abstufungen handelt es sich um MIMIC (mäßig verschuldet) und LIMIC (wenig verschuldet).

**SIPRI/Stockholm International Peace Research Institute - Stockholmer Friedensforschungsinstitut:** Das SIPRI wurde 1966 als Stiftung vom schwedischen Parlament ins Leben gerufen. SIPRI beschäftigt sich u. a. mit Fragen der Rüstung, der internationalen Sicherheit, der Friedensforschung und gibt das SIPRI-Jahrbuch heraus, das die internationale Rüstungsentwicklung dokumentiert. Darüber erscheinen jährliche Jahresberichte und Sonderdokumentationen, die auf unterschiedliche Herausforderungen der heutigen > Globalisierung eingehen. [www.sipri.org](http://www.sipri.org)

**Small Island Developing States/SIDS:** Der Begriff der auf kleinen Inseln gelegenen Entwicklungsstaaten bezeichnet eine Gruppe von 38 Entwicklungsländern. Gemeinsam mit den > LDCs und den > LLDCs werden die SIDS seit 2001 von einem Hohen Vertreter des OHRLLS („Office of the High Representative for Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States“) repräsentiert. Aufgrund einer Resolution der UN-Vollversammlung wurde dieses Büro am Sitz der Weltorganisation in New York eingerichtet, um bei den verschiedenen Aktionsprogrammen für diese Ländergruppen koordinierend zu helfen. Innerhalb des > Millennium-Entwicklungsziels 8 „Aufbau einer weltweiten Partnerschaft“ fordert eine spezifische Zielvorgabe, den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung zu tragen. > Partnerschaft [www.unohrrls.org](http://www.unohrrls.org)

**Society for International Development/SID:** SID (\*1957, Sitz in Rom), ist eine der ältesten internationalen, von Privatpersonen gegründeten > Nichtregierungsorganisationen und zz. in rd. 80 Ländern der Welt mit fast 50 lokalen „Chaptern“ vertreten. SID arbeitet mit der Wissenschaft und Studierenden, mit politischen Entscheidungsträgern und Entwicklungsexperten sowie mit mehr als hundert Organisationen, Netzwerken und Institutionen zusammen. Als Katalysator für den globalen Wandel setzt sich SID für eine Entwicklung ein, die nachhaltig, partizipativ, gerecht und inklusiv ist, und will dabei die Brücke zwischen Entwicklungstheorie und Praxis verbreitern. Ein von SID initiiertes und vorangetriebenes Konzept ist das der „menschlichen Sicherheit“ (> human security). Als publizistisches Flaggschiff gilt die renommierte Zeitschrift „development“. In Deutschland existieren fünf Chapter: Berlin, Bonn, Frankfurt, Hamburg und München. [www.sid-int.org](http://www.sid-int.org)

**Solidarität:** Einer der wichtigen > Werte und regulativen Leitideen auf nationaler und internationaler Ebene. Solidarität meint die Bereitschaft von Menschen, Gruppen und auch Staaten (Solidarität als „Zärtlichkeit der Völker“ – so der Nicaraguaner Ernesto Cardenal), über

rechtliche Verpflichtungen hinaus aktiv und freiwillig füreinander einzustehen. Es geht um das Eintreten für Schwächere und Benachteiligte. In der > Einen Welt ist Solidarität im Weltmaßstab auszulegen. Solidarität äußert sich bspw. in der Hilfe bei Not- oder Katastrophensituationen und auch im Oberziel der Entwicklungspolitik, zur Armutsbekämpfung beizutragen. Sie umfasst jedoch mehr; in der > Millenniumserklärung von 2000 heißt es zur Solidarität: „Die globalen Probleme müssen so bewältigt werden, dass die damit verbundenen Kosten und Belastungen im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der Billigkeit und sozialen Gerechtigkeit aufgeteilt werden. Diejenigen, die leiden oder denen die geringsten Vorteile entstehen, haben ein Anrecht darauf, Hilfe von den größten Nutznießern zu erhalten.“

**Sonderwirtschaftszonen:** Ein Territorium innerhalb eines Staates, in dem die Steuer- und Wirtschaftsgesetzgebung günstiger (v. a. für ausländische Unternehmen) ist als im übrigen Staatsgebiet. > Freie Produktionszonen

**Sonderziehungsrechte/SZR:** Künstliches Weltgeld, das sich aus einem Korb der wichtigsten Währungen zusammensetzte und vom > Internationalen Währungsfonds als Reservegeld und Rechnungseinheit Ende der 60er Jahre geschaffen wurde. Mit den Sonderziehungsrechten können Salden zwischen Ländern über die jeweiligen Notenbanken, internationale Währungsinstitutionen und einige Entwicklungsbanken gegen harte Währungen eingetauscht werden. Sonderziehungsrechte sind ein Währungskorb, der gewöhnlich alle fünf Jahre angepasst wird. Seit dem 1. Januar 2006 besteht der SZR-Korb aus 44 Prozent US-\$, 34 Prozent Euro und je elf Prozent japanischer Yen und britisches Pfund Sterling. Der Wechselkurs zwischen SZR und anderen Währungen ändert sich dementsprechend täglich (am 3. Januar 2008 entsprach ein SZR rund 1,03 Euro beziehungsweise 1,65 US-\$).

**Soziale Kosten:** Kosten, die - im Gegensatz zu den privatwirtschaftlichen Kosten - nicht von Einzelnen, sondern von der Gesamtheit getragen werden; Beispiel: Luftverschmutzung. Auch als „negative externe Effekte“ bezeichnet.

**Soziale Marktwirtschaft** > Marktwirtschaft

**Soziales Geschlecht** > Gender

**Sozialismus:** Eine politische Theorie, die postuliert, dass alle (oder fast alle) Produktionsmittel - mit Ausnahme der Arbeitskraft - in Eigentum des Staates oder zumindest unter gesellschaftlicher Kontrolle sein sollten. Dadurch würde die Möglichkeit zu einer gerechteren Verteilung des Kapitalertrags unter die Mitglieder der Gesellschaft geschaffen, als dies in einer kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist. Der freiheitliche demokratische Sozialismus versteht sich als Alternative zu > Kapitalismus und > Kommunismus; er strebt eine neue Gesellschafts- und internationale Ordnung an, in der > Freiheit, > Gerechtigkeit, > Solidarität und Umweltverträglichkeit die leitenden Prinzipien sind. Seine ordnungspolitische Maxime lautet: Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig, vertraut also auch auf die Steuerung von Wirtschaftsprozessen durch den Markt. > Marktwirtschaft

**Sozialkapital:** Das Sozialkapital gilt derzeit innerhalb der Entwicklungstheorie als wesentliche Einflussgröße für das Wohlergehen von Individuen, Haushalten, Gemeinwesen und ganzen Gesellschaften. Der Begriff umfasst Normen und Werte, die Interaktionen zwischen den Menschen bestimmen, sowie Institutionen, in die diese eingebettet sind. Hierbei unterscheidet man zwei Ausprägungen von Sozialkapital: Zum einen gibt es ihre strukturelle Variante. Hierbei ermöglicht Sachkapital kollektive Aktivitäten oder Entscheidungen durch akzeptierte Regeln und soziale Netzwerke. Zum anderen gibt es ihre kognitive Variante. Hierbei äußert sich das Sozialkapital in geteilten > Werten, Einstellungen, Weltansichten und wechselseitiges

Vertrauen. Sozialkapital kann sich darüber hinaus durch seinen Gebrauch vermehren. > Humankapital

**Sozialklauseln:** Zur Verbesserung des sozialen Schutzes der Menschen im Zuge der fortschreitenden > Globalisierung wurden mit der Erklärung der > Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit vom Juni 1998 die sog. > Kernarbeitsnormen (auch Sozialklauseln genannt) festgelegt: Vereinigungsfreiheit (freie Gewerkschaften) und Recht auf Kollektivverhandlungen; Beseitigung der Zwangsarbeit; Abschaffung der Kinderarbeit; Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf. > Gewerkschaften [www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm](http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm)

**Sozialprodukt** > Bruttosozialprodukt

**Sparquote:** Anteil der Ersparnisse am Volkseinkommen; ein Maß für die in einer Volkswirtschaft aus eigener Kraft mögliche Kapitalbildung.

**Staatshandelsländer:** Länder, in denen der Staat das Außenhandelsmonopol besitzt.

**Stabex:** Im Rahmen der > AKP-Abkommen eingeführtes System zur „Stabilisierung der Exporterlöse“ bei landwirtschaftlichen Grundstoffen. Die Exporterlös-Stabilisierung zielte darauf ab, negative Auswirkungen, die sich aus Schwankungen der Erlöse aus dem Export landwirtschaftlicher Rohstoffe ergaben, aufzufangen. Für Erlösausfälle bei insgesamt 51 Agrarprodukten wurden Ausgleichszahlungen geleistet, wenn (1) das entsprechende Land von diesen Exporterlösen abhängig war und (2) die Einnahmen aus der Ausfuhr der entsprechenden Güter unter einen bestimmten Referenzwert fielen. Das Stabex-System hat die Erwartungen beider Seiten nicht erfüllt und ist in den vergangenen Jahren schrittweise abgebaut worden. > Sysmin

**Stakeholder** > Shareholder Value

**State Building:** „Staatsbildung“ meint den Aufbau eines funktionsfähigen Staates und die Institutionalisierung von staatlichen Abläufen, zusätzlich die Durchsetzung von Staatsmacht. > Nation Building

**Sterblichkeitsquote/Sterbequote** > Mortalitätsrate

**Stiftung Entwicklung und Frieden/SEF:** Die SEF ist eine überparteiliche und gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Bonn, deren Stifter die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und Sachsen sind. Gegründet wurde sie 1986 auf Initiative von Willy Brandt unter der Mitwirkung des damaligen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Johannes Rau. Die Stiftung arbeitet eng mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen zusammen, mit dem sie durch einen Kooperationsvertrag verbunden ist. Die SEF versteht sich als ein Motor des deutschen und internationalen Diskurses über die politische und soziale Gestaltung der Globalisierung (> Global Governance). Ihr Ziel ist eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung weltweit durch die Befriedung der internationalen Beziehungen und die Zivilisierung innergesellschaftlicher Konflikte sowie durch soziale Gerechtigkeit. Mit ihren Publikationen und internationalen Veranstaltungen wirkt die Stiftung an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. Sie richtet sich an politische Entscheidungsträger und Meinungsführer aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie an Schlüsselpersonen der Medien. [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

**Stiftungen** > Nichtregierungsorganisationen > Politische Stiftungen

**Strukturanpassung:** Strukturanpassungen sind in vielen Industrie- und Entwicklungsländern notwendig; entsprechende Maßnahmen werden häufig aus aktuellem Anlass, wie etwa Zahlungsbilanzschwierigkeiten und einer Notwendigkeit der Schuldenreduzierung, durchgeführt. Strukturpolitische Maßnahmen, die oft sehr kontrovers beurteilt werden, können in zwei große Gruppen unterteilt werden:

(1) Maßnahmen, die mit der ineffizienten Verwendung von > Ressourcen aufräumen und eine raschere Anpassung z. B. an technische Neuerungen erlauben. Im Rahmen derartiger Maßnahmen werden Starrheiten abgebaut, die die Mobilität der der Arbeitskräfte beeinträchtigen, Steuern verändert (meist gesenkt), die die privaten Spar- und Investitionsentscheidungen stören; oft wird auch der Umfang des öffentlichen Sektors verringert, wobei insbesondere Sozialleistungen eingeschränkt werden.

(2) Maßnahmen, die das Produktionspotential durch einen verstärkten Einsatz von Produktionsfaktoren (wie Kapital und Arbeitskräfte) oder durch eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität erhöhen. Dies kann beispielsweise durch eine Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch eine wirksamere Anwendung technischen Wissens in der Produktion geschehen.

> IWF und > Weltbank, flankiert von den > regionalen Entwicklungsbanken und bilateralen > Gebern, unterstützen durch ihre mit Auflagen verbundenen Strukturanpassungsprogramme in Entwicklungsländern deren Anpassung an marktwirtschaftliche Strukturen und ihre Integration in den Weltmarkt. Die Programme zielen auf wirtschaftliche Stabilisierung, marktwirtschaftliche Deregulierung und Privatisierung sowie Liberalisierung des Außenhandels und orientieren sich meist an neoliberalen Modellen. > Konditionalität > Neoliberalismus > PRSP > Washington-Konsensus

**Strukturelle Abhängigkeit** > Abhängigkeit

**Strukturelle Gewalt:** Strukturelle Gewalt kommt nach Johan Galtung in ungerechten gesellschaftlichen und (welt-)wirtschaftlichen Strukturen zum Ausdruck. Diese Strukturen hindern den Menschen quasi „gewalttätig“ daran, seine potentiellen Lebensmöglichkeiten zu verwirklichen, da er unter mangelnder wirtschaftlicher und sozialer Absicherung, schlechten Bildungschancen u. a. leiden muss. Der Gewaltbegriff wird damit über direkte Formen personaler Gewalt hinaus ausgeweitet und umfasst auch sozial ungerechte Verhältnisse.

**Strukturelle Heterogenität:** Unterschiedlicher Entwicklungsstand (Höhe der Produktivität bzw. der Einkommen) einzelner Sektoren/Regionen der gleichen Volkswirtschaft, insbesondere im Verhältnis > Metropole und > Peripherie. Ein Merkmal von Entwicklungsländern ist die im Vergleich zu Industrieländern wesentlich größere strukturelle Heterogenität. > Dualismus > Sektoren

**Subsistenzwirtschaft:** Form des Wirtschaftens, die nicht arbeitsteilig angelegt ist, sondern bei der jeder überwiegend das erzeugt, was er verbraucht und das verbraucht, was er erzeugt. Weit verbreitet vor allem in ländlichen Gebieten der > Entwicklungsländer.

**Süd-Kommission:** Die von Julius Nyerere, dem ehemalige Staatspräsident Tansanias, geleitete Kommission, aus namhaften Persönlichkeiten des Südens, d. h. den Entwicklungsländern, zusammengesetzt, publizierte 1990 den „Bericht der Südkommission“ mit dem Titel „The Challenge to the South“. In dem Bericht wird eine Entwicklung empfohlen, die > „self-reliant und „people-centred“ ist, also auf die eigenen Kräfte vertraut (< self-reliance) und die Menschen in das Zentrum von > Entwicklung stellt. Nach Auffassung der Kommission ist Entwicklung „ein Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Entwicklung ist ein Prozess, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung.“

**Süd-Süd-Kooperation:** Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen > Entwicklungsländern. Als entwicklungspolitische Forderung entstand die Forderung nach verstärkter Süd-Süd-Kooperation aus der Einsicht, dass in den Nord-Süd-Beziehungen - aufgrund der wirtschaftlichen Stärke der Industrieländer - die Vorteile des Nord-Süd-Handels ungleich verteilt sind. <http://tcde.undp.org>

**Sustainable Development** > Nachhaltige Entwicklung

**Swaps:** (engl. Tausch, Austausch) Termingeschäfte, deren Rechte und Pflichten nicht an einen festen Termin gebunden sind, sondern über einen längeren Zeitraum je nach Bedarf in Anspruch genommen werden können. Dabei werden Zahlungen (Zahlungsflüsse) vereinbart, die möglichst beiden Seiten einen Vorteil bieten. So wird beispielsweise bei einem Devisenswap ein Kassageschäft mit einem Termingeschäft verbunden: Eine Partei verkauft einer anderen sofort 100 Mio. US-Dollar gegen Euro zum Tageskurs (Kassageschäft) und erhält die Dollar in einem Monat zum Terminkurs, der bei Abschluss des Geschäfts vereinbart wird. Swaps können auch Zahlungen oder Schuldenerlasse sein, die für den Begünstigten mit bestimmten Auflagen verbunden sind, z. B. die Mittel für Umwelt- oder Bildungszwecke zu verwenden.

**YSMIS/System of Stabilization of Export Earnings from Mining Products/System zur Stabilisierung von Erlösen aus dem Export mineralischer Rohstoffen:** Sysmin wurde 1979 im Lomé-II-Vertrag der > AKP-Abkommen eingeführt. Ziel dieses Systems war es die AKP-Staaten, die mineralische Rohstoffe produzieren und diese in die > Europäische Union exportieren, bei Preis- und Erlösrückgängen so zu unterstützen, dass sie ihre Produktionsanlagen und damit ihre Exportkapazitäten erhalten können. Das System wurde von der EU mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet. Die Finanzierungsbeiträge wurden als vergünstigte Darlehen gewährt. Das YSMIS-System ist in den vergangenen Jahren schrittweise abgebaut worden. > Stabex

**SZR:** > Sonderziehungsrechte

**Take-off:** Phase des wirtschaftlichen Aufstiegs in sich selbst tragendes Wachstum. > self-sustained growth

**Tarifäre Handelshemmnisse:** Durch Zolltarife hervorgerufene Handelshemmnisse.

**Technische Zusammenarbeit/TZ:** Durch die TZ werden technische, wirtschaftliche und organisatorische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt. Im Einzelnen geht es dabei besonders um die Entsendung von Fachkräften, die Bereitstellung von Material und von Ausbildungsmöglichkeiten. Die deutsche TZ (früher: Technische Hilfe) hat die Aufgabe, die Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften in den Partnerländern zu erhöhen (> Capacity Building/Development). Sie sollen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensbedingungen durch wirksamen und dauerhaften Einsatz von Ressourcen aus eigener Kraft zu verbessern und eigene Ziele zu verwirklichen. Die TZ berücksichtigt dabei besonders die Beteiligung der > Zivilgesellschaft und die Stärkung von Macht und Einfluss (> Empowerment) der > Frauen in den Partnerländern. TZ wird für die > Partnerländer Deutschlands unentgeltlich als > Zuschuss geleistet; das Entwicklungsland übernimmt dabei aber meist die im Land selbst anfallenden laufenden Kosten. Die TZ ist volumenmäßig nach der > Finanziellen Zusammenarbeit das zweitwichtigste Instrument der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Im Jahr 2008 stellte die Bundesregierung in ihrem Haushalt 730 Millionen Euro für TZ im engeren Sinne zur Verfügung. Für die TZ im weiteren Sinne waren 286 Millionen Euro vorgesehen. Die Inhalte und das Volumen der staatlichen TZ (TZ im engeren

Sinne) werden mit den einzelnen > Partnerländern in Regierungsverhandlungen festgelegt und vertraglich vereinbart. Mit der Durchführung der Vorhaben der von Staat zu Staat vereinbarten Zusammenarbeit wird die bundeseigene > Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit/GTZ von der Bundesregierung beauftragt. In Einzelfällen werden die Leistungen auch direkt von der Bundesregierung oder ihren Dienststellen erbracht, zum Beispiel von der > Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe/BGR oder der > Physikalisch-Technischen Bundesanstalt/PTB. > TZ-Kleinstprojekte

**Technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern:** 1978 fand in Buenos Aires eine UN-Konferenz statt, auf der ein Konzept über die engere Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander erarbeitet und ein Aktionsplan verabschiedet wurde. Damit wollen die Entwicklungsländer ihre Unabhängigkeit gegenüber den Industrieländern stärken. > Süd-Süd-Kooperation

**Technologietransfer:** Übertragung von technischem Wissen (> Know-how) aus Industrie- in Entwicklungsländer zur Förderung des technischen Fortschritts. Wissen ist teilweise durch gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente) gegen eine wirtschaftliche Nutzung durch Unbefugte geschützt. Entwicklungsländer fordern, dass sie das technische Wissen weitgehend unentgeltlich nutzen können. Der Technologietransfer wird vor allem durch > Direktinvestitionen, aber auch durch > Entwicklungszusammenarbeit vermittelt.

**Terms of trade:** Die „Terms of Trade“/ToT sind das in gleichen Währungseinheiten ausgedrückte Austauschverhältnis von Exporten und Importen eines Landes. Eine preisbezogene Verschlechterung der ToT bedeutet, dass ein Land für die gleiche Menge seiner Exportgüter (zum Beispiel Rohstoffe) nur eine geringere Menge seiner Importgüter (zum Beispiel Fertigwaren) beziehen kann, etwa weil die Preise seiner Importgüter stärker als die seiner Exportgüter gestiegen sind. Die ToT haben sich entsprechend der Zusammensetzung der Ex- und Importe für die einzelnen Entwicklungsländer und der zu Grunde gelegten Zeiträume sehr unterschiedlich entwickelt. Sie haben sich z. B. für die Ölexportländer langfristig stark verbessert, während sie sich für die Rohstoffexporteure allgemein eher verschlechtert haben. > commodity terms of trade > Dependenztheorien > income terms of trade

**Terre des hommes/tdh:** terre des hommes Deutschland e.V. wurde 1967 von engagierten Bürgern gegründet, um schwer verletzten Kindern aus dem Vietnamkrieg zu helfen. Der Verein ist unabhängig von Regierungen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Parteien und fördert heute in mehr als zwei Dutzend Projektländern mehr als 400 > Projekte für notleidende Kinder. Ziel ist eine »terre des hommes«, eine »Erde der Menschlichkeit«. Terre des hommes finanziert seine Aktivitäten überwiegend durch Spenden. Hinzu kommen öffentliche Zuschüsse, etwa vom > BMZ und der EU, sowie Einnahmen aus dem Zweckbetrieb (steuerpflichtige Erlöse aus Aktionen) sowie dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (umsatzsteuerpflichtige Erlöse aus dem Vertrieb von Büchern und sonstigen Verkaufsartikeln etc.). Zusammen mit der > Deutschen Welthungerhilfe wird jährlich der vielbeachtete, kritische Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ veröffentlicht. [www.tdh.de](http://www.tdh.de)

**Terrorismus:** Seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 wird auch von der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erwartet, dass sie Beiträge zur Terrorbekämpfung leistet. Allerdings kann > Entwicklungspolitik nur dann als Teil einer Präventivstrategie gegen Gewalt, Krieg und Terrorismus verstanden werden, wenn sie einem erweiterten Sicherheitsbegriff (> human security) folgt. So kann sie als partnerschaftliches Kooperationsinstrument sowohl einen Beitrag zum Abbau struktureller Krisenursachen leisten als auch die friedlichen Konfliktbewältigungspotenziale stärken. Indem sie dazu beiträgt, den Menschen vor Ort eine positive Zukunftsperspektive zu geben, hilft sie, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Beiträge der Entwicklungspolitik zu > Krisenprävention und Kon-

fliktbearbeitung sind auch Beiträge zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. > Frieden > Nicht-staatliche Gewaltakteure

**Teufelskreis der Armut:** Eine sehr einfache, aber plastische Beschreibung der Benachteiligung der Mehrheit der Menschen in den Entwicklungsländern ist das Bild vom „Teufelskreis der Armut“. Es besagt: Geringes Einkommen bedingt Unterernährung, bedingt hohe Krankheitsanfälligkeit und Mangelkrankheiten, bedingt geringe physische Belastbarkeit, bedingt niedrige Arbeitsleistung, bedingt geringes Einkommen. Oder: geringes Einkommen bedeutet geringes Sparen, bedeutet geringe Investitionen, bedeutet geringe Produktivität, bedeutet geringes Einkommen. > circulus vitiosus

**Theorien:** (Entwicklungs-)Theorien wollen Tatsachenbefunde zu einem strukturierten Ganzen verknüpfen und gesamtgesellschaftliche, historische Prozesse des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Wandels stichhaltig erklären. Zudem erheben sie auch den Anspruch, Rezepte oder zumindest Orientierungen für künftige Entwicklungen zu bieten. Wichtigen Theorie-Strömungen, wie den > Dependenztheorien und > Modernisierungstheorien oder auch dem > Neoliberalismus, wird vielfach vorgeworfen, ihre Erklärungsansätze seien zu monokausal, sie würden die Realität nur unzureichend abbilden und zudem seien die aus ihr abgeleiteten Rezepte für die Gestaltung von > Entwicklung oft gescheitert. Die > Probleme der > Entwicklungsländer werden zunehmend als Komplex von Symptomen und Ursachen gesehen, zu dessen Erklärung sozio-ökonomische, politische, kulturelle, historische wie auch naturräumliche und demografische, gleichermaßen > endogene und > exogene Faktoren herangezogen werden müssen. > Kultur > Marxistische Theorien > Nachhaltige Entwicklung > Neoliberalismus > Washington-Konsensus

**Tobin-Steuer:** Von dem späteren Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften James Tobin 1987 vorgeschlagene Steuer auf Devisentransaktionen, durch die das Ausmaß der kurzfristigen Spekulation, die das internationale Finanzsystem und die Wirtschaft einzelner Staaten destabilisieren kann, verringert werden soll. Durch den geringen Steuersatz (vorgeschlagen war ein Steuersatz von weniger als 1 %) würden langfristig orientierte Devisentransaktionen, wie sie beim Warenhandel und bei Auslandsinvestitionen auftreten, kaum belastet. Der Ertrag der Steuer sollte für die Entwicklung der Dritten Welt eingesetzt werden. Kritik richtet sich gegen die grundsätzliche Zielsetzung, außerdem wird die Durchführbarkeit bezweifelt. Vor allem Globalisierungsgegner befürworten die Tobin-Steuer. > Attac > Globalisierung

**Tradition:** Soziale und kulturelle Bestandselemente und Handlungsweisen, die in einer Gesellschaft oder Subgesellschaft generationsweise überliefert werden und zentral deren Identität und symbolhaftes Selbstverständnis verkörpern. Tradition wird nicht nur über Zeit verändert, sondern dient begrifflich auch zur Etikettierung von Handlungsweisen, die in besonderer Weise (positiv oder negativ) wertend gekennzeichnet werden sollen.

**Transfair:** Bei Transfair handelt es sich um eine unabhängige Siegelinitiative, die nicht selbst mit Waren handelt, sondern sein Fairtrade-Siegel für fair gehandelte Produkte auf der Grundlage von Lizenzverträgen vergibt. Dabei übernimmt Transfair die Kriterien des > Fairen Handels entsprechend den internationalen Standards der > „Fairtrade Labelling Organizations International“ (FLO). 1992 startete der gemeinnützige Verein TransFair seine Arbeit mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern und durch den Fairen Handel ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. [www.transfair.org](http://www.transfair.org)

**Transform(ations)land/Transitionsland:** In wirtschaftlicher Hinsicht vor allem die ehemaligen kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas (MOE-Länder) und die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) der ehemaligen Sowjetunion, die sich im Übergang zu markt-

orientierten Wirtschaftsordnungen befinden. Einige von ihnen wurden vom > DAC als Entwicklungsländer anerkannt. > Empfänger > Entwicklungsländer > Marktwirtschaft > Transformländer

### **Transnationale Konzerne/Unternehmen** > Multinationale Unternehmen

**Transparency International/TI:** TI ist eine gemeinnützige, parteipolitisch unabhängige Bewegung zum globalen Kampf gegen die Korruption. TI wurde 1993 auf Engagement von Peter Eigen in London und Berlin gegründet und ist international tätig. TI verfügt über ein internationales Sekretariat, als Koordinationspunkt der Nationalen Sektionen in rd. 90 Ländern. Diese beteiligen sich an der Willensbildung von TI auf internationaler Ebene. Die Bekämpfung der Korruption erfolgt mit Hilfe von drei Grundprinzipien: (1) Bildung von Koalitionen, (2) dezentrale Arbeit und (3) ganzheitlicher „Gesundungsansatz“. TI publiziert regelmäßig drei Indizes zum Thema Korruption: (1) Corruption Perceptions Index (> CPI), Bribe Payer Index (> BPI) und das Globale Korruptionsbarometer (> Globales Korruptionsbarometer). Darüber hinaus würdigt TI mit dem Integrity Award jedes Jahr den Mut und die Arbeit vieler Einzelpersonen und Organisationen im Kampf gegen Korruption. Die Gewinner des Integrity Awards sollen als Vorbilder im Kampf gegen Korruption gelten, denn ihre Arbeit zeigt, dass Korruption überwunden werden kann. > Korruptionsbekämpfung [www.transparency.org](http://www.transparency.org) ; [www.transparency.de/Globales-Korruptionsbarometer.361.0.html](http://www.transparency.de/Globales-Korruptionsbarometer.361.0.html)

**Transparency International Deutschland e.V.** (kurz: Transparency Deutschland): Transparency Deutschland arbeitet ebenfalls gemeinnützig und ist politisch unabhängig. Die Arbeit unterliegt folgenden Grundprinzipien: Integrität, Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft. Die Arbeit äußert sich unter anderem darin, dass die beteiligten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Schaffung von Transparenz mittels öffentlicher Veranstaltungen, Seminaren und Einzelgesprächen zusammengeführt werden. [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

**Transparenz-Initiative der Rohstoffindustrie - Extractive Industries Transparency Initiative/EITI:** Die von Tony Blair auf dem > Johannesburg-Gipfel 2002 vorgeschlagene Transparenz-Initiative mit dem 2007 eröffneten internationalen Büro in Oslo dient der > Korruptionsbekämpfung in rohstoffreichen Entwicklungsländern. Sie setzt sich dafür ein, dass die Unternehmen veröffentlichen, was sie für die Förderung von Öl, Gas oder Bergbau bezahlen und die Regierungen ihre Einkommen daraus offenlegen. Diese Transparenz hinsichtlich der Einnahmeströme soll die Möglichkeiten für Korruption begrenzen und dazu beitragen, dass ein größerer Anteil an Ressourceneinnahmen dem wirtschaftlichen Wachstum und der Armutsbekämpfung zugute kommt. > Ressourcenfluch <http://eitransparency.org>

**Treibhausgase/Treibhauseffekt:** Der Treibhauseffekt wird von Gasen in der Atmosphäre hervorgerufen, die die kurzwellige Sonnenstrahlung nahezu ungehindert durch die Atmosphäre zur Erdoberfläche passieren lassen, die langwellige Wärmestrahlung der Erdoberfläche und der Atmosphäre hingegen stark absorbieren. Die Wärmeenergie kann nicht in den Weltraum abgestrahlt werden und heizt – wie in einem Gewächshaus – die Atmosphäre immer weiter auf. Die Zunahme von sogenannten Treibhausgasen wie Kohlen(stoff)dioxid (v. a. durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Öl, Kohle und Gas freigesetzt) und Methan in der Atmosphäre ist verantwortlich für Temperaturerhöhungen auf der Erde und den > Klimawandel. Zur Abschwächung und letztlich zum Stillstand kommt dieser Prozess erst dann, wenn die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre sinkt.

**Trickle-down-Hypothese, Durchsickerhypothese:** Annahme, dass Entwicklung im modernen Sektor eines Entwicklungslandes auch zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der

Masse der Bevölkerung führen werde und dass Wachstum auf die Dauer auch zu einer gerechteren Verteilung von Volkseinkommen und -vermögen führen werde.

**TRIMS/Trade Related Investment Measures:** Beim Abkommen über handelsrelevante Investitionsmaßnahmen handelt es sich um ein Verhandlungsergebnis der Uruguay-Runde des GATT (1986-93). Das TRIMS dient der Förderung des Welthandels und seiner verstärkten Liberalisierung, um vorteilhafte Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Das Abkommen erstreckt sich ausschließlich auf Auslandsinvestitionen im Bereich der Güterproduktion.

**TRIPS - Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums**  
> Welthandelsorganisation

**Tropische Regenwälder:** Rund um den Äquator erstrecken sich die tropischen Regenwälder, in denen schätzungsweise 70 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten der Erde leben und die riesigen Mengen von CO<sub>2</sub> speichern und verarbeiten. Sie sind ein sehr bedeutender Sauerstoffproduzent und gelten als die grünen Lungen der Erde. Die > Entwicklungszusammenarbeit trägt zum Schutz der tropischen Regenwälder bei. > Globale Öffentliche Güter > Klimaschutz > Wald

**TZ-Kleinstprojekte:** Finanziell wenig aufwendige, lokal und schnell wirksame Maßnahmen; ein besonderes Instrument der deutschen > Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der > Technischen Zusammenarbeit (TZ), nach einer Übereinkunft zwischen > BMZ und Auswärtigem Amt von den Botschaften in Ländern der Dritten Welt durchgeführt.

**Überlebensfähigkeit** > Brandt-Bericht > Zukunftsfähige Entwicklung

**Übertragungsbilanz:** Teilbilanz der Leistungsbilanz, die alle Übertragungen des Inlandes (Auslandes) aus dem Ausland (Inland) enthält, die unentgeltlich sind, d. h. nicht auf Gegenleistung beruhen. Die Übertragungsbilanz umfasst Sach- und Kapitaleleistungen, z. B. > ODA, Wiedergutmachung, Beiträge zu internationalen Organisationen, Überweisungen von Gastarbeitern (heute: > Rücküberweisungen). > Zahlungsbilanz

**Umschuldung:** Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dadurch gerieten einige > Entwicklungsländer in akute Zahlungsschwierigkeiten. Die dann notwendigen neuen vertraglichen Vereinbarungen mit den Gläubigerländern über günstigere Rückzahlungsbedingungen der aufgenommenen Kredite werden als Umschuldungen bezeichnet. > HIPC > Schuldenerleichterung

**Umweltschutz:** In der Entwicklungspolitik alle EZ-Maßnahmen, die der Schädigung und Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen entgegenwirken und zur Realisierung des siebten > Millennium-Entwicklungsziels „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“ beitragen. > Agenda 21 > AP 2015 > Klimaschutz > Rio-Gipfel

**Umweltprogramm der VN - United Nations Environment Programme/UNEP:** UNEP wurde 1972 als Unterorgan der Generalversammlung mit Sitz in Nairobi gegründet. Die Hauptaufgabe stellt die Koordination der umweltrelevanten Tätigkeiten von VN-Organisationen dar; hierbei soll UNEP als Katalysator der Umweltaktivitäten der VN dienen. Zu diesem Zweck identifiziert und analysiert UNEP die Umweltprobleme und erarbeitet Grundsätze des Umweltschutzes. Hierbei entwickelt UNEP auch regionale Umweltschutzprogramme und unterstützt Entwicklungsländer beim Aufbau von nationalen Umweltschutzprogrammen. UNEP publiziert alle zwei Jahre einen Bericht zur Umweltsituation der Welt, indem die Schäden und Entwicklungen festgehalten werden. > UNO [www.unep.org](http://www.unep.org)

**Umweltverträglichkeitsprüfung/UVP:** Dieses Instrument des vorbeugenden Umweltschutzes soll sicherstellen, dass entwicklungspolitische > Projekte keine unvermeidbaren Belastungen verursachen. Seit 1988 führt das > BMZ ein verbessertes UVP-Verfahren durch, in dem mögliche negative Auswirkungen frühzeitig erkannt und verhindert werden können.

**UNAIDS/Joint United Nations Programme on HIV/AIDS - Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS:** UNAIDS wurde 1994 zur Ablösung des 1987 gegründeten „Global Programme on Aids/GPA“ ins Leben gerufen, um koordiniert und konzentriert gegen die HIV/AIDS-Pandemie vorzugehen. UNAIDS ist ein gemeinsames Programm verschiedener UN-Organisationen und der > Weltbank. Als weltweiter Koordinator baut UNAIDS Wissensstationen und Netzwerke auf, bündelt Erfahrungen und unterstützt andere Organisationen und Institutionen auf allen Ebenen im Kampf gegen die Pandemie. Die von UNAIDS unterstützten Aufgaben bestehen zum einen in einer globalen politischen Mission, nämlich das Interesse der Weltöffentlichkeit für AIDS wach zu halten und darauf hinzuwirken, dass die Politik der AIDS-Bekämpfung durch umfassende Aufklärung, Prävention und auch die Bereitstellung retroviraler, bezahlbarer Medikamente Priorität einräumt. Andererseits fördert UNAIDS die internationale und nationale Koordination der Akteure der > Entwicklungszusammenarbeit, stärkt die nationale Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit und ist zu diesem Zweck derzeit in über 75 Partnerländern vor Ort vertreten. UNAIDS operiert in enger Partnerschaft mit dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose (> GFATM). > Gesundheit > HIV/AIDS [www.unaids.org](http://www.unaids.org)

**UNASUR/Unión de Naciones Suramericanas - Union südamerikanischer Nationen:** Der 2008 gegründeten UNASUR gehören alle zwölf unabhängigen südamerikanischen Staaten an. Sie strebt die Entwicklung eines integrierten Raumes im politischen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, finanziellen, ökologischen und infrastrukturellen Bereich an und geht auf eine brasilianische Initiative auf dem ersten südamerikanischen Präsidentengipfel im Dezember 2004 in Brasília zurück. > ALADI > ALBA [www.uniondenacionessuramericanas.com](http://www.uniondenacionessuramericanas.com) ; [www.comunidadandina.org/sudamerica.htm](http://www.comunidadandina.org/sudamerica.htm)

**UNCCD/United Nations Convention to Combat Desertification – UN-Abkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung** > Desertifikation

**UNCED /United Nations Conference on Environment and Development:** Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, als > Rio-Gipfel bekannt. > Agenda 21 > Nachhaltige Entwicklung. [www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/index.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/index.htm)

**UNCTAD/United Nations Conference on Trade and Development - Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung, kurz: Welthandelskonferenz:** UNCTAD wurde 1964 von den Vereinten Nationen als ständiges UN-Organ mit Sitz in Genf gegründet. Als wirtschaftspolitisches Sprachrohr der Entwicklungsländer wurde die UNCTAD in den 70er Jahren zum Organisationskern und Promotor der Verhandlungen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung, aber gerade deshalb in den 80er Jahren auf Druck der Industrieländer weitgehend als zentrales Forum des Nord-Süd-Dialogs ausgeschaltet. Im Zuge der > Globalisierung und negativen globalen Entwicklungen gewinnt UNCTAD wieder an Bedeutung. > Neue Weltwirtschaftsordnung > WTO [www.unctad.org](http://www.unctad.org)

**UNDG/United Nations Development Group** > UNO-Reform

**UNDP/United Nations Development Programme** > Entwicklungsprogramm der VN

**UNESCO/UN-Educational, Scientific and Cultural Organization - UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur:** Die UNESCO wurde 1945 als Sonderorganisation der > UNO, mit Sitz in Paris, Der Mitgliedskreis umfasst 193 Staaten. Ziel der UNESCO ist es die internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zu fördern und somit zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit beizutragen. Die von der UNESCO geführte Liste des kulturellen Welterbes umfasst fast 700 Kulturdenkmäler in über 130 Ländern – von Afghanistan bis Zypern. Die UNESCO verfügt zudem über das Mandat zur internationalen Steuerung und Fortschrittskontrolle des > Millennium-Entwicklungsziels Nr. 2 („Bildung für alle“) sowie der Weltdekade > Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die deutsche UNESCO-Kommission (DUK) hat ihren Sitz in der > UNO-Stadt Bonn.

Der reguläre Zweijahreshaushalt 2008/09 umfasst 631 Mio. US-\$. Eine weitere Finanzierungsquelle stellen außerordentliche Beiträge, Treuhandgelder für spezielle Projekte, Mittel anderer multilateraler Einrichtungen und freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten sowie Spenden dar. Der deutsche Beitrag beläuft sich auf 8,7 Prozent des regulären Haushalts sowie freiwilligen Leistungen und privaten Spenden. Deutschland ist nach den USA und Japan der drittgrößte Beitragszahler der UNESCO. [www.unesco.org](http://www.unesco.org) ; [www.unesco.de](http://www.unesco.de)

**UNFCCC/United Nations Climate Change Secretariat > Klimasekretariat der Vereinten Nationen**

**UNFCCC/United Nations Framework Convention on Climate Change > Klimarahmenkonvention**

**UNFPA/United Nations Populations Fund – UN-Bevölkerungsfonds:** UNFPA nahm 1969 seine Arbeit auf und ist heute die größte internationale Organisation, die bevölkerungspolitische Programme und Maßnahmen der > reproduktiven Gesundheit fördert. Hierfür arbeitet sie mit Regierungen und > Nichtregierungsorganisationen in über 150 Ländern zusammen. UNFPA hat erfolgreich zur Umsetzung der vereinbarten Prinzipien und Programme der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo im Jahre 1994 beigetragen. Zu den Errungenschaften zählt, dass sich die Themen > reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte in vielen Ländern auf der politischen Prioritätenliste befinden. Darüber hinaus unterstützt der UNFPA Programme, die Frauen, Männern und jungen Menschen bei der Familienplanung unterstützen und ungewollte Schwangerschaften verhindern. Zudem setzt er sich für eine qualifizierte Betreuung von Schwangerschaften und Geburten ein und leistet Aufklärungsarbeit hinsichtlich > HIV/AIDS und anderen Krankheiten ein. [www.unfpa.org](http://www.unfpa.org)

**UN-Frauenrechtskonvention:** 1979 verpflichteten sich die Vertragsstaaten zur unverzüglichen Ergreifen aller Mittel zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen. > CEDAW

**Ungleicher Tausch:** Ein ungleicher Tausch ist dann gegeben, wenn Waren nicht entsprechend der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die in ihnen enthalten ist, ausgetauscht werden. Vor allem von marxistischen Autoren zur Charakterisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen benutzt.

**UN-Habitat/United Nations Centre for Human Settlements - UNCHS/HABITAT - Zentrum der VN für menschliche Siedlungen/HABITAT:** UN-Habitat wurde 1978 in Folge der ersten VN-Konferenz über menschliche Siedlungen (HABITAT I, Vancouver/Kanada) gegründet. 2002 wurde das UNCHS in das Programm für menschliche Siedlungen (United Nations Programme for Human Settlements, UN-HABITAT) überführt. Bei UN-Habitat handelt es sich um die zentrale Organisation des VN-Systems für Stadtentwicklung, Siedlungswesen und Wohnungsversorgung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Der Sitz der Organisation befindet sich in Nairobi. Ziel ist es, die städtische Entwicklung > nachhaltig zu gestalten. > Habitat > UNO [www.unhabitat.org](http://www.unhabitat.org)

**UNHCR/United Nations High Commissioner for Refugees - Der Hohe Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen:** UNHCR nahm 1951 basierend auf der Genfer Flüchtlingskonvention seine Arbeit auf. 2007 standen weltweit mehr als 31,7 Millionen Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen unter dem Mandat von UNHCR. Die zentrale Aufgabe des UNHCR umfasst den internationalen Rechtsschutz für Flüchtlinge, die Integration im Erstaufnahmeland, die Unterstützung von Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr in das Heimatland sowie die Sicherung der Grundversorgung von Flüchtlingen. UNHCR agiert als Koordinator innerhalb der internationalen Flüchtlingshilfe.

Die Flüchtlingshilfe gehört in Deutschland sowohl in den Bereich der humanitären Hilfe, die in der Verantwortung des Auswärtigen Amtes liegt, als auch in den Bereich der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, die Aufgabe des > BMZ ist. > UNO [www.unhcr.org](http://www.unhcr.org) ; [www.unhcr.de](http://www.unhcr.de)

**UNICEF/United Nations Children's Fund - Kinderhilfswerk der VN:** UNICEF, 1946 gegründet, handelt, basierend auf der > UN-Kinderrechtskonvention von 1989, für das Wohl der Kinder. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, das Überleben der Kinder zu schützen, ihre Entwicklung zu fördern, sie vor Missbrauch und Gewalt zu schützen und sie an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Orientierungsrahmen der Arbeit sind auch die > Millennium-Entwicklungsziele. Der Haushalt 2007 belief sich auf rund 3,013 Mrd. US-\$. Der deutsche Anteil betrug 12,9 Mio. US-\$. Zusätzlich wurde vom „Deutschen Komitee für UNICEF“ in Köln in 2007 126 Mio. US-\$ geleistet. Das deutsche Komitee steht damit unter den nationalen Komitees an erster Stelle und zählt auch insgesamt zu den größten Gebern von UNICEF > Vereinte Nationen [www.unicef.org](http://www.unicef.org) ; [www.unicef.de](http://www.unicef.de)

**UNIDO/UN Industrial Development Organization - UN-Organisation für industrielle Entwicklung:** UNIDO wurde 1966 gegründet. Seit 1986 handelt es sich bei UNIDO um eine Sonderorganisation der VN. In den ersten Gründungsjahren verfolgte die UNIDO die Industrialisierung der > Entwicklungsländer, um somit das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd zu überwinden. Derzeit verfolgt UNIDO den Aufbau einer > nachhaltigen umweltgerechten und wirtschaftlichen Infrastruktur in den Entwicklungsländern. Die BRD trug 2007 zu dem regulären Budget der UNIDO 12,6 Prozent (9,5 Mio. €) bei. Zusätzlich vergab die BRD Treuhandmittel in Höhe von 2,48 Mio. € für die Jahre 2006 bis 2010. > Vereinte Nationen [www.unido.org](http://www.unido.org)

**UNIFEM/United Nations Development Fund for Women - UN-Entwicklungsfonds für Frauen:** UNIFEM wurde 1975 auf der Weltfrauenkonferenz in Mexiko beschlossen. Im folgenden Jahr wurde zunächst ein „Freiwilliger Fonds für die UN-Frauendekade“ ins Leben gerufen. 1985 wurde UNIFEM schließlich als eigenständige Durchführungsorganisation des Entwicklungsprogramms der VN (> UNDP) mit Hauptsitz in New York aus der Taufe gehoben. UNIFEM betrachtet sich als Anwalt für Frauenrechte und setzt sich primär für die Gleichberechtigung der > Frauen ein. Hierzu werden Frauenprojekte und Frauenorganisationen sowohl finanziell als auch kraft technischer Beratung gefördert. UNIFEM fördert die Beteiligung von Frauen in den Planungs- und Entscheidungsprozessen von > Entwicklung. Innerhalb der > Vereinten Nationen nimmt UNIFEM eine Katalysator- und Koordinationsfunktion für die umfassende Gleichstellungsorientierung der Politik (> Gender > Mainstreaming) und die Förderung von Frauen ein. Darüber hinaus berät UNIFEM internationale Organisationen wie die Weltbank (> Weltbank) bei der praktischen Umsetzung von Programmen. Die Finanzierung UNIFEMs basiert auf freiwilligen Beiträgen. Innerhalb der Bundesregierung hat das > BMZ die Federführung für die Zusammenarbeit mit UNIFEM. Das BMZ arbeitet auch mit dem deutschen nationalen Komitee von UNIFEM zusammen. > Vereinte Nationen [www.unifem.org](http://www.unifem.org)

**UN-Konvention gegen die Folter:** Diese wurde am 10. Dezember von der VN-Generalversammlung am 10. Dezember 1984 angenommen und von 145 Vertragsstaaten ratifiziert (Stand Juli 2008). Hierin verpflichten sich die Vertragsstaaten, alle geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Ahndung von Folter zu ergreifen sowie Personen, denen die Freiheit entzogen ist, vor Angriffen auf ihre körperliche und seelische Integrität zu schützen. (abrufbar unter [www.admin.ch/ch/d/sr/c0\\_105.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/c0_105.html))

**UN-Kinderrechtskonvention:** Seit 1989 sind die Kinderrechte in dem „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, von 193 Staaten ratifiziert, festgeschrieben, aber leider noch lange nicht in allen Teilen überall verwirklicht. Demnach handelt es sich bei den 10 Grundrechten der Kinder um: (1) Das Recht auf Gleichbehandlung, (2) das Recht auf ausreichende und gesunde Ernährung, (3) das Recht auf angemessene Pflege und Behandlung, (4) das Recht auf eine Familie, Fürsorge und ein sicheres Zuhause, (5) das Recht auf Schutz vor Gewalt und Ausnutzung, (6) das Recht auf einen Namen und eine Staatszugehörigkeit, (7) das Recht auf Bildung und Ausbildung, (8) das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung, (9) das Recht sich zu informieren, seine Meinung zu äußern und angehört zu werden und (10) das Recht auf speziellen Schutz für Flüchtlingskinder oder Behinderte. > UNO

(abrufbar unter [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/UNkonvKinder1.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/UNkonvKinder1.pdf))

**UNO/United Nations Organization – Organisation der Vereinten Nationen:** Oft auch für > Vereinte Nationen. Die UNO ist die universale Staatengemeinschaft der Welt, sie ist ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten und als globale Internationale Organisation ein anerkanntes Völkerrechtssubjekt. Innerhalb der UNO ist die wichtigste entwicklungspolitisch ausgerichtete Organisation das > Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Die einzelnen Vorhaben werden meist anderen UN-Organisationen übertragen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (> FAO), die > Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (> WHO), das Weltkinderhilfswerk (> UNICEF), der Bevölkerungsfonds (> UNFPA), die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (> UNESCO), die Organisation für industrielle Entwicklung (> UNIDO), die Organisation für Umweltschutz (> UNEP), die Organisation für Flüchtlinge (UNHCR). Die > Weltbank und der > Internationale Währungsfonds sind Spezialorganisationen der UNO. > UNO-Stadt Bonn [www.un.org](http://www.un.org)

**UNODC/United Nations Office on Drugs and Crime - Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensbekämpfung der VN:** UNODC besteht seit 2003 und dient als Dach für mehrere ehemals getrennte VN-Programme. Die Schwerpunktbereiche der UNODC sind: (1) die Analyse- und Forschungsarbeit zu Drogen- und Verbrechenfragen sowie zu Grundlagen der Polizeiarbeit, (2) die Begleitung der Ratifikations- und Umsetzungsprozesse der einschlägigen internationalen Abkommen und (3) die technische Zusammenarbeit mit Staaten im Kampf gegen Drogen, Verbrechen und Terrorismus. > UNO [www.unodc.org](http://www.unodc.org)

**UNOPS/United Nations Office for Project Services - Büro für Projektdienste der VN:** UNOPS wurde 1995 aus dem > UNDP ausgegliedert. Das UNOPS stellt im Rahmen des VN-Gefüges eine selbständige, unabhängige Dienstleistungsorganisation der EZ dar und verbindet VN-Grundsätze mit privatwirtschaftlicher Effizienz. UNOPS wird seitens der VN-Institutionen und anderen Gebern mit der kosteneffizienten Umsetzung von Entwicklungsprogrammen beauftragt. Durch die Übernahme anderer VN-Teileinrichtungen kommt UNOPS seit 2008 auch eine zentrale Rolle im Beschaffungswesen des UN-Systems zu. Das Büro finanziert sich über seine Einnahmen vollständig selbst. Der Sitz UNOPS befindet sich in Kopenhagen. [www.unops.org](http://www.unops.org)

**UNO-Reform** (unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten): In der UN-Entwicklungszusammenarbeit sind die geringe Wirksamkeit, die mangelnde Kohärenz und die häufig nur unzureichend voneinander getrennten Zuständigkeiten zu beklagen. Verantwortung für diesen Zustand tragen sowohl die westlichen > Geber als auch die > Entwicklungsländer. Die entwicklungspolitischen UN-Organisationen haben allerdings auch klare Stärken: Sie gelten als unparteilich und haben insbesondere in politisch sensiblen Bereichen, wie dem Wiederaufbau nach Gewaltkonflikten sowie in den Bereichen > Demokratieförderung, > Good Governance, > Menschenrechte und der Förderung von > Geschlechtergerechtigkeit ein gutes Ansehen.

Der frühere Generalsekretär Kofi Annan hatte zur Harmonisierung der UN-Entwicklungszusammenarbeit eine Gruppe von Sachverständigen (High-level Panel on system-wide coherence) eingesetzt, die Ende 2006 Verbesserungsvorschläge vorlegte, um u. a. die > Wirksamkeit und Effizienz der UN-Hilfe zu verbessern. Die von dem Panel vorgeschlagene Zusammenführung von Aufsichtsräten wichtiger Fonds und Programme scheinen politisch gegen den Willen der > G77 und Chinas allerdings nicht durchsetzbar.

Zur Harmonisierung der UN-Entwicklungszusammenarbeit sind UN-Fonds und Programme sowie in reduzierter Form auch autonom agierende Sonderorganisationen inzwischen in der „UN Development Group“ (> UNDG) zusammengefasst, um auf Länderebene einheitlich aufzutreten („One UN“). In acht Pilotländern (Vietnam, Pakistan, Mosambik, Tansania, Kapverden, Uruguay, Albanien und Ruanda) wird das Konzept „One UN“ derzeit umgesetzt.

Neben den Kohärenzbemühungen auf der operativen Ebene geht es auch um eine politische Aufwertung des zwischenstaatlichen UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC). Dies soll durch ein jährliches Ministertreffen zum Monitoring der Erreichung der > Millenniums-Entwicklungsziele sowie ein alle zwei Jahre stattfindendes Development Cooperation Forum erreicht werden. Mit dem Forum, das erstmals im Juli 2007 in Genf stattfand, soll ein produktiver Dialog der traditionellen Geber mit den großen > Schwellenländern eingeleitet werden, die sich nicht den Standards des OECD-Entwicklungsausschusses anschließen möchten.  
[www.undg.org](http://www.undg.org)

**UNO-Stadt Bonn - UNO in Deutschland:** Die Flagge der Vereinten Nationen weht schon seit mehr als 50 Jahren in Bonn. Seit 1996 steigt die Zahl der Organisationen der > Vereinten Nationen und ihrer Mitarbeiter rasch an, so dass Bonn „UNO-Stadt am Rhein“ wurde. Mehr als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten für folgende 19 Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen:

Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung ([www.unccd.int](http://www.unccd.int)), Klimasekretariat der Vereinten Nationen ([www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)), Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen ([www.unvolunteers.org](http://www.unvolunteers.org)), Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen ([www.unric.org](http://www.unric.org)), Sekretariat des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten ([www.cms.int](http://www.cms.int)), Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee ([www.ascobans.org](http://www.ascobans.org)), Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel ([www.unep-aewa.org](http://www.unep-aewa.org)), Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen ([www.eurobats.org](http://www.eurobats.org)), Sekretariat für die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge der VN-Plattform zur Förderung von Frühwarnung ([www.unisdr.org](http://www.unisdr.org)), Die Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität ([www.teebweb.info](http://www.teebweb.info)), Internationales Zentrum für Berufsbildung der UNESCO ([www.unevoc.unesco.org](http://www.unevoc.unesco.org)), Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen ([www.unspider.org](http://www.unspider.org)), Weltgesundheitsorganisation – Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit ([www.euro.who.int/ecehbonn](http://www.euro.who.int/ecehbonn)), Beratungsstelle der Welttourismusorganisation für biologische Vielfalt und Tourismus für vom Tsunami betroffene Länder ([www.unwto.org](http://www.unwto.org)), Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission der UNESCO – Sekretariat der Zwischenstaatlichen Koordinierungsgruppe zum Aufbau des Tsunamiwarnsystems für den Ost-Atlantik, Mittelmeer und benachbarte Meeresgebiete ([www.ioc-](http://www.ioc-)

[tsunami.org/neamtws](http://tsunami.org/neamtws)), Universität der Vereinten Nationen: Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit – UNU-EHS ([www.ehs.unu.edu](http://www.ehs.unu.edu)), Internationales Programm zur sozialen Dimension globaler Umweltveränderungen/UNU-IHDP ([www.ihdp.org](http://www.ihdp.org)), Vereinte Nationen – Vizerektorat in Europa ([www.vie.unu.edu](http://www.vie.unu.edu)), Programm für Kapazitätsentwicklung im Rahmen der Wasserdekade der Vereinten Nationen ([www.unwater.unu.edu](http://www.unwater.unu.edu)).

Die Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn haben als gemeinsames Thema die > nachhaltige Entwicklung identifiziert. Damit wollen sie einen Beitrag zur Gesamtheit der Arbeit der Vereinten Nationen liefern, die für > Frieden, Sicherheit, sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung – im Sinne von > Armutsbekämpfung und für eine ausgewogenere und gerechtere Welt – steht. Die Vereinten Nationen haben erkannt, dass > Entwicklung nur nachhaltig sein kann, wenn alle natürlichen Schätze des Planeten – Wasser, Boden, biologische Vielfalt, Energieressourcen, Atmosphäre und Klimasystem – so genutzt werden, dass zukünftigen Generationen in allen Teilen der Welt die Chance zu leben und zu gedeihen nicht genommen wird.

Die verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn setzen sich in einer weiten Bandbreite von Arbeitsgebieten – Klimawandel, Wüstenbildung, Artenschutz, Kapazitätsaufbau, Selbstbestimmung der Menschen, Teilhabe an Entscheidungen, Gesundheit, menschliche Sicherheit und Katastrophenvorsorge – für eine bessere Zukunft ein.

2006 haben alle UN-Organisationen ihren Sitz in neuen Gebäuden gefunden. Die städtischen Wahrzeichen des früheren Bundesregierungsviertels, bekannt als Langer Eugen und Altes Hochhaus und Bundestag, wurden zum neuen UNO-Campus und am 11. Juli 2006 im Beisein von UN-Generalsekretär Kofi Annan und Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht. Die gemeinsame Unterbringung aller UN-Organisationen an einem Ort ist nicht nur ein Symbol für internationale Zusammenarbeit, sondern wird auch dabei helfen, das Zusammenspiel der verschiedenen Tätigkeitsfelder der Vereinten Nationen in Bonn zu fördern.

An den folgenden drei Standorten in Deutschland finden sich noch weitere UN-Organisationen, und zwar in Berlin: Regionalvertretung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen ([www.unhcr.de](http://www.unhcr.de)), Vertretung der Internationalen Arbeitsorganisation ([www.ilo.org/berlin](http://www.ilo.org/berlin)), Weltbank ([www.worldbank.org/germany](http://www.worldbank.org/germany)), Verbindungsbüro des Welternährungsprogramms ([www.wfp.org/german](http://www.wfp.org/german)); Frankfurt: Internationale Finanzkorporation der Weltbank ([www.ifc.org](http://www.ifc.org)); Hamburg: Internationaler Seegerichtshof ([www.itlos.org](http://www.itlos.org)), UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen ([www.unesco.org/education/uie](http://www.unesco.org/education/uie)). > Vereinte Nationen > Zentrum für Internationale Zusammenarbeit Bonn

[www.bonn.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_internationales/uno-stadt](http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/uno-stadt) ; [www.unric.org](http://www.unric.org) bzw. [www.uno.de](http://www.uno.de)

**UNRIC/United Nations Regional Information Centre - Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen:** UNRIC in Brüssel und sein deutsches Verbindungsbüro in der > UNO-Stadt Bonn dienen als Kontaktstelle der VN. UNRIC wurde im Jahr 2004 gegründet und ist Teil der UNO-Hauptabteilung für Presse und Information in New York. UNRIC ist die Stimme der VN Westeuropa und versorgt 22 Länder der Region mit Informations- und Dokumentationsmaterial. UNRIC lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf wichtige VN-Tätigkeiten, u. a. in den Bereichen Friedenssicherung, Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, humanitäre Hilfseinsätze, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Ebenso ist es Aufgabe von UNRIC, die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen zu fördern. > Vereinte Nationen [www.unric.org](http://www.unric.org)

**Unterentwicklung:** Ein - sehr umstrittener - Begriff, der auf enorme Entwicklungsdefizite verweist. Vertreter der > Dependenztheorie warfen den Industrieländern („Metropolen“) vor, für eine „Entwicklung der Unterentwicklung“ in den Entwicklungsländern verantwortlich zu sein. > Entwicklung > Theorien

**UNV/United Nations Volunteers - Freiwilligenprogramm der VN:** UNV wurde 1970 gegründet und ist dem > Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstellt.

1996 hat es seinen Sitz von Genf in die > UNO-Stadt Bonn verlegt. UNV vermittelt berufserfahrene Expertinnen und Experten aus Entwicklungs- und Industrieländern als Freiwillige für mehrmonatige bis mehrjährige Einsätze in Programme der > Entwicklungszusammenarbeit. Partner der Zusammenarbeit sind dabei vorwiegend VN-, aber auch andere internationale Organisationen sowie Regierungen. Neben Tätigkeiten im Rahmen der > Technischen Zusammenarbeit sind die Freiwilligen zunehmend auch in den Bereichen der > Humanitären Hilfe, der Friedensarbeit (Krisenprävention, Konfliktbewältigung) sowie bei Menschenrechts- und Wahlmissionen im Einsatz. Mit circa 7.800 Vermittlungen pro Jahr ist UNV die größte Entsendeorganisation weltweit; die Freiwilligen rekrutierten sich aus 162 Nationen und waren in 139 Ländern aktiv (Stand 2007). > Vereinte Nationen [www.unvolunteers.org](http://www.unvolunteers.org)

**Urbanisierung:** Meint den Anstieg des Anteils der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Nach dem Bericht des UN-Weltbevölkerungsfonds (> UNFPA) von 2007 handelt es sich bei der Urbanisierung um einen unausweichlichen Trend; Im 20. Jh. sei die globale städtische Bevölkerung von 222 Mio. auf 2,8 Mrd. Menschen gestiegen, im Jahre 2030 werde die Zahl auf etwa 5 Mrd. anschwellen. Es gelte, die Urbanisierung als Chance und das Potential wachsender Städte zu nutzen.

**Ursprungsland:** Herkunftsland einer Ware, d. h. jenes Landes, in dem die Ware erstellt und/oder veredelt bzw. weiterverarbeitet worden ist; zumeist ist ein Mindestanteil der im Lande erfolgten Wertschöpfung festgelegt („local content“). Muss oft durch Ursprungszeugnis, das von Zollämtern oder Handelskammern ausgestellt wird, nachgewiesen werden, wenn z. B. bestimmte Erzeugnisse einzelner Staaten zoll- oder devisa-rechtliche Vergünstigungen erfahren.

#### **Uruguay-Runde** > GATT

**Utstein-Gruppe:** 1999 schlossen sich die Entwicklungsministerinnen von Deutschland, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden zur Utstein-Gruppe (U4) zusammen, benannt nach dem Ort seiner konstituierenden Sitzung, dem norwegischen Utstein-Kloster, Im Jahr 2002 wurde Schweden, 2003 Kanada aufgenommen. Die Utstein-Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, durch informelle, praxisorientierte Zusammenarbeit beispielhaft aufzuzeigen, wie koordiniert und kohärent auf die gemeinsamen – international anerkannten – entwicklungspolitischen Ziele, insbesondere die Verwirklichung der > Millennium-Entwicklungsziele, hingearbeitet werden kann. Die Minister- und Ministerinnen verstehen sich als „Impulsgruppe“, die der Gebergemeinschaft Denk- und Handlungsanstöße zu wichtigen Themen vermitteln. Die Utstein-Gruppe betreibt auch das U4-„Anti-Corruption Resource Centre“, eine > Internet-gestützte Dialog- und Wissensplattform.

[www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/korruption/internatinitiativen/index.html#t3](http://www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/korruption/internatinitiativen/index.html#t3)

#### **VE** > Verpflichtungsermächtigungen

**VENRO - Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen:** VENRO ist ein freiwilliger Zusammenschluss von zz. rd. 100 > Nichtregierungsorganisationen (NRO), die bundesweit tätig sind; lokale Initiativen werden im Verband durch die NRO-Landesnetzwerke repräsentiert, die ebenfalls VENRO-Mitglieder sind und etwa 2000 große, mittlere und kleine NRO vertreten. Der Verband wurde von nahezu sechzig Organisationen der Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Humanitären Hilfe und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Dezember 1995 in Bonn gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern des Dachverbandes gehörte eine breite Spanne von NRO: von den kirchlichen Hilfswerken, wie dem Diakonischen Werk oder Misereor, über CARE, die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes bis hin zur Andheri-Hilfe oder Lobby-Organisationen wie Germanwatch, zur Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und zur Society for International Development (SID).

Bei Autonomie seiner Mitgliedsorganisationen will VENRO ermöglichen, dass die NRO ihren Beitrag für mehr > Gerechtigkeit in der > Einen Welt verstärken und mit noch größerem Nachdruck für die Bekämpfung der > Armut, die Verwirklichung der > Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen eintreten. VENRO verfolgt das Ziel einer zukunftsfähigen Entwicklungspolitik im Sinne der > Agenda 21, die den Ausgleich zwischen den Reichen und den Armen der Welt, zwischen den > Geschlechtern und den Generationen anstrebt. Auf dieser Wertebasis setzt sich VENRO für eine > globale Strukturpolitik ein, die die Förderung von Projekten und Programmen in den Entwicklungsländern ergänzt.

Um diese Ziele zu erreichen sieht der Verband seine Hauptaufgaben darin: (1) den Stellenwert der > Entwicklungspolitik zu erhöhen; (2) auf eine alle Politikbereiche einbeziehende, in sich stimmige Entwicklungspolitik hinzuwirken und diese gesamtgesellschaftlich besser zu verankern; (3) den Dialog zwischen den privaten und staatlichen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern und (4) den gesellschaftlichen und politischen Beitrag der entwicklungspolitischen NRO zu sichern und zu stärken. [www.venro.org](http://www.venro.org)

**Vereinte Nationen/VN - United Nations/UN:** Oft auch > UNO („United Nations Organisation“). Die 1945 als Nachfolgerin des Völkerbundes ins Leben gerufene internationale Organisation setzt sich laut Charta folgende Ziele: Wahrung des internationalen Friedens und Sicherheit; Einhaltung des Völkerrechts und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen; Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Lösung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme; Förderung und Festigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die VN sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten der Erde und als globale Internationale Organisation uneingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt. Die VN prägen Impulsgeber die Themen der internationalen Agenda. Sie sind das Forum für Diskussionen über und Einigungen auf Ziele und Regelwerke, um Entwicklungs- und Globalisierungsprozesse zu gestalten. Aus entwicklungspolitischer Sicht sind neben den beiden zentralen Organen der VN, der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), eine Reihe VN-Fonds und Programme (etwa UNICEF, UNDP, UNIFEM, UNFPA, UNAIDS, WFP) sowie zahlreiche Sonderorganisationen (etwa ILO, FAO, WHO, IFAD und auch die Weltbankgruppe) von Bedeutung. Seit Gründung der VN haben die Mitgliedstaaten zahlreiche neue Organisationen ins Leben gerufen, die sich mit Entwicklungsthemen befassen. Die zunehmende Fragmentierung des Systems stellt hohe Anforderungen an die einzelnen Organisationen in Bezug auf Koordinierung und Kohärenz der VN-Aktivitäten, sowohl in den Zentralen als auch in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus stellt die unsichere Finanzierung ein großes Problem dar: Die VN-Aktivitäten müssen aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert werden. Fast alle VN-Organisationen haben Reformen eingeleitet, die mit einigem Erfolg angelaufen sind, aber weiter forciert werden müssen. Diese Reformen zielen sowohl auf interne Strukturen und Abläufe als auch auf die Verbesserung der Zusammenarbeit untereinander. Der Großteil der mit Entwicklung befassten Organisationen hat sich im Rahmen der > UNO-Reform auf Initiative des VN-Generalsekretärs zur „Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen“ (UNDG) zusammengeschlossen, um eine größere Kohärenz ihrer Entwicklungspolitik und eine bessere Zusammenarbeit miteinander sicherzustellen.

Auch um dem Demokratiedefizit auf globaler Ebene zu begegnen und den Völkern, den Bürgerinnen und Bürgern in den VN besser Gehör zu verschaffen, wird eine parlamentarische Dimension bei den Vereinten Nationen gefordert. Seit einigen Jahren wird für eine > „Parlamentarische Versammlung bei den VN“ (UN Parliamentary Assembly/UNPA) als dem ersten praktischen Schritt auf dem Weg zu einer globalen parlamentarischen Vertretung geworben. > UNRIC > UNO in Deutschland [www.un.org](http://www.un.org) ; [www.un.org/Depts/german](http://www.un.org/Depts/german) ; <http://de.unpacampaign.org>

**Verkettungseffekte/Linkage-Effekte:** Die Auswirkungen eines Investitionsvorhabens auf vor- und nachgelagerte Produktionsstufen. Beispiel: Die Errichtung einer Spinnerei kann zur

Gründung von Unternehmen der Weiterverarbeitung, z. B. einer Weberei, führen (forward linkage); sie kann aber auch den Baumwollanbau stimulieren (backward linkage).

**Verhaltenskodex:** In der Regel eine freiwillige, nichtverbindliche Vereinbarung auf einem bestimmten Gebiet. So ist beispielsweise die freiwillige Bindung transnationaler (multinationaler) Unternehmen an bestimmte Mindeststandards das Ziel von Verhaltenskodizes; einen derartigen Kodex hat die OECD formuliert. Im September 2003 verabschiedete die UN-Unterkommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte einen Kodex für transnationale Konzerne. > Global Compact > Multinationale Unternehmen > Privatwirtschaft

**Verpflichtungsermächtigung/VE:** Ein haushaltstechnisches Instrument, mit dem eine Finanzierungszusage für zukünftige Haushaltsjahre gegeben wird. > Haushalt

**Verschuldung:** Die inländische Ersparnis reicht in einer Reihe von Ländern nicht aus, um den Investitionsbedarf zu finanzieren. Daher benötigen Entwicklungsländer Zugang zu internationalen Kreditmärkten. Sowohl Kredite der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (> ODA) als auch Handels- und andere private > Kredite können helfen, den Investitionsbedarf zu decken. Auslandsverschuldung ist daher nicht grundsätzlich negativ. Eine extrem hohe Verschuldung kann jedoch den Spielraum armer Länder für die Steigerung arbeitsreduzierender Ausgaben und Investitionen einengen und damit den Erfolg von Entwicklungsbemühungen gefährden. Die Auslandsverschuldung gegenüber öffentlichen und privaten Gläubigern stellt für viele Entwicklungsländer ein schwerwiegendes Problem dar, weil der entsprechende Schuldendienst (anders als bei „innerer“ Verschuldung) in harter Währung zu leisten ist. Um die Zahlungsfähigkeit und die internationale Kreditwürdigkeit nicht zu gefährden, geben Entwicklungsländer vielfach der Erwirtschaftung der für den Schuldendienst notwendigen Devisen absoluten Vorrang vor z. B. sozialen und umweltpolitischen Überlegungen (letzteres z. B., wenn zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts notwendige Wälder abgeholzt werden, um Tropenholz zu exportieren). Als die wichtigsten Ursachen für die Verschuldung gelten die Ölpreissteigerung für die Öl importierenden Entwicklungsländer, der Preisverfall für wichtige Rohstoffe der Dritten Welt, Handelshemmnisse der Industrieländer gegenüber Fertigwarenexporten, zeitweilig extreme Zinsanstiege und die unwirtschaftliche Verwendung von Kreditmitteln zum Beispiel für Prestigeobjekte oder Waffenkäufe. > Schuldendienst > Schuldenerleichterung > Schuldenumwandlungen

**Vierte Welt:** Bisweilen benutzte Bezeichnung für die besonders armen Länder der > Dritten Welt, vor allem die äußerst rohstoffarmen, kapital- und exportschwachen Länder; entspricht am ehesten den > LDCs.

**Volkseinkommen:** Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern, das sind die im Inland lebenden Personen, letztlich zugeflossen sind; entspricht dem Nettosozialprodukt zu Faktorkosten. > Bruttosozialprodukt

**Wachstum** > Wirtschaftswachstum

**Wald:** Überall auf der Welt sind die Wälder bedroht, insbesondere in den Tropen. Kurzfristige Profite locken Holzunternehmer, Rinderzüchter und Sojaproduzenten, den Wald zu roden, aber oft treibt auch Armut die Bauern dazu. Die Vernichtung von Waldgebieten einschl. der Brandrodungen macht rund 20 Prozent des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus. > Emissionen durch die Degradierung von Wäldern sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Verkleinert sich die Waldfläche weiter so massiv wie in den vergangenen Jahren, geht auch die Verdunstung zurück, und es entstehen weniger Wolken. Die Folgen können sich sogar auf das Weltklima auswirken. Lokale Umweltfolgen sind Erosion und das Sterben vieler Tier- und Pflanzenarten. Die auf der Klimakonferenz in Bali verabschiedete Wald-Klima-Partnerschaft (FCPF)

soll pilothaft Ansätze testen, wie Entwicklungsländer dafür entschädigt werden können, wenn sie ihre Wälder langfristig schützen, statt sie für andere Nutzungsarten (z. B. Palmölplantagen) abzuholzen. Die G8-Staats- und Regierungschefs haben 2007 in > Heiligendamm die Weltbank darin bestärkt, eine Wald-Kohle-Partnerschaft („Forest Carbon Partnership“) zu gründen, die untersucht, wie Emissionen aus Entwaldung in Entwicklungsländern durch finanzielle Anreize vermieden werden können. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt sich neben der Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung auch für Schaffung und Erhalt von Naturschutzgebieten ein, z. B. im Rahmen des Internationalen Pilotprogramms zum Schutz des brasilianischen Tropenwaldes. Es ist das weltweit größte derartige Programm innerhalb eines Landes: Bisher wurden zwölf Prozent des Amazonasgebiets unter Schutz gestellt. > Tropische Regenwälder

**Warenhilfe:** Bestandteil der finanziellen Zusammenarbeit. Unter Warenhilfe versteht man die Finanzierung der Einfuhr von Waren zur Deckung des notwendigen zivilen Bedarfs und damit zusammenhängender Leistungen, wie Transportleistungen. In einer Warenliste werden die finanzierungsfähigen Güter festgelegt. Luxus- und Verbrauchsgüter sowie Güter, die der militärischen Ausrüstung dienen, werden nicht im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit und somit auch nicht über die Warenhilfe aus Mitteln der deutschen Entwicklungspolitik finanziert.

**Warlord:** Der Begriff „Warlord“ (eigtl. Kriegsherr) bezieht sich auf eine Person, die über ein begrenztes Territorium militärisch die De-facto-Kontrolle und auch die Macht ausübt. > Nicht-staatliche Gewaltakteure

**Washington-Konsensus:** Die besonders von den > Bretton Woods-Institutionen IWF und Weltbank beförderte Entwicklungsphilosophie, die unter dem Begriff „Washington Consensus“ zusammengefasst wurde und mit folgenden Politikzielen verbunden ist: Staatliche Finanzdisziplin zur Vermeidung von Budgetdefiziten; Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben zugunsten von Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur; Steuerreformen; finanzielle Liberalisierung; freie Wechselkurse; Handelsliberalisierung; Förderung von ausländischen Direktinvestitionen; Privatisierung; Deregulierung und Abbau staatlicher Einflussnahme; Sicherung der > Eigentumsrechte. Dieses sehr differenzierte und breite Verständnis von „Consensus“ wurde allerdings schnell verwässert wie verallgemeinert und zum Synonym für > Neoliberalismus mit der Botschaft: „Liberalize as much as you can, privatize as fast as you can, and be tough in monetary and fiscal matters.“ Die Umsetzung des Washington-Konsensus durch die Weltbank erfolgte mit den > Strukturanpassungsprogrammen. Die mit diesen Programmen erwarteten und erhofften Erfolge stellten sich oft nicht ein. Die Weltbank zeigte sich reformwillig: Der „Post-Washington Consensus“ enthält Elemente, die relativ neu auf der Weltbankagenda sind: Abschied von der Vorstellung, Staatsfunktionen hätten sich auf die Herstellung marktgünstiger Rahmenbedingungen zu beschränken, sowie Betonung politischer und gesellschaftlicher Dimensionen von Armut, von nationaler > Ownership und von Verteilungsfragen. > Empowerment > Theorien

**WCD/World Commission on Dams - Weltstaudammkommission:** Auf Initiative der Erklärung von Bern und einigen internationalen Nichtregierungsorganisationen, wurde 1997 die unabhängige internationale Weltstaudammkommission zur Taufe gehoben. Der im November 2000 erschienene WCD-Bericht „Ein neuer Rahmen zur Entscheidungsfindung“ kritisiert die oftmals unakzeptablen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen großer Staudämme. Die WCD entwickelte einen konstruktiven und innovativen Weg zur Entscheidungsfindung auf Basis der fünf folgenden Grundwerte: (1) Effizienz, (2) Gerechtigkeit, (3) Nachhaltigkeit, (4) partizipative Entscheidungsfindung und (5) Rechenschaftspflicht. [www.dams.org](http://www.dams.org)

## WDR/World Development Report > Weltbank

**Wechselkurspolitik:** Im Gegensatz zu völlig flexiblen Wechselkursen, bei denen sich die Höhe des Wechselkurses durch Angebot und Nachfrage nach Devisen bildet, stellt die Wechselkurspolitik den Versuch dar, auf die Höhe des Wechselkurses Einfluss zu nehmen. Dies kann - einmal - dadurch erfolgen, dass der Wechselkurs auf einer bestimmten Höhe gehalten wird; die Notenbank interveniert, indem sie Devisen nachfragt (anbietet), wenn der Wechselkurs über die gewünschte Schwankungsmarge bzw. über Konvention festgelegte Bandbreite hinaus zu sinken (steigen) droht. Dies kann - zum anderen - dadurch geschehen, dass der Wechselkurs gezielt verändert wird.

**Wechselkursrisiko:** Gefahr bei Devisengeschäften (insbesondere Termingeschäften, aber auch beim Verkauf von Waren gegen ausländische Währung), dass sich der Wechselkurs unerwartet ändert.

**Wechselkursspaltung:** Form der Wechselkurspolitik, die insofern eine Synthese zwischen fixen und flexiblen Wechselkursen herbeizuführen sucht, als sie für den Leistungsverkehr (Waren, Dienstleistungen) am fixen Wechselkurs festhält, während der Wechselkurs für den Kapitalverkehr flexibel ist. Sinn der Wechselkursspaltung ist, die Vorteile des fixen Wechselkurses für den Leistungsverkehr zu nutzen und gleichzeitig über flexible Wechselkurse destabilisierende Kapitalbewegungen abzuwehren. Schwierigkeiten bei diesem System ergeben sich aus dem Problem, die „autonomen“ und die durch Leistungsverkehr „induzierten“ Kapitalbewegungen exakt voneinander trennen und diese Trennung auch kontrollieren zu können.

**Weltbank(gruppe):** Die Weltbankgruppe umfasst fünf wesentliche Finanzierungsinstitutionen: Die eigentliche Weltbank (> Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - International Bank for Reconstruction and Development/IBRD), die > Internationale Entwicklungsorganisation - International Development Association/IDA, die > Internationale Finanz-Corporation - International Finance Corporation/IFC, die > Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur - Multilateral Investment Guarantee Agency/MIGA und das > Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten – International Center for the Settlement of Investment Disputes/ICSID).

Die gemeinsame Kernaufgabe dieser fünf Organisationen ist es, zur Umsetzung der internationalen Entwicklungsziele beizutragen. Im Rahmen des > „Comprehensive Development Framework“ verfolgt die Weltbank einen ganzheitlichen Ansatz, der die verschiedenen Dimensionen von Entwicklung zusammenführen will. Die Weltbankgruppe fördert in den weniger entwickelten Mitgliedsländern vor allem nachhaltiges Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung. Dies geschieht vornehmlich durch die Vergabe von langfristigen Darlehen zu marktnahen Konditionen (IBRD) beziehungsweise zinslosen, langfristigen Krediten oder Zuschüssen für Investitionsprojekte, Reformprogramme und technische Hilfe (IDA). Zunehmend erfolgt dies auch durch die Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung durch die Förderung von Privatinvestitionen (IFC) und durch die Übernahme von Garantien gegen politische Risiken (MIGA).

IBRD und IDA vergeben im Wesentlichen zwei Arten von Krediten an Regierungen von Entwicklungsländern: Investitionskredite zur Finanzierung bestimmter Projekte („Investment Lending“), z. B. im Infrastrukturbereich, sowie Finanzierungen von Reformprogrammen im Rahmen von direkter Budgethilfe („Development Policy Lending“). Bei der heutigen > Budgethilfe handelt es sich um allgemeine Finanzhilfen für die Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformen. Dabei vereinbart die Bank mit der Partnerregierung Auszahlungsbedingungen, die jeweils ihrem eigenen Reformprogramm entnommen sind. Gemeinsam mit anderen Budgethilfegebern überprüft die Bank regelmäßig, wie die Partnerregierung

ihren Haushalt vollzogen hat, und zieht daraus Schlussfolgerungen für die künftige Zusammenarbeit. Ergänzend zu den Finanzierungen leisten IBRD und IDA auch technische Hilfe.. Eigentümer der fünf Organisationen der Weltbankgruppe sind die Mitgliedstaaten. Diese können als Anteilseigner ihren Einfluss gemäß ihren Anteilen am Grundkapital der jeweiligen Organisation und über die daraus resultierenden Stimmrechtsvolumina geltend machen; allein die USA und die EU-Länder verfügen über mehr als 50 Prozent der Stimmrechte. In der Praxis bestimmen die Mitgliedstaaten die Arbeit der Weltbankgruppe über den Gouverneursrat und das Exekutivdirektorium, dem das „Tagesgeschäft“ obliegt. Diese Gremien treffen alle wichtigen politischen Entscheidungen der Weltbankgruppe.

In jedem Jahr veröffentlicht die Weltbank den Weltentwicklungsbericht (World Development Report/WDR), der jeweils einem übergreifenden und für die aktuelle Entwicklungsdiskussion bedeutsamen Schwerpunktthema gewidmet ist. Zudem finden sich jeweils im Anhang Statistiken zu mehr als 130 Ländern mit mehr als zwei Millionen Einwohnern und deren sozio-ökonomische Entwicklung sowie statistische Angaben zu ausgewählten Indikatoren des jeweiligen Schwerpunktthemas. Der WDR fasst in seinen detaillierten Analysen nicht nur den Diskussionsstand zusammen, sondern gibt vor allem auch entscheidende, oft umstrittene Anstöße und beeinflusst die internationale Entwicklungsdebatte. > Entwicklungsbanken > IWF > Kredite > Washington-Konsensus [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org) , <http://data.worldbank.org> (Datenbank)

**Weltbilder:** Weltbilder spiegeln die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Verhältnisse auf dem Globus Erde wider, wie sie in der Wahrnehmung von Individuen sowie in wissenschaftlichen und politischen Ansätzen auftauchen. Sie rücken je nach Ausprägung verschiedene Macht-, Herrschafts- und Konfliktverhältnisse in den Vordergrund (partielle bzw. differenzierende Weltbilder). Weltbilder können aber auch auf die zunehmende Interdependenz innerhalb der „Weltgesellschaft“ verweisen und eine globale Verantwortung für die Zukunft der Menschheit betonen (synthetische Weltbilder). > Eine Welt

**Weltentwicklungsbericht:** von der Weltbank seit 1978 jährlich veröffentlicht. Wichtige Quelle für statistische Angaben zur Entwicklung der Weltwirtschaft und einzelner Länder. > Weltbank

**Welthandelsorganisation - World Trade Organization/WTO:** Im Grundtext des letzten GATT-Abkommens von 1993 wurde die Schaffung der WTO vorgesehen. Als sie 1994 auf einer Ministerkonferenz in Marrakesch/Marokko gegründet worden war und am 1.1.1995 in Genf ihre Arbeit aufnahm, war eine neue internationale Organisation geboren, die das Provisorium GATT ablöste. Neben dem > Internationalen Währungsfonds und der > Weltbankgruppe ist die WTO eine der zentralen Organisationen der Weltwirtschaftsordnung und der Gestaltung der > Globalisierung, von > „Global Governance“. Sie ist als einzige internationale Organisation dafür zuständig, Regeln für den internationalen Handel zu formulieren. Während sich die GATT-Regeln vor allem auf den Güterhandel konzentrierten, umfassen die WTO-Verträge unter anderem Regeln für den Güterhandel, den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services/GATS - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und den Schutz geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights/TRIPS - Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums). Vorrangiges Ziel der WTO ist der Abbau aller Hemmnisse, die den weltweiten Handel behindern. Dazu gehört unter anderem der Abbau von Diskriminierungen zwischen importierten und heimischen Gütern und zwischen Importen aus verschiedenen Ländern; zum WTO-Kanon zählt auch die > Meistbegünstigungsklausel. Die WTO mit ihrer integrierten multilateralen Streitschlichtung für alle Streitfälle soll das notwendige Vertrauen in die Beständigkeit und so insbesondere den Schutz der Entwicklungsländer als schwächeren Handelspartnern verbessern.

Oberstes Entscheidungsorgan der über 150 Mitglieder ist die Ministerkonferenz; Entscheidungen über neue Handelsabkommen können nur im Konsens gefällt werden, wobei jedes

Land ein Vetorecht hat. Die Interessen Deutschlands vertritt die EU. 2001 wurde in Doha (Katar) eine Reformrunde des Welthandels zum Wohle der Entwicklungsländer gestartet. > Agrarsubventionen > Doha > GATT > Globalisierung > Handel [www.wto.org](http://www.wto.org)

### **Weltklimarat > IPCC**

**Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen:** Die > Vereinten Nationen, einzelne Staaten, internationale Gremien und zahlreiche > Nichtregierungsorganisationen haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, um Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen, effektive Präventionsarbeit zu ermöglichen und die Verbrechen international zu verfolgen – auch durch Maßnahmen der > Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Dazu trugen insbesondere die Weltkongresse in Stockholm 1996, Yokohama 2001 und Rio de Janeiro 2008 bei.

### **Weltordnungspolitik > Global Governance**

**Weltsozialgipfel:** Auf dem Weltgipfel für Soziale Entwicklung in Kopenhagen 1995 verpflichteten sich die 117 teilnehmenden Regierungen, wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und rechtliche Bedingungen für soziale Entwicklung zu schaffen. Innerhalb des Gipfels wurden mehrere Verpflichtungen herausgearbeitet. Das Ziel der Vollbeschäftigung soll als grundlegende Priorität der Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt werden. Eine zentrale Aussage ist, dass die Soziale Entwicklung den gleichen Rang wie die Wirtschaftsentwicklung hat. Soziale > Gerechtigkeit und die Achtung der > Menschenrechte sind Voraussetzungen für > Frieden und Sicherheit innerhalb und zwischen Staaten. Die Hauptthemen des Sozialgipfels waren die Beseitigung der > Armut, die Förderung der Vollbeschäftigung und die soziale Integration. Das Schlussdokument betont die dringende Notwendigkeit, die Ungerechtigkeiten des freien Marktes zu korrigieren. Der Sozialgipfel verstand sich nach Rio als weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Konkretisierung und Operationalisierung eines neuen Entwicklungsmodells, das einer menschenzentrierten, nachhaltigen Entwicklung („people-centered sustainable development“). Seine Hauptelemente sind ökonomische Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und günstige politische Rahmenbedingungen wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Erstmals wurde auf einem UN-Gipfel in den Abschlussdokumenten die Stärkung der > Zivilgesellschaft und ihre umfassende Beteiligung auf allen Ebenen von der Politikgestaltung bis hin zur Entscheidungsfindung und Ausführung festgehalten. Darüber hinaus umfasst die Deklaration weitere Einzelpunkte wie z. B. (1) die 20:20-Initiative, (2) die Schuldenstrategie und (3) den Appell zum Verbot jeglicher Kinder- und Zwangsarbeit sowie (4) die Gewährleistung von Vereinigung und Tariffreiheit. (1) Innerhalb der 20:20-Initiative (> 20:20-Initiative) verpflichten sich die Geberländer sich 20 % ihrer Entwicklungshilfemittel und die Entwicklungsländer 20 % ihrer Staatsbudgets für die sozialen Grunddienste zu investieren. (2) Die Schuldenstrategie sieht die Schuldenerleichterung der ärmsten und hochverschuldeten Entwicklungsländer (> HIPC) vor. > Schuldenerlass sollen ebenfalls bei der Umsetzung armutsorientierter Programme möglich sein. > Armutsbekämpfung > Globalisierung > 20:20-Initiative > Soziale Entwicklung

**Weltwärts:** Der vom > BMZ 2007 ins Leben gerufene und finanzierte entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ richtet sich an junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren, die nach der Schule oder Ausbildung für 6 bis 24 Monate in Projekten in Entwicklungsländern ehrenamtlich unter dem Motto „Lernen durch tatkräftiges Helfen“ mitarbeiten wollen. Sie werden durch die Entsendeorganisationen intensiv auf ihren Einsatz vorbereitet und während der gesamten Zeit ihres Freiwilligendienstes begleitet. [www.weltwaerts.de](http://www.weltwaerts.de)

**Werte:** Leitplanken und regulative Leitideen für politisches Denken und Handeln, die helfen, auf dem Weg zu bleiben – Leuchttürme, die für gutes Navigieren Orientierung bieten. Viele

Werte, die ethischem und praktischem Handeln zugrunde liegen sollen, finden sich in den > Menschenrechten (von der Achtung der Menschenwürde über die > Demokratie bis zum Gebot der > Gerechtigkeit). Gemäß der > Millenniumserklärung von 2000 sollen die internationalen Beziehungen im 21. Jh. von folgenden Grundwerten geprägt sein: > Freiheit, Gleichheit, > Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung. In der Entwicklungsdimension bedeutet die Wertorientierung von Politik die Verwirklichung eines besseren Lebens. > Entwicklung > Johannesburg-Gipfel

**WFP/World Food Programm - Welternährungsprogramm:** Das 1963, von den > Vereinten Nationen und der > FAO) gegründete WFP zielt auf eine Welt ohne Hunger und umfasst u. a. die Versorgung von Bedürftigen in Notlagen mit Nahrungsmitteln. Zu den Maßnahmen des WFP gehören die „Food for Work“-Programme, wobei es sich um arbeitsintensive Selbsthilfeprojekte zum Bau von Straßen, Bewässerungskanälen oder Deichen handelt und wobei die Arbeitskräfte mit Nahrungsmitteln entlohnt werden. Das WFP ist inzwischen die größte humanitäre Nothilfeorganisation in der Welt und neben dem Kinderhilfswerk > UNICEF und dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (> UNHCR) die wichtigste UN-Organisation in diesem Bereich. Die Hälfte der weltweiten Nahrungsmittelhilfe wird durch das WFP geleistet. [www.wfp.org](http://www.wfp.org)

**WHO/World Health Organization - Weltgesundheitsorganisation:** Die WHO (inzwischen 193 Mitgliedstaaten) wurde 1948 als eine VN-Sonderorganisation mit Sitz in Genf gegründet. Das Ziel der WHO ist es, allen Völkern der Erde ein Höchstmaß an Gesundheit zu bringen. Der Schwerpunkt der WHO stellt der Auf- und Ausbau leistungsfähiger Gesundheitsdienste und die Unterstützung der Industrie- und Entwicklungsländer bei der Krankheitsbekämpfung dar. Darüber hinaus wird die medizinische Forschung gefördert. Erfolge erzielte die WHO vor allem bei der weltweiten Bekämpfung von Seuchen (z. B. Ausrottung der Pocken). Ihre 1975 beschlossene Strategie einer grundbedürfnis- und massenorientierten Präventiv- und Einfachmedizin stößt nicht nur auf das Problem der Unter- und Fehlernährung, die für viele Krankheiten ursächlich ist, sondern auch auf die Interessen der multinationalen Pharma-Industrie. Für die deutsche > Entwicklungszusammenarbeit ist die WHO eine zentrale Instanz zur fachlichen Orientierung von Projekten und Programmen im Gesundheitsbereich. > Gesundheit [www.who.org](http://www.who.org)

**Wirksamkeit, Steigerung der:** Die Gebergemeinschaft hat die Bedeutung einer stärkeren Wirkungsorientierung/Effizienzsteigerung in der > Paris-Erklärung über die Wirksamkeit der EZ (März 2005) bekräftigt. Diese Erklärung setzt inhaltlich neue, verbindliche Maßstäbe, die von einer großen Zahl von Gebern und Partnerländern mitgetragen werden. Paris bedeutet für die deutsche > Entwicklungszusammenarbeit die konsequente Verfolgung und Umsetzung des bereits eingeschlagenen Reformweges mit überzeugenden Ergebnissen u. a. in folgenden Bereichen: Fortführung der Schwerpunktkonzentration unter verstärkter Berücksichtigung der komparativen Stärken; Ausbau der Beteiligung an programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen; Beteiligung an gemeinsamen, mit Gebern und Partnerländern abgestimmten Maßnahmen zum > Capacity Development mit dem Ziel einer stärkeren Nutzung von Verfahren und Standards der > Partnerländer; Weiterentwicklung des EZ-Instrumentariums in Richtung auf wirkungsorientierte Programmierung. Das > BMZ hat bereits den aus der Paris-Erklärung resultierenden Handlungsbedarf für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in einem Operationsplan konkretisiert. > Accra-Konferenz > Evaluierung > MAPP > Probleme

**Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** > EPAs/Economic Partnership Agreements

**Wirtschaftssonderzonen:** Ähnlich wie bei den > freien Produktionszonen handelt es sich um besonders begünstigte Standorte der weltmarktorientierten industriellen Produktion – vornehmlich in Entwicklungsländern. Die Begünstigungen – z. B. weitgehender Verzicht auf

Zölle, keine Devisenbeschränkungen, geringe Steuern, günstige Kredite, guter Ausbau der Infrastruktur – sollen ausländische Investoren anlocken, erfordern aber auch eine weitgehende Abschottung der Wirtschaftszone gegen den Rest der Volkswirtschaft. > Globalisierung

**Wirtschaftswachstum:** Wenn Statistiker vom Wirtschaftswachstum sprechen, dann bezeichnen sie damit die Zunahme des > Bruttoinlandsprodukts bzw. des > Bruttonationaleinkommens innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Ein Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, Einkommen sichert und umweltverträglich im Sinne einer > nachhaltigen Entwicklung ist, ist für jede sozio-ökonomische Entwicklung von größter Bedeutung. Während früher > Entwicklung mit Wachstum gleichgesetzt wurde, wird heute von einem ganzheitlichen Entwicklungsbegriff ausgegangen, der verschiedene Dimensionen umfasst: neben der wirtschaftlichen auch die soziale, ökologische, politische und kulturelle Dimension. Unter „inklusive“ Wachstum wird der Einbezug der ärmeren Bevölkerungsschichten und ein Wachstum verstanden, das v. a. ihnen dient.

**WSSD/World Summit on Sustainable Development, Johannesburg – Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung** > Johannesburg-Gipfel

**WTO** > Welthandelsorganisation

**Wüstenbildung** > Desertifikation

**Zahlungsbilanz:** Gegenüberstellung aller wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausland in einer bestimmten Periode; diese erstrecken sich auf Güter, Dienstleistungen und Vermögenstitel. Die Zahlungsbilanz setzt sich dementsprechend zusammen aus der (Waren-) Handelsbilanz, der Dienstleistungsbilanz (u. a. Transportleistungen, Reiseverkehr, Kapitalerträge) und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen bzw. der Übertragungen (private Übertragungen, wie Gastarbeiterüberweisungen bzw. > Rücküberweisungen, und staatliche, wie an die EG und sonstige internationale Organisationen) - alle drei zusammen werden als Leistungsbilanz bezeichnet, der Bilanz des Kapitalverkehrs (langfristige Kapitaltransaktionen, wie Direktinvestitionen, Wertpapierkäufe, Kredite, und kurzfristige Kapitaltransaktionen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr) sowie der Gold- und Devisenbilanz (Veränderung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen der Zentralbank). Eine „aktive“ (passive) Zahlungsbilanz bedeutet, dass in der laufenden Berichtsperiode die Deviseneinnahmen höher (niedriger) als die Devisenausgaben waren bzw. dass die Devisenreserven einer Volkswirtschaft zugenommen (abgenommen) haben.

**Zentralverwaltungswirtschaft** > Planwirtschaft

**Zentrum für Entwicklungsforschung/ZEF:** ZEF ist eine internationale und transdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung. Das 1995 im Rahmen der Bonn-Berlin-Ausgleichsmaßnahmen als In-Institut der Universität Bonn gegründete ZEF hat die Aufgabe, mit seiner wissenschaftlichen Forschung und Beratung sowie der akademischen Ausbildung Beiträge zur Armutsbekämpfung und einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung zu leisten und dabei die Brücke zwischen Entwicklungsforschung und praktischer Anwendung zu verbreitern. Es nahm seine eigentliche Arbeit im Jahre 1997 auf und konzentriert seine Arbeiten in drei miteinander kooperierenden Abteilungen, die zugleich auch die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Denktanks darstellen: (1) Politischer und kultureller Wandel. (2) Wirtschaftlicher und sozialer Wandel. (3) Ökologie und das Management natürlicher Ressourcen. Herzstück des ZEF ist die „Bonn Interdisciplinary Graduate School for Development Research (BiGS-DR), die ein dreijähriges, entwicklungsorientiertes Promotionsstudium bietet. Seinen Sitz hat das ZEF in einem eigenen Gebäude im ehemaligen Regierungsviertel zu-

sammen mit dem zum selben Zeitpunkt gegründeten Zentrum für Europäische Integrationsforschung. > Nord-Süd-Zentrum Bonn > Zentrum für internationale Zusammenarbeit Bonn [www.zef.de](http://www.zef.de)

**Zentrum für Internationale Zusammenarbeit Bonn:** Die Bundesstadt Bonn wird laut Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 zu einem „Standort für Entwicklungspolitik, nationale, supranationale und internationale Einrichtungen“ ausgebaut. Weil es dabei nicht nur um Organisationen und Aufgaben geht, die einen ausschließlichen Bezug auf die Entwicklungsländer haben, sind das Auswärtige Amt, das BMZ sowie das Bundesumweltministerium im Herbst 1996 übereingekommen, vom „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit/ZIZ“ bzw. „Centre for International Cooperation/CIC“ zu sprechen.

Die 1995 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie „Nord-Süd-Zentrum Bonn. Die Bundesstadt Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen“ verdeutlicht, dass nicht ein neues Super-Nord-Süd-Zentrum geschaffen werden soll, sondern dass sich vielmehr die Aufgabe stellt, die Bundesstadt Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum auszubauen. Sie geht von einem Verbund entwicklungspolitischer Institutionen und Organisationen bzw. internationaler und Nord-Süd-Einrichtungen aus und schlägt ein Modell von sechs möglichst weitgehend miteinander vernetzten und Synergieeffekte fördernden Säulen für das „Nord-Süd-Zentrum Bonn“ vor: 1. Die Säule ‚staatliche Entwicklungspolitik‘ (mit dem BMZ als politischem Mittelpunkt; von besonderer Bedeutung ist auch das Bundesumweltministerium). 2. Die Säule ‚nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit‘ mit den drei Bereichen: Nichtregierungsorganisationen (u. a. Deutsche Entwicklungsdienst, die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung und das Deutsche Entwicklungsinstitut), Wissenschaft (mit dem am 4. Mai 1995 ins Leben gerufenen Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn als Nukleus, aber auch außeruniversitären Einrichtungen wie dem Internationalen Konversionszentrum Bonn/BICC) und kommunale Entwicklungszusammenarbeit (vor allem mit dem im Januar 1996 gegründeten Zentrum für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE)). 3. Die Säule ‚europäische, internationale und UN-Einrichtungen‘ (u. a. UNO-Einrichtungen wie das UN-Freiwilligenprogramm oder das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention, die Mitte 1996 ihre Arbeit in der UNO-Stadt Bonn aufgenommen haben). 4. Die ‚Dialogsäule‘ (so wird eine jährliche hochrangige Petersberg-Konferenz zur Entwicklungspolitik vorgeschlagen). 5. Die ‚Kultursäule‘ (das Kulturangebot - von den Museen bis zum Bonner Sommer - soll stärker nord-südorientiert ausgerichtet werden, um den Dialog mit den Kulturen und Religionen zu intensivieren). 6. Die ‚Mediensäule‘ (so ist z. B. eine intensive Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle geboten).

Von einem solchem Zentrum sind nicht nur Signalwirkungen an die Länder des Südens, sondern auch an die Innen-, Außen- und insbesondere die Europa- und UN-Politik des geeinten Deutschlands zu erwarten. Von ihm werden wichtige Impulse ausgehen können, jene Herausforderungen zu meistern, die in vielen Bereichen, wie Umwelt, Ressourcenverbrauch, Bevölkerungsentwicklung, Verminderung der Armut, Migration und Sicherheit, bestehen und die national und regional alleine nicht mehr zu bewältigen sind.

Neben einer Reihe von UN-Organisationen befinden sich ca. 20 staatliche und über 150 nichtstaatliche Organisationen sowie zahlreiche interdisziplinäre Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Bonn. Das BMZ ist – nach dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin – wie die anderen Zukunftsressorts Umwelt sowie Forschung und Technologie mit dem Hauptsitz in Bonn verblieben. UNO-Organisationen sind schon Mitte 1996 nach Bonn umgezogen; das Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung folgte Anfang 1999; weitere kamen hinzu (> UNO-Stadt Bonn). Bedeutende entwicklungspolitische > Durchführungsorganisationen, wie der Deutsche Entwicklungsdienst, sind nach Bonn übersiedelt. Bonn hat sich in den letzten Jahren als wichtiger Konferenzstandort für Umwelt- und Entwicklungsfragen einen Namen gemacht (so durch die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

2004 oder die Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt 2008).

Die städtischen Wahrzeichen des früheren Bonner Regierungsviertels, bekannt als Langer Eugen, Altes Hochhaus und Bundestag, wurden zum neuen UN-Campus, der am 11. Juli 2006 im Beisein von UN-Generalsekretär Kofi Annan und Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht wurde. Die gemeinsame, von der Bundesregierung ermöglichte Unterbringung aller UN-Organisationen an einem Ort ist nicht nur ein Symbol für internationale Zusammenarbeit, sondern wird auch dabei helfen, das Zusammenspiel der verschiedenen Tätigkeitsfelder der Vereinten Nationen in Bonn zu fördern.

Der UN-Campus bietet allen in Bonn ansässigen VN-Organisationen ideale Arbeitsbedingungen, vielfältige Synergien und kurze (Kommunikations-)Wege: Das „World Conference Center“ Bonn liegt mitten im ehemaligen Regierungsviertel. Der frühere Plenarsaal der Bundesregierung und das Wasserwerk sind Kernstücke des jetzigen Kongresszentrums. In unmittelbarer Nachbarschaft des VN-Campus befinden sich Bundesministerien und Regierungsstellen, deutsche Entwicklungsorganisationen, Repräsentanzen der internationalen Presse und Medien, der international tätige Rundfunk- und Fernsehsender „Deutsche Welle“ sowie zahlreiche interdisziplinäre Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Dazu gehören insbesondere der > Deutsche Entwicklungsdienst, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, die > Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, das > Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn sowie Büros der > Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der international tätigen > Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Es gilt, das Potential der über 100 entwicklungs- und umweltpolitische Nichtregierungsorganisationen, der vielen staatlichen Institutionen wie auch der UN-Organisationen besser, wirksamer und kostengünstiger als bisher für die Lösung fortbestehender Probleme sowie neuer internationaler Herausforderungen zu nutzen. [www.bonn.de](http://www.bonn.de) ; [www.bonn.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_internationales/uno-stadt](http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/uno-stadt)

**Zerfallende/zerfallene Staaten** > Failing/failed States

**ZFD** > Ziviler Friedensdienst

**Zielgruppen:** Als Zielgruppen werden diejenigen sozialen Gruppen bezeichnet, in deren Lebensbereich eine intendierte Veränderung eintreten soll. Damit Vorhaben der > Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich und nachhaltig sein können, müssen sie sich nach den Wünschen, Vorstellungen, Interessen, Bedürfnissen und den Fähigkeiten der Zielgruppe richten. Eine grundlegende Differenzierung der Zielgruppen wird anhand der Kriterien Geschlecht, soziale Schichtung, Alter und Ethnie vorgenommen. > Probleme

**Zielgruppenanalyse:** Die Zielgruppenanalyse sieht als methodischer Schritt die Erfassung der Problemschicht der Veränderungsvorstellungen und der Handlungsbeschränkungen der heterogenen Zielgruppe vor. Die Zielgruppenanalyse liefert relevante Informationen für die Gestaltung einer beteiligungsorientierten sowie sozial und geschlechterdifferenzierten Vorgehensweise.

**Zielgruppendifferenzierung:** Eine zielgruppendifferenzierte Herangehensweise impliziert die Abkehr von abstrakten Kategorien wie z. B. „städtische Haushalte“, oder „Frauen“ hin zu der gebührenden Anerkennung der entsprechend heterogenen und vielfältigen Realität. Somit treten nicht nur die Unterschiede zwischen Männern und > Frauen innerhalb des Haushalts, der Arbeitswelt und politischen Institutionen betont in den Vordergrund, sondern vielmehr die Unterschiede zwischen Frauen beziehungsweise zwischen Männern innerhalb einer Gesellschaft in Abhängigkeit von ihrer Schichtzugehörigkeit, ihrem Alter und ihrem ethnischen sowie religiösen Kontext. > Gender wird hierin als soziale Variable, die sich durch alle anderen Einflussfaktoren zieht. > Mainstreaming

**Zielgruppenorientierung:** Zielgruppenorientierung bedeutet, dass die Leistungen eines Projekts sich an den Zielen und Bedürfnissen bestimmter Zielgruppen orientieren und diese in die Lage versetzen, ihre Vorstellungen und Ziele aus eigener Kraft zu verwirklichen.

**Zirkuläre Migration:** Mit der wirtschaftlichen > Globalisierung hat sich auch das Wanderungsverhalten verändert. Die traditionellen Formen der definitiven Ein- und Auswanderung sind durch neue Wanderungsformen ergänzt worden, etwa durch Pendelwanderungen oder zirkuläre Migration. So pendeln zunehmend auch Arbeitsmigranten mit kurzfristigem Aufenthalt wiederholt oder regelmäßig zwischen ihrem Heimatland und einem (oder mehreren) Aufnahmeländern. Kritisch wird die Migrationspolitik der > Europäischen Union gesehen, wenn das Ziel der zirkulären Migration darin besteht, ausländische Arbeitskräfte nach Bedarf in die EU einreisen zu lassen, ihnen aber eine persönliche Perspektive und gesellschaftliche Integration nicht oder nur eng konditioniert zuzugestehen. > Brain Drain > Migration > AKP-Abkommen

**Ziviler Friedensdienst/ZFD:** Mit dem ZFD hat die Bundesregierung 1999 ein neues Instrument zur Friedenssicherung und Krisenprävention geschaffen. Speziell ausgebildete Fachleute vermitteln im Konflikt, bringen Anliegen benachteiligter Menschen an die Öffentlichkeit, begleiten ehemalige Soldaten auf ihrem Weg ins zivile Leben, leisten Beiträge zur Versöhnung, arbeiten mit traumatisierten Opfern von Gewalt oder ermöglichen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat. Sie arbeiten dabei immer mit lokalen Organisationen und Initiativen zusammen. Das BMZ überträgt die Aufgaben im Rahmen des ZFD dem > Deutschen Entwicklungsdienst in Zusammenarbeit mit sechs anderen anerkannten Entwicklungsdiensten: der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), Dienste in Übersee (DÜ/EED), EIRENE, Weltfriedensdienst (WFD), Christliche Fachkräfte International (CFI) sowie dem Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (Forum ZFD). Die Entsendung von Friedensfachkräften erfolgt auf der Grundlage des > Entwicklungshelfergesetzes. Bis Ende 2007 wurden für die mehrjährigen Einsätze von 387 Friedensfachkräften sowie entsprechende Begleitmaßnahmen rund 130 Mio. Euro bewilligt, hiervon im Haushaltsjahr 2007 rund 23 Mio. Euro.

> Entwicklungshelfer > Frieden [www.ziviler-friedensdienst.org](http://www.ziviler-friedensdienst.org)

**Zivilgesellschaft:** Der von einer Vielzahl von Vereinigungen gefüllte Raum zwischen Staat und Markt, zwischen großen staatlichen Bürokratien und wirtschaftlichen Einheiten auf der einen und der privaten Lebenswelt von Familien und Freundesgruppen auf der anderen Seite. Konstitutiv für die Lebendigkeit jeder Zivilgesellschaft ist die Vielfalt der institutionellen und organisatorischen Formen (z. B. > Nichtregierungsorganisationen, > Gewerkschaften und Einrichtungen der Rechtspflege). Neben dem Staat und dem Markt bildet die Zivilgesellschaft eine der drei Sphären, die demokratische Gesellschaften miteinander verbinden. Viele Organisationen der ‚Bürgergesellschaft‘ lehnen jede Form von Totalitarismus ab und stehen für > Demokratie, > Partizipation, Bürgerverantwortung, > Gerechtigkeit und die Abwehr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Marginalisierung.

In der > Entwicklungspolitik der Bundesregierung spielt die Zusammenarbeit mit den deutschen Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter auch den > Nichtregierungsorganisationen, eine immer wichtigere Rolle. Seit den Anfängen der deutschen Entwicklungspolitik in den frühen 1960er Jahren sind zu den alten sozialen Bewegungen mit ihren meist kirchlichen und karitativen Ursprüngen neue Bewegungen getreten, die sich für öffentliche Anliegen wie > Umwelt, > Menschenrechte, Frauenfragen, > Korruptionsbekämpfung oder allgemeine Entwicklungsfragen im Verhältnis des Nordens zum Süden einsetzen. Neue Themen wie > Good Governance, > globale Strukturpolitik, > Kohärenz der Entwicklungspolitik und Krisenprävention sind in Zeiten zunehmender > Globalisierung hinzugetreten. > Parlamente > Weltsozialgipfel

**Zoll:** Abgabe an die Staatskasse, die erhoben wird, wenn eine Ware die Staatsgrenze (oder die Grenze eines Staatenverbundes) überschreitet. Von den drei Möglichkeiten - Ausfuhr-, Durchfuhr- und Einfuhrzoll - hat heute praktisch nur noch der Einfuhrzoll Bedeutung. Der Zollsatz kann sich beziehen auf die Mengen der eingeführten Waren (spezifischer Zoll) oder auf deren Wert (Wertzoll). Die Schutzwirkung beider Formen ist unterschiedlich: Sinkt z. B. der Auslandspreis einer Importware, steigt die Schutzbedürftigkeit einer Volkswirtschaft; die Schutzwirkung bleibt aber nur beim spezifischen Zoll erhalten, beim Wertzoll sinkt sie. Vielfach werden deshalb beide Zollformen kombiniert. > Agrarexporte

**Zukunftsfähige Entwicklung:** Der Leitbegriff „sustainable development“ (> nachhaltige Entwicklung) wird auch mit „zukunftsfähige Entwicklung“ übersetzt - so in der von BUND und Misereor in Auftrag gegebenen Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie „Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ (1996). Die Verfasser der Studie gehen von einer zweifachen Herausforderung zukunftsfähiger Entwicklung aus: Einmal gehe es um einen sozial-ökologischen Strukturwandel im eigenen Land, zum anderen darum, beim anstehenden Wandel die globalen Zusammenhänge systematisch mitzubedenken und die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf eine gerechtigkeitsorientierte Basis zu stellen. > Agenda 21 > globale Strukturpolitik

**Zusage:** Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung („commitment“) seitens eines öffentlichen > Gebers. einem > Empfängerland oder einer > multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe/Summe zu gewähren. > Auszahlung

**Zuschüsse:** Transfers in Form von Barmitteln, Dienstleistungen oder Gütern, für die keine Rückzahlung gefordert wird. Es handelt sich bei einem Zuschuss („grant“) - im Gegensatz zu einem > Kredit - um ein „Geschenk“, das im Falle der > ODA letztlich von den Steuerzahlern aufgebracht wird.

**Zuschusselement:** Bringt die finanziellen Bedingungen einer > Zusage zum Ausdruck: Zinssatz, Fälligkeit und Freijahre (Zeit bis zur ersten Rückzahlung auf die Kapitalsumme) und bezeichnet den Vergünstigungsgrad eines > Kredits, d. h. die in Prozent ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10 % angesetzt. Vom > DAC werden als öffentliche Entwicklungshilfe (> ODA) nur Leistungen anerkannt, die ein Zuschusselement („grant element“) von mindestens 25 Prozent enthalten. Das Zuschusselement gibt also an, in welchem Maß die finanziellen Bedingungen einer Leistung von den marktüblichen Bedingungen abweichen. Ein reiner Zuschuss hätte ein 100-prozentiges Zuschusselement.

**20:20-Initiative:** Auf dem > Weltsozialgipfel hat sich Deutschland für das Zustandekommen der 20:20-Initiative engagiert, wonach sich die > Geberländer zu einer Ausgabe von 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfemittel und sich die > Entwicklungsländer zu 20 Prozent ihrer Staatsbudgets für die sozialen Grunddienste verpflichten. Zu den sozialen Grunddiensten zählen Grundbildung, Basisgesundheit einschl. > reproduktiver Gesundheit und Bevölkerungsprogramme, Ernährungsprogramme, Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Damit sollen entsprechend dem Konzept der > menschlichen Entwicklung wesentliche Bedürfnisse der Armen, die zur Überlebenseicherung notwendig sind, abgedeckt werden. Eine Veröffentlichung der Weltbank mit einer Reihe von UN-Organisationen aus dem Jahre 2008 schätzt den Anteil sozialer Grunddienste in der > Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer auf rd. 10 Prozent und den Anteil in den Staatshaushalten der Entwicklungsländer auf rd. 13 Prozent.

## Anhang

1. Millennium-Entwicklungsziele und Zielvorgaben	167
2. Öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder / ODA-Nettovolumen in 2008	169
3. ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder 2007 und 2010 (Simulation)	170
4. ODA-Empfänger	
a) Geschichte der ODA-Empfängerliste	171
b) DAC-Liste der ODA-Empfänger 2008-2010	173
c) DAC-Liste der ODA- und OA-Empfänger 1996	174
5. Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2008	176
6. Deutsche ODA im Schaubild 2007/08	177

### Millennium-Entwicklungsziele (MEZ) und Zielvorgaben

Unter Berücksichtigung der Erweiterung der Zielvorgaben von 18 auf 21 - gültig seit dem 15.1.2008

#### **MEZ 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers**

*Zielvorgabe 1:* Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

*Zielvorgabe 2:* Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen [*vorher so ähnlich eine Zielvorgabe unter MEZ 8*]

*Zielvorgabe 3:* Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

#### **MEZ 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung**

*Zielvorgabe 4:* Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können

#### **MEZ 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Macht und Einfluss [*empowerment*] der Frauen**

*Zielvorgabe 5:* Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

#### **MEZ 4: Senkung der Kindersterblichkeit**

*Zielvorgabe 6:* Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

#### **MEZ 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern**

*Zielvorgabe 7:* Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

*Zielvorgabe 8:* Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen

#### **MEZ 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten**

*Zielvorgabe 9:* Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

*Zielvorgabe 10:* Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen

*Zielvorgabe 11:* Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

#### **MEZ 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**

*Zielvorgabe 12:* Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

*Zielvorgabe 13:* Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

*Zielvorgabe 14:* Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben

*Zielvorgabe 15:* Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

**MEZ 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**

*Zielvorgabe 16:* Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (umfasst die Verpflichtung auf gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln [*good governance*], Entwicklung und Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene).

*Zielvorgabe 17:* Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen (umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie großzügigere öffentliche Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind)

*Zielvorgabe 18:* Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

*Zielvorgabe 19:* Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

*Zielvorgabe 20:* In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern zu bezahlbaren Kosten verfügbar machen

*Zielvorgabe 21:* In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können.

*Die Millenniums-Entwicklungsziele entstammen*

1. der Millenniums-Erklärung, die im September 2000 von 189 Ländern, einschließlich 147 Staats- und Regierungschefs, unterzeichnet wurde (<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm>; auf Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf>),

2. einer von den VN im Jahre 2001 in einer sog. „Roadmap“ vorgenommenen Verdichtung auf acht Ziele mit dazugehörigen Zielvorgaben und Indikatoren (Resolution A/56/326 der Generalversammlung, <http://www.un.org/documents/ga/docs/56/a56326.pdf> - auf Deutsch: [http://www.un.org/depts/german/ga\\_sonst/roadmap01.pdf](http://www.un.org/depts/german/ga_sonst/roadmap01.pdf)),

3. einer weiteren Vereinbarung der UN-Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 (Resolution A/RES/60/1 der Generalversammlung, <http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=A/RES/60/1.pdf> - auf Deutsch <http://www.un.org/Depts/german/gv-60/band1/ar60001.pdf>).

*Die Ziele und Zielvorgaben hängen miteinander zusammen und sollten als Ganzes betrachtet werden. Sie sind Ausdruck einer Partnerschaft zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern mit dem Ziel, „auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Beseitigung der Armut förderlich ist“.*

*Die ab 15. Januar 2008 gültige Liste der Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der MEZ und der Zielvorgaben findet sich unter*

<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Attach/Indicators/OfficialList2008.pdf> - auf Deutsch

<http://www.un.org/Depts/german/millennium/mdg-ind-15jan08.pdf>

*Quellen für die Tabelle:*

- UN Generalversammlung 2001: Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Bericht des Generalsekretärs, A/56/326 ([http://www.un.org/depts/german/ga\\_sonst/roadmap01.pdf](http://www.un.org/depts/german/ga_sonst/roadmap01.pdf))

- Offizielle MEZ- und Indikatorenliste 2008 – <http://www.un.org/Depts/german/millennium/mdg-ind-15jan08.pdf>

[redaktionell von U. H. bearbeitet]

**TABLE 1: NET OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE IN 2009**  
**Preliminary data for 2009**

	2009		2008		2009	
	ODA USD million current	ODA/GNI %	ODA USD million current	ODA/GNI %	ODA USD million (1) At 2008 prices and exchange rates	Percent change 2008 to 2009 (1)
Australia	2 761	0.29	2 954	0.32	2 912	-1.4
Austria	1 146	0.30	1 714	0.43	1 179	-31.2
Belgium	2 601	0.55	2 386	0.48	2 661	11.5
Canada	4 013	0.30	4 795	0.33	4 341	-9.5
Denmark	2 810	0.88	2 803	0.82	2 922	4.2
Finland	1 286	0.54	1 166	0.44	1 319	13.1
France	12 431	0.46	10 908	0.39	12 746	16.9
Germany	11 982	0.35	13 981	0.38	12 297	-12.0
Greece	607	0.19	703	0.21	618	-12.0
Ireland	1 000	0.54	1 328	0.59	1 077	-18.9
Italy	3 314	0.16	4 861	0.22	3 350	-31.1
Japan	9 480	0.18	9 579	0.19	8 556	-10.7
Korea	816	0.10	802	0.09	910	13.5
Luxembourg	403	1.01	415	0.97	423	1.9
Netherlands	6 425	0.82	6 993	0.80	6 675	-4.5
New Zealand	313	0.29	348	0.30	337	-3.2
Norway	4 086	1.06	3 963	0.88	4 650	17.3
Portugal	507	0.23	620	0.27	523	-15.7
Spain	6 571	0.46	6 867	0.45	6 786	-1.2
Sweden	4 546	1.12	4 732	0.98	5 083	7.4
Switzerland	2 305	0.47	2 038	0.44	2 271	11.5
United Kingdom	11 505	0.52	11 500	0.43	13 179	14.6
United States	28 665	0.20	26 842	0.19	28 305	5.4
<b>TOTAL DAC</b>	<b>119 573</b>	<b>0.31</b>	<b>122 296</b>	<b>0.30</b>	<b>123 119</b>	<b>0.7</b>
Average Country Effort		<b>0.48</b>		<b>0.46</b>		
<i>Memo Items:</i>						
EU Institutions	15 022		14 757		15 412	4.4
DAC-EU countries	67 135	0.44	70 974	0.43	70 838	-0.2
G7 countries	81 390	0.26	82 465	0.26	82 774	0.4
Non-G7 countries	38 183	0.50	39 831	0.49	40 345	1.3
<i>Non-DAC economies:</i>						
Czech Republic	224	0.12	249	0.12	237	-4.7
Hungary	116	0.09	107	0.08	130	21.7
Iceland	34	0.33	48	0.47	43	-11.7
Poland	343	0.08	372	0.08	422	13.2
Slovak Republic	74	0.08	92	0.10	74	-18.9
Turkey	718	0.12	780	0.11	797	2.1

(1) Taking account of both inflation and exchange rate movements.

Note: The data for 2009 are preliminary pending detailed final data to be published in December 2010. The data are standardised on a calendar year basis for all donors, and so may differ from fiscal year data available in countries' budget documents.

Source: OECD, 6 April 2010.

### ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder, 2007 und 2010 gemäß einer Simulation des OECD-DAC-Sekretariats

Bei den unten stehenden Daten handelt es sich nicht um Prognosen, sondern um Projektionen des Sekretariats auf der Basis amtlicher Verlautbarungen der Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC). Die Eckdaten dieser Verlautbarungen sind in der Spalte „Annahmen“ enthalten. Zur Berechnung der ODA-Nettoleistungen und des ODA/BNE-Verhältnisses sind BNE-Projektionen für 2010 erforderlich. Für 2008 und 2009 stammen die Projektionen des realen Wachstums der einzelnen Länder aus dem *OECD-Wirtschaftsausblick 83* (Juni 2008), Anhangstabelle 1. Für 2010 wurde für alle Länder eine reale jährliche BNE-Wachstumsrate von 2% angenommen. Die technischen Einzelheiten der Berechnungen wurden mit den jeweiligen nationalen Behörden erörtert, für die Methodik und die veröffentlichten Endergebnisse ist jedoch das DAC-Sekretariat verantwortlich.

Land	2007		Annahmen	2010		Reale Veränderung der ODA gegenüber 2007	
	Netto-ODA (Mio. US-\$ von 2007)	ODA/BNE (in %)		Netto-ODA (Mio. US-\$ von 2007)	ODA/BNE	Mio. US-\$ von 2007	In %
Belgien	1 953	0.43%	0.7% in 2010	3 383	0.70%	1 430	73%
Dänemark <sup>1</sup>	2 562	0.81%	Mindestens 0.8%	2 636	0.80%	73	3%
Deutschland	12 291	0.37%	0.51% in 2010	17 948	0.51%	5 657	46%
Finnland	981	0.39%	0.51% in 2010	1 363	0.51%	381	39%
Frankreich	9 884	0.38%	0.51% in 2010 und 0.7% in 2015	13 989	0.51%	4 105	42%
Griechenland <sup>2</sup>	501	0.16%	0.35% in 2010	1 178	0.35%	678	135%
Irland	1 192	0.55%	0.6% in 2010 und 0.7% in 2012	1 388	0.60%	195	16%
Italien	3 971	0.19%	0.51% in 2010	11 030	0.51%	7 059	178%
Luxemburg	376	0.91%	0.93% in 2010 und 1% in den Folgejahren	421	0.93%	45	12%
Niederlande	6 224	0.81%	Mindestens 0.8%	6 550	0.80%	325	5%
Österreich	1 808	0.50%	0.51% in 2010	1 965	0.51%	156	9%
Portugal	471	0.22%	0.51% in 2010	1 153	0.51%	682	145%
Schweden	4 339	0.93%	1%	4 936	1.00%	597	14%
Spanien <sup>3</sup>	5 140	0.37%	0.5% in 2008, 0.56% in 2010 und 0.7% in 2012	8 212	0.56%	3 072	60%
Ver. Königreich <sup>4</sup>	9 849	0.36%	0.56% in 2010-11 und 0.7% in 2013	16 345	0.56%	6 497	66%
<b>DAC-EU-Mitglieder, insg.</b>	<b>61 540</b>	<b>0.39%</b>		<b>92 495</b>	<b>0.56%</b>	<b>30 955</b>	<b>50%</b>
Australien <sup>5</sup>	2 669	0.32%	Vgl. Anmerkung 5	3 224	0.36%	556	21%
Japan <sup>6</sup>	7 679	0.17%	Vgl. Anmerkung 6	9 015	0.19%	1 336	17%
Kanada <sup>7</sup>	4 080	0.29%	Vgl. Anmerkung 7	4 473	0.30%	394	10%
Neuseeland <sup>8</sup>	320	0.27%	Vgl. Anmerkung 8	418	0.33%	98	31%
Norwegen	3 728	0.95%	1% im Zeitraum 2006-2009	4 178	1.00%	450	12%
Schweiz <sup>9</sup>	1 689	0.37%	Vgl. Anmerkung 9	1 940	0.40%	251	15%
Ver. Staaten <sup>10</sup>	21 787	0.16%	Vgl. Anmerkung 10	26 998	0.19%	5 211	24%
<b>DAC-Mitglieder, insg.</b>	<b>103 491</b>	<b>0.28%</b>		<b>142 742</b>	<b>0.36%</b>	<b>39 250</b>	<b>38%</b>

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/522324562341>

- In den kommenden Jahren wird sich die dänische Regierung bemühen, das ODA-Volumen im Verhältnis zum BNE gegenüber dem derzeitigen Niveau von 0,8 % zu erhöhen.
- Auf Grund von Haushaltsrestriktionen hat Griechenland die Erfüllung seines EU-ODA-Ziels (0,51 %) auf 2012 verschoben. Griechenland geht davon aus, 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,35 % zu erreichen.
- Spanien strebt einen Mindestwert von 0,5 % bis 2008 an, der bis 2012 auf 0,7 % erhöht werden soll. Spanien schätzt, dass sein ODA/BNE-Verhältnis 2010 0,56 % betragen wird.
- Das Vereinigte Königreich hat ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,56 % für den Zeitraum 2010-2011 und von 0,7 % für 2013 angekündigt.
- Australien wird seine ODA weiter steigern. Australien hat seine Absicht bekundet, bis 2015-2016 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,5 % zu erreichen, und im Mai 2008 kündigte die australische Regierung Zwischenziele von 0,35 % für 2009-2010, 0,37 % für 2010-2011 und 0,38 % für 2011-2012 an. Die hier angegebene Zahl beinhaltet eine Inflationsbereinigung um jährlich 2,5 %.
- Japan beabsichtigt eine Aufstockung seines ODA-Volumens in den fünf Jahren 2005-2009 um insgesamt 10 Mrd. US-\$ gegenüber 2004. Die Schätzung des DAC-Sekretariats unterstellt bis 2010 eine weitere Zunahme um 2,41 Mrd. US-\$ gegenüber 2004. Die Schätzung für 2009 wurde unter der Annahme eines 2009 und 2010 identischen ODA-Volumens für 2010 beibehalten, wobei keine Inflationsbereinigung vorgenommen wurde.
- Kanada beabsichtigt, seine International Assistance Envelope (IAE) von 2001-2010 in nominaler Rechnung zu verdoppeln. Schätzungen der kanadischen Behörden zufolge wird sich die ODA (die großenteils aus der IAE besteht) 2010 auf 5,1 Mrd. kan\$ belaufen. Der hier angegebene ODA-Anteil beinhaltet eine Inflationsbereinigung um jährlich 2% und wurde zu Wechselkursen von 2007 in US-\$ umgerechnet.
- Neuseeland gibt an, dass sich sein ODA-Volumen 2010-2011 auf insgesamt 600 Mio. NZD belaufen wird, womit es sich auf die vorliegenden Prognosen für das ODA-Volumen in Dollar verpflichtet. Laut Schätzungen des Sekretariats wird das ODA/BNE-Verhältnis 2010 0,35 % betragen.
- Die Schweizer Bundesversammlung (d. h. der Ständerat im September 2008 und der Nationalrat im Dezember 2008) hat beschlossen, das ODA-Volumen bis 2015 auf 0,5 % des BNE anzuheben. Über die Bereitstellung der zur Erfüllung dieses Ziels erforderlichen Mittel wird nach der Genehmigung des Zusatzrahmenkredits im Jahr 2009 entschieden werden. Durch den Zusatzrahmenkredit wird es möglich sein, 2009 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,40 % zu erreichen.
- Die Vereinigten Staaten geben weder Prognosen für die projizierte ODA bekannt noch bestätigen sie derartige Prognosen. Bei den hier gezeigten Daten handelt es sich ausschließlich um Schätzungen des DAC-Sekretariats auf der Basis der ODA von 2004 zuzüglich nominal 5 Mrd. US-\$ jährlich, um den auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles gemachten Zusagen Rechnung zu tragen, die eine Aufstockung der EZLeistungen für Subsahara-Afrika das Millennium Challenge Account sowie Initiativen im Bereich HIV/AIDS, Malaria und humanitäre Hilfe vorsehen.

**DAC Members' Commitments and Performance: Summary Table of OECD Secretariat Projections**  
15 February 2010

Country	Actual ODA 2004	Net ODA (2004 USD m)			ODA/GNI		
		2005 projection for 2010	Growth-adjusted 2005 projection for 2010	Current projection for 2010	Actual 2004	2005 projection for 2010	Current projection for 2010
Austria	678	1 673	1 621	1 178	0.23%	0.51%	0.37%
Belgium	1 463	2 807	2 620	2 620	0.41%	0.70%	0.70%
Denmark	2 037	2 185	2 213	2 299	0.85%	0.80%	0.83%
Finland	680	1 475	1 426	1 112	0.37%	0.70%	0.55%
France	8 473	14 110	13 241	9 955	0.41%	0.61%	0.46%
Germany	7 534	15 509	14 408	11 300	0.28%	0.51%	0.40%
Greece	321	1 196	1 276	525	0.16%	0.51%	0.21%
Ireland	607	1 121	972	842	0.39%	0.60%	0.52%
Italy	2 462	9 262	8 892	3 426	0.15%	0.51%	0.20%
Luxembourg	236	328	313	313	0.79%	1.00%	1.00%
Netherlands	4 204	5 070	5 323	5 323	0.73%	0.80%	0.80%
Portugal	1 031	933	864	576	0.63%	0.51%	0.34%
Spain	2 437	6 925	6 552	5 652	0.24%	0.59%	0.51%
Sweden	2 722	4 025	3 803	3 915	0.78%	1.00%	1.03%
United Kingdom	7 905	14 600	13 670	12 975	0.36%	0.59%	0.56%
<b>DAC EU members, total</b>	<b>42 789</b>	<b>81 221</b>	<b>77 191</b>	<b>62 009</b>	<b>0.35%</b>	<b>0.59%</b>	<b>0.48%</b>
Australia	1 460	2 460	2 530	2 460	0.25%	0.36%	0.35%
Canada	2 599	3 648	3 648	3 542	0.27%	0.33%	0.33%
Japan	8 922	11 906	11 906	9 546	0.19%	0.22%	0.20%
New Zealand	212	289	266	324	0.23%	0.28%	0.34%
Norway	2 199	2 876	2 995	2 995	0.87%	1.00%	1.00%
Switzerland	1 545	1 728	1 593	1 820	0.40%	0.41%	0.47%
United States	19 705	24 000	24 705	24 705	0.17%	0.18%	0.20%
<b>DAC members, total</b>	<b>79 432</b>	<b>128 128</b>	<b>124 834</b>	<b>107 401</b>	<b>0.26%</b>	<b>0.36%</b>	<b>0.33%</b>

<http://www.oecd.org/dataoecd/20/19/44607047.pdf> (17.2.10)

## History of DAC lists of aid recipient countries<sup>4</sup>

The DAC List of ODA Recipients is designed for statistical purposes. It helps to measure and classify aid and other resource flows originating in DAC countries. It is not designed as a guide to eligibility for aid or other preferential treatment.

### Origins

The DAC has collected data on aid flows since its inception in 1961. In respect of bilateral flows, early data collection related to the following recipients: all countries and territories in Africa except South Africa; in America except the United States and Canada; non-Communist Asian and Oceanic countries except Australia, Japan and New Zealand; and the following in Europe: Cyprus, Gibraltar, Greece, Malta, Spain, Turkey and Yugoslavia ("Flows of Resources to Developing Countries" OECD, 1973, page 4). All these recipients were eligible for ODA after this concept was introduced in 1969.

During the 1970s and 1980s, Communist countries in Asia, particularly China and Vietnam, started to receive large amounts of aid, and so were added to the data collection. Spain left the list at its request in 1983.

The end of the Cold War signaled the emergence of new economic and political realities. New aid requirements arose in the transition economies of eastern Europe, while rapid progress in east Asia reduced aid needs there. A new list was devised to reflect these developments.

This new "DAC List of Aid Recipients" was introduced in 1993. It was divided into two parts. Only aid to "traditional" developing countries on Part I of the List counted as ODA, for which there is a long-standing United Nations target of 0.7 per cent of donors' national income. Aid to the "more advanced" developing and eastern European countries on Part II of the List was recorded separately as "official aid".

The List of Aid Recipients was reviewed every three years. Countries above the World Bank High Income Country threshold (per capita annual income around USD 9 000 at the time) for three consecutive years progressed to Part II of the List at the end of a three-year notice period. Other countries could also be transferred to Part II after a notice period if they were above the World Bank lending limit (around USD 5 000 annually) for three consecutive years, following consideration by the DAC of their development and resource status. One country transferred in the opposite direction, from Part II to Part I. With successive revisions, recipient country history on this two-part List became increasingly complex (see note of country coverage changes below). At the same time, aid to more advanced developing and transition countries declined as they became more prosperous, with several former Soviet bloc states joining the European Union and becoming donors themselves. The DAC therefore decided in 2005 to revert to a single List of ODA Recipients, abolishing Part II.

In addition to involving a major simplification of earlier arrangements, the single List was organised on more objective needs-based criteria than its predecessors. It includes all low and middle income countries (as defined by the World Bank, based on Gross National Income [GNI] per capita), except for those that are members of the G8 or the European Union (including countries with a firm accession date for EU membership).

### Chronology of changes in recipient country coverage of DAC lists, 1989-2008

After 1989 the following were added to the list of ODA recipients at the dates shown: Albania (1989); the Black Communities of South Africa (1991 - now simply South Africa); Kazakhstan, Kyrgyzstan (now the Kyrgyz Republic), Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan (1992); Armenia, Georgia and Azerbaijan (1993); Palestinian Administered Areas (1994); Moldova (1997); Belarus, Libya and Ukraine transferred from Part I(2005). Eritrea, formerly part of Ethiopia, has been recorded as a separate country from 1993. The former United States Trust Territory of the Pacific Islands has been progressively replaced by its independent successor states, viz. Marshall Islands and Federated States of Micronesia (1992); Palau Islands and Northern Marianas (1994).

Data on aid to the following CEEC/NIS countries in transition, first collected in respect of 1990 flows, were recorded against Part II of the List of Aid Recipients (as "official aid") until and including 2004: Belarus, Bulgaria, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania, Russia, Slovak Republic, Ukraine. Flows to Moldova were recorded against this category up to and including 1996.

From 1996, the following High-Income Countries were transferred from Part I to Part II of the List: Bahamas, Brunei, Kuwait, Qatar, Singapore and United Arab Emirates. From 1997, seven further High-Income Countries were transferred to Part II: Bermuda, Cayman Islands, Chinese Taipei, Cyprus, Falkland Islands, Hong Kong (China), and Israel. From 2000, Aruba, the British Virgin Islands, French Polynesia, Gibraltar, Korea, Libya, Macao, Netherlands Antilles, New Caledonia and the Northern Marianas (until it was removed the following year) progressed to Part II. From 2003, Malta and Slovenia progressed to Part II. From 2005, Bahrain left the List. From 2008, Saudi Arabia and Turks and Caicos Islands left the List. Over the same period, the following ODA recipients were removed from the DAC list: Portugal (1991); French Guyana, Guadeloupe, Martinique, Réunion and St Pierre and Miquelon (1992); Greece (1995).

As noted above, Part II of the DAC list was abolished in 2005, and data on official aid to those countries is no longer collected.

Data on total aid to Part I countries (ODA) and total aid to Part II countries (OA) was compiled according to the list in force in the year in question. However, when a country was added to or removed from an income group in Part I, totals for the groups affected were adjusted retroactively to maximize comparability over time with reference to the latest list.

### Varying concepts of "developing countries"

In DAC usage, the term "developing country" employed without qualification has generally been taken to mean a country eligible for ODA. Other organisations have their own definitions. The World Bank usually uses the term to refer to low and middle-income countries, assessed by reference to per capita GNI. The new DAC List of ODA Recipients is consistent with World Bank practice, except that it excludes countries that are members of the G8, or the EU, or that have a date of admission to the EU. This means that as at 2005, it excludes the following middle income countries: Russia; and Bulgaria, Cyprus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Romania, Slovenia and Slovak Republic. Other organisations, treaties, etc. often have a membership category designed for "developing countries", and use the term to refer to the countries in that category.

Fortunately, however, these differences in coverage are usually minor. The DAC statistics, based on the DAC List, provide an authoritative guide to aid flows which is accepted and used by donors, recipients and international bodies.

<sup>4</sup> [http://www.oecd.org/document/55/0,3343,en\\_2649\\_34447\\_35832055\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/55/0,3343,en_2649_34447_35832055_1_1_1_1,00.html)

## DAC List of ODA Recipients

Effective for reporting on 2008, 2009 and 2010 flows

Least Developed Countries	Other Low Income Countries (per capita GNI < \$935 in 2007)	Lower Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$936-\$3 705 in 2007)	Upper Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$3 706-\$11 455 in 2007)
Afghanistan	Côte d'Ivoire	Albania	*Anguilla
Angola	Ghana	Algeria	Antigua and Barbuda <sup>1</sup>
Bangladesh	Kenya	Armenia	Argentina
Benin	Korea, Dem. Rep.	Azerbaijan	Barbados <sup>2</sup>
Bhutan	Kyrgyz Rep.	Bolivia	Belarus
Burkina Faso	Nigeria	Bosnia and Herzegovina	Belize
Burundi	Pakistan	Cameroon	Botswana
Cambodia	Papua New Guinea	Cape Verde	Brazil
Central African Rep.	Tajikistan	China	Chile
Chad	Uzbekistan	Colombia	Cook Islands
Comoros	Viet Nam	Congo, Rep.	Costa Rica
Congo, Dem. Rep.	Zimbabwe	Dominican Republic	Croatia
Djibouti		Ecuador	Cuba
Equatorial Guinea		Egypt	Dominica
Eritrea		El Salvador	Fiji
Ethiopia		Georgia	Gabon
Gambia		Guatemala	Grenada
Guinea		Guyana	Jamaica
Guinea-Bissau		Honduras	Kazakhstan
Haiti		India	Lebanon
Kiribati		Indonesia	Libya
Laos		Iran	Malaysia
Lesotho		Iraq	Mauritius
Liberia		Jordan	*Mayotte
Madagascar		Macedonia, Former Yugoslav Republic of	Mexico
Malawi		Marshall Islands	Montenegro
Maldives		Micronesia, Federated States	*Montserrat
Mali		Moldova	Nauru
Mauritania		Mongolia	Oman <sup>1</sup>
Mozambique		Morocco	Palau
Myanmar		Namibia	Panama
Nepal		Nicaragua	Serbia <sup>3</sup>
Niger		Niue	Seychelles
Rwanda		Palestinian Administered Areas	South Africa
Samoa		Paraguay	*St. Helena
São Tomé and Príncipe		Peru	St. Kitts-Nevis
Senegal		Philippines	St. Lucia
Sierra Leone		Sri Lanka	St. Vincent and Grenadines
Solomon Islands		Swaziland	Suriname
Somalia		Syria	Trinidad and Tobago <sup>2</sup>
Sudan		Thailand	Turkey
Tanzania		*Tokelau	Uruguay
Timor-Leste		Tonga	Venezuela
Togo		Tunisia	
Tuvalu		Turkmenistan	
Uganda		Ukraine	
Vanuatu		*Wallis and Futuna	
Yemen			
Zambia			

\*Territory.

- (1) Antigua & Barbuda and Oman exceeded the high income country threshold in 2007. In accordance with the DAC rules for revision of this List, both will graduate from the List in 2011 if they remain high income countries until 2010.
- (2) Barbados and Trinidad & Tobago exceeded the high income country threshold in 2006 and 2007. In accordance with the DAC rules for revision of this List, both will graduate from the List in 2011 if they remain high income countries until 2010.
- (3) At present aid to Kosovo is recorded under aid to Serbia. Kosovo will be listed separately if and when it is recognised by the UN.

As of April 2008, the **Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)** are : Afghanistan, Benin, Bolivia, Burkina Faso, Burundi, Cameroon, Central African Republic, Chad, Comoros, Congo (Dem. Rep.), Congo (Rep.), Côte d'Ivoire, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Kyrgyz Republic, Liberia, Madagascar, Malawi, Mali, Mauritania, Mozambique, Nepal, Nicaragua, Niger, Rwanda, São Tomé and Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tanzania, Togo, Uganda and Zambia.

Quelle: [www.oecd.org/dac/stats/daclist](http://www.oecd.org/dac/stats/daclist) ; [www.oecd.org/dataoecd/62/48/41655745.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/62/48/41655745.pdf)

**The DAC List of Aid Recipients  
Used for 1996 flows**

**Part I: Aid to Developing Countries and Territories (Official Development Assistance)**

Least Developed Countries	Other Low Income Countries (per capita GNP < \$765 in 1995)	Lower Middle Income Countries (per capita GNP \$766-\$3035 in 1995)	Upper Middle Income Countries (per capita GNP \$3036-\$9385 in 1995)	High Income Countries (per capita GNP > \$9385 in 1995)
Afghanistan Angola Bangladesh Benin Bhutan Burkina Faso Burundi Cambodia Cape Verde Central African Republic Chad Comoros Congo, Dem. Rep. Djibouti Equatorial Guinea Eritrea Ethiopia Gambia Guinea Guinea-Bissau Haiti Kiribati Laos Lesotho Liberia Madagascar Malawi Maldives Mali Mauritania Mozambique Myanmar Nepal Niger Rwanda Samoa Sao Tome and Principe Sierra Leone Solomon Islands Somalia Sudan Tanzania Togo Tuvalu Uganda Vanuatu Yemen Zambia	*Albania *Armenia _Azerbaijan Bosnia and Herzegovina Cameroon China Congo, Rep. Côte d'Ivoire *Georgia Ghana Guyana Honduras India Kenya *Kyrgyz Rep. _Mongolia Nicaragua Nigeria Pakistan Senegal Sri Lanka *Tajikistan _Viet Nam Zimbabwe	Algeria Belize Bolivia Botswana Colombia Costa Rica Cuba Dominica Dominican Republic _East Timor Ecuador Egypt El Salvador Fiji Grenada Guatemala Indonesia Iran Iraq Jamaica Jordan *Kazakstan Korea, Democratic Republic of Lebanon Macedonia (former Yugoslav Republic) Marshall Islands Micronesia, Federated States Morocco Namibia Niue Palau Islands Palestinian Administered Areas Panama Papua New Guinea Paraguay Peru Philippines St Vincent & Grenadines Suriname Swaziland Syria Thailand _Tokelau Tonga Tunisia Turkey *Turkmenistan _Uzbekistan Venezuela _Wallis and Futuna Yugoslavia, Federal Republic	Brazil Chile Cook Islands Croatia Gabon Malaysia Mauritius _Mayotte Mexico Nauru South Africa St Lucia Trinidad and Tobago Uruguay  ----- <b>Threshold for World Bank Loan Eligibility (\$5295 in 1995)</b> -----  _Anguilla Antigua and Barbuda Argentina Bahrain Barbados Libya 3 Malta _Montserrat Oman Saudi Arabia Seychelles Slovenia _St Helena St Kitts and Nevis _Turks and Caicos Islands	_Aruba _Bermuda _Cayman Islands Chinese Taipei Cyprus _Falkland Islands _French Polynesia _Gibraltar 3 _Hong Kong, China Israel Korea, Rep. of 3 _Macao _Netherlands Antilles _New Caledonia Northern Marianas _Virgin Islands (UK) 3

## Part II: Aid to Countries and Territories in Transition (Official Aid)

Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union	More Advanced Developing Countries and Territories
*_Belarus *_Bulgaria *_Czech Republic *_Estonia *_Hungary *_Latvia *_Lithuania *_Moldova *_Poland *_Romania *_Russia *_Slovak Republic *_Ukraine	Bahamas <u>2</u> Brunei <u>2</u> Kuwait <u>2</u> Qatar <u>2</u> Singapore <u>2</u> United Arab Emirates <u>2</u>

### Notes:

Names with an § represent territories.

\* Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEEC/NIS) & Territory

1. For planned changes to the List in future years, see "Development Co-operation: Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee", 1996 Report, Note on page A101.

2. Part II as from January 1996: through 1995, aid to these countries is counted as ODA.

3. These countries will progress to Part II on 1 January 2000, unless an exception is agreed by consensus.

## Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2008

### 1. Partnerländer für deutsche bilaterale EZ im Rahmen von Länderprogrammen

<b>Förderregion</b>	<b>Partnerland</b>
Nordafrika/ Naher Osten	Ägypten, Jemen, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien
Südosteuropa/ Kaukasus	Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Ukraine
Subsahara-Afrika	Äthiopien, Angola, Benin, Burkina Faso, Burundi, Ghana, Kamerun, Kenia, DR Kongo, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Sudan (Südsudan), Südafrika, Tansania, Uganda
Asien	Afghanistan, Bangladesch, China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Mongolei, Nepal, Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan, Vietnam
Lateinamerika und Karibik	Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Peru

### 2. Partnerländer im Rahmen regionaler/thematischer Programme

<b>Förderregion</b>	<b>Partnerland</b>
Nordafrika/ Naher Osten	Jordanien, Tunesien, Libanon, Algerien
Südosteuropa/ Kaukasus	Kaukasus-Initiative (Armenien, Aserbaidschan, Georgien), Moldau
Subsahara-Afrika	Programm „Fragile Staaten Westafrikas“ (u. a. Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Liberia, Guinea)
Asien	Timor-Leste, Philippinen, Sri Lanka
Lateinamerika und Karibik	Karibik-Programm (Dominikanische Republik, Haiti, Kuba), Costa Rica, El Salvador, Paraguay

*Quelle:* BMZ (Hg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2008/2009, Bonn/Berlin 2008, S. 347f.

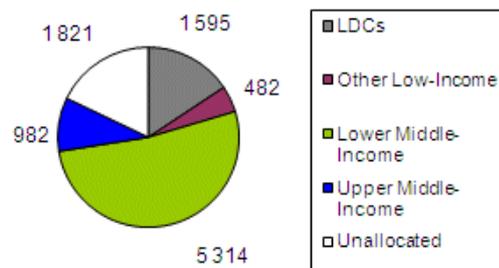
## GERMANY

Gross Bilateral ODA, 2007-08 average, unless otherwise shown

Net ODA	2007	2008	Change 2007/08
Current (USD m)	12 291	13 981	13.8%
Constant (2007 USD m)	12 291	13 060	6.3%
In Euro (million)	8 978	9 693	8.0%
ODA/GNI	0.37%	0.38%	
Bilateral share	65%	65%	

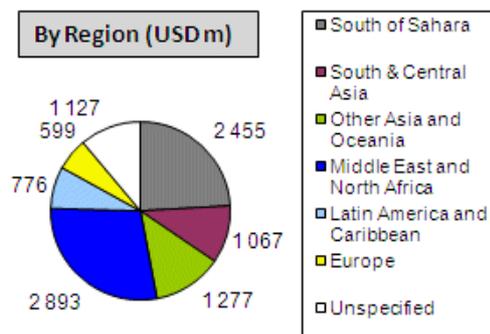
## By Income Group (USD m)

Clockwise from top

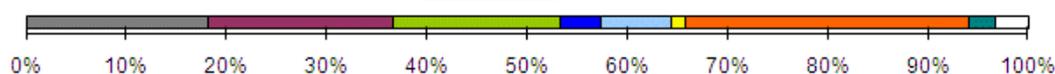


Top Ten Recipients of Gross ODA (USD million)	
1 Iraq	1 975
2 Cameroon	669
3 China	552
4 India	289
5 Afghanistan	256
6 Indonesia	246
7 Liberia	234
8 Botswana	221
9 Egypt	207
10 Morocco	177
<b>Memo: Share of gross bilateral ODA</b>	
Top 5 recipients	37%
Top 10 recipients	47%
Top 20 recipients	57%

## By Region (USD m)



## By Sector



Education, Health & Population	Other Social Infrastructure	Economic Infrastructure
Production	Multisector	Programme Assistance
Debt Relief	Humanitarian Aid	Unspecified

Source: OECD - DAC ; [www.oecd.org/dac/stats](http://www.oecd.org/dac/stats)[www.oecd.org/dataoecd/42/1/44284478.gif](http://www.oecd.org/dataoecd/42/1/44284478.gif) (23.12.09)